

- A complete typescript, corrected, of the entire manuscript of *Im Namen des Staates* dated February 11, 1978. With variant titles listed on the inside front cover of the binder. The manuscript includes all the interpolated material described above.

26

A-77410

IM NAMEN DES
STAATES

(1978)

~~Allmacht der
Regierung~~

~~Staatsallmacht~~

~~Allmächtige Regierung~~

Im Namen des Staates

Feb 11, 78

Sept. 1976

(285)

IM NAMEN

DES STAATES

~~James Earl Ray~~

Herbert A. ^{Handwritten} ~~Ray~~

Richard A. ~~Ray~~

Robert A. ~~Ray~~

WESLEY SWEET

ALONZA FORT AZ.

Severance

Der Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus.

- I. Die volkstuemliche Auffassung des Gegensatzes.
- II. Gääichheit und Demokratie
- III. Die Wiederherstellung der Gedankenfreiheit.
- IV. Der Diktatur-Komplex
- V. Die Ablehnung des Resäntiment

Anmerkung des Verfassers: Ein Kapitel, das eventuell zwischen dem 8 und dem 9 Kapitel eingeschaltet werden konnte.

DER KAMPF ZWISCHEN DEMOKRATIE UND TOTALITARISMUS

I. Die volkstümliche Auffassung des Gegensatzes.

Die "Progressiven der angelsächsischen Länder sehen den Kampf zwischen Demokratie und Diktatur durch die Brille einer Geschichtsmetaphysik, die ihnen die Wirklichkeit ganz verzerrt zeigt. Sie sind demmassen in ihren Vorurteilen befangen, dass sie sich hartnäckig weigern, die unbestreitbare Tatsache anzuerkennen, dass das bolschewistische Russland heute mit dem nationalsozialistischen Deutschland und mit dem faschistischen Italien im Bunde gegen die Demokratien der angelsächsischen Länder operiert. Stalin und Hitler werden nicht immer Verbündete bleiben. Früher oder später wird es zwischen ihnen Kampf über die Verteilung der Beute geben, wenn es England nicht gelingen sollte, ihnen das Beutemachen abzugewöhnen. Doch wenn Nationalsozialisten und Bolschewiken einander befehden werden, dann wird das kein "ideologischer" Kampf sein, sondern ein Kampf zwischen Militärmächten um Land und Herrschaft, wie ihn die Geschichte tausendmal gesehen hat; Stalin und Hitler werden nicht kämpfen, weil sie Verschiedenes wollen, sondern weil sie dasselbe wollen, nämlich Hegemonie. Dieser Bund, meinen sie, sei unnatürlich und daher gar nicht "wirklich." Stalin sei durch das Verhalten Englands, das - unter dem Einfluss seiner kapitalistischen Oberschicht - den Kampf gegen Hitler nur zum Scheine führe, gezwungen worden, sich mit der "Achse" zu verbünden. Er werde diese Beziehungen wieder lösen, sobald

England und die Vereinigten Staaten die plutokratische Scheindemokratie durch die allein echte Volksdemokratie russischen Typs ersetzt haben werden. Dann wird überall in der Welt die Volksfront der Kapitalsfront gegenüber stehen. Dann werden die grossen ideologischen Gegensätze den richtigen Ausdruck gefunden haben; es wird zum grossen Entscheidungskampf zwischen dem werktätigen Volk und den ausbeuterischen Schmarotzern kommen, zu jener letzten Weltrevolution, die das irdische Paradies für alle Zeiten schaffen wird.

Echte Demokratie sei nämlich nur im sozialistischen Staate möglich. Die Verfassung des britischen Reiches und der vereinigten Staaten sei gar nicht demokratisch. Die Kapitalisten dieser Länder, die die Diktatur des Kapitals ausüben, benutzen das Schlagwort Demokratie lediglich zur Täuschung der Massen. Demokratie bedeute Gleichheit aller Menschen, und von solcher Gleichheit könne in einem Staatswesen, in dem Unterschiede im Vermögen und im Einkommen der Einzelnen bestehen, keine Rede sein. Echte Demokratie gebe es daher heute nur in Russland. Ausserhalb Russlands bestehe nur eine wirklich demokratische Partei: die der dritten Internationale angegliederten Kommunisten. Wer mit den Sowjets und mit den Kommunisten geht, sei Demokrat; alle anderen seien "Fascisten", d.h. Volksfeinde, Ausbeuter oder Knechte der Ausbeuter.

Die Erfolge, die Hitler und Mussolini im Kampfe gegen

die parlamentarischen Plutodemokratien des europäischen Westens erzielt haben, seien eben darauf zurückzuführen, dass diese Länder nur pseudodemokratisch seien. Ihre Kapitalisten stunden mehr oder weniger offen mit ihren Sympathien auf der Seite des Fascismus und lahmen durch ihre Intriguen die Schlagkraft der zum rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte bereiteten Volksmassen. Wer Nationalsozialismus und Fascismus ernstlich befehden will, müsse daher zunächst gegen die Kapitalisten, gegen den inneren Feind, vorgehen. Vernichtung des Kapitalismus im eigenen Lande sei die Vorbedingung für den Sieg über den äusseren Feind. Dieser innere Kampf ist die Hauptaufgabe, er sei der eigentliche Kampf. Sind einmal erst die Unternehmer und Kapitalisten niedergeworfen, dann werde die Vernichtung der Armeen, Flotten und Luftstreitkräfte der Deutschen, Italiener und Japaner verhältnismässig leicht fallen.

II. Gleichheit und Demokratie.

Der Kern dieser Auffassung liegt darin, dass sie das Wesen der Demokratie in der Gleichheit der Vermögen und der Einkommen erblickt. Diese Gleichheit habe die französische Revolution versprochen, als sie ihr Programm in den drei Worten "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" zusammenfasste. Doch weder die französische Revolution von 1789 noch die späteren, "bürgerlichen" Revolutionen

hatten die wahre Gleichheit geschaffen. Sie hatten das Postulat der "Gleichheit" zur "Gleichheit vor dem Gesetze" umgedeutet. Erst die "proletarische" Revolution, die den Sozialismus schaffen wird, werde die wahre Gleichheit, die ökonomische Gleichheit bringen.

Die Forderung nach gleicher Verteilung der Einkommen ist uralte, und sie wurde stets mit der Behauptung begründet, dass alle Menschen von Natur aus gleich seien und dass alle Ungleichheit gesellschaftlichen Ursprungs, somit sowohl naturwidrig als auch ungerecht sei. Diese Begründung des Gleichheitspostulats ist durchaus falsch. Die Natur hat die Menschen nicht gleich geschaffen. Die einzelnen Menschen sind schon bei ihrer Geburt sehr verschieden, ihre angeborenen Anlagen sind sehr ungleich und diese Ungleichheit wird im Laufe des Lebens beträchtlich verschärft. Die körperliche und die geistige Ausstattung der Einzelnen sind verschieden, sie sehen die gleichen Dinge verschieden und sie reagieren auf die gleichen äusseren Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse verschieden. Ihr Charakter und ihre Leistungsfähigkeit sind durchaus verschieden. Selbst zwischen Geschwistern bestehen in jeder Hinsicht gewaltige Unterschiede. Wenn die Naturrechtslehre die Forderung nach gleicher Behandlung aller Einzelnen auf dem Satze von der vermeintlichen Gleichheit aller Menschen stützte, hatte sie eine unhaltbare Begründung gewählt.

Der Liberalismus fordert gleiche Behandlung der Einzelnen durch die Gesetze aus zwei verschiedenen Gründen.

Der eine Grund ist ökonomischer Natur. Freie Arbeit ist ergiebiger als unfreie Arbeit. Nur der freie Arbeiter, der die Frucht seiner eigenen Betätigung im Lohne genießt, spannt seine Kräfte so an, als er nur kann.

Der zweite Grund ist politisch. Gleichheit vor dem Gesetze wird aus demselben Grund gefordert, aus dem Demokratie gefordert wird. Demokratie ist die Verfassungsform, die dies ermöglicht, auf friedlichem Wege die Männer der Regierung und das Regierungssystem zu wechseln, wenn die Mehrheit einen solchen Wechsel verlangt. Demokratie ist somit eine Einrichtung zur Aufrechterhaltung des Friedens innerhalb des staatlichen Verbandes. Diese Befriedung konnte in einem Staatswesen, in dem die Einzelnen durch die Gesetze verschieden behandelt werden, nicht erzielt werden. Wenn das Gesetz zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten unterscheidet, wenn das Gesetz Standesunterschiede schafft, dann werden die Entrechteten sich zum Kampfe gegen die Bevorrechteten zusammenschließen. Die Rechte und die Pflichten der Staatsbürger sollen gleich sein, weil diese Gleichheit für den inneren Frieden unentbehrlich ist.

Wenn die französischen Revolutionäre 1789 von Gleichheit sprachen, dann hatten sie die Beseitigung der Standesvorrechte des Adels im Auge. Sie forderten, dass auch der

Nichtadelige das Recht erhalten soll, Offiziersstellen und Beamtenposten zu ~~erwerben~~ erlangen und dass die Gerichte für Bürger und Bauern nicht andere Normen anwenden sollen als für den Adel. Es soll, forderten sie, in Zukunft nicht mehr vorkommen können, dass ein adeliger Tunichtgut einen Voltaire ungestraft mishandeln lassen darf. Die Steuern sollen Adel, Bürger und Bauern in gleicher Weise belasten.

Wenn man die Ungleichheit in der Höhe der Einkommen abschaffen will, dann muss man das kapitalistische System durch das sozialistische ersetzen. Einkommensgleichheit konnte nur im Sozialismus verwirklicht werden. Wir wollen einmal für den Augenblick von der Undurchführbarkeit des Sozialismus, von der schon die Rede war, ABSEHEN. Doch wir müssen zwei Feststellungen machen: Erstens: dass die Einkommensgleichheit wohl im Sozialismus denkbar ist, dass sie aber durchaus nicht zum Wesen des Sozialismus gehört. Zweitens: dass alle bisher unternommenen Versuche, Sozialismus durchzuführen, sehr bald von dem Bestreben, jedem Einzelnen das gleiche Einkommen zuzuteilen, Abstand genommen haben.

Wir haben es hier mit dem Verhältnis von Einkommensgleichheit und Demokratie zu tun und brauchen uns daher mit einem anderen Einwand der Anhänger des kapitalistischen Systems, nicht länger zu befassen. Dieser Einwand geht dahin, dass im sozialistischen Gemeinwesen wohl Gleichheit der Einkommen bestehen könnte, dass aber jeder Einzelne dabei

schlechter fahren würde als in der kapitalistischen Ordnung, weil die sozialistische ~~Ordnung~~ Produktion weit weniger er-
giebig ist als die kapitalistische.

Nicht das ist für uns entscheidend, sondern die Frage, ob Sozialismus, ohne den diese Gleichheit der Einkommen nicht denkbar ist, mit Demokratie überhaupt vertraglich ist.

Vergessen wir nicht, dass das, was man bisher immer Demokratie zu benennen pflegte, nur in Gesellschaften verwirklicht wurde, in denen Sondereigentum an den Produktionsmitteln bestanden hat. Wenn Geschichte uns überhaupt etwas lehren kann, dann lehrt sie, dass Kultur und Demokratie sich bisher nur in Gesellschaften entfalten konnten, die am Sondereigentum festgehalten haben. In diesem Sinne muss, wer Kultur und Demokratie für einen Segen hält, das Sondereigentum als "heilig" ansehen.

Es wurde schon gezeigt, dass es weder im interventionistischen noch im sozialistischen Gemeinwesen Demokratie und Freiheit geben kann. Wer das bestreiten will, der muss den Ausdrücken "Demokratie" und "Freiheit" eine Bedeutung beilegen, die von der Bedeutung, die ihnen von allen Menschen in der Vergangenheit und in der Gegenwart beigelegt wurden, durchaus verschieden ist.

Es ist wahr, dass die Massen heute sturmisch Beseitigung des Sondereigentums fordern. Doch die Massen stehen im Sinne der sozialistischen Dialektik, die ihnen den

Glauben beigebracht hat, dass sie im kapitalistischen System ausgebeutet werden, dass der Sozialismus ihnen unermesslichen Zuwachs an Reichtum bringen wird und dass Demokratie und Freiheit im sozialistischen Gemeinwesen voll gewährleistet sein werden. Die Massen wissen nicht, dass Sozialismus nicht Wohlstand für Alle, sondern Elend für Alle bedeutet. Sie ahnen nicht, dass sie zwischen Sozialismus auf der einen Seite und Freiheit und Demokratie AUF DER ANDERN Seite zu wählen haben, weil die beiden unverträglich sind.

Solange die Massen in dieser Unwissenheit erhalten werden, ist der Kampf gegen die vereinigten Kräfte des Kommunismus aussichtslos. Die Demokratien leisten gar keinen ernstlichen Widerstand. Sie haben bis zum Ausbruch des neuen Krieges jeden Versuch, die Verteidigung der Zivilisation vorzubereiten, heimtückisch sabotiert. Sie haben sich die längste Zeit hinter dem leeren Wort "Neutralität" verschanzt. Sobald die totalitären Staaten zum offenen Angriff übergingen, haben die "Demokraten" sich beeilt, die Waffen zu strecken. Die sozialdemokratischen Regierungen der skandinavischen Staaten haben Finnland im Stich gelassen, nachdem sie kurz vorher noch grossmäulig die Solidarität der viernordischen Demokratien verkundet hatten. Holland hat nach vier Tagen kapituliert, Belgien einige Tage später. Dann kam Frankreich an die Reihe. Tausend Jahre französische Geschichte wurden in einer Stunde ausgelöscht. Der ganze europäische Kontinent wurde dem Bunde von Hakenkreuz, Sowjetstern und

Rutenbündel untertan.

Europa ist nicht von auswärtigen Feinden besiegt worden. Nicht Hitler hat Frankreich unterworfen; Georges Sorel und Charles Maurras, die katholische Aktion, die Gewerkschaften, die Kommunisten und die Magoullards haben es ihm ausgeliefert. Petain und Laval haben nur ausgeführt, was das französische Volk unter dem Einfluss der nationalistischen, klerikalen und kommunistischen Ideen ausgeführt sehen wollte. Blicken wir auf die Geschichte der letzten hundert Jahre zurück, dann erkennen wir, dass alles, was gekommen ist, das notwendige und folgerichtige Ergebnis der Politik war, die ihr Ziel im vereinten Ansturm gegen den Kapitalismus und gegen die "bürgerliche" Kultur erblickt hat. Wenn Hitler zurückgeschlagen und seine Trabanten verjagt waren, würde Frankreich doch nicht frei werden. An Stelle von Petain und Laval wurden andere Diktatoren treten, das System würde bleiben. Es ist unwesentlich, ob die "Linken" oder die "Rechten" am Ruder sind. Das, worauf es ankommt, ist die Herstellung von Zuständen, in denen die Menschen menschlich sein können.

III. Die Wiederherstellung der Gedankenfreiheit.

Der Kampf zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird nicht auf den Schlachtfeldern entschieden. ~~Erst~~

Weil die Massen für die sozialistischen und interventionistischen Ideen gewonnen wurden, konnte der Totalitarismus seinen unvergleichlichen Siegeszug antreten. Die öffentliche Meinung muss umgestimmt werden. Es gilt die Massen zu überzeugen.

Es ist heute ein allgemein anerkanntes und kaum von einigen Dutzend Leuten bestrittenes Dogma, dass der Kampf gegen den Kapitalismus die vornehmste und wichtigste Aufgabe des Staates ist. Dass im Sozialismus das Heil liege, dass er das Wohl aller fördern werde und dass der Kapitalismus ein System schändlicher Ausbeutung der Vielen durch eine verbrecherische Minderheit darstelle, wird als selbstverständlich angenommen. Im Interventionismus erblickt man ein Mittel, zumindest die argsten Missstände des Kapitalismus abzustellen. Wer dieser Meinung nicht beipflichtet, wird von der öffentlichen Meinung als Soldschreiber des Kapitals - Marx pflegte zu sagen: "Sykophant des Kapitals - angesehen.

In dieser Auffassung befangen, hat man alle Lehranstalten den erbitterten Bekämpfern des Sondereigentums ausgeliefert. Im Deutschen Reich wurde seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts daran gearbeitet den Universitätsunterricht der Nationalökonomie zu beseitigen und die Lehrkanzeln der "wirtschaftlichen Staatswissenschaften" mit Männern zu besetzen, die vom Katheder herab Hetzreden gegen "das Kapital" hielten und Propaganda für Interventionismus und Sozialismus machten. (*) Aus den Seminaren dieser Profes-

(*) Vergl. die Darstellung dieser Zustände bei Pohle, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1911

soren gingen die Männer hervor, die im nationalsozialistischen Deutschland die Beamtenposten bekleiden. In Frankreich stand die wichtigste höhere Lehranstalt, die école normale in Paris, viele Jahrzehnte hindurch unter sozialistischer Leitung. Das mittelbare Ergebnis dieser Erziehung war, dass die französischen Volksschullehrer eine Gewerkschaft bildeten, die fanatisch sozialistisch war und totalen Pazifismus - also mit anderen Worten: kampflose Waffenerstreckung vor Hitler - forderte. Im kaiserlichen Russland konnte niemand, der liberaler Gesinnung verdächtig war, öffentlich seiner Meinung Ausdruck geben. Der Liberalismus wurde von den Universitäten ferngehalten und die Mehrzahl der Lehrkanzeln der Wirtschaftslehre wurde mit "loyalen" Marxisten besetzt, d.h. mit Marxisten, die nur das Kapital, nicht aber auch den Zaren befehdeten. Diese Professoren haben die russische Intelligenz dem Marxismus gewonnen und damit dem Bolschewismus den Weg gebahnt. In seinem Hass gegen den Liberalismus hat der Zarismus selbst geholfen, Russland für den Sozialismus zu erobern.

Die alten Griechen und Römer dachten, dass die Gottheit die Dichter inspiriert. Der Dichter galt ihnen als Seher, Prophet und Verkünder des Gottesworts. Wenn sie sich zur Stützung dieser Behauptung auf die Verse eines Dichters berufen konnten, so galt ihnen das als autoritärer Beweis. Dieser Glaube ist über die Humanisten auf uns gekommen und erweitert worden. Nicht ^{nur} um dem Dichter und dem Schrift-

steller, auch dem Naturforscher und selbst dem Kinoschauspieler wird heute unfehlbares Urteil ⁿ über alle Dinge zuge-
 traut. Andächtig ⁿ lauscht das Publikum, wenn diese Be-
 rühmtheiten ihr von keiner Sachkenntnis getrubtes Urteil
 über die Auseinandersetzung von Kapitalismus und Sozialis-
 mus zum Besten geben. Doch der Umstand, dass der Mathema-
 tiker Bertrand Russell, der Theaterschriftsteller Bernard
 Shaw, der Romanschriftsteller *H. G. Wells*, der "Politi-
 cal Science" essayist Harold Laski ruckhaltslos für den So-
 zialismus eintreten, beweist nur, dass diese Männer unter
 dem Einfluss der die Mehrzahl ihrer Zeitgenossen beherrschenden
 Vorurteile stehen. Das Urteil, das ein Mathematiker,
 ein Bakteriologe oder ein Künstler über Probleme der wirt-
 schaftlichen Kooperation abgibt, hat keine andere Bedeutung
 als das Urteil, das ein Blinder über ⁿ Malerei fällt.

Das Getriebe der verschiedenen denkbaren Systeme gesell-
 schaftlicher Kooperation kann man nur erfassen, wenn man die
 schwierigsten Aufgaben, die dem nationalökonomischen Denken
 gesetzt sind, zu meistern weiss. Die Anforderungen, die hier
 an das menschliche Denkvermögen gestellt werden, sind weit
 grosser als die, die die irgend eine andere Wissenschaft zu
 lösen gibt. Der Weg zur Erkenntnis führt hier über einen
 dornigen Pfad. Wer nicht bereit ist, harte Gedankenarbeit
 zu leisten, wer nicht gewillt ist, mit dem höchsten Aufwand
 von Kraft und Entsagung in die Probleme zu versenken, wird
 nie zu Klarheit und Reinheit des Urteils gelangen.

Da bietet der Marxismus dem Denkfaulen einen angenehmen Ausweg. Der "Marxismus löst alle Schwierigkeiten durch die Verkündigung eines Dogmas. Dass das Sondereigentum ein Übel und der Sozialismus das Heil ist, steht für den Marxisten ausser Frage. Und - welche frohe Botschaft - dieses Heil muss kommen. Denn über das Schicksal der Menschen wacht eine höhere Gewalt, die die Menschheit dem Heil entgegenführt. Die Dialektik des historischen Prozesses - welche ein prachtvolles neues Wort für die göttliche Vorsehung - wird durch die Negation der Negation den Sozialismus verwirklichen. Der Kampf zwischen dem bösen Prinzip und dem guten Prinzip, der das Wesen aller bisherigen Geschichte ausgemacht hat wird mit dem - unmittelbar bevorstehenden - Sieg des guten Prinzips enden, das tausendjährige Reich des Guten wird anbrechen, ein Fullhorn von ungeahntem Reichtum wird sich über die Menschen ergiessen, in ungestörtem Glück und ewigem Frieden werden sie ihre Tage im Paradies des verheissenen Landes verbringen.

Diesem schonen Ammenmärchen gab Marx die Bezeichnung "wissenschaftlicher Sozialismus." Mit unsagbarer Verachtung blickte er auf seine sozialistischen Vorgänger. Denn diese "Utopisten" hatten den Versuch gemacht, ihren Mitmenschen durch logische Schlüsse zu beweisen, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung besser und zweckmassiger sei als die kapitalistische. In diesen Versuchen hatten sie klag-

lich Schiffbruch gelitten. Die bosen "ationalokonomien - die Vertreter der dismal science, wie Carlyle sie nannte, - hatten gezeigt, dass das sozialistische Gemeinwesen nicht d das leisten konnte, was seine Befurworter von ihm erwarteten, dass der Sozialismus zu Chaos, allgemeinem Elend, endlosen Kämpfen zwischen den Menschen und zur Vernichtung aller Kultur führen muss. Kein Sozialist war je imstande, diese Gedankengänge zu widerlegen. Doch Marx wusste einen bequemen Ausweg. Er erhob die Lehre von der Vortrefflichkeit des Sozialismus zu einem Dogma, das niemand in Zweifel ziehen darf. Wer den Sozialismus nur mit den Mitteln der menschlichen Vernunft zu prüfen sucht, wer das Dogma, der Sozialismus das absolut Gute, nicht unbedenklich hinnehmen will, ist eben ein "Sykophant des "apitals", ein Verfechter eigenmächtiger Klasseninteressen der Ausbeuter.

Die geschichtliche Bedeutung von Karl Marx liegt darin, dass er die vernunftmassige Auseinandersetzung über die nationalökonomischen Probleme der verschiedenen denkbaren Gesellschaftsordnungen durch die Verkündung eines Dogmas für viele Jahrzehnte unterbunden hat. Für die Marxisten steht es fest, dass Sozialismus - Planwirtschaft - das schlechthin Gute und dass der Kapitalismus das schlechthin Böse ist. Man braucht sich nicht weiter zu bemühen, die schwierigen nationalökonomischen Probleme zu studieren. Denn die Geschichte führt unentrinnbar zum Sozialismus und der Weltgeist kann doch nichts Böses mit uns vorhaben.

Entwicklung - auch ein Name für eine neue Gottheit - ist notwendig. Höhere Entwicklung. Fortschritt ist selbstverständlich Fortschritt zum Sozialismus.

Der Marxismus ist nicht eine wissenschaftliche Theorie, sondern der Versuch, einem Tabu eine rationale Rechtfertigung zu geben. Alles, was er lehrt, dient nur diesem einen Zwecke.

Es gibt heut nur eine grosse Aufgabe in der Welt: den Bann dieses Kohlerglaubens zu brechen, das marxistische Grunddogma zu entthronen und dem menschlichen Denken wieder das Recht zu erobern, über diese Dinge zu denken und reden zu dürfen.

Descartes hat de omnibus dubitandum als Grundsatz der modernen Wissenschaft verkundet. Von diesem Grundsatz darf man weder zu Gunsten des Sozialismus noch zu Gunsten des Staates eine Ausnahme machen.

IV. Der Diktaturkomplex.

Der Mensch wird als unsoziales und antisoziales Wesen geboren. Rücksichtslose Selbstsucht ist seine Natur. Erst die Erfahrungen, die er im Leben macht, und die Lehren, die er von den Eltern, Geschwistern, Spielgenossen und später von allen anderen Mitmenschen empfängt, zwingen

ihn, die Vorteile der Eingliederung in die gesellschaftliche Kooperation zu erkennen und sein Verhalten dieser Erkenntnis gemäss einzurichten. Der Wilde wird zum Kulturmenschen und Bürger und lernt, dass sein Wille nicht allein entscheidet, dass er sich anderen fügen und anpassen muss, dass auch anderer Menschen Wollen und Handeln ein Faktor ist, mit dem er zu rechnen hat .

Der Neurotiker kann sich nie mit diesem Tatbestand abfinden. Da er es aber nicht vermag, das Wollen und Wirken der Mitmenschen auszuschalten und seinen eigenen Willen rücksichtslos durchzusetzen, fluchtet er in den Tagtraum. Er träumt von der Diktatur, von der Kraft die Mitmenschen zu unterjochen und zu beherrschen, die ihm, dem Schwachen fehlt. Das Land seiner Traume ist das Land, in dem nur das geschieht, was ihm richtig scheint und was er ersehnt; es ist das Reich seines Willens, in dem er allein befiehlt. In diesem Paradies ist alles vernunftig eingerichtet, denn vernunftig ist doch nur das, was ihm dem Traumer, als vernunftig gilt.

In der heimlichen Traumwelt weist der Neurotiker sich selbst die Rolle des Diktators zu. Da ist er Caesar, Darlingis-Khan, Napoleon. Wenn er zu Mitmenschen von seinen Phantasien spricht, muss er bescheidener ~~sein~~ werden. Dann begnügt er sich damit, eine Diktatur auszumalen, die ein anderer handhabt. Doch Dieser Diktator ist nur sein, des Neurotikers Handlanger; er soll genau das durchführen, was

ihm, dem Neurotiker, als richtig erscheint. Wer auf diese Beschränkung verzichten wollte und sich selbst zum Diktator vorschlagen würde, konnte von seinen „Mitmenschen als Geisteskranker angesehen werden und demgemäss behandelt werden. Das klinische Bild des Grossenwahns ist der Psychiatrie schon lange vertraut.

Noch nie ist jemand für eine Diktatur eingetreten, die anderes ausführen würde, als ihm dem Diktaturfreund, als richtig erscheint. Wer Diktatur empfiehlt, empfiehlt immer die schrankenlose Herrschaft seines eigenen Willens, mag diese Herrschaft auch nur durch die Hand eines Mittelsmannes ausgeübt werden.

Untersuchen wir z. B. das heute besonders beliebte Schlagwort "Planwirtschaft." Alles, was Menschen tun, müssen sie zuerst wollen, d. h. planen. Jede Wirtschaft ist daher in diesem Sinne Planwirtschaft. Doch wer mit Marx die "ANarchie der Produktion" verwirft und durch Planung ersetzen will, lässt den Willen, die Pläne der anderen, nicht gelten. Ein Wille allein soll wollen dürfen, ein Plan allein soll durchgeführt werden, nämlich der Plan, der des Neurotikers Beifall findet, - der vernünftige Plan, der einzige Plan. Jeder Widerstand soll gebrochen werden, niemand soll den armen Neurotiker hindern, die ganze Welt nach seinem Geschmack einzurichten. Jedes Mittel ist erlaubt, wenn es gilt die Vernunft des des Tagtraumers auf den ^h Tron zu setzen.

Man muss diese psychischen Wurzeln des Alleinherrschafts-
komplexes ins Auge fassen, wenn man den ungeheuren Erfolg
verstehen will, den die aberwitzigen Ausführungen geistes-
kranker Vorkämpfer des Sozialismus erzielt haben. In den
Schriften von Auguste Comte und Charles Fourier tritt die
Psychose offen zutage. Bei George Sorel ist sie kaum
verhüllt. Dennoch haben diese Männer auf "Zeitgenossen und
auf die Nachwelt den nachhaltigsten Eindruck geübt, haben
Schule gemacht und andachtige Junger gefunden.

Man darf auch Irren nicht das Reden und Schreiben
verbieten. Doch man muss ^{auch} jene, die ihre Wahnideen kritisie-
ren, zu Worte kommen lassen.

V. DIE ABLEHNUNG DES RESENTIMENT.

Es handelt sich nicht darum, irgend eine geistige
Richtung zu unterdrücken oder irgend jemand das Reden und
Schreiben zu verbieten. Im Gegenteil: es handelt sich
darum, die Freiheit der Diskussion über gesellschaftliche
Probleme wiederherzustellen. Man muss mit den Dogmen
und Vorurteilen aufräumen, die heute jeder unbefangenen
Behandlung gesellschaftswissenschaftlicher, nationalökono-
mischer und politischer Dinge im Wege stehen.

Mit der Reform ist nicht beim Staate, nicht bei der

Regierung und nicht im öffentlichen Leben zu beginnen. Jeder Einzelne hat bei sich selbst den Anfang zu machen und muss sich selbst von dem Joch der Dogmatik befreien, die ihn am freien Gebrauche seines Denkvermögens hindert. Jeder Einzelne muss trachten, sich der Schlagworte und Formeln zu entledigen, die er heute als unerschütterliche Wahrheiten ansieht. Jeder Einzelne muss sich selbst durch harte Arbeit wieder das Recht erkämpfen, an allem zweifeln zu dürfen, und keine Autorität gelten zu lassen als die des logischen Denkens.

Um zu dieser Freiheit zu gelangen, muss man die gefühlsmässigen Hemmungen überwinden, die das Denken zu truben pflegen. Man muss das Ressentiment und die Hybris zur Seite schieben.

Der Markt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist Demokratie der Verbraucher. Die Käufer sind souverän, ihr Kaufen und ihr Nichtkaufen leitet die Produktionsmittel in die Hände derer, die sie so zu verwenden wissen, dass sie die Wünsche und Begehungen der Verbraucher so gut es geht und so billig es geht, ~~zu~~ befriedigen. Dass die einen reicher und die anderen armer werden, ist das Ergebnis des Verhaltens der Verbraucher. Nicht der hartherzige Konsument richtet den weniger leistungsfähigen Unternehmer zu grunde, sondern der Käufer, der dort kauft, wo er besser und billiger bedient wird. Der Konsument allein herrscht in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Unternehmer und

die Kapitalisten sind seine Diener, die auf nichts anderes bedacht sind als darauf, die Wünsche des Verbrauchers zu erraten und nach Massgabe der verfügbaren Mittel zu befriedigen. Unternehmer und Kapitalisten gehen aus einem taglich wiederholten Wahlverfahren hervor, sie können jeden Tag ihren Reichtum und ihre bevorzugte Stellung verlieren, wenn die Konsumenten ihnen die Kundschaft entziehen. Es ist toricht, wenn der Verbraucher den Mannern, die er reich gemacht hat, indem er ihre Dienste in Anspruch nimmt, den Reichtum neidet. Der Verbraucher schadigt sich selbst, wenn er Massnahmen gegen "big business" fordert. Wer dem Warenhausbesitzer den Reichtum neidet, der moge lieber dort kaufen, wo er fur mehr Geld schlechtere Ware erhalt.

Alle unsere Zeitgenossen wollen mehr geniessen, mehr verbrauchen, mehr verzehren und besser leben. Doch sie neiden denen, die in der Befriedigung dieser ihrer Wunsche am eifrigsten waren, den Erfolg. Es krankt die Eigenliebe und das Selbstgefuhl des Spiessers. dass er - wenn auch widerwillig - zugeben muss, dass andere tuchtiger sind in der Besorgung aller jener materiellen Guter, die das aussere Leben reich machen. Er empfindet es schmerzlich, dass er im Wettbewerb des Marktes nur eine bescheidene Stelle zu erringen vermochte. Um diese Umlust zu beheben, legt er sich eine besondere Entschuldigung zurecht. Er sei gar nicht untuchtiger als der erfolgreiche reich gewordene Unternehmer; er sei nur anstandiger und ehrlicher. Jene erfolg gekronten

Männer sind eben skrupellos. Sie haben verbrecherische Praktiken angewendet, die er selbst, der ehrlich bleiben wollte, verschmaht hat. Ich bin, denkt unser Pharisaer, ebenso klug und tüchtig wie die Reichgewordenen. Doch ich bin, Gott sei es gedankt, moralisch besser als sie. Sie sind bose, und es wäre die Aufgabe der Obrigkeit, sie für ihre Untaten zu strafen und ihren unrechtmässig erworbenen Reichtum zu nehmen.

Wenn eine Regierung gegen die reichen Bürger vorgeht, ist sie des Beifalls der Menge gewiss. Das haben die Demagogen und Tyrannen des Altertums ebenso gewusst wie die Satrapen, Khalifen und Kadis des Orients und die Diktatoren von heute. Wenn eine Regierung es nicht versteht, die Massen reich zu machen, so trifft sie es, die Reichen arm zu machen. Wenn der abendlandische Freund der Sowjets sich genötigt sieht zuzugeben, dass die Massen in Russland unter der Herrschaft Lenins und Stalins ein elendes Leben führten, pflegte er einen letzten Trumpf auszuspielen: diese darbenden und hungernden Russen seien doch glücklicher als die Arbeiter des Westens, weil sie die Genugtuung hatten, dass die ehemaligen russischen "Bourgeois" noch schlechter daran waren als sie. Die Franzosen haben es vorgezogen, einen Krieg zu verlieren um nicht zuzugeben, dass die Unternehmer der Kriegsindustrie Profite erzielen.

Das Wesen des Ressentiment liegt eben darin, dass man

den Gefühlen des Neides, der Rache und der Schadenfreude frohnt, obwohl man dadurch sich selbst schadigt. Nicht minderr verderblich als das Ressentiment wirkt die Hybris, die den Einzelnen hindert, den Mitmenschen das Recht zum Mitsprechen zuzugestehen. Die Unduldsamkeit, die nur den eigenen Willen gelten lassen will und daher nach dem Diktator ruft, um durchzuführen, was der eigene Wille verlangt, ist wie das Ressentiment nicht ein Zeichen der Stärke, sondern der Schwache und des Unvermögens. Der Einzelne muss erkennen, dass wer in der Grsellschaft leben will, weil er die Vorteile der gesellschaftlichen Kooperation geniessen will, sich auch den Bedingungen, die die gesellschaftliche Verbundenheit stellt, anzupassen hat. Dass die Mitmenschen nicht willenlos sind wie Stock und Stein, dass sie sich nicht bloss als Objekte unseres Handelns verhalten, dass sie einen eigenen Willen haben und denken und handeln wie wir selbst, das ist nicht etwa ein böses Accidens, das man am besten auslöscht, sondern gerade die Voraussetzung der gesellschaftlichen Kooperation and aller Vorteile, die sie uns bringt. Der Diktaturtraum ist nicht harmloses Spiel der Phantasie, er wird, sobald es das Handeln zu beeinflussen beginnt, zum Sprengstoff, der die Gesellschaft zerstört.

Die Menschen können nur dann menschlich leben und Kultur aufbauen, wenn sie sich im Denken und Handeln den Bedingungen der gesellschaftlichen Kooperation anpassen.

Die Menschen, die nach dem Diktator riefen, damit er die Tuchtigeren und Erfolgreicheren erniedrige, den Willen der Mitmenschen ausschalte und die Welt so regiere, wie sie es ersehnten, waren reif für das Reich Stalins und Hitlers.

Appendix

Hier sollen einzelne Ausdrücke und Fakten, die dem amerikanischen Leser weniger vertraut sind, kurz erläutert werden. Zum Beispiel:

Zur Vorrede: Die alte Bedeutung des Ausdrucks "Liberalismus" die von der diesem Ausdruck heute in Amerika beigelegten Bedeutung radical verschieden ist.

S. 8 & S. 33: kleindeutsche Geschichtsschreibung.

S. 10: Schiller's hundertster Geburtstag.

S. 24: Russische Intervention in Ungarn 1849

S. 24 Alvensleben'sche Konvention

S. 112 Wenzelskrone, Stephanskrone

u. s. w.

WESEN UND WERDEN DES NATIONALSOZIALISMUS

=====

Ein Beitrag zum Problem der
künftigen Befriedung Europas.

Ludwig von Mises

VORWORT

Die dringendste Aufgabe, die die Welt heute zu lösen hat, ist die Schaffung dauernden Friedens. [Als Beitrag zum Verständnis der Probleme, die die Befriedung stellt, ist diese Darstellung ^{der Entwicklung der Geschichte} ~~des Werdens und des Wesens~~ des Nationalsozialismus gedacht.] Wenn man den Frieden sichern will, muss man wissen, wie es 1914 und 1939 zum Kriege kommen konnte.

Der Nationalsozialismus ist eine politische Partei und muss als solche studiert werden. Man hat diesem selbstverständlichen Gesichtspunkt nicht immer Rechnung getragen. Statt zu fragen, was die Nationalsozialisten wollen, warum sie es wollen und mit welchen Mitteln sie ihre Absichten durchzuführen gedenken, hat man sich vorwiegend mit Begleiterscheinungen der Bewegung befasst und darob die rein politischen Dinge vernachlässigt. Man hat das, was nur Beiwerk ist oder der Propaganda dient, von den politischen Plänen nicht zu sondern gewusst. Man hat z.B. den Chauvinismus, die Überschätzung des eigenen Volkes und die Verächtlichmachung fremder Völker, als politischen Faktor angesehen und ihm einen breiten Raum in allen Darstellungen der nationalistischen Politik gewidmet. Der Chauvinismus ist eine allgemeine Erscheinung, die bei allen Völkern ziemlich

gleichartig auftritt¹⁾; Nationalismus und nationalistische Politik der einzelnen Völker sind aber sehr verschieden. Man hat den Nationalsozialismus als Rassenpolitik bezeichnet. In der Tat aber spielen rassenpolitische Erwägungen in der Politik der Nationalsozialisten keine Rolle; sie motivieren ihre gegen Juden und Nachkommen von Juden gerichteten Massnahmen mit rassenpolitischen Schlagworten, doch die Massnahmen selbst ^{zu} unterscheiden Juden von Nichtjuden keineswegs nach rassenanthropologischen Kennzeichen, sondern nach der Zugehörigkeit der betroffenen Personen und ihrer Vorfahren zur jüdischen Religion. Die schwersten Misgriffe wurden jedoch in der Gegenüberstellung von Nationalsozialismus und Bolschewismus begangen; man kann wohl annehmen, dass ^{wenigstens} diese Irrtümer ~~zunächst~~ nach den jüngsten Erfahrungen allmählich verschwinden werden.

Um eine Bewegung von der Tragweite und weltpolitischen Bedeutung des Nationalsozialismus zu verstehen, muss man auf ihre historischen Wurzeln und auf Grundfragen der modernen Wirtschaftspolitik zurückgreifen. / Denn / der Nationalsozialismus ist nicht erst mit dem Auftreten Hitlers entstanden; er ist aus der Anpassung des deutschen Nationalismus an die politische Gestaltung Europas im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hervorgegangen. Alle Gedanken, die ihn erfüllen, waren schon lange vor 1914 ^{zu} in einem geschlossenen politischen System verbunden worden.

1) Vgl. die Darstellung des Chauvinismus bei Hayes, Essays on Nationalism, New York 1926, S. 93 ff.

In diesem System spielt das "Wirtschaftliche" die Hauptrolle, doch in einem ganz anderen Sinne als in dem, der ihm gewöhnlich zugeschrieben wird. Man verkennt den Nationalsozialismus ~~im besonderen~~, wenn man nicht darauf achtet, dass er Sozialismus sein will. Nichts ist so irreführend wie die übliche Unterscheidung von "rechts" und "links". Man sieht die Welt durch die Brille Stalins, wenn man Monarchie, Christentum, Kapitalismus, Liberalismus, Militarismus, Imperialismus, Nationalsozialismus und Fascismus als "rechts" und Sozialismus, Kommunismus, Gewerkschaftspolitik, Pazifismus und Diktatur der kommunistischen Führer als "links" einander gegenüberstellt. Diese Auffassung, der die Eroberung Albaniens durch Mussolini als Werk des Imperialismus und der "Reaktion" erscheint, die aber andererseits in den Bomben, die Helsinki zerstört haben, Werkzeuge der Befriedung, der Befreiung und des Fortschrittes erblicken will, macht es unmöglich die Kräfte zu erkennen, die zum Krieg treiben. Der moderne Nationalismus ist nicht "Überbau" der Klasseninteressen der Bankiers, ^{der} Grossindustriellen, der "Feudalherren" und der "Militärkasten". Die Völker ziehen nicht für das Kapital in den Krieg, und der Imperialismus dient nicht den Klasseninteressen der Ausbeuter. Man mag der Meinung sein, dass die Völker ihre Interessen schlecht wahrnehmen, wenn sie Kriegspolitik betreiben, und dass sie das, was sie wirklich in letzter Linie wollen, durch Krieg nicht erreichen können. (Auch ich teile diese Anschauung.) [1. 11.] Doch man darf sich nicht der

Einsicht verschliessen, dass die Massen heute von Ideen erfüllt sind, die unausweichlich Kriegezeugen. Die Vorstellung der alten Liberalen des 18. Jahrhunderts, dass die Völker von Natur aus friedlich geartet sind und dass nur die eigensüchtige Bosheit der Fürsten und Staatsmänner sie aufs Schlachtfeld führt, war Illusion. Die Völker suchen heute das Heil auf Wegen einer Gewaltpolitik, die Kriege auslösen muss. Der Imperialismus unserer Tage ist Volksimperialismus.

[Der Ausblick, zu dem die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus führt, ist wenig erfreulich. Die Befriedung Europas ist eine weit schwierigere Aufgabe, als gemeiniglich angenommen wird. Man wird den dauernden Frieden weder von der Entmachtung einiger Persönlichkeiten noch von einer Verbesserung der Bestimmungen des Völkerbundpaktes erwarten dürfen. Was der Welt heute fehlt, ist eine friedentiftende wirtschafts- und sozialpolitische Denkungsart; nur eine Politik, die die Kriegsursachen behebt, wird dauernden Frieden bringen.

INHALTSVERZEICHNIS

=====

<u>Vorwort.</u>	I
<u>Inhaltsverzeichnis.</u>	V
1. <u>Der deutsche Liberalismus.</u>	1
I. Ancien régime und Liberalismus.	1
II. Die Schwäche des deutschen Liberalismus.	11
III. Das preussische Heer.	13
IV. Der preussische Verfassungskonflikt.	21
V. Preussens liberales Prestige.	28
VI. Die kleindeutsche Geschichtsschreibung.	33
VII. Die Episode Lassalle.	39
2. <u>Der Triumph des Militarismus.</u>	42
I. Das preussische Heer im deutschen Reich.	42
II. Der deutsche Militarismus.	48
III. Die Liberalen und der Militarismus.	57
IV. Die sozialistische Erklärung des Sieges des Militarismus.	60
3. <u>Der Etatismus.</u>	64
I. Der neue Geist.	64
II. Der Staat.	68
III. Die Staatslehre des Liberalismus.	72
IV. Der Sozialismus.	78
V. Der Interventionismus.	89
VI. Der ^{etw.} etatische Mythos.	98
VII. Die ^{ist.} etatische Wirklichkeit.	104
4. <u>Etatismus und Nationalismus.</u>	108
I. Staat und Volk.	108
II. Liberalismus und Nationalitätsprinzip.	117
III. Liberaler und imperialistischer Nationalismus.	126
IV. Volksimperialismus.	133
V. Der Chauvinismus	142
VI. Die Mythen.	147

5. <u>Die Eigenart des deutschen Nationalismus.</u>	157
I. Die Erweckung.	157
II. Der deutsche Nationalismus und der Nationalismus anderer Völker.	168
III. Immanente Kritik des deutschen Nationalismus.	178
IV. Die Moral des deutschen Nationalismus.	183
V. Nation und Individuum.	195
VI. Der Polylogismus.	200
VII. Die Rolle der Gewalt im Nationalismus.	209
VIII. Deutscher Nationalismus und Nationalsozialismus.	212
6. <u>Die deutsche Sozialdemokratie.</u>	216
I. Die Legende.	216
II. Marxismus und Arbeiterbewegung.	219
III. Die Arbeiter und der Staat.	228
IV. Die Legende vom Reserveoffizier.	237
V. Der Internationalismus der Sozialdemokratie.	240
7. <u>Antisemitismus und Rassenlehre.</u>	248
I. Die Rolle der Rassentheorie.	248
II. Der Kampf gegen den jüdischen Geist.	259
III. Interventionismus und rechtliche Diskriminierung von Juden	270
IV. Die Dolchstoßlegende.	277
V. Die aussenpolitische Rolle des Antisemitismus.	285
8. <u>Der Aufstieg des Nationalsozialismus.</u>	292
I. Die Weimarer Verfassung.	292
II. Die unterbliebene Sozialisierung.	303
III. Die Wehrverbände.	307
IV. Der Vertrag von Versailles.	314
V. Die wirtschaftliche Not.	320
VI. Der nationalsozialistische Umbruch.	322
9. <u>Der künftige Frieden.</u>	327
I. Der neue Krieg.	327
II. Der Siegfrieden.	328
III. Der Verständigungsfrieden.	332
IV. Der dauernde Frieden.	336
V. Der Weg zum Frieden.	342

1. Der deutsche Liberalismus.

Ancien régime
und
Liberalismus

I. Man verkennt den Nationalsozialismus vollkommen, wenn man es versucht, in seinem Ideengehalt und in seiner Politik ein Wiederaufleben des ancien régime oder eine Manifestation des "preussischen Geistes" zu sehen. Nichts im Nationalsozialismus knüpft an Gedanken und Einrichtungen der deutschen Geschichte der letzten tausend Jahre an. Weder der Nationalsozialismus noch die alldeutsche Bewegung, aus der er sich entwickelt hat und deren folgerichtige Ausgestaltung er bildet, sind aus dem Preussentum Friedrich Wilhelm des Ersten und Friedrich des Zweiten hervorgegangen. Die deutschnationalen und alldeutschen Verbände der wilhelminischen und der Weimarer Ära haben nicht die Politik der brandenburgischen Kurfürsten und der ersten vier preussischen Könige erneuern wollen; wenn sie mitunter als ihr Ziel die Rückkehr zum vermeintlichen Paradies der Vergangenheit bezeichneten, taten sie es zur Erleichterung der Agitation und aus Unkenntnis der Geschichte; ihr Programm war und ist nicht auf Wiederherstellung eines Vergangenen gerichtet, sondern auf ein Neues und Unerhörtes.

Der preussische Fürstenstaat des Hauses Hohenzollern ist auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstädt zusammenge-

brochen, die preussische Armee streckte bei Prenzlau und bei Ratkau die Waffen, die meisten Festungen kapitulierten, ohne auch nur den Versuch eines Widerstandes zu wagen. Der König flüchtete unter den Schutz des Zaren, dessen Fürsprache die Erhaltung seines Staates im Frieden von Tilsit erwirkte. Doch schon lange vor dieser militärischen Katastrophe war der alte preussische Staat innerlich zerbrochen gewesen; er war längst morsch und tot, als Napoleon ihm den letzten Stoss versetzte. Denn der Gedanke, auf dem er beruhte, hatte alle Kraft verloren; er war dem Ansturm der neuen Ideen des Liberalismus erlegen und ist nie wieder auferstanden.

Wie alle Fürsten, die ihre Herrschaft auf den Trümmern des alten deutschen Reiches aufgerichtet hatten, so sahen auch die brandenburg-preussischen Hohenzollern in ihrem Landbesitz nichts als das Hausgut ihrer Familie, das sie durch Waffengewalt zu erhalten und zu mehren suchten. Nichts als das Interesse der Sippe konnte den Bestand ihres Staates rechtfertigen, dessen Grenzen Erbteilungen und Kriege gezogen hatten. Die Menschen, die ihre Länder bewohnten, waren Untertanen, die zu gehorchen hatten; sie waren Objekt der fürstlichen Politik, Eigentum des Fürsten, mit dem er nach Belieben schaltete. Ihr Glück und ihr Wollen galten nichts. Dass der König sich um ihr Gedeihen kümmerte und dass er darauf bedacht war,

ihre materielle Wohlfahrt zu heben, geschah nicht etwa, weil er den Staat als eine Anstalt zur Förderung des Wohlergehens der Untertanen ansah. Solche Vorstellungen waren dem Fürstentum fremd; sie wären den Hohenzollern des 18. Jahrhunderts geradezu absurd erschienen. Der Fürst musste den Reichtum der arbeitenden Bürger und Bauern zu mehren suchen, weil dieser Reichtum der Born war, aus dem sein Einkommen floss; er musste trachten, die Quellen der Besteuerung ergiebiger zu machen. Nicht das Wohl des Untertanen, das Wohl des Steuerzahlers lag ihm am Herzen. Der Staat musste so verwaltet werden, dass er die Mittel zur Erhöhung der Macht und des Glanzes seines Herrn beistellen konnte. Mit Neid blickten die Fürsten Deutschlands auf den Reichtum Westeuropas, der den Königen Frankreichs und Englands das Geld lieferte, um starke Armeen und Flotten auszurüsten. Sie suchten Handel, Industrie, Bergbau und Landwirtschaft zu heben, weil sie die Steuerneingänge mehren wollten. Aus fiskalischen Gründen gelangt der deutsche Fürstenstaat im 17. und 18. Jahrhundert zur Wohlfahrtspolitik; er nimmt sich des Untertanen an, weil er in ihm, im Kontribuenten, die Wurzel des Reichtums und damit der Macht des Fürsten erkennt.

Doch mit diesen Untertanen geht im 18. Jahrhundert allmählich auch im deutschen Reich eine grosse Wandlung vor sich. Vom Westen her dringen neue Ideen zu ihnen. Der Unter-

tan, der sich ruhig damit abgefunden hatte, der Obrigkeit gehorchen zu müssen, und das Joch der Fürsten und ihrer bewaffneten Diener als unabwendbares Schicksal getragen hatte, hört zum ersten Mal von Freiheit, von Selbstbestimmung und von Menschenrechten sprechen. Der Deutsche horcht auf, er fängt an politisch zu denken.

An der Ausarbeitung des grossen, das Denken über Gesellschaft, Wirtschaft und Staat und das gesellschaftliche und politische Leben umgestaltenden Systems der neuen Ideen haben keine Deutschen teilgenommen. Die Philosophen, Nationalökonomien und Soziologen, die es erdacht haben, schreiben in englischer oder französischer Sprache. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts treten mit Gossen und mit Carl Menger erstmals auch deutsche Denker in den Wissenschaften vom menschlichen Handeln hervor. Im 18. Jahrhundert haben es die Deutschen nicht einmal zu lesbaren Übersetzungen der grossen Engländer, Schotten und Franzosen gebracht. Was die deutsche idealistische Philosophie über gesellschaftliche Dinge zu sagen wusste, erscheint ärmlich, wenn man es mit dem zeitgenössischen englischen und französischen Schrifttum vergleicht. Doch die geistige Oberschicht des deutschen Volkes nahm die Lehren von Freiheit und Menschenrecht, die ihr vom Westen zugetragen wurden, mit Begeisterung auf. Die klassische

deutsche Dichtung ist von diesen Ideen erfüllt, die grossen deutschen Musiker liehen ihr Töne. Schillers Werk ist von Anfang bis zu Ende ein Hymnus auf diese Ideen. Jedes Wort, das er schrieb, war ein Stoss ins Herz des alten Deutschland, und jedes seiner Worte wurde von allen Deutschen, die Bücher lasen und Theater besuchten, mit begeistertem Beifall begrüsst. Diese Gebildeten waren freilich nur eine Minderheit. Der grossen Masse waren Bücher und Theater fremd. Da war die ländliche Bevölkerung des Ostens, erbuntertänig dem Gutsherrn und bettelarm, da waren die Bewohner der katholischen Territorien, von denen der Druck der Gegenreformation nur langsam wich, da waren auch im fortgeschritteneren Westen und in den Städten noch viele Analphabeten und Halbanalphabeten. Diese Massen machten sich keine Gedanken über Staat und Gesellschaft, sie gehorchten dumpf und stumpf, weil sie die Höllestrafen, mit denen die Kirche sie schreckte, und noch mehr die Polizei fürchteten. Sie standen ausserhalb der Kultur und ausserhalb des deutschen Lebens, kannten nur ihre heimische Mundart und waren kaum fähig, sich mit einem Manne, der die deutsche Hochsprache oder eine andere deutsche Mundart gebrauchte, einigermaßen zu verständigen. Doch die Zahl dieser Hintersassen der Kultur sank ständig. Der Wohlstand und die Volksbildung nahmen von Jahr zu Jahr zu. Immer breitere Massen erreichten

jene Höhe der Lebenshaltung, die es gestattet, auch anderen Dingen als den täglichen Nahrungssorgen Aufmerksamkeit zuzuwenden und andere Verwendung für die Mussestunden zu finden als die, die der Alkoholgenuss bietet. Wer aufstieg und aus der stumpfen Masse zum Kulturvolk trat, wer politisch zu denken begann, wurde vom liberalen Denken erfasst. Wer sich ausserhalb des Kreises der Fürsten und ihrer adeligen Diener überhaupt mit Politik befasste, war liberal gesinnt. Es gab im deutschen Volke jener Tage Liberale und daneben Gleichgültige, die stumpf dahinlebten; doch die Zahl dieser nahm täglich ab, die Zahl jener wuchs täglich.

Alle Gebildeten standen mit ihren Sympathien auf der Seite der französischen Revolution; die Ausschreitungen des Terrorismus erfüllten sie mit Abscheu und Entsetzen, doch sie hielten unbeirrt an der Gutheissung des grossen Reformwerks fest. Sie sahen in Napoleon den Mann, der dieses Reformwerk sichern und vollenden konnte, und wandten sich - wie Beethoven - von ihm erst ab, als er sich die Krone aufsetzte und damit die Freiheit verriet.

Nie vorher hatte eine geistige Bewegung das ganze deutsche Volk ergriffen, und nie vorher war das deutsche Volk in seinem Denken einig gewesen. Ja, man muss sagen: die Leute, die deutsch sprachen und Untertanen der auf dem Re-

gensburger Reichstag vertretenen Fürsten, Herren und Städte waren, wurden zu einem Volke, zum deutschen Volke erst dadurch, dass sie die neuen Ideen, die über den Rhein herkommen, aufgenommen haben. Nun erst entstand, was es nie vorher gegeben hatte, eine deutsche öffentliche Meinung, ein deutsches Publikum, ein deutsches Schrifttum, ein deutsches Vaterland. Nun erst verstand der Deutsche den Sinn der alten Autoren, die er in der Schule gelesen hatte. Nun erst konnte der Deutsche daran gehen, in der deutschen Geschichte etwas anderes zu sehen als Kämpfe von Fürsten um Land und Einkünfte. Die Untertanen der deutschen Fürsten wurden zur deutschen Nation, indem sie sich die Ideen Westeuropas aneigneten.

Dieser neue Geist liess das Fundament zusammenbrechen, auf dem die deutschen Fürsten ihre Staaten aufgebaut hatten: die herkömmliche Fügsamkeit der Untertanen, die die Herrschaft einiger Dutzend Familien als ein gottgewolltes Schicksal hinzunehmen bereit waren. Die Deutschen träumten nun von einem deutschen Staat, von einem freien Staat freier Bürger; die bestehenden deutschen Staaten waren ihnen fremd. Die Deutschen, die für sich das neue Wort Patriot in Anspruch nahmen, sahen endlich in den deutschen Territorialstaaten das, was sie immer gewesen waren: ein Regiment volksfremder Fürsten, hassenswerte, ja verächtliche Tyrannei. Und als der

meistgehasste Staat musste Preussen erscheinen, weil es wegen der Stärke seines Unterdrückungsapparates der gefährlichste Gegner der Freiheit war.

Die preussische Legende, die die kleindeutschen Geschichtsschreiber viele Jahrzehnte später mit verwegener Entstellung der Tatsachen konstruiert haben, meint, dass Friedrich der Zweite schon seinen Zeitgenossen in dem Lichte erschienen wäre, in dem sie ihn zeigte: als Vorkämpfer für Deutschlands Grösse, als Führer der Deutschen in ihrem Aufstieg, als nationaler Held. Das ist durchaus falsch. Kein Zeitgenosse hat in den Feldzügen Friedrichs etwas anderes gesehen als Kämpfe zur Vergrösserung des preussischen Landbesitzes, die nur die Dynastien angehen. Man bewunderte seine militärischen Fähigkeiten, doch man verabscheute die Brutalität des preussischen Systems. Wenn man Friedrich in Preussen pries, so tat man es aus Not, um dem Zorn dieses Tyrannen zu entgehen, der an jedem Gegner barbarisch Rache zu nehmen pflegte. Wenn man Friedrich ausserhalb der preussischen Grenzen pries, so lag darin versteckte Opposition gegen die einheimische Obrigkeit. Zumal die Untertanen der deutschen Kleinstaaten sahen im Lobe des Preussenkönigs den ungefährlichsten Weg, an ihrer angestammten Obrigkeit mittelbar Kritik zu üben. Sie priesen den König von Preussen, doch sie waren froh, nicht

Untertanen dieses launischen und rohen Tyrannen zu sein. Sie sympathisierten mit Friedrich nur, weil er ihre eigenen Unterdrücker bekämpfte.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte das ancien régime in Deutschland geradeso die ganze öffentliche Meinung gegen sich wie in Frankreich am Vorabend der Revolution. Ohne Anteilnahme sah das deutsche Volk die Einverleibung des linken Rheinufer in den französischen Staat, sah es Österreich und Preussen Kriege und Provinzen verlieren, sah es die Bildung des Rheinbundes. Die Nation billigte die Reformen, die die deutschen Staaten unter dem Einfluss der französischen Ideen zugestehen mussten. Sie bewunderte in Napoleon den grossen Heerführer nicht viel anders als sie früher die Kriegstaten Friedrichs bewundert hatte. Sie begann die Franzosen zu hassen, als sie der unaufhörlichen Kriege, die ihr schwere Opfer auferlegten, ebenso müde geworden war wie die französischen Untertanen des Kaisers. Als dann die grosse Armee in Russland ihren Untergang gefunden hatte, nahm das Volk einigen Anteil an den Befreiungskriegen, weil es hoffte, dass aus ihnen ein liberales Deutschland hervorgehen werde. Als diese Erwartung enttäuscht wurde, schritt das deutsche Volk 1848 zur Revolution.

Man hat in der Romantik, in Kleists dramatischem

Werk und in den Brochüren und Liedern, die den Endkampf gegen Napoleon begleiteten, den Ursprung der Bewegung erblicken wollen, die schliesslich zum Nationalsozialismus führte. Auch das ist Geschichtsklitterung. Die Romantiker, die Dichter der Befreiungskriege und Heinrich von Kleist blieben dem deutschen Volke ebenso fremd wie die Schriften der Publizisten, die die Staatseinrichtungen des Mittelalters zu neuem Leben erwecken wollten. Nicht dem Mittelalter wendete sich das Interesse des deutschen Publikums zu, sondern dem parlamentarischen Leben des Westens. Nicht die Werke der Romantiker wurden gelesen, sondern die Goethes und Schillers. Nicht die Stücke Kleists wurden gespielt, sondern die Schillers. Goethe und Schiller wurden dem deutschen Volke von Jahr zu Jahr vertrauter; Schiller wurde zum grossen Nationaldichter. In Schillers Freiheitsdichtung fand das deutsche Volk sein politisches Ideal. Die Feier von Schillers hundertem Geburtstag war die eindrucksvollste politische Kundgebung des deutschen Volkes. In seiner Hingabe an die Ideen Schillers war das deutsche Volk damals einig.

Alle Versuche, das deutsche Volk dem Freiheitsgedanken abspenstig zu machen, scheiterten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewann der Liberalismus auch auf deutschem Boden immer mehr Anhänger. Ungehört verhallten die

Worte seiner Gegner. Vergebens hatte Metternichs Polizei gegen die liberale Flut gekämpft.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Herrschaft des liberalen Gedankens in Deutschland erschüttert. Das war das Werk des Etatismus, eines ganz neuen Gefüges von Ideen, für das in der älteren Geschichte keine Entsprechung gefunden werden kann und das an keine älteren Ideen anzuknüpfen vermochte, mag man es auch im Hinblick auf den technischen Charakter mancher seiner Massnahmen als Neomerkantilismus bezeichnen.

Die Schwäche des
deutschen
Liberalismus.

II. Das deutsche Volk war, soweit es politisch dachte, um die Mitte des 19. Jahrhunderts einig im Liberalismus. Dennoch ist es ihm nicht gelungen, das Joch des Absolutismus abzuschütteln und den demokratischen Verfassungs- und Parlamentsstaat aufzurichten. Wie kam das ?

Vergleichen wir zunächst die Verhältnisse Deutschlands mit denen Italiens, das in ähnlicher Lage war. Auch Italien war liberal, doch die italienischen Liberalen waren ohnmächtig. Die österreichische Armee war stark genug, jeden Aufstandsversuch niederzuwerfen. Eine fremde Armee hielt den italienischen Liberalismus in Schach, fremde Armeen haben

Italien von diesem Drucke befreit. Bei Solferino, bei Königgrätz und schliesslich an der Marne wurden die Schlachten geschlagen, die Italien von der habsburgischen Herrschaft befreiten. Die Italiener selbst sind in allen Schlachten und Gefechten, die sie Österreich lieferten, unterlegen.

Der deutsche Liberalismus konnte gegen die preussische und ^{gegen} die österreichische Armee ebensowenig aufkommen wie der italienische gegen die österreichische Armee. Die österreichische Armee war zum überwiegenden Teil aus Nichtdeutschen zusammengesetzt. Die preussische Armee zählte zwar hauptsächlich deutschsprechende Männer in ihren Reihen; die Polen und die übrigen Slaven bildeten eine Minderheit. Doch von diesen Soldaten deutscher Mundart entstammten ein grosser Teil jenen Kreisen des deutschen Volkes, die noch nicht zu politischem Denken und Leben erwacht waren. Sie kamen aus den östlichen Provinzen, aus Preussen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen; sie waren Söhne erbuntertägiger Landleute, des Lesens und Schreibens kaum oder selbst gar nicht kundig, den geistigen Strömungen, die die gebildeten Kreise des deutschen Volkes erfüllten, ganz fremd. Zu diesen Leuten waren die neuen Ideen noch nicht gedrungen, sie waren in der Furcht vor dem Stocke des Gutsherrn, der ihre Obrigkeit und ihr Richter war, aufgewachsen, sie waren gewohnt, blind den Herren zu ge-

horchen, sie waren nicht fähig, sich gegen den Befehl, auf das Volk zu schießen, aufzulehnen. Auf sie konnte der oberste Kriegsherr des preussischen Heeres sich unbedingt verlassen. Aus ihnen und aus polnischen Soldaten waren die preussischen Truppenteile zusammengesetzt, die die Revolution von 1848 niederwarfen.

Das war die Lage, die es dem deutschen Liberalismus verwehrte, vom Gedanken zur Tat zu schreiten. Er musste warten, bis der Fortschritt der Volkswohlfahrt und der Volksbildung auch diese rückständigen Schichten seinen Reihen zuführen würde. Das Schicksal des deutschen Volkes war es nun, dass ehe dieser Augenblick eingetreten war, das liberale Denken - nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt - durch andere Ideen verdrängt wurde, die wieder aus dem Westen nach Deutschland kamen. Der deutsche Liberalismus hatte sein Werk noch nicht vollbracht, als er durch Etatismus und Nationalismus überwunden wurde.

Das preussische
Heer.

III. Das preussische Heer, das 1813 ins Feld zog, hatte nur noch sehr wenig gemein mit dem von Friedrich Wilhelm I geschaffenen und von Friedrich II in drei grossen Kriegen geführten Heere. Dieses alte preussische Heer war 1806 vernichtet worden und ist nicht wieder auferstanden.

Das preussische Heer des 18. Jahrhunderts bestand aus zum Dienste gepressten Leuten, die unter Prügeln zu Soldaten abgerichtet und durch eine barbarische Disziplin zusammengehalten wurden. Sie waren meist Nichtpreussen. Je mehr Ausländer man gewinnen konnte, desto besser glaubte man zu fahren, weil man dem Lande die Arbeitskräfte erhielt. Die Könige erachteten es für nützlicher, dass die Untertanen erwerben und Steuer zahlen anstatt im Heere zu dienen. Friedrich II. hat 1742 als Ziel hingestellt, dass zwei Drittel der Infanteriemannschaft aus Ausländern und ein Drittel aus Inländern bestehen möge. Deserteure fremder Heere, Kriegsgefangene, Verbrecher, arbeitsscheues Gesindel und von den Werbeoffizieren durch arge Praktiken eingefangene Leute bildeten den Hauptstamm der Truppen. Diese Leute waren bereit, jede Gelegenheit zum Entweichen zu benutzen. Die Verhütung der Desertion bildete daher das wichtigste Problem der Truppenführung. Friedrich II beginnt seine grösste Lehrschrift, die "General-Prinzipien vom Kriege" mit 14 Regeln, wie die Desertion zu verhüten sei. Die Taktik und selbst die Strategie musste vor allem auf die Desertionsgefahr Bedacht nehmen. Die Truppen konnten nur in dichtgeschlossenem Verbande verwendet werden. Patrouillen durften nicht ausgesendet werden. Nachmärsche, nächtliche Angriffe, und Lagern in der Nähe eines

Waldes wurden ängstlich gemieden. Strategische Verfolgung des geschlagenen Feindes war unmöglich. Die Soldaten mussten ^{einander} sich im Krieg und im Frieden gegenseitig auf Schritt und Tritt überwachen. Bürger und Bauern waren bei schwerer Strafe verpflichtet, Deserteuren den Weg zu verlegen, sie zu fangen und einzubringen.

Die Offiziere dieses Heeres waren in der Regel von Adel. Auch unter ihnen gab es viele Ausländer; die Mehrzahl aber entstammte dem preussischen Landadel. Friedrich II kommt in seinen Schriften immer wieder darauf zurück, dass Bürgerliche zu Offizieren nicht geeignet sind, da ihr Sinn nicht auf Ehre, sondern auf Erwerb gerichtet sei. Obwohl die Laufbahn sehr einträglich war, da den Kompagnieführern verhältnismässig grosse Einkünfte zuflossen, weigerte sich ein Teil des preussischen Adels, seine Söhne Offiziere werden zu lassen. Die Könige liessen gewaltsam durch Landreiter zur Verzweiflung der Eltern die Knaben von den adligen Gutshöfen abholen und zu militärischer Erziehung in die Kadettenkorps bringen. Die Bildung, die diese Kadettenkorps gaben, kam über eine Volksschule kaum hinaus; Männer höherer Bildung waren im Offizierkorps sehr selten.¹⁾

Diese Truppen konnten kämpfen und unter einem guten

1) Vgl. Delbrück, Geschichte der Kriegskunst, IV. Teil, Berlin, 1920, S. 273 ff., 348 ff.

Führer auch siegen, solange sie gleichartig zusammengesetzten Heeren gegenübertraten. Sie zerstoben in alle Winde, als sie sich mit dem französischen Heere Napoleons messen sollten.

Die Heere der französischen Revolution und des ersten Kaiserreichs waren Nationalheere. Ihre Führer brauchten die Desertion der Mannschaft nicht zu fürchten. Sie konnten sich daher in der Taktik von den überlieferten Formen des Avancierens in Linie und des ungezielten Salvenschießens freimachen. Sie konnten zu einer neuen Fechtart übergehen, zum Kampf in der Kolonne und zum Tirraillieren. Die neue Armeeverfassung führte zu einer neuen Taktik und dann zu neuer Strategie. Ihr gegenüber war das alte preussische Heer ohnmächtig.¹⁾

Diese neue französische Armeeverfassung diente dem Neuaufbau des preussischen Heeres als Vorbild; es beruhte auf der Dienstpflicht aller gesunden Männer des Landes. Das neue Heer bewährte sich bei Leipzig und bei Waterloo, so dass seine Verfassung in den Grundzügen nahezu ein halbes Jahrhundert lang beibehalten wurde. Es bleibt unentschieden, wie sich dieses Heer in einem neuen Kriege gegen einen auswärtigen Feind geschlagen haben würde; es hat die Probe nicht zu bestehen gehabt. Doch eines war sicher und wurde durch die

1) Ebendort, S. 447 ff.

Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 bestätigt: zu einem Kampfe gegen einen "innern" Feind war nur ein Teil der Truppen brauchbar, und einen unpopulären Eroberungskrieg hätte man diesem Heere nicht zumuten dürfen.

Die Dienstzeit betrug ausser beim Gardekorps und bei der Kavallerie zwei Jahre. Im Kriegsfall hatte die Hälfte der Mannschaft der Linienregimenter aus den jüngsten Jahrgängen der Reserve zu bestehen. Zur Linie gesellte sich bei der Mobilmachung als Feldtruppe die Landwehr ersten Aufgebots; jede Infanteriebrigade des mobilen Feldheeres bestand aus einem Linien- und einem Landwehrregiment. Die weitaus grössere Zahl der die mobilen Streitkräfte bildenden Männer war daher erst bei der Mobilmachung aus dem bürgerlichen Leben zu holen.

Im Offizierkorps der Linienregimenter überwog noch immer der Adel; unter 2900 Linienoffizieren gab es 1860 noch nicht 1000 Bürgerliche. Fast alle höheren Posten und fast alle Offiziersstellen der Garde, der Kavallerie und der angesehenen Infanterieregimenter bekleideten Adelige. Das Offizierskorps der Landwehrregimenter, die im Kriege die Hälfte der mobilen Streitkräfte bilden sollten, war dagegen überwiegend bürgerlich; es ging aus den Einjährig-Freiwilligen hervor, das heisst aus Dienstpflichtigen, denen aus dem Titel höherer Bildung das Privileg zuerkannt wurde, nur ein Jahr aktiv zu dienen. Man durfte annehmen, dass die meisten dieser

[]
Gensdarmen

Landwehroffiziere liberal dachten; auch die Reserve- und die Landwehrmänner werden in den grösseren Städten und in den westlichen Provinzen fast durchaus, in den anderen Landesteilen grossenteils liberal gewesen sein. Für den Kampf gegen Volksbewegungen konnten, abgesehen von der Garde, deren Mannschaft im Hinblick auf ihre politische Gesinnung ausgesucht wurde, nur die aktiv dienenden jüngsten Jahrgänge der aus den kulturell rückständigen östlichen Provinzen rekrutierten Linienregimenter als verlässlich angesehen werden.] Das war ein Zustand, der dem Hof und den Junkern unerträglich schien. Sie waren mit Recht der Meinung, dass sie den Sieg über die Bewegung des Jahres 1848 nur mit knapper Not erzielt hätten und dass sie einem neuen Aufstandsversuch erliegen würden, wenn der Aufbau des Heeres nicht radikal geändert würde. Sie zweifelten nicht daran, dass für die technische Durchbildung der Rekruten zwei Jahre genügten, obwohl die Zahl der Analphabeten recht beträchtlich war. Nicht aus militärischen, aus politischen Beweggründen führte der König 1852 bei der Infanterie der Linienkorps die zweieinhalbjährige und 1856 die dreijährige Dienstzeit ein. Damit hatte man die Siegesaussichten für den Fall einer neuen Revolution wesentlich verbessert. Mit den Gardetruppen und den aktiv dienenden Teilen der Linienkorps durfte man hoffen, die waffenlosen Aufständischen niederwerfen zu können. Im Vertrauen auf diese

Truppenmacht wollte man nun daran gehen, das Heer zahlenmässig zu verstärken und zugleich qualitativ umzugestalten, um eine starke Armee zu schaffen, die auch für unpopuläre Eroberungskriege zu brauchen war.

Das Ziel der Wehrvorlage von 1860 war, die Landwehr aus dem Feldheer auszuschneiden und sie dabei zugleich zuverlässiger zu machen. Die Zahl der Linienbataillone sollte fast verdoppelt, die Artillerie um 25 Prozent vermehrt und eine stattliche Reihe neuer Kavallerieregimenter aufgestellt werden. Zu diesem Zwecke sollte die Zahl der Berufsoffiziere entsprechend vergrössert und das jährliche Rekrutenkontingent von knapp 40.000 auf 63.000 Mann erhöht werden. Die Kavallerie sollte vier Jahre, die anderen Waffen drei Jahre dienen. Die jüngsten Jahrgänge der bisherigen Landwehr sollten in die Reserve des Linienheeres übertreten. Das Feldheer sollte in Zukunft nur noch aus den - durch Einziehung der Reserveh-männer verstärkten - Regimentern der Garde und der Linie bestehen. Die Landwehr sollte nur als Truppe zweiter Linie, in Festungen, im Etappendienste und für minderwichtige Aufgaben im Felde verwendet werden; ihre politische Zuverlässigkeit sollte erhöht werden. Man wollte auf die Landwehrleute älterer Jahrgänge ganz verzichten. Die Einjährig-Freiwilligen sollten besser ausgebildet werden. Die aus ihnen hervor-

gehenden Reserveoffiziere sollten in jüngeren Jahren in die Linie eingestellt werden; andererseits sollten die dadurch freigemachten Berufsoffiziere in der Landwehr verwendet werden.¹⁾

Im Bewusstsein ihrer Kraft und im Vertrauen darauf, dass sie mit den verfügbaren Truppen einer neuen Volksbewegung noch einmal Herr werden könnten, setzten der Prinz von Preussen, der für seinen in geistige Umnachtung verfallenen Bruder Friedrich Wilhelm IV die Regentschaft führte, und seine Generäle diese Reform ohne Befragung des Parlamentes ins Werk. Im Jahre 1859 war zur Zeit des österreichisch-französischen Krieges die preussische Armee mobilisiert worden. Bei der Demobilisierung wurde die Durchführung der Reform eingeleitet; im Frühjahr 1860 waren schon alle vorgesehenen neuen Truppenteile errichtet. Erst dann trat das Ministerium mit der Reformvorlage vor das Parlament, das die Erhöhung des Heeresbudgets bewilligen sollte.²⁾

Der Kampf gegen diese Vorlage war die letzte politische Tat des deutschen Liberalismus.

-
- 1) Vgl. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Frankfurt 1925-1930, I.Bd., S.29 ff.
- 2) Vgl. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches unter Wilhelm I, 2. Auflage, München 1889, Bd. II, S. 375; Ziekursch, a.a.O., Bd. I, S. 42.

Der preussische
Verfassungskonflikt.

IV. Die Liberalen - die Fortschrittspartei - haben die Regierungsvorlage abgelehnt, und die Wähler haben bei wiederholter Neuwahl des ganzen Abgeordnetenhauses ihr Verhalten unter starker Wahlbeteiligung gebilligt. Der König und seine Minister vermochten den Widerstand der Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht zu brechen. Doch sie hielten an der Heeresreform fest und führten sie ohne verfassungsmässige Genehmigung und Bewilligung der Geldmittel weiter. Das neue Heer zog 1864 in den Krieg gegen Dänemark und 1866 in den Krieg gegen Österreich. Nach dem Siege über Österreich, der Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein und Frankfurt, der Aufrichtung der preussischen Oberhoheit über alle norddeutschen Staaten und dem Abschluss von Militärverträgen mit den ^{zu} ~~in~~ Mitteleuropäischen Staaten wurde der Verfassungskonflikt durch Unterwerfung des Abgeordnetenhauses beendet; das Abgeordnetenhaus bewilligte nachträglich alles, was es sechs Jahre lang abgelehnt hatte.

Der Abordnung, die ihm eine Adresse des Abgeordnetenhauses als Antwort auf die Thronrede überreichte, sagte König Wilhelm, er habe so handeln müssen wie in den letzten Jahren und werde immer so handeln, wenn sich ähnliche Zustände wiederholen sollten. Im Verlaufe des Konflikts hatte ihn aber mehr als einmal der Mut verlassen. 1862 hatte er die Hoffnung, gegen das Volk durchdringen zu können, aufgegeben

und wollte abdanken. Roon, der Führer der Militärpartei, drängte den zaghaft gewordenen Hohenzoller dazu, es doch noch einmal mit Bismarck zu versuchen. Bismarck wurde berufen. Er fand den König "matt, niedergeschlagen und entmutigt".~~Er~~ Als Bismarck ihm seine Auffassung der Vorgänge darlegen wollte, unterbrach ihn Wilhelm mit den Worten: "Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir." Schliesslich gelang es Bismarck, dem König wieder Mut einzuflössen. Der König, berichtet Bismarck, "fühlte sich bei dem Porteépée gefasst und in der Lage eines Offiziers, der die Aufgabe hat, einen bestimmten Posten auf Tod und Leben zu behaupten, gleichviel ob er darauf umkommt oder nicht."¹⁾

Noch banger als dem König war es der Königin und manchen Prinzen und Generälen zu Mute. In England verbrachte Königin Victoria schlaflose Nächte, wenn sie an die Lage ihrer mit dem preussischen Kronprinzen verheirateten Tochter dachte. Die Schatten Ludwig XVI. und Marie Antoinettes schienen über dem Berliner Königsschloss zu schweben.

Alle diese Befürchtungen waren grundlos. Die Fort-

1) Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Neue Ausgabe, Stuttgart 1922, I. Bd., S. 325 ff.

schrittspartei wollte keine Revolution machen und wäre unterlegen, wenn sie es versucht hätte.

Die Revolution des Jahres 1848 war eine spontane Volksbewegung gewesen, ein Ausbruch der Empörung der Massen, die nicht länger warten wollten und daher leicht von einigen Hitzköpfen zur revolutionären Tat entflammt werden konnten. Die besonneneren Männer hatten sich nur zögernd angeschlossen und taten nicht lange mit. Es kam zur Revolution, weil es weder Press-, noch Rede- und Versammlungsfreiheit gab und weil man den Launen eines dem Wahnsinn entgegenschreitenden Königs und seiner Günstlinge ausgeliefert war. Der Aufstand wurde militärisch besiegt. Doch der König und seine Diener hatten das Fürchten gelernt und gaben halb nach. Sie waren im Strassenkampfe Sieger geblieben; doch sie fühlten sich nicht stark genug, dem Drängen der öffentlichen Meinung zu widerstehen. So kam Preussen 1850 zu einer Verfassung. Der Untertan hatte nun einige Freiheitsrechte; es gab ein wenig Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, es gab auch ein Parlament. Der Liberalismus hatte sich als Partei konstituiert, er konnte aufklären und kritisieren, er konnte in Staats- und Regierungssachen mitreden. Mehr war es nicht, das zeigte das Vorgehen der Regierung in der Heeresfrage. Doch im Augenblick konnte daran nichts geändert werden.

Die Fortschrittspartei dachte nicht an eine revolu-

tionäre Erhebung. Doch wenn sie zum Aufstand geschritten wäre oder wenn es wieder spontan zum Kampfe gekommen wäre, wäre ein Sieg des Volkes wenig wahrscheinlich gewesen. Die Armee war seit 1848 durch die Verlängerung der Dienstzeit und durch die von der Regierung eigenmächtig und verfassungswidrig eingeleitete Reform ein zuverlässigeres und zahlenmässig stärkeres Werkzeug der Regierung geworden. Hätte aber das preussische Heer der Bewegung nicht selbst Herr werden können, dann musste ein Eingreifen Russlands befürchtet werden. Dieselben Erwägungen, die Nikolaus I 1849 zur Intervention in Ungarn bestimmten, hätten auch Alexander II bewogen, seinem Oheim, dem Preussenkönig, zu Hilfe zu eilen. Die Alvensleben'sche Konvention zeigte, wie solidarisch die Höfe von Berlin und Petersburg in der Abwehr revolutionärer Umtriebe vorgingen.

Auf der andern Seite glaubte das liberale Deutschland, dass die Zeit für den Liberalismus arbeite. Die Jugend und die Zukunft schien ihm zugehören. Politische Aufklärung und Bildung machten immer neue Fortschritte, die Zahl der politisch indifferenten Leute wurde immer geringer. Es war damit zu rechnen, dass die Zahl der Rekruten, die schon mit liberalen Anschauungen in den Dienst treten, ständig wachsen werde. Der Tag schien näher heranzurücken, an dem auch der aktive Soldat der dreijährigen Dienstpflicht dem Befehle, auf Vater und Brüder zu schiessen, nicht mehr Folge leisten wird. Dann wird die Regierung

nachgiebig werden, dann wird das Parlament in zäher Arbeit ihr alle Zugeständnisse abringen können.

Die preussischen und die deutschen Liberalen wussten, dass sie auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und Sedan geschlagen worden waren. Sie wussten, dass sie einen Feldzug verloren hatten. Doch sie waren von der festen Zuversicht in die Unausbleiblichkeit des Endsiegs ihrer Sache erfüllt, die Gemeingut aller Liberalen des Westens war. Sie hatten eine Niederlage erlitten, doch sie waren überzeugt, dass sie später siegen würden. In dem grösseren Rahmen des norddeutschen und dann in dem noch grösseren des deutschen Reichstags sollte der Kampf gegen den Absolutismus weitergehen.

Die Zaghaftigkeit, mit der die Fortschrittspartei im Verfassungskonflikt auftrat, entsprang nicht nur ihrer Scheu vor einem Revolutionskampfe und der Einsicht, dass sie in einem solchen Kampfe wahrscheinlich unterliegen würde. Ihre Haltung war auch dadurch beeinflusst, dass sie - in Übereinstimmung mit allen Kreisen des Volkes - die Heeresverstärkung als solche aus aussenpolitischen Gründen billigte. Die europäische Lage zwang Deutschland dazu, auf der Hut zu sein. In Frankreich regierte ein Abenteuerer, der seinen Thron nur durch siegreiche Kriege sichern konnte. Er hatte schon in

den ersten Jahren seiner Herrschaft zwei blutige Kriege angestiftet und lauerte nur darauf, einen neuen Krieg zu entfesseln. Niemand konnte daran zweifeln, dass der dritte Krieg des französischen Diktators sich gegen Deutschland richten würde. Wer anders aber konnte Deutschland beschützen als die preussische Armee ?

Dann aber erschien auch Österreich als ein gefährlicher Feind deutscher Freiheit. Dort glaubte man noch den Geist Metternichs wirken zu sehen, dort stand noch die Armee, die unter der Führung von Windischgraetz, Radetzky und Haynau über die Revolution gesiegt hatte. Mit Pius IX, dem Papste, der das Dogma von der unbefleckten Empfängnis verkündet hatte und im Syllabus alles, was der Liberalismus hochhielt, verdammt, stand dieses Österreich im Bunde. Der österreichische Hof war unter dem Einfluss der Jesuiten und hatte den Staat durch das Konkordat der Kirche ausgeliefert. Sollte man Preussen schwächen, um unter die Herrschaft des Ultramontanismus zu geraten ?

Endlich gab es noch das Problem Schleswig-Holstein. Dort drohte einer deutschen Bevölkerung gewaltsame Entdeutschung. Sollte man es dulden, dass ein dem Deutschen Bund angehörendes Land wider den Willen seiner Bevölkerung durch gesetzwidrigen Umsturz der Thronfolgeordnung, die ihm staat-

liche Unabhängigkeit versprach, unter der Herrschaft des Königs von Dänemark verbleiben sollte ? Man darf sich in der Beurteilung der schleswig-holsteinschen Frage nicht durch das, was später geschehen ist, beirren lassen. Bismarck hat Schleswig-Holstein 1866 gegen den Willen der Bevölkerung dem preussischen Staate einverleibt. Doch vor dem Feldzuge lagen die Dinge anders. Der Deutsche Bund war berufen, das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg zu schützen, so wie er 1837 einzuschreiten verpflichtet gewesen wäre, wenn die Königin Victoria etwa versucht hätte, Hannover dem Herzog von Cumberland vorzuenthalten. Das Volk von Schleswig-Holstein forderte das Einschreiben des Bundes, und Preussen hatte als Mitglied des Bundes die Pflicht, bei der Bundesexekution mitzuwirken. Durfte man den König von Dänemark mit Hilfe dynastischer Beziehungen über das Recht und den Willen des Volkes triumphieren lassen ?

Der Kampf der Fortschrittspartei richtete sich nicht gegen die Heeresverstärkung, sondern gegen die Massnahmen, die das Heer zu einem Werkzeug zur Unterdrückung von Volksbewegungen machen sollten. Sie forderte Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und wollte der Landwehr ihre Stellung im Rahmen der Wehrverfassung erhalten. Das allein bildete den Gegenstand des Streites.

Die Haltung der Liberalen war zwiespältig. Sie wollten preussische Hegemonie in Deutschland, sie wollten daher die preussische Armee stark sehen. Diese preussische Armee war aber die Kraft, die dem Aufstieg des Liberalismus in Preussen und in Deutschland den Weg verlegte.

Preussens liberales
Prestige

V. Man kann die liberale Politik der Konfliktzeit nicht verstehen, wenn man nicht auf das Prestige achtet, das Preussen in den Augen der Liberalen als protestantischer Staat genoss.

Die Geschichtsschreibung der Aufklärung hatte dieses Prestige geschaffen. Sie sah in der geschichtlichen Entwicklung der europäischen Staaten ein unaufhaltsames Fortschreiten zum liberalen Staat der Zukunft. Im finstern Mittelalter herrschte die Kirche über die Geister und schlug jeden freien Gedanken erbarmungslos nieder. Da kam die Reformation. Sie befreite die Welt vom Drucke des Katholizismus, sie bahnte damit dem freien Denken und der modernen Wissenschaft den Weg. Die Aufklärung ist die natürliche, folgerichtige und unausweichliche Weiterführung des Befreiungswerkes, das die Reformation begonnen hat. Der Protestantismus ist ein Vorläufer des Liberalismus. Jeder Erfolg, den der Protestantismus gegen die römische Kirche erzielt, ist ein Fort-

schritt auf dem Wege zur Freiheit. Ein protestantischer Staat ist, schon weil er protestantisch ist, dem Liberalismus näher als ein katholischer Staat. Die Kriege, die die Protestanten im 16. und im 17. Jahrhundert gegen die Katholiken führten, waren Freiheitskriege. Wo immer ein protestantischer Staat gegen einen katholischen kämpft, stehen die Sympathien des Liberalismus auf der protestantischen Seite.¹⁾ Um zum Liberalismus zu gelangen, muss Deutschland zunächst unter die Vorherrschaft eines protestantischen Staates gelangen. Dieser Staat kann nach Lage der Dinge nur Preussen sein.

Nur aus dem Geiste dieser Geschichtsansicht ist es zu verstehen, wie die Frankfurter Nationalversammlung 1849 dazu gelangen konnte, Friedrich Wilhelm IV die erbliche Kaiserwürde anzutragen. Wenn es auch nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten war, die in Abwesenheit und bei Stimmenthaltung der übrigen dafür stimmte, so bleibt doch die merkwürdige Tatsache, dass man die freiheitliche Verfassung, die man soeben beschlossen hatte, durch die Bestellung eines von allen seinen bisherigen Untertanen gehassten Fürsten zum Kaiser sichern wollte. Den Mann, den David Friedrich Strauss den

1) Eine poetische Darstellung dieser Geschichtsansicht gibt der Schlussgesang von Lenau's Gedichtzyklus "Die Albinger".

"Romantiker auf dem Throne der Cäsaren" genannt hatte, den Mann, der, in der Mystik des Gottesgnadentums befangen, am absolutistischen Prinzip schroff festhielt, umstrahlte in den Augen der Zeitgenossen die Gloriole des Protestantismus. Man wusste, dass er ein Despot war, doch er war ein Protestant, und als solcher, sagte man sich, wandle er doch dem Liberalismus entgegen.

Es ist wohl kaum notwendig darauf hinzuweisen, dass diese Vorstellung von der Rolle des Protestantismus, zumal des Luthertums, ganz verkehrt war. Die Reformation war keineswegs der erste Schritt auf dem Wege, der zur Aufklärung und zum Liberalismus führte. Die liberale Schule, die ihr das zum Ruhme anrechnete, irrte nicht minder als die katholische Schule, die es ihr zum Vorwurf machte. Als religiöse Bewegung war die Reformation eine Erhebung der gläubig gebliebenen Schichten des Volkes gegen die Verweltlichung der Kirche, die unter dem Einfluss der Renaissance und des Humanismus vom Glauben abzurücken schien. Sie unterschied sich darin nicht von der Gegenreformation, die auch den schlichten Glauben wiederherstellen wollte. Beide, Reformation und Gegenreformation, wollten das Werk der Reformkonzilien des 15. Jahrhunderts aufnehmen und in ihrer Art zu Ende führen. Jene Reformversuche hatte die religiöse Indifferenz der vom Humanismus erfüllten

geistigen Oberschicht im Sand verlaufen lassen. Nun nahmen die Reform die Kreise in die Hand, die gläubig geblieben waren. Die Protestanten suchten nicht freies Denken, sondern engere Bindung des Denkens an die Schrift. Sie befreiten den Geist von der Herrschaft des Katholizismus nur, um ihn der Herrschaft ihrer eigenen Kirchenlehren zu unterwerfen. Sie waren so unduldsam wie das Papstum. Wo sie die Macht hatten, verfolgten sie Andersgläubige geradeso mit Feuer und Schwert, wie die Inquisitoren es taten.

Der Liberalismus ist in den angelsächsischen Ländern und in den Niederlanden nicht aus dem Calvinismus hervorgegangen. Er war Auflehnung gegen die ^{Willkür}Staat des reformierten Kirchenglaubens und Überwindung der Unduldsamkeit seiner Bekenner. In Deutschland überwog die Zahl der Lutheraner bei weitem die der Reformierten. Die Kirchenverfassung Luthers gewährte dem Einzelnen nicht mehr, sondern weniger Freiheit als die römische Kirche. Indem sie das Nebeneinander von Staat und Kirche aufhob und in den Landeskirchen den Territorialherrn zum summus episcopus erhob, lieferte sie die Untertanen auch in kirchlichen Dingen ganz der Willkür des Staates aus. Luther hat dem römischen Papst den Gehorsam aufgekündigt, um hundert kleine Päpste einzusetzen.

Die Hohenzollern waren dabei besonders schlecht ge-

eignet, die Rolle von Vorkämpfern des Luthertums zu spielen. Richtig ist, dass ein Mitglied des Hauses in den ersten Jahren der Reformbewegung seinen Standesgenossen mit dem Beispiel vorausgegangen war. Albrecht, Hochmeister des Deutschen Ordens und als solcher Vasall der polnischen Krone, hatte sich von seinen kirchlichen Gelübden eigenmächtig losgesprochen, das Land Preussen dem Orden entzogen und als weltliches Herzogtum unter polnischer Oberhoheit für sich und sein Haus in Besitz genommen. Wenn sein Gewissen ihn dazu getrieben haben sollte, dann war er in der glücklichen Lage, dass das Gewissen von ihm etwas forderte, was seinen materiellen Interessen sehr nützlich war. Das gleiche gilt vom Brandenburger Kurfürsten Joachim II, dem der Übertritt reiches Kirchengut zuführte. Im Jahre 1615 trat aber Kurfürst Johann Sigismund aus politischen Rücksichten zum reformierten Bekenntnis über. Das brandenburgisch-preussische Fürstenhaus kehrte nicht mehr zum Augsburger Bekenntnis zurück. Es blieb reformiert, bis Friedrich Wilhelm III im 19. Jahrhundert auf Grund seines landesfürstlichen Rechtes die preussische Union schuf, in der Lutheraner und Reformierte zu einer Kirche zwangsweise vereint wurden.

Die kleindeutsche
Geschichtsschreibung.

VI. Das Prestige, das Preussen als protestantischer Staat in den Augen der Liberalen genoss, entstammte einer Geschichtsauffassung, die nicht deutscher Herkunft war und nicht nur in Deutschland in Ansehen stand. In den angelsächsischen und in den skandinavischen Ländern, in den Niederlanden und in der Schweiz, warb sie dem preussischen Staat Sympathien. Selbst in Frankreich nahm die öffentliche Meinung gegen Österreich und für Preussen Partei. Österreich erschien als die Verkörperung papistischer und jesuitischer Intrigen; in Preussen aber glaubte man einen Staat zu erblicken, der sich mit schnellen Schritten dem Liberalismus annäherte.

Preussen galt aber in Deutschland nicht nur als Schirmherr der Geistesfreiheit, sondern auch als Vorkämpfer nationaler Interessen. Das verdankte es dem Werk der kleindeutschen Geschichtsschreibung.

Die kleindeutschen Historiker wollten in der kurbrandenburgisch-preussischen Politik seit dem 17. Jahrhundert eine bewusste Tendenz zur Befreiung des deutschen Volkes von Franzosen und Schweden, von der - undeutschen, ja antideutschen - Herrschaft Habsburgs und von der Kleinstaaterie erblicken. Um ihre These zu erweisen, mussten sie die Tatsachen in gröblichster Weise entstellen. Fochten die Hohenzollern

gegen Frankreich, dann kämpften sie für Deutschlands Ehre, Grösse und Freiheit. Fochten aber die brandenburgischen und preussischen Herrscher im Bunde mit Frankreich gegen den Kaiser, dann lag die Schuld beim Kaiser. Er hätte, meinte man, die Rechte der Hohenzollern so schwer gekränkt, dass diese die Belange des deutschen Volkes nur mit Hilfe der Franzosen schützen konnten. Denn Preussen allein war für sie Deutschland; alle anderen deutschen Staaten waren in ihren Augen Feinde des Deutschtums.

Es hiesse offene Türen einrennen, wollte man heute noch viel Worte zum Nachweis der parteipolitischen Befangenheit dieser Schule aufwenden. Sie verfolgte nicht wissenschaftliche Absichten. Ihre Jünger wollten ihren politischen Zielen damit dienen, dass sie die Geschichte fälschten.

Die Hohenzollern haben immer nur Hausmachtpolitik betrieben wie alle anderen deutschen Fürsten. Sie haben wie die übrigen Fürsten ihre Macht, ihren Landbesitz und ihre Einkünfte mehren wollen. Sie haben jedes Mittel benützt, um ihre Ziele zu erreichen. Sie haben im Bunde mit fremden Staaten gegen den Kaiser und gegen deutsche Reichsfürsten gekämpft, sie haben sich auch immer wieder mit dem "Erbfeind" Frankreich verbündet und haben Frankreich dazu verholfen, sein Gebiet durch Einverleibung von linksrheinischen Besitzungen des deutschen

Reiches zu erweitern. Friedrich II konnte nur in dem Sinne als Deutscher angesprochen werden, als er vorwiegend deutschsprechende Untertanen beherrschte und als der grössere Teil seiner Lande dem deutschen Reiche angehörte. Er bediente sich mit Vorliebe der französischen Sprache und verachtete die deutsche Sprache und das deutsche Schrifttum. Er zog Franzosen an seinen Hof, berief Franzosen an die Akademie und übertrug Franzosen die Verwaltung der Akzise und der Zölle.

Kurfürst Friedrich Wilhelm, der "Grosse Kurfürst" hegte die Hoffnung, seine Macht im westlichen Polen auszudehnen.¹⁾ Diese Pläne schlugen schliesslich fehl, und die Hohenzollern mussten später zusehen, wie ihre gefährlichsten norddeutschen Nebenbuhler, die Kurfürsten von Sachsen, viele Jahrzehnte hindurch die Krone Polens trugen. Die Absicht, durch Annexion polnischen Gebietes eine Landbrücke herzustellen zwischen dem Hauptstock der brandenburgischen Lande und dem ehemaligen Ordenslande, das 1618 im Erbgange an die kurfürstliche Linie gelangt war, haben die Hohenzollern jedoch nicht aufge-

1) In einem Gespräch im Oktober 1870 erwähnte Bismarck, dass der Kurfürst damals gute Aussicht gehabt hätte, seine Absicht zu erreichen. Auf den Einwand, dass Preussen dann ja kein deutscher Staat geblieben wäre, erwiderte Bismarck, dass eine solche Entwicklung nicht viel geschadet hätte; "es hätte dann etwas im Norden gegeben wie Österreich im Süden. Was dort Ungarn ist, das wäre für uns Polen geworden". Vgl. Ziekušch, a.a.O., I. Bd., S. 79.

geben. Doch erst 1772 konnte Friedrich II sie bei der ersten Teilung Polens verwirklichen; damals kamen die spätere Provinz Westpreussen (das Gebiet des "Korridor" von Versailles), das Ermeland, das Culmerland und der Netzedistrikt an den Staat der Hohenzollern. Bei der zweiten Teilung Polens im Jahre 1793 erhielt Preussen Danzig, Thorn und Grosspolen bis nahe an Warschau heran, ein Land, dem man die Bezeichnung Südproussen gab. Bei der dritten Teilung Polens im Jahre 1795 kamen dazu Warschau, das Land zwischen Njemen und Bug, das man Neuproussen nannte, und im Süden ein Stück Land, das man Neuschlesien nannte. Beim Regierungsantritt Friedrich II umfasste der brandenburgisch-preussische Staat 119 000 km², darin das zum Teil von Slaven bewohnte ehemalige Ordensland. Friedrich eroberte zunächst das damals vorwiegend von Polen bewohnte Schlesien mit 40 000 km². Durch die drei Teilungen Polens kamen 141 400 km² an Preussen. Mit diesem Gebietszuwachs wurde der preussische Staat zu einem Staat von vorwiegend polnischem Charakter. Eine Verschiebung zu Gunsten des deutschen Elements brachte dann der Reichsdeputationshauptschluss von 1803, der Preussen weite Landgebiete der säkularisierten Kirchenfürstentümer zuwies. Jetzt umfasste der Staat 314 000 km². Davon waren 141 400 km² der Erwerb der drei polnischen Teilungen; beachtet man die polnischen Landesteile in Schlesien, ferner

die wendischen Enklaven in den anderen Provinzen, und die Teile Ostpreussens, in denen polnische Mundarten vorherrschen, dann erkennt man, dass noch immer mehr als ^{die} Hälfte des Staatsgebietes von Polen und Wenden bewohnt wurde. Unter der Gesamtbevölkerung von ungefähr $9 \frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern bildeten die Slaven freilich nur ungefähr 45 %, da der deutsche Westen dichter besiedelt war als der polnische Osten.¹⁾ Der grössere Teil der polnischen Erwerbungen musste dann im Frieden von Tilsit an das Grossherzogtum Warschau, dessen Herrscher der König von Sachsen wurde, abgetreten werden. Nach dem Sturze Napoleons kam davon nur ein Stück an Preussen zurück; das Übrige beanspruchte Alexander I für sich; er konnte seinen Willen leicht durchsetzen. Preussen wurde am Rhein entschädigt. So haben zuerst das Diktat Napoleons, später die diplomatischen Verhandlungen und der Länderschacher, die den Untergang Napoleons vorbereiteten und die Beute verteilten, den nationalen Charakter Preussens bestimmt. Erst der Wiener Kongress hat endgültig entschieden, dass Preussen kein Staat mit halb polnischem Charakter, sondern ein Staat mit vorwiegend deutscher Bevölkerung werden soll. Indem man in Wien

1) Hoetzsch (Osteuropa und Deutscher Osten, Berlin 1934, S. 309) gibt die Zahl der Slaven mit "nicht weniger als 4 Millionen" an, das wäre 42.1 %. Das ist zu gering gerechnet. In der Tat waren es mindestens 45 %.

der russischen Grossmacht die Herrschaft im Raume der mittleren Weichsel zusprach, schnitt man für ein Jahrhundert Preussen jede Aussicht ab, seine Grenzen durch Erwerb polnischen Gebietes nach Osten vorzuschieben. Indem man anderseits Preussen im Westen zwei grosse und reiche Provinzen gab, die keine Landverbindung mit den östlichen Provinzen, dem Hauptstock des Königreichs, besassen, lenkte man seinen Eroberungsdrang nach Westen, auf Hannover, Kurhessen und Nassau.

Die Bemühungen der kleindeutschen Geschichtsschreiber, das Preussen der Vergangenheit als Hort nationaldeutscher Politik hinzustellen, wurden durch das Verhalten, das das zeitgenössische Preussen an den Tag legte, Lügen gestraft. Preussen wollte ein grösseres Preussen schaffen, keineswegs aber in einem deutschen Nationalstaat aufgehen. Auch Bismarck lehnte es bis zum Frühjahr 1866 schroff ab, den nationalpolitischen Ideen Zugeständnisse zu machen. Später hat er sich der nationalpolitischen Schlagworte bedient, um Grosspreussen und die preussische Vorherrschaft in Deutschland aufzurichten. Doch das neue deutsche Kaiserreich war und blieb für ihn, für König Wilhelm I und für alle ihre Mitarbeiter im Offizierskorps und im Beamtentum ein grosspreussisches Imperium.

Die kleindeutsche Geschichtsschreibung hat beim Aufbau dieses Imperiums eine wichtige Rolle gespielt, indem sie

den Widerstand geschwächt hat, den die liberale Partei dem Absolutismus des Preussenkönigs entgegenstellte.

Die Episode
Lassalle.

VII. Man kann vom preussischen Verfassungskonflikt nicht sprechen, ohne Ferdinand Lassalle zu erwähnen. Sein Auftreten blieb ohne Einfluss auf den Gang des Verfassungskampfes. Doch es kündete ein Neues an, das für das Weltgeschehen von höchster Bedeutung werden sollte.

Lassalle fiel mit seiner leidenschaftlichen Agitation der für die Aufrichtung parlamentarischer Verfassung kämpfenden Fortschrittspartei in den Rücken. Er bekämpfte die Fortschrittspartei wie Bismarck sie, wenn auch von anderem Standpunkte, bekämpfte. Er fand daher auch bald den Weg zu Bismarck. Ob es zu einem dauernden Bündnis zwischen beiden Männern gekommen wäre, wenn Lassalle länger gelebt hätte, kann man nicht entscheiden. Sicher wäre das aber nur ein Bündnis des Mannes Lassalle mit dem Manne Bismarck geworden, d.h. eine Unterwerfung Lassalles unter Bismarck. Bismarck, dem grossen Hasser, wäre es zuzumuten gewesen, dass er die Zügel lieber revolutionären Arbeitermassen als der Fortschrittspartei übergeben hätte, wenn er und sein System nicht mehr zu halten gewesen wären. Doch er konnte sich halten und mit der Fortschrittspartei auch ohne Unterstützung Lassalles fertig werden.

Nie wäre der siegreiche Bismarck bereit gewesen, mit einer Arbeiterpartei die Macht zu teilen.

Die Ideen des Cäsarismus hatte Bismarck schon in Frankreich kennen gelernt. Er musste sich nicht erst von Lassalle über das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht belehren lassen. Die Gespräche mit Lassalle mögen Bismarck manche Anregung gegeben haben; zweifellos haben sie seine Entscheidung in der Wahlrechtsfrage beeinflusst. Doch für den Augenblick verzichtete Bismarck auf die Mitwirkung Lassalles. Was hätte auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit seinem geringen Mitgliederbestand ihm bieten können ?¹⁾

Auch das Verhalten der Fortschrittspartei wurde durch Lassalles Agitation nicht beeinflusst. Die Fortschrittspartei empfand sie als Ärgernis, doch nicht als Gefahr. Es fiel ihr nicht ein, der Regierung gegenüber nachgiebiger zu werden, und im Heer einen Schutz gegen die sozialpolitischen Reformpläne zu suchen. Auch sie hatte von Lassalle nichts zu lernen. Dass Preussens Konstitutionalismus nur Schein war und

1) Zur Zeit des Todes von Lassalle betrug der Mitgliederstand des Vereins, 112 Mitglieder in Böhmen eingerechnet, 4605. In Berlin waren es nur 35. Vgl. Oncken, Lassalle, Stuttgart, 1904, S. 393.

dass die Armee die wichtigste Einrichtung des Staates war, wusste sie besser als der grosse Demagoge. Darum kämpfte sie ja gerade im Konflikt.

Lassalles kurze politische Wirksamkeit bleibt bemerkenswert, weil in ihr zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Schlagworte des Interventionismus und Sozialismus gegen die Ideen des Liberalismus in den Kampf treten. Lassalle war nicht Nationalsozialist, doch er war der bedeutendste Vorläufer des Nationalsozialismus. Er lehnt alle Werte der Aufklärung und des Liberalismus ab, doch nicht in dem Sinne, in dem sie die romantischen Lobredner des Mittelalters und des Absolutismus zu verneinen pflegten; er lehnt sie ab, weil er behauptet, sie echter und wahrer verwirklichen zu wollen. Durch seine politischen Reden und Schriften gehen Gedanken, die später bei den Nationalsozialisten wiederkehren: die richtige Revolution ist erst zu machen, und wir wollen sie machen; die wahre Freiheit ist erst zu erkämpfen, und wir wollen sie erkämpfen; nicht der Gendarm ist der Feind, der Bürger ist es.

Lassalle hat auch das Wort gesprochen, das besser als jedes andere den Geist kennzeichnet, der die Welt bald nach seinem Tod erfüllen wird: "Der Staat ist Gott".¹⁾ Dieser Geist entthronte den Liberalismus wie überall so auch in Deutschland.

1) Vgl. Gustav Mayer, Lassalleana (Archiv f. Geschichte des Sozialismus, Bd. I, S. 196).

2. Der Triumph des Militarismus.

Das preussische Heer im Deutschen Reich

I. Als am Spätnachmittag des 1. September 1870 die Kunde von der bevorstehenden Kapitulation Napoleons III und seiner Armee zu König Wilhelm und seiner Umgebung gelangte, die auf einem Höhenzuge südlich der Maas den Verlauf der Schlacht verfolgten, bemerkte Moltke lächelnd zu dem im Gefolge des preussischen Kronprinzen weilenden Malteserritter Grafen Frankenberg, einem freikonservativen Reichstagsabgeordneten: "Nun, mein Reichstagskollege, was heute geschehen ist, erledigt auf lange Zeit hinaus unsere Militärfrage." Bismarck aber schüttelte dem vornehmsten der anwesenden deutschen Fürsten, dem Württemberger Thronfolger, die Hand mit den Worten: "Der heutige Tag sichert und befestigt die deutschen Fürsten und die konservativen Grundsätze."¹⁾ Das waren im Augenblick des Sieges die ersten Gedanken der beiden führenden Männer Deutschlands. Das Bewusstsein, den innern Feind niedergeworfen zu haben, überwog in ihnen. Die Schlagworte der Legende: Sieg über den Erbfeind, Sicherung der Reichsgrenze, historische Sendung des Hauses Hohenzollern und des Staates Preussen, Einigung Deutschlands, Deutschland in der Welt voran, lagen ihnen ferne. Die deutschen

1) Vgl. Ziekursch, a.a.O., I. Bd., S. 298.

Fürsten triumphierten über das deutsche Volk, das allein war wichtig und erfreulich.¹⁾

Im neuen deutschen Kaiserreiche verfügte der Kaiser, - nicht in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser, sondern in seiner Eigenschaft als König von Preussen, - über das preussische Heer, dem durch besondere Militärkonventionen, die Preussen - nicht etwa das Reich - mit den einzelnen Bundesstaaten abgeschlossen hatte, die Kontingente der Bundesstaaten eingegliedert waren. Nur der bayrischen Armee wurde für Friedenszeiten eine gewisse beschränkte Selbständigkeit zugestanden; im Krieg hatte auch sie dem Befehle des Kaisers zu unterstehen. Die Festlegung der Bestimmungen über die Wehrpflicht der Untertanen blieb der Gesetzgebung überlassen, bei der der Reichstag verfassungsmässig mitzuwirken berufen war; der Reichstag hatte auch bei der Bewilligung von Geldmitteln für Heereszwecke mitzuwirken. Doch im Übrigen hatte der Reichstag keinen Einfluss auf die Armee und ihre Führung.

1) Am 2. Juni 1878 wurde auf Kaiser Wilhelm I ein Mordanschlag verübt; der einundachtzigjährige Herrscher wurde so schwer verwundet, dass es zweifelhaft war, ob er mit dem Leben davonkommen würde. Als Bismarck die Nachricht von diesem Attentat erhielt, rief er aus: "Jetzt lösen wir den Reichstag auf." Blitzschnell erörterte er alle politischen Folgen des Mordversuches und erkundigte sich erst dann nach dem Befinden des Kaisers. Vgl. Ziekursch, a.a.O., II. Bd., S.327.

Das Heer war das Heer des Königs von Preussen, nicht etwa "Parlamentsheer", Heer des deutschen Volkes. Dem Kaiser und König als dem Obersten Kriegsherrn kam die unbeschränkte Kommandogewalt zu. Sein Militärkabinett bearbeitete alle Personalangelegenheiten. Der Chef des Grossen Generalstabes war sein erster Handlanger in der operativen Führung der Truppen.¹⁾ Die Armee war ein Organismus, der nicht neben, sondern über allen anderen Einrichtungen des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten stand. Jeder einzelne militärische Befehlshaber hatte das Recht und die Pflicht, einzuschreiten, wo er die Aktion der nichtmilitärischen Verwaltungsbehörden unbefriedigend erachtete; er hatte sein Einschreiten nur dem Könige gegenüber zu verantworten. Ein Fall solchen Einschreitens, der sich 1913 in Zabern ereignete, führte zu einer Erörterung im Reichstage; doch dabei blieb es.

Die Zuverlässigkeit der Mannschaft dieses Heeres war ausser Frage. Niemand zweifelte daran, dass alle Teile der Armee jederzeit unbedingt zur Niederwerfung von Unruhen und Aufständen verwendet werden könnten. Der Gedanke, dass

1) Wilhelm II hat ausdrücklich erklärt, der Chef des Generalstabes solle bei ihm "nur eine Art von Amanuensis sein." Vgl. Ziekursch, a.a.O., III. Bd., S. 4.

ein Truppenkörper oder ein Teil eines solchen den Gehorsam verweigern könnte oder dass ~~ein~~ Reservist^{en} dem Einrückungs-befehl nicht nachkommen würdeⁿ, wäre absurd erschienen. Im deutschen Volke hatte sich eine gewaltige Veränderung der Mentalität vollzogen; mit diesem Wandel werden wir uns noch eingehend zu befassen haben. Aus Taktgefühl vermied man im Allgemeinen, es besonders auszusprechen, dass die Armee nicht nur gegen äussere, sondern auch gegen innere Feinde verwendet werden könnte. Wilhelm II kannte solche Hemmungen nicht. Er sagte offen seinen Rekruten, dass sie die Pflicht hätten, auch auf Vater, Mutter und Geschwister zu schiessen, wenn er es ihnen einmal befehlen sollte. Solche Worte erregten einigen Unwillen in der liberalen Presse; doch man beruhigte sich bald wieder. Die Zuverlässigkeit der Truppen war unbedingt; sie hing in keiner Weise mehr von der Länge der aktiven Dienstleistung ab. Die Militärbehörden selbst beantragten 1892 die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und zur zweijährigen Dienstzeit für die anderen Waffen. In der Erörterung dieser Massnahme durch Presse und Reichstag spielte das Problem der politischen Zuverlässigkeit der Soldaten keine Rolle mehr. Man wusste, dass die Armee, ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit, "unpolitisch und überparteilich", d. h. ein zuverlässiges Werkzeug der Politik ihres Obersten Kriegsherrn war.

Zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag gab es dauernd Auseinandersetzungen über Militärfragen. Doch dabei spielten Rücksichten auf die Verwendbarkeit der Truppen zur Aufrechthaltung der Ordnung im Innern keine Rolle. Die Armee war so stark, dass sie jeden Aufstandsversuch in wenigen Stunden blutig ersticken konnte. Niemand im Reiche hätte einen Versuch der Widersetzlichkeit wagen wollen; der revolutionäre Geist war ausgetilgt. Der Reichstag wäre bereit gewesen, alle Militärforderungen glatt zu bewilligen, wenn die ~~Bed~~deckungsfrage nicht schwierig gewesen wäre. Schliesslich bewilligte er doch alles, was die Regierung forderte. Stärker als die finanziellen Bedenken stand der Vermehrung der Armee der Umstand im Wege, dass es nicht leicht war, genug Anwärter für die Laufbahn des Berufsoffiziers zu finden. Der alte Grundsatz, die Offiziere möglichst nur dem Adel zu entnehmen, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Doch man wollte nur Bürgerliche aus angesehenen Familien zulassen; deren Zahl aber war beschränkt.

Im Reichstag und in der Presse wurde an der Militärpolitik der Regierung auch vom militärtechnischen Standpunkt Kritik geübt. Der Generalstab lehnte jedoch jedes "Dreinreden" ab. Er sprach jedem, der nicht aktiv dem Offizierskorps angehörte, das Verständnis für Wehrprobleme ab.

Auch Hans Delbrück, der grosse Kriegstheoretiker, und seine Schüler wurden von den Generalstäblern als Laien angesehen. Offizieren des Ruhestandes, die in Oppositionsblättern militärische Fragen behandelten, sagten sie parteiliche Voreingenommenheit nach. Die öffentliche Meinung erkannte den Anspruch des Kaisers und seiner Offiziere auf Unfehlbarkeit an, und alle Kritik verhallte wirkungslos. Der Weltkrieg hat freilich in jeder Hinsicht den Kritikern rechtgegeben. Sie hatten schon lange darauf hingewiesen, dass die modernen Feuerwaffen die Verwendungsmöglichkeit der Kavallerie wesentlich einschränken. Sie hatten vorausgesagt, dass Schlachtschiffe für Deutschland weniger wichtig wären als Unterseeboote. Sie hatten die Unzweckmässigkeit der Uniformierung und Ausrüstung getadelt. Delbrück hat richtig vorausgesagt, dass in der Angriffs- und Vernichtungsstrategie nicht das Heil liege. Vielleicht hat mancher General schon vor dem Kriege die Berechtigung dieser Kritiken eingesehen. Doch Wilhelm II hatte eine Schwäche für Paraden, für bunte Uniformen, für wehende Fahnen, für Scheinattacken der Kavallerie bei Manövern und für Flottenrevuen; da mussten alle anderen Rücksichten zurücktreten. Der Generalstab aber verwarf jeden Gedanken an Ermattungsstrategie und Verteidigung, weil er Angriffskriege vorbereiten wollte.

Der deutsche
Militarismus

II. Das politische System, das im Deutschen Kaiserreiche herrschte, ist als Militarismus bezeichnet worden. Nicht das etwa charakterisiert ein Staatswesen als militaristisch, dass es über eine starke Wehr verfügt. Das Kennzeichen des Militarismus ist die überragende Stellung, die das Kriegswesen im Leben der Nation einnimmt. Auch in Friedenszeiten wird die Armee als das wichtigste Glied des Staates angesehen; die Untertanen haben sich der Staatsgewalt so unterzuordnen wie Soldaten einem Befehlshaber. Im Militarismus gibt es keine Freiheit; da herrschen Gehorsam und Disziplin.

Man darf den Militarismus nicht mit der Despotie verwechseln, die sich auf ein volksfremdes Heer stützt. Die auf die Bajonette der Grenzer und der deutschen, slavischen und magyarischen Bataillone gestützte Herrschaft Österreichs in Italien und die Herrschaft des Zaren in Polen, die Kosaken und grossrussische Soldaten sicherten, waren solche Despotien. Der deutsche Militarismus hatte keine volksfremden Truppen zur Verfügung. "Nicht Ross noch Reisige" schirmten ihn, er wurde von der Zustimmung der grossen Mehrheit des Volkes getragen. Weil das Volk loyal war, waren es auch die dem Volke entstammenden Soldaten. Das Volk überliess dem "Staate" die Führung, weil es das für richtig und notwendig ansah. Es gab auch eine kleine

Opposition, doch sie war macht- und einflusslos.¹⁾

Die Schwäche des deutschen Militarismus im neuen Kaiserreich lag in der monarchischen Spitze des Systems. Die Nachfolger Friedrich II waren den Aufgaben, die ihnen der Absolutismus zuwies, nicht gewachsen. Wilhelm I fand in Bismarck einen grossen Minister. Bismarck war ein Mann von Geist und Bildung und ein glänzender Redner und schrieb ein vortreffliches Deutsch. Er war ein gewandter Diplomat und überragte die Mehrzahl seiner Standesgenossen. Doch sein Gesichtskreis war beschränkt. Er kannte das Landleben, die primitive Landwirtschaft preussischer Junker, die patriarchalischen Zustände ostelbischer Gutsbezirke des Vormärz und die Verhältnisse am Berliner und am Petersburger Hofe. In Paris hatte er die Gesellschaft am Hofe Napoleon III einigermaßen kennen gelernt; das französische Geistesleben blieb ihm fremd. Er hatte nur sehr ungenügende Vorstellungen von den deutschen Industrieverhältnissen und vom deutschen Bürgertum; von Wissenschaft und Kunst hielt er sich fern. Sein politisches Glaubensbekenntnis war die preussische Vasallentreue. Seine Frau ermahnte er im September 1849: "Sprich nicht geringschätzig von dem Könige,

1) Wer die politische Denkungsart der Untertanen Wilhelm II kennen lernen will, muss die Romane Omptedas, Rudolf Herzogs, Walter Bloems und ähnlicher Autoren lesen. Sie waren die Lieblingslektüre des deutschen Volkes.

wir fehlen beide darin und sollten nicht anders von ihm reden wie von unseren Eltern, auch wenn er irrt und fehlt, denn wir haben seinem Fleisch und Blut Treue und Huldigung geschworen." ¹⁾ Solche Gesinnung ehrt den brandenburgischen Lebensmann, doch sie ziemte nicht dem Kanzler des grossen Reiches. Bismarck hat das Unheil, das die Persönlichkeit Wilhelm II dem Reich bringen wird, geahnt; er hatte die beste Gelegenheit, die Art des jungen Prinzen zu erkennen. Doch er konnte, in seiner Vasallentreue befangen, nichts tun, um Volk und Reich davor zu bewahren.

Man hat Wilhelm II ungerecht beurteilt. Er war seinen Aufgaben nicht gewachsen. Doch er war nicht schlechter als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen. Es war nicht seine Schuld, dass das monarchische Erblichkeitsprinzip ihn zum Kaiser und König berief und dass er als Kaiser und König im Reich und in Preussen Autokrat sein musste. Nicht der Mann versagte, sondern die Staatsverfassung. Als König von England hätte Wilhelm II die Fehler nicht begehen können, die er als Deutscher Kaiser und König von Preussen begehen musste. Dass die Höflinge, die er als Minister und Heerführer bestellte, versagt haben, lag im System. Es war, wenn man will, Pech.

1) Vgl. Ziekursch, a.a.O., Bd. I, S. 78.

Denn auch Bismarck und der ältere Moltke waren Höflinge gewesen. Moltke hatte nur in seinen ersten Leutnantsjahren in der Truppe gedient; einen grossen Teil seiner Laufbahn hatte er im Hofdienst zurückgelegt, war u.a. einige Jahre hindurch Adjutant eines Prinzen, der leidend in Rom in Zurückgezogenheit lebte und starb. Wilhelm II hatte menschliche Schwächen; doch gerade die Eigenschaften, die das Ausland an ihm tadelte, machten ihn volkstümlich. Auch die krasse Unwissenheit in allen politischen Dingen brachte ihn seinen Untertanen näher, die geradeso unwissend waren und alle Vorurteile und Irrtümer ihres Kaisers teilten.

Die Erbmonarchie kann den Anforderungen, die ein modernes Staatswesen an die politische Führung stellt, nur im parlamentarischen Verfassungsstaat entsprechen. ~~Sie hat sich in England, in den skandinavischen Ländern, in den Niederlanden und in Belgien bewährt.~~ Der Absolutismus - und noch mehr der verkappte Absolutismus des Scheinkonstitutionalismus - stellen an den Herrscher Anforderungen, die kein Sterblicher erfüllen kann. Wilhelm II hat, wenn auch in anderer Weise, so versagt wie Nikolaus II ^{wie}früher schon die Bourbonen. Der Absolutismus ist nicht gestürzt worden, er ist zusammengebrochen.

Die autokratische Führung eines volkreichen modernen

Staates stellt nicht nur an die Begabung, sondern auch an die Arbeitskraft des Monarchen übermenschliche Anforderungen. Friedrich Wilhelm I und Friedrich II konnten noch in einigen wenigen Stunden täglicher Arbeit alle Staatsgeschäfte erledigen und Musse für ihre Liebhabereien erübrigen. Ihre Nachfolger waren nicht nur weniger begabt; sie waren auch weniger arbeitsam. Doch auch durch Aufwendung gröss-ten Fleisses hätten sie die täglich wachsende Arbeitslast nicht bewältigen können. Seit Friedrich Wilhelm II regierten nicht die Könige, sondern die königlichen Günstlinge. Um den König herum intrigierten Hofleute; wer als Sieger aus dem Wettbuhlen um die königliche Gnade hervorging, regierte den Staat, bis ihn ein neuer Günstling verdrängte.

Die Kamarilla regierte auch in der Armee. Friedrich Wilhelm I hatte das Heer selbst organisiert und Friedrich II hatte es im Kriege selbst geführt. Ihre Nachfolger entsprachen nicht den Anforderungen, die die Organisierung und die Führung eines grossen modernen Heeres stellten. Der Chef des Grossen Generalstabes, der nominell als ein Hilfsorgan des königlichen Oberbefehlshabers galt, rückte in die Stellung des faktischen Heerführers ein. Noch im Feldzuge des Jahres 1866 waren sich manche hohe Generäle dessen nicht bewusst, dass sie nicht die Befehle des Königs, sondern die Moltkes ausführten.

Friedrich II dankte seine militärischen Erfolge ganz besonders dem Umstande, dass die österreichischen, französischen und russischen Armeen, denen er entgegentrat, nicht von ihren Monarchen, sondern von Generälen geführt wurden. In Friedrichs Hand war die ganze militärische, politische und finanzielle Kraft des - freilich nur kleinen - preussischen Staates straff zusammengefasst. Die Befehlshaber der Heere seiner Gegner waren durch Instruktionen gebunden. Ihre Stellung wurde durch den Umstand, dass ihr Amt sie vom Hofe fernhielt, besonders schwierig. Während sie im Felde bei den Truppen weilten, intrigierten ihre Nebenbuhler am Hofe weiter. Friedrich durfte kühne Unternehmungen, deren Ausgang ungewiss war, wagen; er war niemand Rechenschaft schuldig als sich selbst. Die Generäle seiner Gegner mussten immer die Ungnade ihres Herrn fürchten. Sie mussten trachten, die Verantwortung, die auf ihnen lastete, mit anderen zu teilen, um sich bei üblem Ausgang der Operationen rechtfertigen zu können; sie hielten Kriegsrat mit ihren Unterführern und suchten in ~~dessen~~^{den} Beschlüssen Deckung. Empfingen sie vom Hofe ^{bestimmtere} Weisungen, die entweder das Ergebnis des Beschlusses eines weit vom Schuss ~~tra-~~genden Kriegsrates waren oder Einflüsterungen eines oder mehrerer Intriganten entstammten, dann fühlten sie sich erleichtert und führten sie aus, mochten sie auch von der Unzweckmässigkeit

dieses Vorgehens überzeugt sein. Friedrich erkannte klar den Vorteil, den die Vereinigung des königlichen Amtes mit dem Oberbefehl bot. In der straffsten Konzentration der Befehlsgewalt erblickte er die Gewähr des Sieges. Er hielt keinen Kriegsrat und verbot seinen Generälen immer wieder - sogar bei Todesstrafe - Kriegsrat zu halten. Im Kriegsrat, meinte er, habe immer die timidere Partei die Oberhand. Ein Kriegsrat ist zu ängstlich, weil er zu objektiv ist.¹⁾ Das wurde, wie alle Anschauungen Friedrich II, zu einem Dogma der preussischen Heerführung. Nichts vermochte Helmuth von Moltke mehr in Harnisch zu bringen, als wenn irgendwer davon sprach, dass König Wilhelm Kriegsrat gehalten hätte. Der König, erklärte er, habe den Vortrag seines Generalstabschefs angehört und dann Befehle erteilt. Nie wäre es anders gewesen.

In der Praxis führte dieses Prinzip zur unumschränkten Befehlsgewalt des - freilich vom König ernannten - Chefs des Grossen Generalstabes. Nicht Wilhelm I, Moltke führte 1866 und 1870/71. Wilhelm II hatte zwar vor dem Kriege erklärt, er werde im Kriege die Sache selbst machen; einen Chef des Generalstabes brauche er nur im Frieden. Doch als der Krieg kam, war davon nicht mehr die Rede. Der Neffe des alten Moltke, ein Hofgeneral ohne einen Schimmer militärischer Begabung und Kenntnisse, zaghaft und ängstlich, körperlich schwer

1) Vgl. Delbrück, a.a.O., Bd. IV, S. 434 ff.

leidend, Adept des Theosophen Rudolf Steiner, führte das deutsche Heer in die Katastrophe an der Marne; dann brach er seelisch zusammen. In die Lücke sprang aus eigenem Antrieb der Kriegsminister Erich von Falkenhayn ein, und der Kaiser, in tatenlose Apathie versunken, liess es geschehen. Bald setzten Ludendorffs Intrigen ein. Eine wohlorganisierte Propaganda zwang den Kaiser 1916 Hindenburg zum Chef des Grossen Generalstabes zu ernennen; der eigentliche Chef war aber Ludendorff, der nominell nur als der erste Gehilfe Hindenburgs galt.

In den militaristischen Ideen befangen hat das deutsche Volk nicht zu erkennen vermocht, dass das System versagt hat. Es hätte, meinte man, "nur" der richtige Mann gefehlt. Ja, wenn Schlieffen noch gelebt hätte ! Um Schlieffen wob sich eine Legende. Sein genialer Kriegsplan sei durch seinen unfähigen Nachfolger schlecht ausgeführt worden. Wären doch nur die beiden Armeekorps zur Stelle gewesen, die Moltke übereilt nach dem Osten abgesendet hatte ! Natürlich gab man auch dem Reichstag die Schuld; hätte er doch mehr Armeekorps bewilligt. Dass der Reichstag allen Forderungen der Regierung stattgegeben hat, war vergessen. Vor allem aber glaubte man in der Person des Oberstleutnant Hentsch den Hauptschuldigen gefunden zu haben. Dieser Offizier hätte eigenmächtig gehandelt, sei viel-

leicht gar ein Verräter gewesen. Wenn Oberstleutnant Hentsch wirklich für den Rückzugsbefehl die Verantwortung trägt, dann hat er das Feldheer vor der Vernichtung durch Umklammerung des rechten Flügels gerettet. Die Märe, an der Marne hätten "eigentlich" die Deutschen gesiegt, kann wohl als abgetan gelten.

Gewiss, die Führung des deutschen Heeres war unzulänglich. Doch diese Unzulänglichkeit muss ebenso wie die Unzulänglichkeit der deutschen Diplomatie dem System zur Last geschrieben werden. Ein System, das unfähige Männer an die Spitze stellt, ist ein schlechtes System. Ob Schlieffen sich besser bewährt hätte, kann man nicht entscheiden; dieser General hat nie Gelegenheit gehabt, sich als Armeeführer vor dem Feinde zu bewähren; er ist vor dem Kriege gestorben. Fest steht nur das: die "Parlamentsheere" Englands und Frankreichs haben ^{damals} Führer gefunden, die sie zum Siege führten; das Heer des Königs von Preussen hat solche Führer nicht gefunden.

Den Anschauungen des Militarismus gemäss betrachtete der Chef des Grossen Generalstabes sich als den ersten Diener des Königs und verlangte, dass der Reichskanzler sich ihm unterordne. Schon zwischen Bismarck und Moltke war es darüber zu Missheiligkeiten gekommen. Bismarck forderte, dass die Heerführung sich den Zielen der auswärtigen Politik anpasse; Moltke

lehnte jede Einmischung des Kanzlers schroff ab. Eine grundsätzliche Klarstellung des Verhältnisses der beiden Ämter unterblieb jedoch. Im Weltkrieg haben Hindenburg und Ludendorff den Vorrang erstritten. Der Kanzler rückte in den Hintergrund. Der Kaiser war auf eine bloss repräsentative Rolle beschränkt; auch sein Chef des Generalstabes war nur noch Figurant. Der erste Generalquartiermeister war zum Führer geworden und wäre es geblieben, wenn ihn nicht der Feind besiegt hätte.

Nichts zeigt deutlicher als diese Entwicklung die Unhaltbarkeit der absoluten Erbmonarchie. Der Absolutismus führt gerade^zswegs zum major domus, zum Shogun, zum Duce.

Die Liberalen
und der
Militarismus

III. Die Liberalen hatten im Verfassungskonflikt in Preussen eine Niederlage erlitten. Sie ~~ge-~~wollten ~~er-~~achten den Kampf im Reichstag des Norddeutschen Bundes und dann in dem des Deutschen Reiches wiederauf~~zu~~nehmen und siegreich zu Ende ~~zu~~ führen.

Bismarck hatte für den Reichstag das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht verfügt. Damit erlangten die Hintersassen der deutschen Kultur, die dumpfen Massen, die noch in althergebrachter politischer Indifferenz einfach den Herren gehorchten, dieselben, die dem preussischen König die

loyalsten Soldaten stellten, politischen Einfluss. Das verschlechterte, wie die Liberalen dachten, nicht die Aussichten des Kampfes für die Freiheit. Der Erfolg in diesem Kampfe hing nicht vom Zahlenverhältnis der Parlamentsparteien ab, sondern von der Gewinnung dieser noch politisch unreifen Masse. In dem aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgehenden preussischen Abgeordnetenhaus hatten die Liberalen in der Konfliktszeit die Mehrheit. Doch damit allein konnten sie den Sieg nicht erringen. Sie mussten in jedem Falle warten, bis die Aufklärung der Massen dem König das Werkzeug der Tyrannei, das preussische Heer, aus der Hand nehmen würde. Darauf allein bauten die Liberalen ihre Hoffnungen. Wenn diese Massen nun Wähler wurden, wurde es eher leichter, sie aufzuklären und für den Fortschritt zu gewinnen. Die Zukunft gehörte dem Liberalismus, weil ihm die Untertanen doch in immer grösserer Zahl zuströmen mussten. Das allgemeine Wahlrecht verschob für einige Zeit die parlamentarische Lage zu Gunsten der Regierung, doch es änderte nichts an den Chancen der Liberalen, schliesslich doch Sieger zu bleiben.

So sahen die Liberalen die Dinge. Die nächste Zukunft schien düster, doch der endliche Sieg der Freiheit war ausser Zweifel. Man musste nur nach Frankreich blicken. Auch dort hatte ein Autokrat mit militärischer Kraft und mit dem

allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht die Diktatur aufgebaut. Jetzt lag der Cäsar zerschmettert und die Republik triumphierte.

Von den Industriearbeitern könne, meinte man, dem Liberalismus keine Gefahr drohen. Die sozialistische Agitation hatte einige Erfolge erzielt. Doch die Arbeiter müssten ^{sicher} ~~doch~~ bald erkennen, dass ihr Wohl mit dem Schicksal des Bürgertums verknüpft sei. Warum sollten sie, deren Lebensbedingungen täglich günstiger wurden, sich von Agitatoren verführen lassen, die, wie man munkelte, im Solde Bismarcks standen ?

Den geistigen Umschwung, der sich im Volke vollzog, merkten die Liberalen erst spät. Lange dachten sie, es handle sich um einen vorübergehenden Rückschlag, um eine reaktionäre Episode, die bald wieder ein Ende finden müsse. Sie betrachteten jeden, der sich der neuen Bewegung anschloss, als einen Verführten und Abtrünnigen. Doch die Zahl dieser Abtrünnigen wuchs, und die Jugend ging dem Liberalismus verloren. Die alten Kämpfer des Liberalismus ermatteten. In jedem neuen Wahlgang verloren sie an Boden, mit jedem neuen Jahre befestigte sich die Herrschaft des ihnen verhassten Systems. Noch hielten einige Getreue die Fahne der Freiheit hoch, noch kämpften sie ^{gegen} ~~hoch~~ links und ^{gegen} ~~hoch~~ rechts, doch

ihrer wurden immer weniger. Von den nach Königgrätz Geborenen kam keiner mehr zum Liberalismus. Die Liberalen starben einfach aus. Das neue Geschlecht hatte keine Vorstellung mehr von der Bedeutung des Wortes "liberal".

Die sozialistische
Erklärung des
Sieges des
Militarismus.

IV. Der Sieg des deutschen Militarismus wird in Deutschland und ausserhalb Deutschlands in dem Lichte betrachtet, in dem ihn die sozialdemokratische Partei in ihren Agitationsschriften zeigte. In den Augen der Sozialdemokratie handelt es sich dabei um einen Abfall des Bürgertums von den freiheitlichen Ideen, um einen Verrat, den das Bürgertum am "Volke" begangen hat. Man deutet diesen Vorgang im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung, indem man abstruse Theorien über das Wesen und das Werden des Imperialismus aufstellt. Der Kapitalismus münde unentrinnbar in den Imperialismus, in den Militarismus, in den Krieg, in den Fascismus und in den Nationalsozialismus. Das Grosskapital habe die europäische Kultur an den Rand des Abgrunds gebracht, der Marxismus müsse sie retten.

Alle diese sozialistischen Erklärungsversuche weichen dem zu erklärenden Problem aus. Im Anfang der 60iger Jahre gab es in Kleindeutschland unter den politisch interessierten Schichten des Volkes eine kleine Gruppe, die für die

Aufrechthaltung des fürstlichen Absolutismus, des Militarismus und des Obrigkeitsstaates eintrat und dem Übergang zum Parlamentarismus heftig widerstrebte. Diese Gruppe bildeten die Fürsten und ihre Höflinge, der Adel, besonders die ostelbischen Junker, die Offiziere und ein kleiner Teil der höheren Beamten-schaft. Nahezu das ganze Bürgertum war liberal und strebte den Parlamentarismus nach englischem Muster an. Die Liberalen rechneten damit, dass die politische Aufklärung schnelle Fortschritte machen werde, dass die ganze Nation bald von politischem Geist erfüllt sein werde und waren überzeugt, dass jeder, der von der Gruppe der politisch Indifferenten zur Gruppe der politisch Interessierten übertritt, in der Verfassungsfrage den liberalen Standpunkt teilen werde. Sie wussten wohl, dass ein Teil dieser Neupolitisierten sich nicht der liberalen Partei anschliessen werde; sie mussten gewärtigen, dass im Deutschen Reichstag auch Katholiken, Polen, Dänen und Elsässer Fraktionen bilden würden. Doch von diesen Parteien war keine Gegnerschaft in der Verfassungsfrage zu befürchten. Auch die Ultramontanen und die Nichtdeutschen müssten in einem vorwiegend protestantischen und deutschen Lande sich zum Parlamentarismus bekennen.

Die Politisierung der Untertanen des Deutschen Reichs hat sich noch viel schneller vollzogen, als die Liberalen es erwartet hatten. Schon am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen

Reiches war das ganze Volk von politischen Ideen, ja von politischen Leidenschaften erfüllt und nahm eifrig Anteil am öffentlichen Leben. Doch die Folgen, die die Liberalen erhofft hatten, blieben aus. Der Reichstag hat die Verfassungsfrage überhaupt nicht aufgeworfen, er nahm den Kampf gegen den kaum notdürftig verkappten Absolutismus nicht auf und sank immer mehr zu einer "Schwatzbude" herab. Noch unvergleichlich wichtiger aber war: die Soldaten, die nun einem ganz politisierten ^{ierten} ~~sehen~~ Volk entstammten, wurden so zuverlässig, dass jeder Zweifel an ihrer Bereitschaft, für den Absolutismus gegen eine Volkserhebung zu kämpfen, als absurd erschien.

Die Frage, die zu beantworten ist, lautet nicht etwa; warum verliess die schmale Schicht von Grossindustriellen, Bankiers und Grosskaufleuten den Liberalismus ? warum bauten die Professoren, die Ärzte und Anwälte nicht Barrikaden, um die Reaktion zu bekämpfen ? Man hat zu fragen: warum entsendete das deutsche Volk in seinen Reichstag Abgeordnete, die es nicht vermochten, den Absolutismus zu stürzen ? wie kam es, dass die Armee, in deren Reihen die Männer standen, die bei den Wahlen für Sozialdemokratie oder Zentrum stimmten, als unbedingt loyal betrachtet werden durfte ? warum schritten die vielen Millionen, die sozialdemokratisch wählten, von der revolutionären Phrase nicht zur Tat ? warum konnten die Konservativen viele Millionen Stimmen erzielen, wogegen die liberalen Stimmen immer weniger wurden ?

Diese Fragen werden nicht beantwortet, wenn man darauf hinweist, dass die Schwerindustriellen triftige Gründe gehabt hätten, den wilhelminischen Absolutismus zu stützen oder dass die hanseatischen Rheder und Grosshändler den Flottenbau begrüsst hätten. Die weitaus überwiegende Masse des deutschen Volkes bildeten Lohnarbeiter und Angestellte, Handwerker und Kleinhändler und Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Betriebe. Diese Männer entschieden im allgemeinen, gleichen und direkten Wahlverfahren über die Zusammensetzung des Reichstags, und sie und ihre Söhne füllten die Reihen der Wehrmacht. Versuche, den Wandel der Mentalität des deutschen Volkes zu erklären, die sich darauf beschränken, das Phänomen als einen Umschwung in der Interessenlage und in der politischen Haltung der "Bourgeoisie" zu betrachten sind daher verfehlt. Sie gehen am Problem vorbei, gleichviel ob sie so simpel sind wie die Theorie, die in dem Schlagworte "Panzerplattenpolitik" zusammengefasst wurde, oder ob sie sich so tiefsinnig geben wie die Theorien der Marxisten über den Ursprung des Imperialismus.

3. Der Etatismus.

Der neue Geist.

I. Das wichtigste Ereignis der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts ist die Verdrängung des Liberalismus durch den Etatismus.

Diese Umwälzung des politischen Denkens ist nur ein Teil einer grösseren geistigen Bewegung, die alle menschlichen Dinge erfasst hat. Alles, was der Mensch durch die Denkarbeit vieler Geschlechter hervorgebracht hat, wird heute verneint. Man will der Herrschaft der Vernunft und des Geistes entrinnen, um ein Reich der Urtriebe und der Seele aufzurichten. Die Ratio soll dem Irrationalen Platz machen.

Man hat diese Bewegung als eine Abkehr vom Irdischen, Materiellen und Vergänglichen und als eine Rückkehr zu Gott und zu denewigen Werten auffassen wollen. Man hat immer wieder betont, dass ein religiöser Zug durch sie gehe. Es mag dahingestellt bleiben, wie es darum steht. Doch wenn es sich dabei um einen Weg zu Gott handelt, dann ist es ein neuer Gott, und dieser Gott wird Staat genannt.

Der Etatismus tritt in zwei Gestalten auf: als Sozialismus und als Interventionismus. Beiden ist gemein, dass sie dem Staate, dem gesellschaftlichen Zwangs- und Unterdrückungsapparat, eine überragende Rolle im Gesellschaftsleben zuweisen wollen.

Auch der Etatismus ist, wie früher der Liberalismus, in Westeuropa entstanden und von dort nach Deutschland gedrungen. Man hat geglaubt, in Fichtes sozialistischer Utopie und in Schellings und Hegels Staatslehre einen deutschen autochthonen Ursprung der etatistischen Ideologie nachweisen zu können. Doch die Staatstheorien dieser Philosophen standen dem Leben und den Aufgaben der Politik zu ferne, um irgendwelchen unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung der politischen Ideen auszuüben. Was sollte auch die Politik mit Hegels Behauptung anfangen, dass der Staat "die Wirklichkeit der sittlichen Idee" ist, der "sittliche Geist als der offenbare, sich selbst deutliche, substantielle Wille, der sich denkt und weiss und das, was er weiss und insofern er es weiss, vollführt" ? Oder mit Hegels Satz: "Der Staat ist als die Wirklichkeit des substantiellen Willens, die er in dem zu seiner Allgemeinheit erhobenen besonderen Selbstbewusstsein hat, das an und für sich Vernünftige" ?¹⁾

Der politische Etatismus, der dem Staate und der Regierung die Aufgabe zuweist, den Bürger in allen Belangen zu führen und zu bevormunden, der das Handeln der Einzelnen auf das Engste beschränken und alle Initiative von Oben ausgehen

1) Vgl. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts. Ausgabe Lasson, 3. Auflage, Leipzig 1930, S. 195.

lassen will, kam vom Westen.¹⁾ Saint Simon, Owen, Fourier, Pecqueur, Sismondi, Auguste Comte haben seine Fundamente gelegt. Lorenz von Stein war der erste, der den Deutschen genauere Kunde von der neuen Bewegung vermittelte; 1842 erschien die erste Ausgabe seines Werkes "Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich".²⁾ Dieses Buch eröffnet die Geschichte des deutschen Sozialismus. Vom Westen her, aus England, kamen auch die interventionistischen Programme, die Gedanken des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Gewerkschaftsbewegung.³⁾ In den Vereinigten Staaten hat Friedrich List den Protektionismus Alexander Hamiltons kennen gelernt.

Der Liberalismus hatte die Gebildeten Deutschlands daran gewöhnt, die politischen Ideen Westeuropas mit ehrfürchtiger Bewunderung aufzunehmen. Nun dachten sie, der Liberalismus wäre schon überholt, er wäre durch Sozialpolitik abgelöst worden und diese Sozialpolitik führe die westlichen Demokratien unentrinnbar dem Zukunftsstaat des Sozialismus entgegen. Wer mit der Zeit gehen wolle, müsse sozial, d.h.

1) Über Frankreich als das Geburtsland des Sozialismus vgl. Gide-Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrweisungen, Deutsch von Horn, 2. Auflage, Jena 1921, S. 350.

2) Die letzte, 1850 veröffentlichte Bearbeitung dieses Werkes trägt den Titel: "Geschichte der sozialen Bewegungen in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage". Neue Ausgabe von Salomon, München 1921, 3 Bde.

3) Mit Recht bemerkt Adolf Weber (Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 3. u. 4. Auflage, Tübingen 1921, S. 68) von den deutschen Gewerkschaften: "Form und Geist... kam vom Auslande."

interventionistisch oder sozialistisch denken. Der Erfolg neuer Ideen stellt sich immer erst nach einer längeren Ausreifefrist ein; Jahre müssen verstreichen, ehe sie die weiteren Kreise der Gebildeten erfassen. "Das nationale System der politischen Ökonomie" von List war 1841 erschienen, kurz vor der Veröffentlichung von Steins Werk. 1847 veröffentlichten Marx und Engels das "Kommunistische Manifest". Vom Beginn der sechziger Jahre an schwand das Ansehen des Liberalismus rapid. Bald konnte der Student in den nationalökonomischen, philosophischen, geschichtlichen und verfassungsrechtlichen Kollegien nur noch ein Zerrbild vom Liberalismus empfangen. Die Kathedersozialisten überboten einander in der Ausmalung der ^{Schattenseiten} ~~Nachtsseiten~~ der englischen Wirtschaftsfreiheit, die Philosophen übten spitzfindige Kritik am Utilitarismus, an der "Seichtheit" der Aufklärung und an der "Negativität" des Freiheitsbegriffs, die Juristen suchten den Widersinn demokratischer Verfassungseinrichtungen zu erweisen und die Historiker sprachen vom Niedergange der Weltmächte England und Frankreich. In strahlendem Lichte zeigte man der Universitätsjugend das Bild des sozialen Königtums der Hohenzollern von dem "grossen Sozialisten" Friedrich Wilhelm I bis zu Wilhelm I, dem Schöpfer der Zwangsversicherung. Die Sozialdemokraten aber lehrten das Volk, die "Plutodemokratie" des Westens gründlich zu verachten.

Die lederne Pedanterie der kathedersozialistischen Professoren und die grossmäulige Demagogie der Sozialdemokraten konnten feinere Köpfe nicht bekehren. Die geistige Elite wurde von anderen Männern zum Etatismus geführt. Von England drangen die Stimmen Carlyles, Ruskins und der Fabier zu ihnen, von Frankreich die der Solidaristen. Die Kirchen aller Bekenntnisse schlossen sich dem Chor an. Roman und Schauspiel warben für die neuen Ideen. Shaw und Wells, Gerhard Hauptmann und Heinrich Mann haben dem Etatismus Schären von Anhängern zugeführt.

Der Staat.

II. Staat ist Gewaltanwendung und Bereitschaft, Gewalt anzuwenden. Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das Wesen der Staatstätigkeit ist, Menschen durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu zwingen, sich anders zu verhalten, als sie sich aus freiem Antriebe verhalten würden.

Von der Gewalt, die ein Mörder oder Räuber Menschen gegenüber in Anwendung bringt, unterscheide sich, meint man, die Gewalthandlung des Staates durch die Absicht, die sie verfolgt, und durch die Ziele, auf die sie gerichtet ist. Je nachdem man Absichten und Ziele bewertet, benennt man einen Gewaltapparat Staat oder Räuberbande. Staat, meint man, sei Gewalt-

anwendung zu löblichem Zweck. Was aber als löblich zu preisen und was als verwerflich zu brandmarken ist, wird durch subjektive Werturteile entschieden. Es gibt kein objektives Kriterium, das entscheiden liesse, ob eine Wertung richtig oder falsch sei. Wertungen sind immer subjektiv, sie können nie in dem Sinne als allgemeingültig erkannt werden wie etwa logische Schlüsse. Man kann von einzelnen Werturteilen nicht behaupten, dass sie wahr oder unwahr wären, man kann nur sagen, dass man sie billigt oder dass man sie verwirft. Die Einschränkung des Staatsbegriffs nach diesem Kriterium ist daher unhaltbar.

Man hat den Begriff des Staates in einer andern Hinsicht ^{versucht} einzuschränken. Nur ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat, der sich neben anderen Zwangs- und Unterdrückungsapparaten aus eigener Kraft eine gewisse Zeit lang zu behaupten vermag, ist ein Staat. Eine Räuberbande, die im Hinblick auf das Stärkeverhältnis keine Aussicht hat, sich auf die Dauer dem Staate gegenüber aus eigener Kraft zu behaupten, ist daher kein Staat. Sie wird entweder vom Staate vernichtet oder vom Staate geduldet werden. In jenem Fall ist sie kein Staat, weil ihr die Dauer fehlt, in diesem Fall ist sie kein Staat, weil sie sich nicht aus eigener Kraft erhält. Die Pogrombanden des zaristischen Russlands waren kein Staat, weil sie nur dank der

Duldung durch den Staat plündern und morden konnten.

Aus dieser Einschränkung des Staatsbegriffes gelangt man zum Begriff des Staatsgebiets und zum Begriff der Souveränität. Selbstbehauptung eines Zwangs- und Unterdrückungsapparates bedeutet, dass ein Raum gegeben ist, innerhalb dessen die Gewaltanwendung dieses Apparates durch keinen andern Zwangsapparat wirksam behindert wird; dieser Raum ist das Staatsgebiet. Souveränität (suprema potestas) ist der Ausdruck des Tatbestandes, dass die Behauptung aus eigener Kraft erfolgt. Ein Staat ohne Raum ist ein Unbegriff. Ein Staat ohne Souveränität ist eine contradictio in adjecto. Ein Staat, der den ganzen zugänglichen Erdenraum umfassen würde, wäre der Weltstaat.

Die Gesamtheit der Regeln, die die, die über den Staat, d.h. über die Gewaltanwendung, verfügen, im Gebrauche der Gewalt befolgen, wird Recht genannt. Doch nicht diese Regeln, nicht das Recht ist für den Staat wesentlich, sondern der Tatbestand der Gewaltanwendung und Gewaltandrohung. Ein Staat, in dem die Träger des Staatsapparates nur eine Regel befolgen, nämlich die, das durchzuführen, was ihnen gerade als zweckmäßig erscheint, ist ein Staat ohne Recht. Man nennt ihn, je nach den subjektiven Wertung, entweder reine Despotie oder reinen Wohlfahrtsstaat.

Der Ausdruck Recht wird aber noch in einem andern Sinne gebraucht. Als zwischenstaatliches oder internationales Recht bezeichnet man die zwischen den einzelnen nebeneinanderbestehenden souveränen Staaten über ihre wechselseitigen Beziehungen stillschweigend oder ausdrücklich getroffenen Vereinbarungen. Für das Wesen des Staates ist es jedoch ohne Belang, ob ihn andere Staaten durch den Abschluss solcher Vereinbarungen anerkennen oder nicht. Auf das Faktum der Souveränität in einem Raume und über die darin befindlichen Menschen kommt es an, nicht auf Formalitäten.

Die Träger der Staatsgewalt, d.h. die Menschen, die über den Zwangs- und Unterdrückungsapparat verfügen, können auch noch andere Funktionen neben ihrem Staatsgeschäft erfüllen. Der Staat kann z.B. Schulen, Münzstätten oder Eisenbahnen betreiben. Doch der Staat wird darum nicht mehr oder weniger Staat, dass er mehr oder weniger solcher Funktionen auf sich genommen hat.

Lässt der Träger der Staatsgewalt, ^(die Regierung, den) Menschen, die im Staatsgebiet leben und damit dem Gewaltapparat des Staates unterworfen sind, einen Spielraum, innerhalb dessen sie ohne Störung durch den Staatsapparat handeln dürfen, dann nennen wir den Staat Rechtsstaat. Der Begriff des Rechtsstaats lässt Gradabstufungen zu. Ein Staat kann mehr oder weniger Rechts-

staat sein, je nachdem, ob er den Untertanen mehr oder weniger Freiheit lässt. Volle Freiheit kann es im Staate nicht geben; ein Staat, der alles dulden würde, würde aufhören Staat zu sein. Einen Staat, der den Untertanen überhaupt keine Sphäre freien Handelns lässt, nennt man einen totalen Staat.

Es tut Not, an diese bekannten und selbstverständlichen Dinge zu erinnern, weil der Etatismus sie in Vergessenheit geraten liess. Wer Staat sagt, meint Gewalt und Zwang. Wer sagt: da sollte der Staat eingreifen, will, dass Menschen Gewalt zgedroht oder dass gegen Menschen Gewalt gebraucht werde.

Die Staatslehre
des
Liberalismus.

III. Es gibt eine Schule, die glaubt, dass gesellschaftliche Kooperation von Menschen auch staatslos durchführbar wäre. Der Anarchismus meint, dass man eine Gesellschaftsordnung aufrichten könnte, die so beschaffen ist, dass jeder Einzelne die Vorteile, die ihm der Bestand dieser Ordnung und seine Eingliederung in sie gewähren, erkennen muss und freiwillig alles tun wird, was die Aufrechthaltung dieser Ordnung von ihm verlangt, und freiwillig alles unterlassen wird, was ihren Bestand gefährden könnte. Die Anarchisten vergessen aber, dass es Menschen gibt, deren geistige Fähigkeiten nicht ausreichen, um die Vorteile freiwilliger Ein-

gliederung in die gesellschaftliche Ordnung zu erkennen, und dass unter den Menschen, die sie zu erkennen vermögen, es wieder solche gibt, deren Charakter zu schwach ist, um sie gegen die Versuchung zu feien, sich durch gesellschaftsfeindliches Verhalten ~~augenblicklich~~ Sondervorteile zu verschaffen. Eine anarchische Gesellschaft wäre dem Belieben jedes Einzelnen wehrlos ausgeliefert. Es sei dahingestellt, ob es berechtigt ist, anzunehmen, dass jeder gesunde Erwachsene die Gabe hat, die Vorteile der freiwilligen Eingliederung in die Gesellschaft zu erkennen und danach zu handeln. Denn niemand wird bestreiten können, dass es auch Kranke, Kinder und Altersschwache gibt. Man mag der Ansicht sein, dass jeder, der sich gesellschaftsstörend benimmt, als krank zu betrachten und zu heilen sei. Doch solange nicht alle geheilt sind und solange es Kinder und an Verfall der geistigen Kräfte leidende Greise geben wird, muss vorgesorgt werden, dass durch sie der gesellschaftlichen Kooperation nicht Abbruch geschehe.

Der Liberalismus ist vom Anarchismus radikal verschieden und hat mit den phantastischen Ideen der Anarchisten nichts zu schaffen. Man muss das besonders hervorheben, weil die etatistische Polemik mitunter Verwandtschaft zwischen Anarchismus und Liberalismus aufzeigen wollte. Der Liberalismus ist nicht so töricht, den Staat abschaffen zu wollen. Er will den Staat

stark, damit er die gesellschaftliche Ordnung, die er für die einzige mögliche Ordnung friedlicher gesellschaftlicher Kooperation hält, die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsverfassung, schütze und ungestört wirken lasse. Nach liberaler Auffassung hat der Staat Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum der Staatsbürger gegen gewaltsame oder heimtückische Angriffe zu schützen.

Der Liberalismus will die Gesellschaft auf dem Sondereigentum an der Produktionsmitteln aufbauen. Das bedeutet zugleich, dass der Liberalismus nicht will, dass die Gesellschaft auf Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln aufgebaut werde, dass er den Sozialismus ablehnt. Der Liberalismus ist somit, im Gegensatz zum Sozialismus, gegen die Verstaatlichung (Nationalisierung) von Bergwerken, Eisenbahnen, Bierbrauereien, Spinnereien u.dgl. Man darf darum nicht sagen, der Liberalismus sei negativ, der Sozialismus aber positiv. Der Liberalismus will positiv das Sondereigentum wie der Sozialismus positiv das Gemeineigentum will, und der Liberalismus lehnt das Gemeineigentum ab wie der Sozialismus das Sondereigentum ablehnt. Man darf auch nicht etwa sagen, der Liberalismus sei staatsfeindlich, weil er der Regierung nicht die Aufgabe zuweist, Wurstfabriken und Schneiderwerkstätten zu betreiben. Wer der Meinung ist, man solle Sublimat nur zum

Gurgeln, nicht auch zum Trinken verwenden, ist darum kein Feind des Sublimats; er hat nur Ansichten, über die Zweckmässigkeit der Verwendung von Sublimat, die von denen, die Sublimat etwa für ein bekömmliches Getränk halten wollten, abweichen.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Ausführungen, die Frage zu klären, ob das Programm des Liberalismus oder das des Sozialismus (~~von Standpunkte der Ziele, die sowohl Sozialisten als auch Liberale durch die Gesellschaft verwirklichen wollen~~) als zweckmässiger anzusehen ist.¹⁾ Wir haben nur die Rolle zu untersuchen, die der Liberalismus und die ihn bekämpfenden Lehren des Sozialismus und des Interventionismus in der Entwicklung des deutschen Nationalsozialismus gespielt haben. Wir können uns daher auf eine kurze Darstellung der Grundzüge liberaler Gesellschafts- und Staatsordnung beschränken.

In der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung wird die Produktion durch den Markt gelenkt. Unternehmer und Eigentümer von Produktionsmitteln müssen trachten, die Produktion so zu führen, dass sie den Begehr der Verbraucher so gut und so billig befriedigen, als es der Stand der Technik, der Umfang der zur Verfügung stehenden sachlichen Produktionsmittel und Qualität und Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte gestatten. Sind sie dieser Aufgabe nicht

1) Vgl. darüber Mises, Die Gemeinwirtschaft, 2. Auflage, Jena 1932; Liberalismus, Jena 1928.

gewachsen, produzieren sie zu teuer oder zu schlecht oder nicht das, was auf dem Markte von den Verbrauchern am dringendsten nachgefragt wird, dann erleiden sie Verluste und müssen, wenn sie nicht rechtzeitig umlenken, aus der Unternehmer- oder Eigentümerstellung ausscheiden. Andere, die die Verbraucher besser zu befriedigen wissen, treten an ihre Stelle. Die Verbraucher bestimmen durch die Preise, die sie zahlen, und durch die Menge, die sie kaufen, die Qualität und die Menge der Produktion. Sie bestimmen unmittelbar die Preise der gebrauchts- und verbrauchsreifen Güter und damit mittelbar die Preise aller für die Produktion erforderlichen Sachgüter und die Löhne aller in der Produktion tätigen Arbeiter. Die Verbraucher weisen der Produktion die Richtung. In der Marktwirtschaft dient jeder den anderen und jeder wird von den anderen bedient. Sie ist ein Austausch von Gütern und Diensten, ein wechselseitiges Geben und Empfangen. In diesem endlos fortschreitenden Verfahren sind Unternehmer und Kapitalisten die Beauftragten der Verbraucher. Die Verbraucher sind die Herren, die Unternehmer und die Eigentümer der Produktionsmittel müssen sich in ihrer Unternehmungs- und Anlage-tätigkeit den Wünschen der Verbraucher anbequemen. Der Markt wählt gewissermassen die Unternehmer und Eigentümer und setzt sie wieder ab, wenn sie sich nicht bewähren.

Ausserhalb des Marktes steht der Zwangs- und Unterdrückungsapparat, der Staat und seine Leitung, die Regierung. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass der friedliche Fortgang der Produktion nicht gestört werde. Er soll Frieden, d.h. Freisein von Gewalt, im Innern und im Äussern sichern; er soll Gewalt anwenden gegen alle, die durch Gewalt die Bürger bedrohen.

Wer soll nun über den Gewaltapparat verfügen, d.h. wer soll regieren? Es ist eine der Grundwahrheiten, auf denen sich Lehre und Politik des Liberalismus aufbauen, dass eine Regierung auf die Dauer sich nur dann behaupten kann, wenn die Personen, die sie bilden, und das System, das sie befolgt, die Zustimmung der Mehrheit der Bürger findet. Wenn die Regierungsgeschäfte so besorgt werden, dass sie das Misfallen der Mehrheit der Bürger erregen, dann werden die unzufriedenen Bürger sich schliesslich zusammentun, um die Regierung durch Gewalt zu stürzen und Männer, die ihnen geeigneter erscheinen, an ihre Stelle zu setzen. Um den Frieden im Innern dauernd zu erhalten und dem Gemeinwesen die Schäden zu ersparen, die Revolution und Bürgerkrieg auslösen, will der Liberalismus demokratische Staatsverfassung. Die Demokratie ist also nicht etwa "revolutionär". Im Gegenteil. Es ist gerade ihre Funktion, Revolution und Bürgerkrieg auszuschalten. Wenn das herrschende

System und die Männer, die es tragen, ~~um~~ das Vertrauen der Bürger ^{verloren hat} ~~gekomm~~ sind, werden sie im demokratischen Staatswesen in friedlicher Weise durch ein anderes System und durch andere Männer ersetzt.

Der Sinn des Liberalismus ist: Friedensstiftung. Er will Frieden im Innern. Er will aber auch Frieden im Nebeneinander der Staaten. Wenn überall Sondereigentum an den Produktionsmitteln besteht, ist es unwichtig, wo die Grenzen der einzelnen Staaten verlaufen. Niemand kann durch Eroberung reicher werden, viele aber können durch die Kriege verlieren. Jedes Volk, d.h. jede Bevölkerung eines Gebietes, mag selbst bestimmen, welchem Staate es anzugehören wünscht oder ob es einen selbständigen Staat bilden will. Alle Staaten können friedlich nebeneinanderbestehen, denn kein Volk hat ein Interesse, dass sein Staat gross sei oder grösser werde.

So malte sich in den Köpfen der Liberalen das Bild der idealen Weltordnung. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts glaubten die Liberalen, der Verwirklichung ihres Ideals nahe zu sein. Es war arge Selbsttäuschung.

Der Sozialismus.

IV. Der Sozialismus will die Wirtschaft auf Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln aufbauen. Über die Verwendung aller Produktionsmittel

soll die Regierung allein verfügen. Man kann das auch als Verstaatlichung der Produktionsmittel bezeichnen. Im Englischen und im Französischen wird der Ausdruck nationalisation gebraucht, dessen Bedeutung der des deutschen Ausdrucks Verstaatlichung entspricht. Dagegen ist im Deutschen der Gebrauch des Ausdrucks Nationalisierung nicht zu empfehlen; der Sinn des deutschen Ausdrucks Nation weicht von der Bedeutung, die dem Ausdruck nation im Englischen und im Französischen beigelegt wird, ab.¹⁾ Unbedingt abzulehnen ist der Gebrauch des Ausdrucks Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Der Marxismus bedient sich dieses Ausdrucks und nennt den sozialistischen Staat die "Gesellschaft", weil er bewusst die Öffentlichkeit über den Charakter seines Programmes täuschen will.²⁾

Der Ausdruck "Staatssozialismus" ist ein Pleonasmus; jeder Sozialismus ist Staatssozialismus. In der politischen Sprache pflegt man von Staatssozialismus zu sprechen, um eine

1) Im Englischen sagt man für Staatsbahnen: national railways, für Staatsschuld: national debt, u.dgl. In den Vereinigten Staaten werden die Ausdrücke federal und national für Anstalten des Bundesstaates verwendet, State für Anstalten der Einzelstaaten (z.B. State University). In der Schweiz wird der Bundesstaat als Bund (Bundesrat, Bundesbahnen, etc.), der Kanton als Staat (Staatsrat, conseil d'Etat) bezeichnet.

2) Vgl. Kelsen, Sozialismus und Staat, 2. Auflage, Leipzig 1923.

bestimmte Art der Durchführung des sozialistischen Programms zu bezeichnen.¹⁾ Für unsere Betrachtung ist es überflüssig, auf die das Wesen des Sozialismus nicht berührende Besonderheit dessen, was man Staatssozialismus nennt, einzugehen.

Planwirtschaft ist ein heute beliebter Ausdruck für Sozialismus. Auch die Ausdrücke Staatskapitalismus und Zwangswirtschaft sind synonym mit Sozialismus.

Es ist ohne Belang, ob die Durchführung des Sozialismus in den äusseren Formen erfolgt, die in der Staatsverwaltung für die Organisation der Armee und der Polizeibehörden herkömmlich sind und ob das Sondereigentum auch formell abgeschafft wird. Man kann den Sozialismus auch in der Gestalt durchführen, dass die äusseren Formen der Marktwirtschaft beibehalten werden. Das Sondereigentum wird dem Namen nach belassen, Unternehmer wirtschaften scheinbar weiter, kaufen und verkaufen, verwenden Lohnarbeiter und zahlen Löhne. Doch sie befolgen dabei durchaus die Weisungen der Regierung. Die Regierung befiehlt, wo, was und zu welchem Preise sie zu kaufen haben, welche Arbeiter sie zu beschäftigen und wie hoch sie sie zu entlohnen haben, was und wie sie zu erzeugen und an wen und zu welchem Preise sie zu verkaufen haben. Die Regierung leitet somit die Produktion und bestimmt alle Preise

1) Vgl. Mises, Gemeinwirtschaft, a.a.O., S. 211-220.

und Löhne und damit auch die Höhe des Einkommens und der Lebenshaltung jedes Einzelnen. Auch das ist echter Sozialismus.

Zwischen Kommunismus und Sozialismus besteht kein Unterschied in Bezug auf die Probleme der gesellschaftlichen Organisation. Bis zum Jahre 1917 galten die beiden Ausdrücke Kommunismus und Sozialismus in jeder Hinsicht als synonym. Das Hauptdokument des marxistischen Sozialismus, das von allen der marxistischen internationalen Arbeiterbewegung angeschlossenen Parteien aller drei "Internationalen" als unumstößliche Grundlage und als unabänderliches Programm anerkannt wurde und anerkannt wird, ist das "Kommunistische Manifest". Nach dem Siege der russischen Bolschewiken begann man zwischen Kommunismus und Sozialismus zu unterscheiden. Diese Unterscheidung bezieht sich jedoch nur auf die Taktik; Kommunisten und Sozialisten sind verschiedener Auffassung über die Wege, die zur Verwirklichung des ihnen beiden gemeinsamen Ideals eingeschlagen werden sollen.

Die deutsche sozialistische Marxistenpartei nannte sich "Sozialdemokratische Partei". In der ganzen Welt wurde angenommen, dass Sozialismus und Demokratie vereinbar seien, ja, dass Demokratie notwendig zum Sozialismus führen müsse und dass das demokratische Programm nur im sozialistischen Gemeinwesen richtig verwirklicht werden könnte. In Westeuropa und

in Nordamerika herrscht diese Auffassung noch heute vor. Ungeachtet aller Erfahrungen, die man seit 1917 machen konnte, hält man naiv an der Meinung fest, dass wahre Demokratie und wahrer Sozialismus identisch wären. Die "antifascistische" Ideologie, die bis zum 21. August 1939 in Blüte stand, wollte dem Fascismus die Allianz aller demokratischen Nationen entgegenstellen und zählte Sowjetrussland, den klassischen Diktaturstaat, zu den Demokratien, weil er eben sozialistisch ist.

Der Demokratismus der deutschen und der russischen Sozialisten der Zeit vor dem Ausbruche des Weltkriegs ist den liberalen und demokratischen Tendenzen gleichzuhalten, die der Katholizismus überall dort zur Schau trägt, wo er nicht herrscht. Dort, wo der Katholizismus über die Regierung verfügt, will er nichts von demokratischer Verfassung und von Freiheitsrechten der Untertanen wissen, dort unterdrückt er erbarmungslos jede freiheitliche Regung. Wo er aber in der Minderheit ist, da muss er sich, um sich behaupten und um kämpfen zu können, freiheitlich gebärden. So ist es auch um das demokratische und freiheitliche Element im Programm der sozialistischen Parteien bestellt. Es war ein Mittel der Täuschung, eine Kriegslist, weiter nichts.¹⁾

1) Vgl. das Bekenntnis Bucharin's, Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki,) Aus dem russischen übersetzt, Wien 1918, S. 23 ff.

Im sozialistischen Gemeinwesen selbst kann es naturgemäss keine Freiheit des Einzelnen geben. Es gibt keine Pressefreiheit, wenn die Regierung über alle Druckereien verfügt. Es gibt keine Freiheit der Berufswahl, wenn die Regierung zu bestimmen hat, wo und was jeder Einzelne zu arbeiten hat. Es gibt keine Freizügigkeit, wenn die Regierung darüber entscheidet, an welchem Orte jeder Einzelne zu arbeiten hat. Es gibt keine Freiheit der Wissenschaft und der Forschung, wenn die Regierung über alle Bibliotheken, Archive und Forschungsanstalten verfügt und jeden, der ihr nicht genehm ist, an einen Ort zur Arbeit verschicken kann, an dem ihm wissenschaftliche Arbeit unmöglich ist. Es gibt keine Freiheit der Kunstausübung, wenn die Regierung zu befehlen hat, was der Einzelne zu arbeiten hat. Es gibt weder Freiheit des Worts noch Freiheit des Gewissens, wenn die Regierung jeden, der ihr nicht zu Willen ist, dadurch massregeln kann, dass sie ihn zu Arbeiten verhält, die seine Kräfte übersteigen und ihn physisch und geistig schädigen, oder ihn an Orten zu arbeiten zwingt, deren Klima er nicht verträgt. Im sozialistischen Gemeinwesen ist der Einzelne so unfrei, wie ein Soldat in der Armee oder ein Zögling im Internat.

Wenn das sozialistische Gemeinwesen ein Zuchthausstaat ist und sein muss, so sei es, pflegt man einzuwenden,

doch ein Zuchthaus besonderer Art, da seine Insassen das Recht hätten, die Leitung, die Regierung, zu wählen. Man vergisst dabei, dass es um die Wahlfreiheit der Genossen eines sozialistischen Gemeinwesens übel bestellt ist. Sie haben nicht die Möglichkeit, sich über die Lage der Dinge aus anderen Quellen zu unterrichten als aus denen, die ihnen die Regierung zur Verfügung stellt. Presse und Rundfunk sind in den Händen der Regierung, Rede-, Vereins- und Versammlungsfreiheit fehlen. Keine Opposition hat die Möglichkeit, sich zu betätigen, sich zu organisieren und einen Wahlkampf durchzuführen. Man muss nur nach Russland oder nach Deutschland blicken, um zu erfassen, wie es um Wahlen in einem sozialistischen Staat bestellt ist.

Die Wirtschaftsführung, die der Regierung des sozialistischen Gemeinwesens obliegt, kann nicht der demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Wirtschaftliche Unternehmungen sind auf lange Sicht berechnet. Sie erfordern viele Jahre zur Vorbereitung und Durchführung und tragen erst spät Früchte. Wenn man im Mai ein Strafgesetz beschlossen hat, kann man es ohne Schaden im Oktober abändern. Wenn man im Mai einen Polizeiminister gewählt hat, mag man ihn im Juni durch einen andern Mann ersetzen. Doch wenn man weitausgreifende industrielle Pläne auszuführen beschlossen hat, muss man an

dem einmal gefassten Plan festhalten, bis er ausgeführt ist, und man muss die errichteten Anlagen auszunützen suchen, solange ihre Ausnützung vorteilhaft scheint. Hat man einmal einen Bahnbau beschlossen, so darf man, wenn man die verfügbaren Mittel nicht ~~mit~~ vergeuden will, nicht von der Weiterführung abstehen, ehe er vollendet ist. Darüber können Jahre vergehen. Die Bindung an die Pläne bedeutet zugleich eine Bindung an die Personen, die sie ausgearbeitet haben. Man muss ihnen die Durchführung des Planes übertragen, weil andere Personen die Verantwortung dafür nicht übernehmen und tragen können. Die Urheber des Planes müssen ihn ausführen und dann, wenn alle Anlagen, deren Errichtung er vorsieht, vollendet sind, mit ihnen wirtschaften. Die Bindung an die einmal eingesetzte Regierung geht damit weit über die Jahre hinaus, die in den Vier- und Fünfjahr-Plänen des deutschen und des russischen Sozialismus für den Bau der neuen Anlagen vorgesehen sind; sie umfasst auch die Jahre, in denen diese Werke später genutzt werden sollen. Im sozialistischen Gemeinwesen ist daher notwendigerweise mit der Einsetzung einer Regierung der Verzicht verbunden, sie durch eine andere zu ersetzen. Die Regierung ist nicht mehr Vollstreckerin des Willens des Volkes; man kann sie nicht mehr wechseln, wenn man zu anderen Ansichten über die Eignung der Männer, die sie bilden, und

der Zweckmässigkeit der Pläne, die sie ausführen, gelangt ist. Man muss ihr eine unwiderrufbare Vollmacht erteilen. Die Regierung verliert damit ihren demokratischen Charakter. Sie kann nicht mehr einfach Vollstreckerin des Willens ihrer Auftraggeber, der Wähler, sein. Sie wird zur Obrigkeit, die über dem Volke steht, für das Volk denkt und es führt und nicht duldet, dass "Unberufene", d.h. das Volk, sich in "ihr" Geschäft einmengen.¹⁾

Der Unternehmer der kapitalistischen Wirtschaft ist vom Markte und von den Verbrauchern abhängig; er muss die Geschäfte den Weisungen gemäss führen, die ihm die Verbraucher durch ihr Kaufen und durch ihre Enthaltung vom Kaufen täglich erteilen. Das Mandat, das ihm von seinen Mitbürgern erteilt wurde, ist imperativ und täglich widerrufbar. Er ist Diener der Verbraucher, seine Aufgabe ist "service", Dienst am Kunden. Wer die Kunden besser zu bedienen versteht, hat die Möglichkeit, ihm Konkurrenz zu machen und ihn aus der Gunst der Verbraucher zu verdrängen. Jeder Unternehmer und jeder Eigentümer von Produktionsmitteln muss immer wieder von Neuem seine bevorzugte Stellung im Wirtschaftsprozess durch Entgegenkommen an die Wünsche der Verbraucher er-

1) Vgl. auch Hayek, Freedom and the Economic System, Chicago 1939, S. 19 ff.

kämpfen.

Die Leitung der sozialistischen Wirtschaft hat keinen Markt über sich, dessen Gestaltung sie sich anzupassen hätte; sie ist nicht von den Verbrauchern abhängig; sie hat selbst zu entscheiden, wie sie vorzugehen hat. Sie bedient nicht die Verbraucher, wie der Kaufmann seine Kunden bedient; sie versorgt sie, wie ein Vater für seine Kinder oder wie der Direktor eines Waisenhauses für die Pflinglinge sorgt. Sie gibt, was sie geben kann und was sie zu geben richtig findet. Sie ist die Obrigkeit, die Gnaden spendet, nicht der Kaufmann, der um die Kundschaft wirbt. Der Kaufmann dankt dem Käufer dafür, dass er bei ihm gekauft hat, und bittet ihn, auch fürderhin sein Kunde zu bleiben. Doch die Sozialisten sagen: Danket Hitler, danket Stalin; seid ~~war~~ schön folgsam, dann wird der grosse Mann auch in Hinkunft gut für euch sorgen.

Der sozialistischen Wirtschaftsführung gegenüber versagen alle Mittel, mit denen die demokratische Kontrolle die Verwaltungsbehörden bindet. Das vornehmste dieser Mittel ist die Budgetkontrolle. Nicht ein einziger Gendarm darf eingestellt werden, für dessen Einstellung das Budget nicht die Genehmigung erteilt hat; kein Tintenzeug darf beschafft werden, wenn der dafür erforderliche Betrag nicht ausgeworfen wurde. Die Regierung muss über die Verwendung jedes Groschens

Rechenschaft ablegen; sie wird zur Verantwortung gezogen, wenn sie mehr verausgabt hat, als bewilligt wurde, oder die bewilligten Summen nicht für die Zwecke verwendet hat, für die sie bewilligt wurden. Das ist gegenüber staatlichen Wirtschaftsbetrieben undurchführbar. Man kann der Leitung einer Bahnlinie nicht vorschreiben, welche Beträge sie für die Betriebsführung zu verausgaben hat. Das muss im Hinblick auf die jeweilige Gestaltung der Verhältnisse entschieden werden. Das Budgetrecht der Parlamente, das seit jeher als der Kern demokratischen Verfassungswesens gegolten hatte, zerrinnt im sozialistischen Gemeinwesen.

So führt der Sozialismus aus innerer Notwendigkeit zur Beseitigung der Demokratie. Der Demokratie des Marktes in der Marktwirtschaft entsprach die demokratische Verfassung des Staatswesens in der kapitalistischen Ära. Jeder Schritt, der von der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung zum Sozialismus hinführen soll, führt zugleich von der Demokratie zum Absolutismus des Führertums, führt von der Freiheit zu den Bindungen des Obrigkeitsstaates.

Der Interventionismus.

V. Alle Kultur, die wir kennen und von der uns die Geschichte Kunde bringt, ist auf dem Boden des Sondereigentums an den Produktionsmitteln erwachsen. Kultur und Sondereigentum waren in der bisherigen Geschichte immer vereint. Wenn man aus der geschichtlichen Erfahrung überhaupt etwas lernen könnte, dann wäre es das, dass das Sondereigentum unumgängliche Bedingung des Kulturfortschritts ist.

Die Regierungen haben auf das Sondereigentum und auf den Markt immer scheel geblickt. Regierungen sind aus eigenem Antrieb nie liberal. Es liegt im Wesen der Handhabung des Zwangs- und Unterdrückungsapparats, dass die, die ihn handhaben, die Leistungsfähigkeit der Gewalt überschätzen und alle Lebenssphären sich untertan machen wollen. Regierungen müssen zum Liberalismus durch die Bürger gezwungen werden.

Seit jeher haben die Regierungen das Marktgetriebe durch Eingriffe zu beeinflussen gesucht, und nie haben sie damit das erreicht, was sie angestrebt haben. Man gab die Schuld an diesen Misserfolgen der Unzulänglichkeit der einzelnen Massnahmen; man müsste nur stärker und energischer zupacken, dann würde der angestrebte Erfolg nicht ausbleiben. Erst im 18. Jahrhundert erkannte man, dass die Interventionspolitik hoffnungslos zum Scheitern verurteilt ist. Die klassische Natio-

nalökonomie entdeckte, dass die Preise durch die Lage des Marktes eindeutig oder doch zumindest innerhalb enger Grenzen bestimmt sind. Obrigkeitliche Eingriffe in das Getriebe der Marktbildung können den Erfolg, den sie anstreben, nicht erreichen; sie können nur das Marktgetriebe und die Versorgung der Verbraucher stören. In der Nationalökonomie und unter den Nationalökonomern besteht über das Wesen und die Wirkungen der Eingriffe volle Einhelligkeit.

In der Marktwirtschaft wird die Produktion durch das Verhalten der auf dem Markte kaufenden und verkaufenden Wirte gelenkt. Die jeweilige Lage des Marktes, die durch die verfügbaren Bestände an Produktionsmitteln und die Menge und Qualität (Leistungsfähigkeit) der verfügbaren Arbeit auf der einen Seite und die Nachfrage der Verbraucher auf der anderen Seite gegeben ist, bestimmt die Preise aller Güter und Dienstleistungen. In der sozialistischen Gemeinwirtschaft entscheidet die Regierung über Art und Menge der Produktion und über die Verteilung der Genussgüter an die Einzelnen. Zwischen diesen beiden Systemen arbeitsteiliger gesellschaftlicher Kooperation ist kein Kompromiss möglich. Staats- oder Kommunalbetriebe stellen nicht etwa ein Stück Sozialismus in einer im übrigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung dar. Indem solche Staats- oder Gemeindebetriebe auf dem Markte als Käufer

(von Rohstoffen und Halbfabrikaten und von Arbeitskräften) und als Verkäufer (von Waren und von Dienstleistungen) auftreten, werden sie dem Markte und seinem Gesetz untertan und müssen trachten, Verluste zu meiden und Gewinne zu erzielen. Das wesentliche Merkmal sozialistischer Produktionsleitung ist die Unmöglichkeit, in der Wirtschaft zu rechnen. Die Wirtschaftsrechnung, die nur in Geld geführt werden kann, ist nur dort möglich, wo Sondereigentum besteht und Güter und Dienste auf dem Markte gegen Geld umgesetzt werden. Indem solche Staats- und Kommunalbetriebe sich der Geldrechnung bedienen, reihen sie sich in das System der kapitalistischen Marktwirtschaft ein. Sie erweisen sich in der Regel als unzweckmässige Glieder der Marktwirtschaft, sie arbeiten meist mit Verlust und können sich daher auf die Dauer nur mit Hilfe der Subventionen erhalten, die ihnen die Regierung aus den Steuern gewährt, die sie zwangsweise von den Untertanen erhebt. Man mag diese öffentlichen Betriebe daher als unzulängliche Einrichtungen bezeichnen, aber sie bleiben doch Glieder - wenn auch wenig leistungsfähige Glieder - eines marktwirtschaftlichen Systems. Auch wenn ein Staat innerhalb seiner Grenzen das Sondereigentum an den Produktionsmitteln ganz beseitigt und die Produktion und Verteilung ganz verstaatlicht, kann man ihn im nationalökonomischen Sinne nur dann als sozialistisch

ansehen, wenn er sich von der übrigen Welt vollkommen isoliert. Hält er jedoch die Beziehungen mit dem Ausland aufrecht, tauscht er mit dem Ausland Güter und Dienstleistungen und verwendet er die auf den ausländischen Märkten gebildeten Preise als Elemente seiner Geldrechnung, dann hat auch er noch nicht streng sozialistischen Charakter.

Die Frage, ob sozialistische Gemeinwirtschaft durchführbar ist, beschäftigt uns hier nicht. Wir können uns damit begnügen, das Ergebnis der nationalökonomischen Forschung über das Wesen des Sozialismus zu verzeichnen: ein sozialistisches Gemeinwesen kann keine Wirtschaftsrechnung führen; Sozialismus kann daher nie Wirtschaften in dem Sinne sein, in dem wir diesen Ausdruck zu gebrauchen pflegen. Versuche den Sozialismus durchzuführen, müssen in einem sinnlosen Chaos enden.¹⁾

Man hat nun geglaubt, dass es möglich wäre, zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft ein drittes System zu stellen, das des Interventionismus, von dem seine Befürworter behaupten, dass es gleichweit von Sozialismus und von Kapitalismus entfernt sei.

Der Interventionismus will das Sondereigentum an den

1) Vgl. Mises, Gemeinwirtschaft, a.a.O., S. 110 ff; ferner Collectivist Economic Planning, Edited by Hayek, London 1935; Hoff, Ökonomisk Kalkulasjon i Socialistiske Samfund, Oslo 1938.

Produktionsmitteln beibehalten, dabei jedoch das Handeln der Unternehmer und der Eigentümer der Produktionsmittel durch obrigkeitliche Eingriffe, durch Gebote und durch Verbote, regeln. Wenn diese obrigkeitliche Leitung des Handelns der Eigentümer der Produktionsmittel und der mit Zustimmung der Eigentümer über die Produktionsmittel verfügenden Unternehmer so weit geht, dass alle wesentlichen Verfügungen obrigkeitlicher Weisung gemäss vorgenommen werden, so dass nicht mehr das Gewinnstreben der einzelnen Wirte - Grundeigentümer, Kapitalisten, Unternehmer und Arbeiter - sondern die Regierung darüber entscheidet, was und wie produziert wird, dann haben wir, wie schon gezeigt wurde, nicht mehr Marktwirtschaft vor uns, sondern Sozialismus. Mag man auch das Wort "Sondereigentum" und die Ausdrücke "Preis" und "Lohn" beibehalten, so ist das System doch sozialistisch. Der Interventionismus will aber, und das gerade kennzeichnet ihn, nicht so weit gehen. Er will das Sondereigentum nicht aufheben, sondern durch isolierte Eingriffe beschränken. "Isoliert" bedeutet dabei, dass der Eingriff nicht Teil eines Systems von Befehlen und Verboten bildet, das die ganze Produktion und Verteilung regelt und damit das Sondereigentum an den Produktionsmitteln und die Marktwirtschaft beseitigt und durch sozialistische Zwangswirtschaft ersetzt.

Um das Wirken dieses Systems zu erfassen, genügt es, zwei Gruppen von Eingriffen zu unterscheiden: die produktionspolitischen Eingriffe und die preispolitischen Eingriffe. Die produktionspolitischen Eingriffe hemmen oder erschweren eine bestimmte Verwendung von Produktionsmitteln. Die Regierung verbietet z.B. die Einfuhr einer Ware oder sie verteuert die Einfuhr durch Zollbelastung. Es ist der Obrigkeit naturgemäss nicht gegeben, durch ihre Gebote oder Verbote zu produzieren oder die Produktion im Ganzen zu fördern. Was sie bewirken kann, beschränkt sich darauf, die Produktion von den Wegen abzulenken, die unter den gegebenen Verhältnissen die dringendste Nachfrage der Verbraucher am Besten, am Billigsten und am Reichlichsten befriedigen könnten. Sie kann durch ihre Einmischung die Versorgung nicht verbessern, sondern nur verschlechtern. Man mag in einzelnen Fällen der Meinung sein, dass die Nachteile dieser Verschlechterung der Versorgung durch andere Vorteile aufgewogen werden. Man kann etwa meinen, dass die Verteuierung des Brotverbrauchs durch Getreidezölle und die daraus folgende Senkung der Lebenshaltung der Massen in Kauf zu nehmen sind, weil das Einkommen der inländischen Getreideerzeuger durch den Zollschatz erhöht wird. Doch jedermann wird zugeben müssen, dass die produktionspolitischen Eingriffe geradeso wie die Subventionen,

die die Regierung aus den Steuereingängen unmittelbar oder mittelbar einzelnen Personen oder Personengruppen gewährt, nicht als Massnahmen zur Steigerung der Produktion, sondern als Belastung der Produktion oder als eine Art der Verausgabung des Produktionsertrags zu betrachten sind. Sie können nicht als Grundlage eines Wirtschaftssystems angesehen werden. Sie sind Systeme des Verzehrs und des Aufbrauchs, nicht Systeme der Wohlfahrtssteigerung.

Die preispolitischen Eingriffe gehen darauf aus, Preise von Gütern und Dienstleistungen anders festzusetzen, als der unbehinderte Markt sie bilden würde. Bei dem Preisstande, der sich auf dem unbehinderten Markte bildet oder bilden würde, wenn die Obrigkeit die Freiheit der Preisbildung nicht stören würde, werden die Produktionskosten vom Preis gedeckt. Wird von der Obrigkeit ein niedrigerer Preis anbefohlen, dann bleibt der Erlös hinter den Kosten zurück. Die Erzeuger und Händler werden daher die Produktion der durch die Preistaxe betroffenen Ware einschränken oder ganz einstellen. Will die Obrigkeit die Erzeugung weiter gehen lassen, dann muss sie die Produzenten verpflichten, zu erzeugen und sie muss auch die Preise der zur Erzeugung erforderlichen Rohstoffe und Halbfabrikate und die Arbeitslöhne festlegen. Diese Verfügungen dürfen sich aber nicht nur auf die Regelung der

Verhältnisse in einem oder in wenigen Produktionszweigen beschränken; sie müssen alle Zweige umfassen, sie müssen die Preise aller Güter und jeglichen Arbeitslohn und das Verhalten aller Unternehmer, Kapitalisten, Grundeigentümer und Arbeiter regeln. Würden sie einzelne Produktionszweige verschonen, so würden Kapital und Arbeit dorthin abströmen und das Ziel, das die Obrigkeit mit ihrem ersten Eingriff erreichen wollte, würde verfehlt werden. Die Obrigkeit will doch, dass gerade der Produktionszweig, den sie wegen der Wichtigkeit, die sie seinen Erzeugnissen beilegt, mit der besonderen Regelung bedacht hat, auch reichlich besetzt werde. Sie will das Angebot seiner Erzeugnisse vergrößern und verbilligen, nicht verringern. Es läuft ihrer Absicht zuwider, dass man ihn - gerade infolge des Eingriffs - vernachlässigen sollte.

Der isolierte preispolitische Eingriff verfehlt den Zweck, den seine Urheber durch ihn erreichen wollten. Ehe die Preistaxe erlassen wurde, war die Ware - nach Ansicht der Obrigkeit - zu teuer; nun verschwindet sie vom Markte. Das hat die Obrigkeit nicht beabsichtigt. Der Eingriff erweist sich mithin als zweckwidrig. Man kann daher feststellen: Vom Standpunkte der Absichten der Obrigkeit aus gesehen stellen sich die isolierten Eingriffe als sinn- und zweckwidrig dar, und ein System der Wirtschaftspolitik, das mit solchen Ein-

griffen arbeiten will, erscheint als unzweckmässig und unsinnig. Will die Obrigkeit die Dinge nicht dadurch wieder ins Geleise bringen, dass sie von ihrem isolierten Eingriff absteht, indem sie die Preistaxen wieder aufhebt, dann muss sie dem ersten Schritt weitere folgen lassen. Zu dem Befehl, keinen höheren Preis als den vorgeschriebenen zu fordern, müssen nicht nur der Befehl, die Vorräte zu verkaufen, und die Rationierung hinzutreten, sondern auch Preistaxen für die Güter höherer Ordnung und Lohntarife und schliesslich Arbeitszwang für Unternehmer und Arbeiter. Und diese Vorschriften dürfen sich nicht auf einen oder einige wenige Produktionszweige beschränken, sondern sie müssen alle Zweige der Produktion erfassen. Es gibt keine andere Wahl als die: entweder von isolierten Eingriffen in das Getriebe des Marktes abzusehen oder aber die gesamte Leitung der Produktion und der Verteilung an die Obrigkeit zu übertragen. Entweder Kapitalismus (Marktwirtschaft) oder Sozialismus (Kommunismus); ein Mittel Ding, eine dritte Organisationsform, gibt es nicht.

Was vom Höchstpreis, von der Festlegung eines Preises unter dem Stande, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde, gilt, gilt mutatis mutandis auch vom Mindestpreis, von der Festlegung eines Preises über dem Stande, der sich auf dem unbehinderten Markte bilden würde. Der Mindest-

lohn z.B. führt zur Arbeitslosigkeit eines Teiles derer, die durch Lohnarbeit ihren Lebensunterhalt finden wollen. Will die Obrigkeit die Einschaltung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess ohne Rückkehr zum Marktlohn bewirken, dann muss sie Massnahmen ergreifen, die Schritt für Schritt endlich zur Verstaatlichung der Produktion führen. Es ist dabei ohne Belang, ob die Mindestlohnsatzung von der Regierung selbst verfügt wurde, oder von den Gewerkschaften, die unter Duldung der Regierung einen Zwangsapparat aufgebaut haben, der die Unternehmer verhindert, Arbeiter, die sich mit niedrigeren Löhnen begnügen wollen (Streikbrecher), zu beschäftigen.¹⁾

Der etatistische
Mythus.

VI. Die Gebildeten und weite Schichten der

Halbgebildeten hatten im 19. Jahrhundert den Glauben an den Gott des alten und des neuen Testaments verloren. Mit dem Glauben an Gott schwand auch die Ehrfurcht vor den Königen von Gottes Gnaden; sie hatten sich nur allzumenschlich erwiesen. Man wendete sich dem neuen Gotte zu, den der Etatismus verkündete. Ganz naiv schrieb man dem Staate die Attribute zu, die die Theologen dem Herrn der Heerscharen beigelegt hatten: Allwissenheit, Allmacht, Unfehlbarkeit, Allgüte, Allgerechtigkeit. Mit Ehrfurcht nur sprachen die Professoren vom Staat, mit noch

1) Vgl. Mises, Kritik des Interventionismus, Jena 1929, S. 1 ff.

grösserer Ehrfurcht die Marxisten von dem, was sie Gesellschaft nannten, von ihrem Staat.

Denn das ist das Merkmal dieses Gottes, dass er ein Gott ist nach dem Ebenbilde jedes Einzelnen. Der Etablist sagt ganz allgemein "Staat", doch er meint immer nur den Staat, dessen Regierung genau das tun wird, was er, der einzelne Etablist, für richtig hält. Darum kann auch keine Erfahrung seinen Köhlerglauben erschüttern. Das Übel hat eben eine Regierung verschuldet, die nicht nach seinem Willen, ^{daher} ~~fal-~~ so falsch gehandelt hat. Die richtige Regierung des wahren Staates, wie er ihn sich denkt, wird das verwirklichen, was richtig ist.

Hand in Hand mit der Staatsvergottung geht der Heroenkult. Der strahlende Held wird, durch den Weltgeist erleuchtet, Volk und Staat dem Heil entgegenführen. Nichts macht der Etablist der modernen Gesellschaftslehre und Geschichtsschreibung mehr zum Vorwurf als das, dass sie den Glauben an die übermenschliche ^{Leit}ung der grossen Männer zerstört hat. Er träumt vom Retter, vom Führer, vom Diktator. Überflüssig ist es, sich den Kopf zu zermartern, um den Weg zur Verwirklichung der Utopien zu entdecken. Dem Führer wird es der Weltgeist schon eingeben.¹⁾

1) Vgl. Deimel, Carlyle und der Nationalsozialismus, Würzburg. 1937, S. 29 f.

Dem Heros zur Seite stehen seine Paladine, die Beamten. Sie sind die Priesterschaft des Gottes Staat. Man weist ihnen die Rolle zu, die Platon in seiner Utopie den Philosophen zugeteilt hat. Im Gegensatz zu den nur auf eigennützige Bereicherung bedachten Unternehmern und Kapitalisten dienen sie selbstlos dem Wohl des Ganzen. Im Staate der Zukunft werden alle Beamte sein; der schmutzige Erwerbstrieb wird von der Erde verschwinden.¹⁾ Dass die Beamten nicht um Gotteslohn dienen, sondern um zu verdienen, und dass niedrigbesoldete Beamte, deren Händen wichtige Entscheidungen anvertraut werden, sich nicht immer unbestechlich erweisen, haben die Statisten nie zur Kenntnis genommen.

Der Kultus des Staates mündet naturgemäss in den Kultus der Gewalt ein. Deutsche Professoren wurden nicht müde, den Krieg zu verherrlichen; sie versuchten, den Anspruch der gewerkschaftlichen organisierten Arbeiter, Streikbruch durch Gewaltanwendung zu verhindern, sittlich zu rechtfertigen und alle, die Abhilfe forderten, als Vertreter eigennütziger Sonderinteressen zu brandmarken. Die marxistischen Parteien haben in der sozialen Revolution das grosse Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse gepriesen; mit Stolz nannten sie sich revolutionär, und nichts konnte eine marxistische Gruppe mehr empören

1) Vgl. Ruskin, Unto this Last (Tauchnitz Ed.) S. 19 ff; Tawney, The Acquisitive Society, London 1921, S. 38 ff.

als Anzweiflung ihres revolutionären Charakters. Bei den französischen Syndikalisten wurde die Verherrlichung der Gewalt zum Mittelpunkt der Doktrin. Frankreich hat auch den Mann hervorgebracht, dessen Schriften als das Evangelium der Gewaltanbeter gelten, Georges Sorel. Seine Lehren vom Generalstreik und von der action directe des Proletariats haben die russischen Bolschewiken und die italienischen Fascisten inspiriert.

Wie der arme Sünder vor Gott arm und bloss dasteht, so sieht der Etatismus den Einzelnen in erbärmlicher Nichtigkeit. Das Wohl des Einzelnen gilt nichts, wenn die höheren Interessen des Staates auf dem Spiele stehen.

Nationalökonomie und Gesellschaftslehre des 18. Jahrhunderts hatten die Lehre von der Harmonie der richtig verstandenen Interessen der Einzelnen vorgetragen. "Richtig verstanden" bedeutet dabei: endliche Interessen. Es wird nicht bestritten, dass Einzelne sich durch gesellschaftswidriges Verhalten auf Kosten ihrer Mitmenschen unmittelbare Vorteile verschaffen könnten. Was behauptet wird, ist nur das: durch das gesellschaftswidrige Handeln wird das gesellschaftliche Zusammenwirken der Einzelnen unmöglich gemacht. Die Erhaltung und fortschreitende Verdichtung der gesellschaftlichen Beziehungen liegt jedoch im Interesse jedes einzelnen Menschen. Denn nur

durch Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung kann die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit erhöht werden. Nur weil die Einzelnen in der Gesellschaft kooperieren, können heute viele Millionen in Wohlstand leben, wo einst wenige Tausende nur kümmerlich und kulturlos ihr Dasein fristen konnten. Die Forderungen, die die Gesellschaft an den Einzelnen stellt, muten ihm kein dauerndes Opfer zu. Was sie verlangt, ist nur das, was er im eigenen Interesse tun müsste. Die Opfer, die der Einzelne bringen soll, sind nur vorläufige Opfer. Er soll auf einen unmittelbar wirkenden Gewinn verzichten, um weit grösseren dauernden Vorteil zu erlangen. Sittlich handelt, wer so handelt, dass die Erhaltung und Ausgestaltung der gesellschaftlichen Kooperation gefördert oder zumindest nicht gefährdet wird. Die utilitaristische Ethik des Liberalismus verkündet nicht wie die Ethik der Intuitionisten: fiat justitia, pereat mundus; sie sagt: fiat justitia, ne pereat mundus.

Die etatistische Ethik spricht dem Individuum die Fähigkeit ab, selbst zu erkennen, was ihm und dem Ganzen frommt. Was als nützlich oder als schädlich angesehen werden soll, wird von der Regierung bestimmt. Der Untertan hat blind dem Führer zu folgen. // nicht der Untertan, (allein der Führer) hat zu bestimmen, was gut, richtig und sittlich ist. Man kann diese Lehre nur dann aufrechterhalten, wenn man überzeugt ist, dass

der Führer oder die Führer nicht irrende Menschen sind wie alle übrigen Sterblichen, sondern Statthalter Gottes auf Erden. Jede nichtliberale Gesellschaftslehre mündet unausweichlich in die Theokratie ein.

Doch die theokratische Lehre ist brüchig. Gott offenbart nicht, wen er begnadet und zu seinem Vertreter auf Erden bestellt hat. Viele treten auf, die behaupten, dass sie begnadet und zur Führung berufen sind. Wer kann da entscheiden? Wie kann der Widerstreit der Bewerber um die Führung anders entschieden werden als durch Gewalt? Das Christentum hat gesiegt, als Constantin an der Milbischen Brücke den Maxentius schlug. Das Papsttum hat im Mittelalter den Primat in der abendländischen Welt zu bewahren gewusst, indem es alle Ketzer durch Feuer und Schwert auszurotten vermochte. Das theokratische System kanonisiert die Gewalt, es segnet die todbringenden Waffen, es erteilt dem Herrn der stärkeren Bataillone eine übernatürliche Weihe.

Frieden unter Menschen kann nur die Anerkennung des Mehrheitsprinzips stiften.

Die etatistische
Wirklichkeit.

VII. Der Etatismus spricht immerfort vom Gemeinnutz, der den schmutzigen Eigennutz verdrängen soll. Doch was ist gemeinnützig ?

Die Antwort, die die Praxis des Etatismus darauf erteilt, lautet einfach genug: Gemeinnützig ist das, was der Regierung, d.i. den Männern die gerade über den Gewaltapparat verfügen, als gemeinnützig erscheint; gemeinnützig ist, was den Regierungsmännern ermöglicht, sich am Ruder zu behaupten. Wer der Regierung folgt, wird durch Privilegien belohnt; wer der Regierung gleichgültig ist oder misfällt, wird durch Ausnahme Gesetze benachteiligt.

Man hat die Lehre vertreten, dass es Aufgabe des Staates sei, alle berücksichtigungswürdigen Interessen gleichmässig durch Interventionen zu schützen. Man hat z.B. in Deutschland zum Schutze der nationalen Produktion den "lückenlosen Zolltarif" gefordert. Dann werde, meinte man, kein Produktionszweig geschädigt und keiner begünstigt werden. Der Gedankengang, der zu dieser Auffassung führt, ist falsch. Wenn eine Industrie allein durch Zölle gegen den Wettbewerb des Auslandes geschützt wird, dann bedeutet das ein Privileg zu Gunsten minderleistungsfähiger Erzeuger und zu Ungunsten aller Verbraucher. Wenn alle Industrien gleichmässig geschützt werden, dann wird jedem das, was ihm auf der einen Seite in seiner

Eigenschaft als Erzeuger zugewendet wird, auf der andern Seite in seiner Eigenschaft als Verbraucher wieder genommen; was bleibt, ist allgemeine Senkung der Ergiebigkeit der Arbeit, ist mithin Senkung der Lebenshaltung aller Verbraucher. Was vom lückenlosen gleichmässigen Zollschutz gilt, gilt ebenso vom gleichmässigen Schutz der wenigerleistungsfähigen Erzeuger, der durch andere Massnahmen gewährt wird. Die Interessenten streben Privilegien an, die ihnen ausgiebigeren Schutz gewähren als den, der den übrigen Produktionszweigen gewährt wurde. Von einem allen im gleichen Ausmasse gewährten Schutz würden sie nur Nachteile zu erwarten haben.

Man hat die Interventionspolitik mitunter als Produzentenpolitik bezeichnet und damit rechtfertigen wollen; es ziemt dem Staate, den fleissigen Produzenten auf Kosten des nur geniessenden Verbrauchers zu fördern. Doch die Produzenten sind zugleich auch Verbraucher; was ihnen die Produzentenpolitik gewährt, müssen sie als Verbraucher bezahlen. Übrig bleiben die Wirkungen der Verringerung des Sozialprodukts und damit auch des auf jeden Einzelnen entfallenden Anteils.

Der Interventionismus wird zu einem Wettlauf der einzelnen Interessent^en und Interessent^{en}gruppen um Privilegien. Die Regierung wird zu einem Weihnachtsmann, der Geschenke verteilt.

Doch die Beschenkten müssen die Gaben, die sie empfangen, doppelt bezahlen. Dem Staate stehen keine anderen Mittel zum Schenken zur Verfügung als solche, die er dem Einkommen und dem Vermögen der Untertanen entnimmt. Es ist nur Täuschung, wenn man von manchen Eingriffen annimmt, dass sie nur das Ausland belasten. Wenn man durch protektionistische Massnahmen die Einfuhr herabdrückt, drückt man auch in demselben Ausmass die Ausfuhr herab. Beide, Inland und Ausland, werden dabei durch die Verschiebung der Erzeugung von günstigeren auf ungünstigere Standorte geschädigt. Wenn man inländische Schuldner von der Verpflichtung, Schulden an Ausländer zu verzinsen und zu tilgen, ganz oder teilweise enthebt, schädigt man für die Zukunft den Kredit des Landes. Wenn man die Einwanderung ausländischer Arbeiter erschwert oder hindert, macht man es unmöglich, die inländischen Produktionsmöglichkeiten in dem Masse auszunützen, in dem man sie bei Freizügigkeit der Arbeiter ausnützen könnte.

Unter dem Einfluss des Interventionismus haben sich die Parlamente zu Privilegienmärkten entwickelt. Die parlamentarische Korruption ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Interventionismus. Der einzelne Abgeordnete und die einzelnen Parteien werden von den Wählern nach dem Erfolg beurteilt, den sie in der Jagd nach Privilegien erzielen. In

der Lobby, in der Vorhalle des Parlaments, drängen sich die Petenten. Im Wahlkampfe siegt, wer mehr verspricht und wem man eher zutraut, dass er fähig sein werde, sein Versprechen zu halten. Wichtige Entscheidungen in politischen Dingen werden von der Regierung durch Befriedigung der Wünsche beeinflusst, die einzelne Parteien und ihre einflussreichen Mitglieder in Bezug auf Interventionen äussern.

Im interventionistischen Staatswesen wird viel vom Wohl des Ganzen und von dem Vorrang seiner Belange gesprochen. Doch das Wohl des Ganzen findet in der Kammer keinen Anwalt. Die Abgeordneten fühlen sich nicht als Vertreter des ganzen Volkes, sondern als Vertreter ihres Wahlbezirkes und der in ihm mächtigsten Interessentengruppen. Der Parlamentarismus ist die dem liberalen Staate angemessene Verfassungsform; im Interventionismus muss er versagen.¹⁾

1) Vgl. Rappard, L'individu et l'Etat dans l'évolution constitutionnelle de la Suisse, Zurich 1936, S. 464 ff.; The Crisis of Democracy, Chicago 1938, S. 182 ff.

4. Etatismus und Nationalismus.

Staat und Volk.

I. Für den Bürger der Vereinigten Königreiche Grossbritannien und Irland deckten sich am Beginn des 19. Jahrhunderts die Begriffe Staat, Volk und Nation. Die Eroberungen, die den Umfang des Herrschaftsgebietes erweiterten und Landstücke samt ihren Bewohnern der königlichen Regierung unterwarfen, berührten nicht die Gestaltung der Nation und des Staates. Die Kolonien blieben ausserhalb der Nation und des Staates, sie waren Eigentum der Krone, mit dem das Parlament frei schalten durfte. Die Nation bildeten die Bürger der drei Königreiche England, Schottland und Irland. England und Schottland hatten sich 1707 zu einem Einheitsstaat verbunden, 1801 trat auch Irland hinzu. Es war nicht die Rede davon, die in den nordamerikanischen Kolonien angesiedelten Bürger in dieses System einzubeziehen. Jede dieser Kolonien hatte ihr eigenes Parlament und ^{eigene Lokalverwaltung.} ~~denen Autonomie.~~ Als das Parlament von Westminster den Versuch machte, seine Macht auf die Kolonien auszudehnen, kam es zu dem Konflikt, der schliesslich zur vollen völkerrechtlichen Selbständigkeit der Vereinigten Staaten führte. In der Unabhängigkeitserklärung von 1776 bezeichnen sich die 13 Staaten als eine besondere Nation ^{Volk,}

d~~ies~~ von dem im Parlament von Westminster vertretenen verschieden ist. Indem die einzelnen unabhängig gewordenen Kolonien sich zu einer staatlichen Einheit verbinden, geben sie der Nation, die Natur und Geschichte gebildet haben, die ihr nach Naturrecht zukommende Verfassung.

Der englische Liberalismus stand schon im amerikanischen Konflikt mit seinen Sympathien auf der Seite der Kolonisten. Im 19. Jahrhundert erkannte er rückhaltlos das Recht der jenseits der Meere erblühten neuen Gemeinwesen auf Selbstregierung an. Ihre Bürger zählten nicht zur grossbritannischen Nation, sie bilden eigene Nationen mit allen Rechten, die einer Kulturnation zukommen. So nimmt Canada für sich den Ausdruck Nation in Anspruch; die canadischen Staatsbahnen heissen z.B. National Railways, ~~etc.~~ Es ist nicht davon die Rede, das Gebiet zu erweitern, dessen Bewohner Abgeordnete in das Parlament von Westminster entsenden. Wenn einem Teil des Empire Autonomie gewährt wird, wird es zu einem Staat mit eigener Verfassung. Der Umfang des Gebiets, dessen Bewohner in Westminster vertreten sind, wurde seit 1801 nicht mehr ausgedehnt; es wurde durch die Errichtung des irischen Freistaates verkleinert.

Der französischen Revolution erscheinen Staat, Volk und Nation identisch. Frankreich ist für sie das Land inner-

halb der Grenzen, die es von anderen Staaten trennen. Fremde Enklaven (wie das päpstliche Avignon und Besitzungen deutscher Reichsfürsten) gehören "naturgemäss" zu Frankreich und werden mit ihm vereinigt. Die Kriege der Revolution und des ersten Kaiserreichs verwirren diese Begriffe. Doch nach dem Wiener Kongress gewinnen sie wieder die alte Bedeutung. Frankreich ist das Land innerhalb der 1815 festgelegten Grenzen. Napoleon III fügte dazu noch Savoyen und Nizza, deren Bewohner französisch sprechen und für die in dem neuen italienischen Königreich, in dem der Staat Savoyen-Piemont-Sardinien aufgegangen ist, kein Verbleiben war. Die Franzosen begrüßten diese Gebietserweiterung ohne Enthusiasmus; erst allmählich lebten sich die neuen Departements in den französischen Staat ein. Die Bestrebungen Napoleons III, Belgien, Luxemburg und das linke Rheinufer zu annektieren, liessen das französische Volk gleichgültig. Die Wallonen, die Westschweizer und die französisch sprechenden Canadier werden nicht zur französischen Nation oder zum französischen Volk gezählt; sie sind Ausländer französischer Zunge, liebe gute Freunde, doch nicht Franzosen.

Für die deutschen und für die italienischen Liberalen lagen um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Dinge anders. Die Staaten, mit denen sie es zu tun haben, sind Produkte

dynastischer Machtkämpfe und Eheschliessungen. Es wäre sinnlos, den Absolutismus des Fürsten Reuss jüngere Linie zu beseitigen, um ein unabhängiges demokratisches Staatswesen in dem Gebiete, das dieser Potentat sein eigen nennt, zu errichten. Die Untertanen dieser Dynasten fühlen sich nicht als "Reussen jüngerer Linie" oder als "Sachsen-Weimer^a-Eisenacher", sondern als Deutsche. Sie wollen nicht ein liberales "Schaumburg-Lippe", sondern ein liberales Deutschland. In dem Augenblick, in dem der Liberalismus nach Deutschland und nach Italien dringt, wird das Problem des Staatsumfangs und der Staatsgrenzen aufgeworfen. ^{Seine} Lösung scheint ausserordentlich einfach zu sein. Die Sprachgrenze soll auch die Staatsgrenze bilden. Damit wird, wie man glaubt, der alte Staat, den nur die hochverräterische Selbstsucht der Dynasten gesprengt hat, in seinem naturgemässen Umfang wieder hergestellt. Diese Lösung erscheint auch anderen Völkern als richtig. Die Polen wollen den Staat Polen in dem Umfange wiederherstellen, den er vor den Teilungen gehabt hatte. Die Ungarn und die Tschechen wollen ihre Staaten in dem Umfange wiederherstellen, den sie vor der Angliederung an den habsburgischen Familienbesitz gehabt hatten.

Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes im Staate, das der westliche Liberalismus verkündet hatte, wird so in Mittel- und Osteuropa zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die sich

hier nicht mit dem Staatsvolk, der Gesamtheit der Untertanen der einzelnen Staaten, decken. Man unterscheidet zwischen Staat und Nation (Volk). Das Volk (die Nation) bilden alle Menschen, die die gleiche Sprache sprechen; Nation ist Sprachgemeinschaft. Jede Nation soll als selbständiger Staat konstituiert werden. Ist das einmal durchgeführt, dann werden alle Staaten friedlich nebeneinander leben. Die Fürsten bekriegen einander, weil sie ihren Herrschaftsbereich ausdehnen wollen. Doch den Völkern ist der Umfang des Staatsgebiets von "Natur" aus vorgezeichnet. Die "natürlichen" Grenzen des Volksstaates sind die Volksgrenzen, die Sprachgrenzen.

So erblickt man im Nationalitätsprinzip die Formel, die Europa einer friedlichen Zukunft entgegenführen wird. Jede Nation soll einen besonderen Staat bilden, der die ganze Nation vereint und keinen Teil einer fremden Nation einschliesst. Es musste sich jedoch bald zeigen, dass dieses Rezept nicht geeignet ist, das europäische Problem zu lösen.

Zunächst musste man erfahren, dass die historischen Grenzen der alten Reiche, die man wiederherstellen will, sich keineswegs mit den Sprachgrenzen decken. Das Polen von 1772, die Länder der Wenzelskrone und die Länder der Stephanskrone sind historisch-geographische Begriffe, die über das vom pol-

nischen, tschechischen und magyrischen Volke bewohnte Gebiet weit hinausreichen. Das scheint freilich kein unlösbares Problem zu bieten. Man wird eben den Verlauf der Sprachgrenzen ermitteln und danach die Staaten abgrenzen.

Doch damit allein ist es keineswegs getan. Denn es gibt weite Gebiete, deren Bevölkerung national gemischt ist. Hier versagt die Anwendung des Nationalitätsprinzips. Es erweist sich als undurchführbar, alle Volksgenossen in einem Staat zu vereinen und das Staatsgebiet so abzugrenzen, dass es nur Volksgenossen einschliesst. Man kann das Mehrheitsprinzip zur Geltung bringen; doch dann bleiben Minderheiten unter fremder Herrschaft.

Das Problem der Gemischtsprachigkeit erhält seine besondere Gefährlichkeit durch die Wandelbarkeit der nationalen Gestaltung. Die Menschen bleiben nicht immer dort wohnen, wo sie geboren wurden. Immer hat es Wanderungen gegeben, immer sind Menschen von relativ überbevölkerten Gegenden in relativ unterbevölkerte Gegende gezogen. Doch nun gerade nehmen diese Wanderungen im Gefolge der gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen, die der Kapitalismus bewirkt, in ungeahntem Ausmasse zu. Tausende, ja Millionen ziehen von den agrarischen Bezirken nach den Orten, in denen sich Bergbau, Industrie und Handel konzentrieren. Diese Wanderungen machen nationale Minderheiten zu Mehrheiten und Mehrheiten zu Minder-

heiten, und sie schaffen in bisher einsprachigen Gegenden nationale Minderheiten.

Dem Nationalitätsprinzip lag die Vorstellung zugrunde, dass jeder Mensch bei der Sprache, die seine Eltern gesprochen haben und die er sich in früher Kindheit angeeignet hat, verbleibt. Das Nationale des Einzelnen erschien als erbliche und lebenslängliche Eigenschaft. Auch das erweist sich als Irrtum. Man kann seine Sprachzugehörigkeit im Laufe des Lebens verändern, man kann eine andere Sprache als "Muttersprache" sprechen als die, die Vater und Mutter sprechen oder gesprochen haben. Die nationale Assimilation fremder Elemente ist dabei nicht immer die spontane Folge der Verhältnisse, unter denen die Einzelnen leben. Sie wird nicht nur durch die Umgebung und durch Kultureinflüsse bewirkt. Man kann sie durch politische Massnahmen befördern oder gar erzwingen. Man hatte geglaubt, in der Sprachzugehörigkeit der Menschen das Kriterium einer objektiven Abgrenzung der Staatsgrenzen gefunden zu haben. Jetzt muss man erkennen, dass der Staat die Sprachzugehörigkeit der Einzelnen bei Zutreffen bestimmter Voraussetzungen beeinflussen kann.

Zwangsentnationalisierung und Zwangsassimilation bedienen sich vor allem der Schule. In Westeuropa hat man

die allgemeine Unterrichtspflicht und den Schulzwang geschaffen; sie kommen als moderne Errungenschaften nach dem Osten und werden in den gemischtsprachigen Gebieten zu ~~den~~^{für} fruchtbarsten Waffen in der Hand der Regierung. Unter den Philanthropen und Pädagogen des Westens, die für den allgemeinen Schulzwang gearbeitet haben, hat wohl keiner geahnt, welche Saat von Hass und Mord die Schulpflicht aufgehen lassen kann.

Doch die Schule ist nicht das einzige Mittel im Kampfe um die nationale Gestaltung. Der Interventionismus gibt der Regierung hundert andere Waffen in die Hand. Denn jede Entscheidung, die die Regierung nach Ermessen zu treffen hat, kann in den Dienst einer auf bestimmte Ziele gerichteten Politik gestellt werden. Man nehme nur den einfachsten Fall: es soll entschieden werden, ob einem Kaffeehause gestattet werden soll, in der schönen Jahreszeit Tische und Stühle auf den Bürgersteig zu stellen. Organe der Regierung haben im Hinblick auf Verkehrs- und andere Verhältnisse nach Ermessen zu verfügen. Der Einschreiter weiss, was er zu tun hat, um einen günstigen Entscheid zu erzielen. Er muss in nationalen Belangen der Regierung entgegenkommen. z.B. in Aufschriften, Reklamen und in der Speise- und Getränkekarte sich ausschliesslich der deutschen (tschechischen) Sprache bedienen, nur Personal deutscher (tschechischer) Umgangssprache

verwenden, mit den Angestellten und Kunden nur deutsch (tschechisch) reden und dgl. Im interventionistischen Nationalitätenstaat ist jede Verwaltungsmassnahme und daher auch jeder Eingriff in die Wirtschaft zugleich eine nationalistische Kampfhandlung. Der Gewaltapparat des Staates kann gar nicht in nationalen Belangen neutral sein; er muss immer Partei ergreifen. Je weiter die Sphäre wird, in der sich der Staatsapparat betätigt, desto grösseren Einfluss gewinnt der Staat auf die nationale Gestaltung.

Im nationalgemischten Land wird der etatistische Staatsbegriff umgestaltet. Für die Sprachgemeinschaft, deren Angehörige die Regierung innehaben, fallen Staat und Volk (Nation) zusammen. Für die anderen nimmt der Kult des Staates andere Formen an; sie unterscheiden zwischen dem Staat, dem sie wider Willen unterworfen sind, und dem Staat ihrer Träume, dem Staat der eigenen Nation, der erst entstehen soll oder im Auslande schon besteht. Jener Staat erscheint ihnen als die Verkörperung alles Übelen, dieser als der Inbegriff alles Guten, als der Gott, zu dem sie heimkehren wollen. Sie nennen sich Irredenta, das unerlöste Volk, und halten jedes Mittel für erlaubt, das den Tag der Erlösung näher bringen kann.

Liberalismus und
Nationalitätsprinzip.

II. Man hat an dem Teil des liberalen Programms, das die Marktwirtschaft, das Sondereigentum an den Produktionsmitteln, fordert, scharfe Kritik geübt und hat die Marktwirtschaft durch Interventionismus oder durch Sozialismus ersetzen wollen. Doch die Nationalökonomie hat gezeigt, dass die Marktwirtschaft das einzige System ist, das arbeitsteilige Gesellschaft möglich macht. Der Sozialismus ist undurchführbar, weil ein sozialistisches Gemeinwesen im Wirtschaften nicht rechnen könnte, und der Interventionismus ist, vom Standpunkte der Ziele ^{gesehen!} ~~gesehen~~, die seine Vorkämpfer durch ihn erreichen wollen, ~~gesehen~~, zweck- und sinnwidrig. Die wissenschaftliche Erörterung darüber ist abgeschlossen. Der Liberalismus hat in diesem Punkte recht behalten.

Man hat dann den Teil des liberalen Programms angegriffen, der demokratische Staatsverfassung fordert. Man hat Diktatur und Absolutismus empfohlen. Doch man konnte zeigen, dass Demokratie die einzige Gestalt politischer Ordnung ist, die dauernden Frieden verbürgen kann. Wenn mehrere Männer oder Parteien den Anspruch auf Führung erheben, kann nur die Mehrheit oder die Gewalt entscheiden. Die Menschheit hat zu wählen zwischen der friedlichen Demokratie und dem Chaos un-
aufhörlicher Bürgerkriege, in das die Diktatur einmündet.
Auch in diesem Punkte hat der Liberalismus recht.

Betrachten wir nun den dritten Teil des liberalen Programms, der die räumliche Abgrenzung der einzelnen Staaten und die zwischenstaatlichen Beziehungen betrifft. Hat der Liberalismus etwa hier versagt? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst vor Augen halten, dass das Nationalitätsprinzip keineswegs das liberale Programm zur Ordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen darstellt. Das Nationalitätsprinzip ist von deutschen, italienischen und osteuropäischen Liberalen, die den Liberalismus nie ganz begriffen haben, dem liberalen Programm angehängt worden; es ist eine Umbiegung, keine Ausgestaltung der liberalen Grundideen.

Wir haben schon gezeigt, dass die Angelsachsen und Franzosen, die die liberalen Ideen entwickelt haben, die Probleme, um die es sich handelt, nicht gesehen haben und nicht sehen konnten. Als diese Probleme zuerst sichtbar wurden, war die Werdezeit des Liberalismus längst beendet. Die grossen Gestalter der liberalen Ideen waren heimgegangen; Epigonen, die nicht fähig waren, der aufsteigenden sozialistischen und interventionistischen Bewegung kräftig entgegenzutreten, füllten den Plan. Diese Nachfahren standen der neuen Aufgaberatlos gegenüber.

Die Spätzeit des französischen Liberalismus hat uns

ein Dokument liberalen Geistes hinterlassen, das würdig die lange Reihe der Meisterwerke der alten liberalen Schule Frankreichs abschliesst. Man kann Ernest Renan nicht eigentlich den liberalen Denkern zuzählen; er hat dem Sozialismus manches eingeräumt, was er nicht zugestanden hätte, wenn er mit Nationalökonomie besser vertraut gewesen wäre, und er ist den antidemokratischen Strömungen der Zeit weit entgegengekommen. Doch der berühmte Vortrag, Qu'est-ce qu'une nation ?, den er am 11. März 1882 in der Sorbonne gehalten hat, ist durch und durch von liberalem Geiste erfüllt.¹⁾ Er ist das letzte Wort, das der alte Liberalismus Westeuropas zum Problem Nation und Staat gesprochen hat.

Um die Gedanken Renan's richtig zu verstehen, muss man sich daran erinnern, dass für ihn, den Franzosen, die Ausdrücke Nation und Staat synonym sind. Wenn er die Frage aufwirft, was ist eine Nation, will er fragen, was die Grenzen der einzelnen Staaten bestimmen soll. Und die Antwort lautet: nicht etwa die Sprachgemeinschaft, nicht die rassische Verbundenheit durch Abstammung von gemeinsamen Vorfahren, nicht die Religionsgemeinschaft, nicht die Gemeinsamheit von materiellen Interessen, nicht geographische, nicht militärische Gesichtspunkte; sondern: das Recht der Bevöl-

1) Vgl. Renan, Qu'est-ce qu'une nation ? Ausgabe Paris, 1934.

kerungen (populations), über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.¹⁾ Die Nation entsteht aus dem Willen von Menschen, in einem gemeinsamen Staat zusammenzuleben.²⁾ Der grössere Teil des Vortrages befasst sich damit, zu zeigen, wie dieser nationale Geist wird. Denn die Nation ist une âme, un principe spirituel.³⁾

Diese Nation, die ihren Bestand durch Festhalten an dem Willen zur Fortsetzung der Staatsgemeinschaft immer wieder, gleichsam wie in einem täglich wiederholten Plebiszit bestätigt, hat nicht das Recht, einer Provinz zu sagen: Du gehörst mir, ich nehme dich. Eine Provinz, das sind ihre Bewohner; wenn jemand das Recht hat, in dieser Sache gehört zu werden, dann sind es diese Bewohner. Die Entscheidung von Grenzstreitigkeiten ist durch das Plebiszit zu lösen.⁴⁾

Man beachte, wie verschieden diese Auslegung des Selbstbestimmungsrechts von der ist, die ihr das Nationalitätsprinzip gibt. Das Selbstbestimmungsrecht, von dem Renan spricht, ist nicht ein Selbstbestimmungsrecht der Sprachgemeinschaften, sondern ein solches der Menschen. Dieses Recht wird aus dem Rechte der Einzelnen hergeleitet: "L'homme n'ap-

1) ebendort, S. XI.

2) ebendort, S. 84, 88.

3) ebendort, S. 83.

4) ebendort, S. VIII f., 89 f., 95 ff.

partient ni à sa langue, ni à sa race: il n'appartient qu'à lui-même."¹⁾ Dem Nationalitätsprinzip erscheint der Bestand eines Staates, der wie die Schweiz aus Angehörigen mehrerer Sprachgemeinschaften gebildet wird, ebenso als Anomalie wie der Umstand, dass weder die Angelsachsen noch die Franzosen darauf bedacht sind, alle, die ihre Sprache sprechen, in einem Staatswesen zu vereinigen. Für Renan's Auffassung gibt es da nichts Auffälliges.

Bemerkenswerter noch als das, was Renan sagt, ist ~~für uns~~ das, was er kaum oder gar nicht erwähnt. Renan sieht weder das Problem der nationalen Minderheiten noch das der nationalen Wandlungen. Befraget das Volk und lasset es entscheiden! Schön. Wie aber, wenn eine starke Minderheit andern Willen bekundet als die Mehrheit? Darauf erteilt man keine befriedigende Antwort, wenn man - im Hinblick auf den Einwand, dass Plebiszite zur Zersplitterung alter Nationalgebilde und zu Kleinstaaterei führen könnten - erklärt, man dürfe das Prinzip nicht übertreiben, man müsse es vielmehr "d'une façon très générale" anwenden.²⁾

Die glänzenden Darlegungen Renans zeigen, dass dem westeuropäischen Liberalismus die Probleme, die im Osten drohend auftauchten, fremd geblieben waren. Renan hat seine

1) ebendort, S. IX.

2) ebendort, S. 91.

Schrift mit der Prophezeiung einbegleitet: Wir gehen Ausrottungskriegen entgegen, weil man den heilsamen Grundsatz des freien Anschlusses aufgegeben hat und den Nationen, wie einst den Dynastien, das Recht einräumt, Provinzen wider ihren Willen zu annektieren.¹⁾ Doch er hat das Problem nur halb gesehen, und so konnte auch seine Lösung nur eine halbe Lösung sein.

Dennoch darf man nicht behaupten, dass der Liberalismus in diesen Dingen versagt hätte. Das Programm, das der Liberalismus für das Nebeneinanderleben der Völker und Staaten aufgestellt hat, ist nur ein Stück des Gesamtprogramms des Liberalismus. Es kann nur in einer liberalen Welt durchgeführt werden und sich nur dort bewähren. Darin gerade erblickt der Liberalismus einen der Vorzüge der von ihm empfohlenen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung, dass sie die friedliche Kooperation der Völker und Staaten ermöglicht. Es ist kein Mangel des liberalen Programms zur Regelung der internationalen Beziehungen, dass es auf die Verhältnisse nichtliberaler Weltordnung unanwendbar ist und dass es daher im Interventionismus oder Sozialismus versagt.

Um das Wirken dieses liberalen Programms zu erfassen, müssen wir eine Welt denken, in der Liberalismus besteht, d.h. in der zumindest so viele Staaten liberal sind, dass sie

1) ebendort, S. VIII.

vereint stark genug wären, einen Angriff militaristischer Mächte abzuwehren. In dieser liberalen Welt oder in diesem liberalen Weltteil ist das Sondereigentum an den Produktionsmitteln streng durchgeführt. Das Getriebe der Marktwirtschaft wird nicht durch Eingriffe des Staates behindert und gestört. Es gibt keine Zölle, und Menschen und Güter genießen volle Bewegungsfreiheit. Die Grenzen der einzelnen Staatsgebiete sind in den Landkarten verzeichnet, doch sie hindern nicht die Wanderungen der Menschen und die Versendung von Gütern. Jeder Mensch darf wohnen und arbeiten, wo er will; der "Einheimische" hat keine Vorrechte gegenüber dem "Fremden". Die Regierung und ihre Organe beschränken ihre Tätigkeit auf den Schutz des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit und des Eigentums gegen gewaltsame, heimtückische oder listige Angriffe. Sie machen dabei keinen Unterschied zwischen Staatsangehörigen und ~~zwischen~~ Ausländern. Die Gerichte sind von der Regierung unabhängig und bieten jedermann wirksamen Schutz gegen Übergriffe der Regierung und ihrer Organe. Jeder Einzelne darf denken, glauben, reden, schreiben und drucken, was er will; Unterricht, Erziehung und Schule sind dem Einfluss der Regierung entzogen. Kirche und Religionsausübung sind den allgemeinen Gesetzen unterworfen. Die Regierung hat weder die Macht, das Gewissen

des Einzelnen zu vergewaltigen, noch die Macht, ihm vorzuschreiben, welcher Sprache er sich im täglichen Leben als Umgangssprache zu bedienen hat und in welcher Sprache er seine Kinder erziehen soll. Verwaltungsbehörden und Gerichte müssen sich im Verkehre mit den Einzelnen - Inländern oder Ausländern - aller Sprachen bedienen, die von einer gewissen Mindestzahl der Bewohner ihres Amtsbezirks als Umgangssprache verwendet werden.

In einer so eingerichteten Welt ist es ohne besondere Bedeutung, wo die Staatsgrenzen verlaufen. In dieser Welt hat niemand ein Interesse daran, dass der Gebietsumfang des Staates, in dem er wohnt oder dessen Bürger er ist, erweitert werde; niemand wird geschädigt, wenn ein Teilgebiet von dem Staatsgebiet losgetrennt wird. Da ist es auch ohne Bedeutung, ob alle Teile des Staatsgebiets in direktem Landzusammenhang stehen oder ob sich zwischen ihnen Gebiet fremder Staaten erstreckt. Es ist ohne Bedeutung, ob das Staatsgebiet an das Meer grenzt oder nicht. In einer solchen Welt kann man die in jeder einzelnen Ortschaft oder in jedem einzelnen Bezirk wohnhafte Bevölkerung durch Abstimmung entscheiden lassen, welchem Staate sie angehören sollen. Hier wird es keine Kriege geben, weil es keine Kriegsursachen gibt. Es lohnt nicht, Kriege zu führen. Heere und Flotten werden Luxus.

Zur Bekämpfung der Verbrecher genügen Gendarmen und Polizisten. Der Staat ist Sicherheitsproduzent oder, wie Lassalle höhnte, "Nachtwächterstaat". Doch er erfüllt diese Aufgabe vortrefflich; die Bürger dürfen ruhig schlafen; feindliche Bomben stören nicht ihre Ruhe, und wenn es spät nachts klingelt, dann ist es gewiss nicht der Geheimpolizist, der sie ins Konzentrationslager schleppen will.

Die Wirklichkeit, in der wir leben, unterscheidet sich freilich sehr wesentlich von diesem liberalen Ideal. Doch sie unterscheidet sich von ihm nur darum, weil man den Staat, der ein braver Nachtwächter sein könnte, mit anderen Aufgaben betraut hat. Nicht die Natur, nicht das Walten höherer Kräfte, denen gegenüber die Menschen machtlos sind, nicht unentrinnbare Notwendigkeit haben den Etatismus geschaffen, sondern das Wollen und Handeln der Menschen selbst. Weil man die Marktwirtschaft nicht dulden wollte, hat man eine Gesellschaftsordnung aufgerichtet, die Konflikte zwischen den Menschen entstehen lässt, die man friedlich nicht austragen kann.

Liberaler und imperialistischer Nationalismus.

III. Der Etatismus führt notwendig zum aggressiven imperialistischen Nationalismus. Der richtige, der wahre Staat, das ist allein mein Staat; alle anderen Staaten sind unechte Staaten. Man kann nicht leugnen, dass sie auch vorhanden sind; doch sie sind Feinde des eigenen bestehenden oder nur geträumten Staates, weil sie ihn hindern, seine Gewalt über grösseres Gebiet zu erstrecken. Es ist ihre Schuld, dass mein Staat nicht so stark ist, dass er alles das zu leisten vermag, was ich von ihm erwarte.

Um den imperialistischen Nationalismus zu verstehen, muss man zunächst sein Gegenstück, den liberalen Nationalismus verstanden haben.

Wer als Angehöriger einer linguistischen Minderheitsgruppe in einem Gemeinwesen lebt, ist von der Einflussnahme auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse ausgeschlossen, es sei denn, er gehöre einer privilegierten Herrschichte an, in der die Angehörigen seiner Sprachgemeinschaft die Mehrheit haben. Im demokratischen Staatswesen entscheidet die öffentliche Meinung über den Ausgang der Wahlen und damit über die Führung der Staatsgeschäfte. Wer seine Auffassungen und Ideen im Staate zur Geltung bringen will, hat durch Wort und Schrift auf die Gestaltung der öffentlichen

Meinung einzuwirken; gelingt es ihm, seine Mitbürger umzustimmen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. An diesem Kampf der Ideologien um die Vorherrschaft können die anderssprachigen Minderheiten nicht teilnehmen. Sie sind stumme Zuschauer des politischen Gesprächs, aus dem die entscheidenden Entschlüsse endlich hervorgehen. Sie können nicht mitverhandeln; doch der Ausgang der Verhandlungen berührt auch ihr Schicksal. Für sie ist die Demokratie nicht Selbstbestimmung und Selbstregierung. Andere verfügen über sie. Sie sind nur formell Vollbürger; tatsächlich sind sie Bürger minderen Rechts. Darum empfindet es der Einzelne auch im demokratischen Staatswesen, ja gerade erst im demokratischen Staatswesen als Nachteil, einer linguistischen Minderheitsgruppe anzugehören. Darum ziehen es die Einzelnen in der Regel vor, einem demokratischen Staate anzugehören, in dem sie Sprachgemeinschaft mit der Mehrzahl der Bürger verbindet. Bei Plebisziten über die Staatszugehörigkeit von Provinzen stimmen daher die Einzelnen in der Regel, doch keineswegs immer, für den Anschluss an einen Staat, in dem sie nicht einer linguistischen Minderheit angehören werden.

Aus der Erkenntnis dieses Tatbestandes gelangt aber der Liberalismus keineswegs zur Annahme des Nationalitätsprinzips. Er sagt nicht: jede Sprachgemeinschaft soll einen Staat

oder gar nur einen Staat bilden und jeder einzelne Angehörige der Sprachgemeinschaft soll womöglich diesem Staat angehören. Er sagt auch nicht: kein Staat soll Angehörige mehrerer Sprachgemeinschaften umfassen. Der Liberalismus fordert Selbstbestimmungsrecht. Dass die Einzelnen in der Ausübung dieses Rechts sich meist durch linguistische Gesichtspunkte leiten lassen, ist eine Tatsache, kein Prinzip und kein Postulat. Wenn sie anders entscheiden - und sie haben oft anders entschieden - , dann ist das ihre Sache. Auch diese Entscheidung muss man gelten lassen.

Für den Staat des Etatismus ist das Streben nach Erweiterung des Staatsgebietes und der Untertanenzahl unabweislich. Die Wirkungsfähigkeit der Gewalt wächst mit dem Umfang des Raumes, der ihr unterworfen ist. Alles, was der Bürger vom interventionistischen oder vom sozialistischen Staat erwartet, kann der grössere Staat besser spenden als der kleinere. Die Privilegien, die der Staat erteilt, sind umso wertvoller, je weiter das Gebiet ist, in dem sie gelten. In einer Welt des Protektionismus und des Strebens nach Autarkie kann eine Industrie ihren Absatz nur durch Erweiterung des Gebietes erhöhen, in dem sie geschützt ist. Das Um- und Auf des Etatismus ist, ^{von} ~~den~~ einem zu nehmen, um ^{es} anderen zu geben. Je weiter seine Einflusszone reicht, desto mehr kann er nehmen und daher auch geben.

Aus diesem Tatbestand geht der Imperialismus hervor. Der Staat strebt nach Ausdehnung, ^{er} will so gross als möglich werden und es kommt ihm dabei nicht darauf an, ob die Gebiete, die er sich einverleibt, von Leuten bewohnt werden, die dieser oder jener Sprachgemeinschaft angehören, und ob sie ihm angegliedert werden wollen oder nicht. Er nimmt, wo er kann, und bedient sich dazu jeden Mittels. Nur die Gewalt anderer Staaten vermag seinen Expansionsdrang zu zügeln.

Auch die Fürsten des ancien régime waren von grenzenlosem Eroberungsdrang erfüllt. Und auch sie erkannten nur eine Schranke an: die Gewalt der anderen Staaten. Sie mussten sich im Erobern und Annektieren Mass auferlegen, weil sie Konflikten mit mächtigeren Staaten oder mit einer Koalition von Staaten, die vereint mächtiger waren, ausweichen mussten. Die Eifersucht der Grossstaaten sicherte allein das Dasein der Kleinstaaten. Um diese Eifersucht nicht zu reizen, sahen die eroberungslüsternen Fürsten sich genötigt, ihre Angriffskriege zu rechtfertigen. Sie holten ihre Argumente meist aus dem Erbrecht her; auch das Lebensrecht lieferte oft gute Gründe.

Der etatistische Imperialismus von heute glaubt auf Rechtfertigung seiner Eroberungspläne ebensowenig verzichten zu können wie der alte Imperialismus. Denn wie einst die

Fürsten so muss auch er auf die anderen Staaten Rücksicht nehmen. Wenn ein Staat, der zu Annexionen schreitet, durch die Interventionen dritter Staaten nicht gestört werden will, muss er trachten, ihre Beunruhigung zu vermeiden. Sie sollen sich nicht bedroht fühlen, sie sollen nicht glauben, dass auch sie einmal angegriffen werden könnten. Sie sollen glauben, dass für sie kein Anlass besteht, in den Kampf einzugreifen, und sollen neutral bleiben. Beruft sich der Eroberer mit einigem Recht auf das Nationalitätsprinzip, dann hat er sich nicht nur auf einen Satz berufen, der geradezu als Rechtsgrundsatz des Völkerrechts anerkannt wird; er hat auch alle die Staaten beruhigt, die erwarten dürfen, dass dieser Satz zur Rechtfertigung eines gegen sie gerichteten Vorgehens nicht verwendet werden kann. Diesen Dienst kann daher auch unter Umständen die Berufung auf das sehr angefochtene historische Recht zur Wiedererlangung verlorener Provinzen leisten, weil es ~~doch~~ dem Umfang der Eroberungen eine mehr oder weniger starre Grenze zieht. Die Berufung auf "Lebensraum" oder auf "wirtschaftliche Notwendigkeit" ist jedoch zu vage, um die anderen Staaten zu ^{beruhigen,} befriedigen. Mit solchen Argumenten lässt sich eben jede Annexion rechtfertigen.

Der im etatistischen Geist regierte Staat muss trachten, den Bereich seiner Gewalt so weit auszudehnen, als

er nur vermag. Das Nationalitätsprinzip ist ihm nur ein Vorwand und ein Mittel zur Neutralisierung jener Staaten, deren Einmischung seine Pläne stören könnte.

Man muss diesen Bedeutungs- und Funktionswandel des Nationalitätsprinzips beachten, wenn man Wesen und Charakter des modernen nationalistischen Volksimperialismus erfassen will. Für die Franzosen und Angelsachsen der Werbezeit des Liberalismus war die Gleichsetzung von Staat und Nation einfach selbstverständlich, weil die Ausdrücke Staat und Nation für sie synonym waren. Wenn sie sagten, der Staat soll die ganze Nation umfassen und jede Nation soll ihren Staat bilden, wollten sie keineswegs ein Eroberungsprogramm aufstellen. Sie nahmen damit gerade den Bestand ihrer Staaten innerhalb der Grenzen, die sie vorfanden, als natürlich, zweckmässig und gerecht an. Wenn das junge Italien, das junge Deutschland und die polnischen Patrioten Italien, Deutschland und Polen in den alten historischen Grenzen als freie Staaten aufrichten wollten, dachten sie nicht an die Vergewaltigung fremden Volkstums. Sie waren, freilich aus Irrtum, der Meinung, dass sich dann auch bei ihnen Staat und Nation so decken würden, wie es im Westen der Fall war. Sie haben dann ihren Irrtum erkennen müssen. Doch zur Zeit, da sie ihn erkannten, war der Liberalis-

mus schon im Niedergange und der Etatismus in siegreichem Vordringen. In der etatistischen Luft, die nun wehte, war kein Volk mehr bereit, auf ein Stück Land, auf das er Anspruch zu haben glaubte, freiwillig zu verzichten. Es konnte keine Rede davon sein, dass die Völker zu einer friedlichen Einigung über die Abgrenzung der Staatsgebiete gelangen. Kein Volk und kein Staat ist heute bereit, einen Rechtssatz oder einen Schiedsspruch eines Gerichtshofs anzuerkennen, die seine "berechtigten und geheiligten Aspirationen" nicht vollkommen befriedigen. Wo es um die Grösse des eigenen Staates geht, wird jedes Kompromiss abgelehnt. Man will die Hoffnung, durch eigene Gewalt und durch die von Bundesgenossen zum vollen Siege zu gelangen, nicht aufgeben.

So ist ein Teil von Europa in den Zustand geraten, in dem die Staaten auf nichts sinnem als auf Krieg. Frieden bedeutet ~~in Südosten~~ heute nur noch Waffenstillstand, und man kennt nur noch eine Friedensarbeit: die Vorbereitung des nächsten Krieges.

Volksimperialismus.

IV. Die Liberalen hatten gemeint, dass der Liberalismus der Kulturwelt den dauernden Frieden bringen werde. Ihr Gedankengang war richtig. Sie hatten aber nicht geahnt, dass der Liberalismus durch den Etatismus verdrängt werden könnte. Darum konnten sie auch nicht voraussehen, welche Gefahren der Volksimperialismus heraufbeschwören wird.

Der Fürstenimperialismus des ancien régime erscheint harmlos, wenn man ihn mit dem modernen Volksimperialismus vergleicht. Die Mittel, die den Königen für das Kriegführen zur Verfügung standen, waren beschränkt. Sie brauchten zur Ausrüstung und Erhaltung ihrer Heere Geld und konnten sich dieses Geld nur schwer beschaffen. Die Heere waren klein, weil die Fürsten nicht reich genug waren, grössere Heere aufzustellen und zu bewaffnen. Der Krieg war Heereskrieg, d.h. die Heere kämpften, während die grosse Masse der Untertanen weiterarbeitete wie im Frieden. Die Untertanen bekamen den Krieg zu spüren, wenn sie höhere Steuern zahlen mussten, wenn Soldaten bei ihnen im Quartier lagen und requirierten und wenn die militärischen Aktionen ihre Häuser zerstörten und ihre Felder verwüsteten. Die Untertanen erwünschten daher den Krieg, doch der Streit der Könige liess sie gleichgültig. Sie litten unter den Brandschatzungen der

Truppen ihres eigenen Königs nicht weniger als unter denen der Feinde; sie fürchteten und hassten die Soldaten ihres Fürsten nicht weniger als die seiner Gegner. Damals durfte Voltaire schreiben: "Les peuples ne se mêlent point de la guerre que font leurs maîtres."¹⁾

Der Krieg, den der Volkssimperialismus führt, ist nicht mehr Heereskrieg, er ist totaler Krieg. Er wird vom Staate, der grundsätzlich keine seinem Einfluss entrückte Freiheitssphäre des Lebens der Bürger anerkennt, mit dem Einsatze aller Kräfte des Volkes geführt. Es sind nicht mehr die Fürsten und ihre Truppen, die kämpfen; die Völker kämpfen. Heer und Volk sind eins. Die Bürger, die nicht in das Heer eingereiht wurden, haben zuhause für die Armee zu arbeiten. Was nicht unmittelbar kämpft, ist nur noch Intendantz- und Etappenabteilung der Armee im Felde. Die Bürger nehmen mit aller Leidenschaftlichkeit, deren sie fähig sind, seelisch am Kriege Anteil. Denn es ist ihr Staat, ihr Gott, der im Kriege gegen seine Feinde steht.

Es ist daher unsinnig, im Kriege des Volkssimperialismus zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten, zwischen dem Heere und der Zivilbevölkerung zu unterscheiden. Diese

1) Zitiert von Benda, La trahison des clercs, Paris 1927, S. 253.

Unterscheidung hat der Kriegsbrauch zur Zeit der Heereskriege entwickelt; sie kann im totalen Kriege nicht aufrechterhalten werden. Nicht nur die Armee des Gegners ist der Feind, das ganze Volk ist es. So sehen wir denn, wie das alte Kriegsrecht einer neuen Auffassung weicht. Wohl bestehen noch internationale Vereinbarungen, die die Kriegshandlungen beschränken und die Zivilisten und ihre Heimstätten vor militärischen Angriffen schützen wollen. Doch die Kriegführenden kümmern sich nicht um solche "Fetzen Papiers".

Es ist unsinnig, zu glauben, dass der moderne Krieg von den Regierungen gegen den Willen der Völker angestiftet und geführt werde. Die ganze Nation billigt die Politik, die zum Kriege führt, und den Krieg. Es ist eine arge Verkennung der Tatsachen, wenn man meint, Wilhelm II und die Junker und Generäle hätten den Weltkrieg gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes vom Zaune gebrochen. Die überwiegende Mehrheit der Angehörigen des Deutschen Reichs hat den Krieg herbeigesehnt; die Nationalisten haben dem Kaiser lange den Vorwurf gemacht, dass er nicht den Mut habe, das Schwert, das das Volk schmiedet, zu gebrauchen. Als der Krieg losbrach, brauste ein Jubelruf durch das Volk. Das Häuflein, das in Deutschland noch liberal dachte, stand machtlos daneben. Nicht dass Wilhelm II den Krieg herbeige-

führt hat, hat ihn um Volksgunst und Krone gebracht, sondern dass er ihn nicht siegreich zu führen wusste. Nicht Hitler hat den ~~neuen~~ Krieg entfesselt, sondern der Wille der grossen Mehrheit im dritten Reich.

Es gibt auch friedliebende Völker. In den angelsächsischen Ländern und in Frankreich überwiegt die Friedensliebe und keine Regierung könnte das Volk in einen Angriffskrieg führen. Doch das ist eben die Folge des Umstandes, dass dort, ebenso wie in der Schweiz, in den Niederlanden, in Belgien und in den skandinavischen Staaten, der Geist des Liberalismus noch nicht ganz erloschen ist.

Dann gibt es noch Völker, die von einem Kriege nichts erwarten können, weil sie nicht hoffen können, Eroberungen zu machen. Gegen wen könnten Spanien oder Portugal in Europa mit Erfolg Krieg führen ? In Osteuropa sind alle Staaten kriegerisch und warten nur auf den günstigen Augenblick. Welch ein Bild bot doch dieser polnische Staat, der in den einundzwanzig Jahren seines Bestandes drei Nachbarn - Russland, Litauen und Tschechoslovakei - mit Waffengewalt Gebietsteile entrissen hat !

Doch es kommt nicht darauf an, ob ein Staat Kriege heraufbeschwört, sondern darauf, ob er eine Politik verfolgt, die zu Kriegen führen müsste, wenn die aussenpoliti-

sche Lage es gestatten würde. Der Etatismus betreibt eine Gewaltpolitik, die zu Kriegen führen muss, weil man Gewalt nur durch Gewalt brechen kann.

Ein Grundsatz des Liberalismus sagt: laissez passer, gebt Freizügigkeit. Er ist längst aufgegeben worden. Es ist den Menschen heute verwehrt, von den Stätten, an denen die natürlichen Produktionsbedingungen weniger günstig sind, nach den Gegenden zu ziehen, wo die natürlichen Produktionsbedingungen die Arbeit ergiebiger machen. Die Länder, die die Natur begünstigt hat, sollen ausschliesslich den gegenwärtigen Einwohnern und ihren Kindern vorbehalten bleiben. Alle anderen bleiben ausgeschlossen. Man verwehrt auf diese Weise vielen Millionen Menschen die Möglichkeit, ihre materielle Lage zu verbessern. Die Arbeiter der begünstigten Völker schützen ihr hohes Lohnniveau, indem sie die Arbeiter der von Natur aus weniger begünstigten Länder zwingen, für geringeren Lohn zu arbeiten. Das einzige, was dieses Verhalten zu rechtfertigen vermag, ist das Gewaltprinzip. Die Bürger der Dominion Neu-Seeland haben die Ureinwohner der Inseln mit Waffengewalt besiegt und sie zum ~~grössten~~ Teil ausgerottet. Nun beherrschen sie das Land und hindern den Zuzug von Europäern, die dort nichts anderes suchen als Arbeit, die ergiebiger ist und daher besser entlohnt wird

als die Arbeit, die sie in ihrer Heimat verrichten können. Der Staat Neu-Seeland kann an dieser Politik festhalten, weil kein anderer Staat heute in der Lage ist, mit Aussicht auf Erfolg Neu-Seeland, hinter dem die ganze Gewalt des britischen Empire steht, zu bekriegen. Wenn um das Recht der Einwanderung nach Neu-Seeland kein Krieg entbrannt ist, ist das nicht etwa ein Verdienst der Neu-Seeländer. Es ist allein dem Umstand zuzuschreiben, dass Neu-Seeland als Staat zu stark ist, um zu einer Änderung seiner Politik gezwungen zu werden.

Die Liberalen hatten nicht geirrt, wenn sie sagten, dass in einer liberalen Welt niemand durch einen Krieg gewinnen könne. In der etatistischen Welt ist es anders. Wenn Japan oder Deutschland die Macht hätten, durch einen Krieg Neu-Seeland zur Öffnung seiner Häfen zu zwingen, würde jeder Deutsche und Japaner reicher werden. Arbeiter könnten aus Japan und aus Deutschland nach Neu-Seeland ^{gehen} die würden in Neu-Seeland mehr verdienen als sie zuhause verdienen konnten, und auch die, die nicht auswandern, würden zuhause besser entlohnt werden, weil das Angebot an Arbeit sinken würde. Aber auch alle anderen Menschen in der ganzen Welt würden dabei besser fahren. Denn die Produktivität der Arbeit wird erhöht, wenn die unter den ungünstigsten Bedingungen arbei-

tenden deutschen und japanischen Betriebe stillgelegt werden und an ihre Stelle Betriebe in Neu-Seeland erweitert oder neu angelegt werden, die unter günstigeren natürlichen Bedingungen arbeiten können.

Das Beispiel zeigt deutlich, in welcher Weise der Etatismus zum Kriege führt, wofern nur die militärischen Aussichten zu siegen gegeben sind. Wie die Dinge in der etatistischen Welt einmal liegen, haben die Deutschen, Italiener, Japaner und andere Völker sehr triftige Gründe, aggressive Politik zu treiben, wenn sie hoffen können, im Kriege zu siegen. Nicht eine Militärkaste treibt Japan in den Krieg, sondern Erwägungen lohnpolitischer Natur, die den gleichen Charakter haben wie die, die die amerikanischen und australischen Gewerkschaften dazu veranlassen, die Einwanderung zu erschweren oder zu sperren. Jeder Deutsche und jeder Italiener erwartet, dass Siege seine Lage verbessern werden.

Darum ist jeder Pazifismus heute zum Misserfolg verurteilt. Im ancien régime traten Philanthropen auf, die den Königen zuriefen: Habt Erbarmen mit den Leiden der Menschheit; seid grossmütig, verzichtet auf Gebietszuwachs und unterlasset das Kriegführen! Sie predigten tauben Ohren. Dann kam der Liberalismus. Er predigte nicht Frieden,

er suchte Bedingungen zu schaffen, unter denen Kriege keinen Vorteil bringen können; er hat die Kriege abschaffen wollen, indem er die Kriegsursachen beseitigte. Wenn die Pazifisten von heute den Völkern sagen, dass Kriege keinen Gewinn bringen können, irren sie. Kriege können in der etatistischen Welt jedem einzelnen Angehörigen des Siegerstaats Gewinn bringen.

Wenn heute in der Welt volle Freizügigkeit bestünde, dann würden die Auswanderer aus Deutschland nicht nach Böhmen und die aus Japan nicht nach China gehen. Böhmen und China sind nicht weniger übervölkert als Deutschland und Japan; bei Wanderungsfreiheit würden sie Menschen abgeben, nicht anziehen. Doch da die Deutschen und die Japaner militärisch zu schwach sind, greifen sie nicht die Vereinigten Staaten, Canada oder Australien an, sondern die Staaten, die sie besiegen können. Das ist ihre Theorie vom Lebensraum. Sie sagen: Wir haben zu wenig Raum, unser Staatsgebiet ist übervölkert. Die militärische Lage verbietet es uns, die untervölkerten Länder, in denen Raum für unseren Bevölkerungsüberschuss wäre, anzugreifen und zur Öffnung der Grenzen zu zwingen. So sind wir darauf angewiesen, Gebiete zu erobern, die übervölkert sind, und dort Raum zu schaffen. Was mit den vertriebenen Tschechen und Chinesen geschehen soll, interes-

siert uns nicht; mögen sie sehen, wo sie unterkommen können. Die Australier und die Neu-Seeländer fragen doch auch nicht danach, wie es uns Deutschen und Japanern ergehen wird. Sie machen von ihrer Macht Gebrauch, obwohl sie uns dadurch schädigen. Unser Recht, die Tschechen, Polen und Chinesen zu schädigen, um uns Raum zu schaffen, ist von dem Rechte, das die Weissen gegen Indianer und Maoris zur Anwendung brachten, als sie ihnen ihr Land genommen haben, nicht verschieden. Es ist das Recht des Stärkeren. Wir können nicht zugeben, dass man uns gegenüber von diesem Rechte Gebrauch macht, indem man uns hindert, nach den Vereinigten Staaten oder nach Australien einzuwandern, dass man aber anderseits uns verwehrt, uns unseren Lebensraum dort zu suchen, wo wir ihn mit unseren Machtmitteln finden können. Für uns sind die Tschechen und Polen das, was die Indianer und Maoris für die englischen Auswanderer waren: ein fremdes Volk, das das Unglück hat, uns in unserem Lebensraum im Wege zu stehen. In der Geschichte hat immer die Gewalt entschieden; schwächere Völker wurden immer von den stärkeren ausgerottet. Die liberalistische Auffassung, dass mit der Ausrottung der Indianer und der ^{Australier} ~~Maoris~~ eine neue Epoche der Geschichte angebrochen sei, in der weitere Ausrottung von Völkern nicht mehr zulässig ist, lehnen wir ab. Wir sind zu schwach, um den Polizisten zu entwaffnen, der unseren Volksgenossen die

Einwanderung nach Australien verwehrt. Doch wir fühlen uns stark genug, die polnische und die chinesische Armee zu zersprengen.

Der Chauvinismus.

V. Nichts kann die Menschen enger verbinden als die Sprachgemeinschaft, und nichts kann sie schärfer trennen als die Sprachverschiedenheit. Der Fremde gilt als Barbar, weil man seine Worte nicht verstehen kann und weil er unsere Worte nicht versteht. Vaterland und Heimat ist das Land, wo man meine Sprache spricht; die Fremde ist dort, wo man andere Laute vernimmt. In der Fremde zu weilen, weckt Unbehagen und Sehnsucht nach der Heimat. Tritt man einem Menschen entgegen, der eine andere Sprache gebraucht, dann empfindet man ihn als fremd und beginnt die, die die eigene Sprache sprechen, als Nächsterstehende zu erkennen. Man überträgt die Bezeichnung der Sprache auf die Menschen. Alle, die die deutsche Sprache sprechen, werden Deutsche genannt. Dann überträgt man die Bezeichnung auf das Land, in dem die Deutschen wohnen, und schliesslich auf alles, was in diesem Lande anders ist als in anderen Ländern. Man spricht von deutscher Küche und von deutschem Wein, vom deutschen Wald und von der deutschen Industrie u.dgl. Die deutschen Einrichtungen sind dem Deutschen besser vertraut

als die entsprechenden fremden; ~~Da~~ man sich selbst als Deutscher bezeichnet, spricht man von ihnen auch unter Verwendung der besitzanzeigenden Fürwörter mein und unser.

Überschätzung der eigenen Sprachgemeinschaft und alles dessen, was man mit dem gleichen Adjektiv bezeichnet wie die eigene Sprache und Unterschätzung alles Fremden sind wohl psychologisch nicht schwerer zu erklären als die Überschätzung der eigenen Persönlichkeit und die Unterschätzung der Mitmenschen. Doch auch das Gegenteil - Unterschätzung des Eigenen und Überschätzung des Fremden - kommt, wenn auch seltener, vor. Jedenfalls muss man feststellen, dass der Chauvinismus sich bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in engen Grenzen hielt. Die geringe Zahl von Menschen, die etwas vom fernen Auslande wussten, waren meist gebildet genug, um auch das Fremde einigermaßen richtig beurteilen zu können. Die grosse Masse wusste nichts vom Fremden. Ihr war das Fremde nur unvertraut, nicht auch minderwertig. Wichtiger als die linguistischen Unterschiede waren damals die ständischen. Wer stolz und eingebildet war, war es auf seine Standeszugehörigkeit, nicht auf sein Volkstum.

Das änderte sich schnell mit dem Aufkommen des Liberalismus. Die Massen empfingen bessere Schulbildung, sie wurden mit ihrer eigenen Sprache besser vertraut, sie fingen

an zu lesen und erfahren manches von fremden Völkern und Ländern. Das Reisen wurde billiger, Fremde kamen öfter ins Land und mitunter wagte auch der Durchschnittsmensch eine Ferienfahrt in das Ausland. Auch die Kenntnis fremder Sprachen wurde ein wenig allgemeiner. Doch immer blieb für die grosse Masse die Fremde etwas, das man nur vom Hörensagen kannte. Auch heute leben und sterben in Europa viele Millionen, die nie Gelegenheit hatten, einen Fremden zu sehen oder gar zu sprechen, es sei denn, sie hätten ihn im Kriege jenseits der Drahtverhaue erblickt.

Man kann nicht behaupten, dass Hass und Verachtung des Fremden natürlich wären. Selbst die kämpfenden Soldaten, die den Gegner mit Tod und Vernichtung bedrohen, empfinden keinen Hass, wenn sie dem einzelnen Mann abseits der Kampfhandlungen entgegentreten. Der miles gloriosus, der ruhmredige Soldat, hasst nicht den Feind und verachtet ihn nicht; er will einfach seine eigene Person in schönem Lichte zeigen. Wenn der deutsche Industrielle erklärt, kein Land könne so gut und billig produzieren wie Deutschland, will das nicht mehr sagen als die Behauptung eines Herrn Meyer, die Erzeugnisse der Konkurrenz könnten sich mit seinen eigenen nicht messen.

Der moderne Chauvinismus ist ein Erzeugnis des

Schrifttums. Schriftsteller und Redner wollen ihren Erfolg erhöhen, indem sie ihrem Publikum schmeicheln. ~~Das~~ hat daher im Zeitalter des Massenabsatzes von Büchern und Zeitungen gewaltige Fortschritte gemacht. Die Propaganda der nationalistischen Staaten hat ihn noch mehr zu steigern gewusst. Dennoch hat er keine politische Bedeutung und ist vom Nationalismus streng zu unterscheiden.

Die Russen glauben, dass man nur in den sowjetrussischen Schulen Physik unterrichte und dass nur Moskau eine Untergrundbahn habe. Die Deutschen behaupten, dass nur Deutschland wirkliche Philosophen hervorgebracht habe und stellen sich Paris als eine Agglomeration von Vergnügungsetablissemments vor. Die Engländer glauben, in Frankreich sei der Ehebruch alltäglich, und die Franzosen sprechen von der Homosexualität als vom vice allemand. Die Amerikaner meinen, dass jeder Grieche ein Stiefelputzer ist. Das ist gewiss sehr bedauerlich. Doch es führt nicht zu Kriegen.

Es ist sehr merkwürdig, dass französische Spiessbürger stolz sind auf dem Umstand, dass Voltaire und Pasteur Franzosen waren, und dass sie glauben, ein Teil des Ruhmes von Molière und von Balzac gebüre ihnen selbst. Es ist sehr bedenklich, dass viele Deutsche glauben, Treue sei eine den Deutschen vorbehaltenene Eigenschaft, und dass Durchschnitts-

Engländer glauben, nur ein Engländer könne ein gentleman sein. Doch es ist politisch harmlos. Auch die Überschätzung der eigenen Kriegstaten und die Bemühungen der Historiker, verlorene Schlachten noch nach Jahrzehnten und Jahrhunderten in Siege umzudeuten, sind es. Es berührt einen Fremden eigentümlich, wenn er Magyaren und Rumänen von der magyarschen und von der rumänischen Kultur in Worten sprechen hört, die man selbst dann als übertrieben empfinden müsste, wenn die Bibel, das Corpus juris, die Erklärung der Menschenrechte und die Werke von Dante, Shakespeare, Newton, Goethe, Laplace, Ricardo und Darwin^{ur} von Ungarn oder Rumänen in ungarischer oder rumänischer Sprache geschrieben worden wären. Doch der politische Gegensatz der beiden Völker hat damit nichts zu tun.

Der Chauvinismus hat den Nationalismus nicht geschaffen. Er dient ihm heute nur dadurch, dass er seine Feste verschönt. Da berauschen sich, wenn die nationalen Lieder angestimmt und die nationalen Flaggen geschwenkt werden, die Leute an dem Gedanken, der Elite der Menschheit, dem auserwählten Volke, anzugehören. Ein unbändiger Adelsstolz erfüllt sie, wenn der Festredner von den unvergleichlichen Taten der Vorfahren und von ihrem unvergänglichen Ruhm in donnernden Worten spricht. Doch wenn das Fest verklungen

ist, gehen die Teilnehmer müde nachhause und suchen die Betten auf. Sie marschieren nicht in den Krieg.

Es ist auch politisch sehr gefährlich, dass die Menschen sich so leicht durch Lieder, Fahmentücher, Marschmusik und Schlagworte verführen lassen. Doch die politischen Aktionen des modernen Nationalismus können nicht durch Rausch erklärt oder entschuldigt werden. Sie sind Handlungen einer kühl rechnenden Überlegung. Sie entspringen der Vernunft, wenn auch einer auf Abwege geratenen Vernunft. Schwere Bücher, voll von Gedanken, freilich von verfehlten Gedanken, haben die Theorien sorgfältig ausgearbeitet, deren Anwendung schliesslich zum Zusammenprall der Völker in blutigen Schlachten geführt hat.

Die Mythen.

VI. Man hat seit langem mit dem Ausdruck Mythos religiöse Doktrinen bezeichnet, die man für falsch hält. So sieht das Christentum in den Lehren und Erzählungen des Heidentums Mythen; so betrachten die, die sich vom christlichen Glauben losgesagt haben, die Christenlehre als Mythos.

Für den Christen ist das Christentum nicht Mythos, sondern evidente Wahrheit. Er glaubt, weil er fest davon überzeugt ist, dass Gott sich auf dem Sinai offenbart hat, dass der Heilige Geist die Schriften des Alten und des Neuen

Bundes inspiriert hat und dass der Erlöser den Kreuzestod gestorben ist. Er übt praktisches Christentum, weil er der Meinung ist, dass dies der Weg sei, der ihn zum Heile führt. Er lehnt die Kritik, die der Rationalismus an seinem Glauben übt, ab, weil er dem menschlichen Intellekt die Fähigkeit abspricht, die letzten Dinge aus eigener Kraft ohne göttliche Hilfe zu erkennen. Der Freidenker sieht die Welt anders und handelt daher anders. Wenn er krank ist, pilgert er nicht zum wundertätigen Gnadenbild; er sucht einen Arzt auf, zu dessen Kunst er Vertrauen hat.

Die Auseinandersetzung des Glaubens mit dem Rationalismus der modernen Wissenschaft hat bis heute zu keiner Lösung führen können, die allgemeine Anerkennung gefunden hätte. Der Naturforscher beruft sich auf die Erfahrung, das Kriterium der Wahrheit der naturwissenschaftlichen Sätze sieht er in dem Umstand, dass ein an ihnen orientiertes Handeln zu dem erwarteten Erfolg führt. Doch der christliche Apologet beruft sich ebenfalls auf die Erfahrung. Er weist auf die Heilungen hin, die in Lourdes erzielt wurden und die, wie er glaubt, die Wissenschaft nicht zu erklären wisse; dagegen falle es der Theologie leicht, die Fakten, auf die die Wissenschaft sich beruft, in ihr System einzubauen. Der Naturforscher erwidert, dass auch die Wissenschaft um eine na-

türliche Erklärung der vermeintlichen Wunder nicht verlegen sei. So geht der Geisteskampf weiter.

Den Charakter dieser Auseinandersetzung zwischen zwei Weltanschauungen verkennen jene Rationalisten vollkommen, die glauben, man könnte eine Doktrin, die vor dem Richterstuhle der rationalen Erwägung nicht zu bestehen vermag, dadurch retten, dass man sie als Mythos erklärt. Dieses widersinnige Unterfangen kennzeichnet den modernen Irrationalismus; er geht darauf aus, eine rationale Theorie zur Stützung des Irrationalismus zu verkünden.

Wenn eine Lehre durch diskursives Denken als unhaltbar erwiesen wurde, kann man sie nicht dadurch rechtfertigen, dass man sie zum Mythos erhebt und damit gegen alle Angriffe feilt. Es ist richtig, dass Vorstellungen und Doktrinen, die heute allgemein oder doch von vielen verworfen und daher als Mythen bezeichnet werden, in der Geschichte eine grosse Rolle gespielt haben. Doch sie haben diese Rolle nicht als Mythen gespielt, sondern als Doktrinen, die Bekenner gefunden haben. In den Augen dieser Bekenner waren sie nicht Mythen, sondern Überzeugungen. Zu Mythen wurden sie im Urteile derer, die sie nicht für wahr hielten und sich daher von ihnen auch nicht beeinflussen und zu Handlungen fortreissen liessen. In der Geschichte haben viele Könige eine Rolle gespielt, die später

die Krone verloren haben. Man darf aber nicht sagen, dass die Exkönige eine grosse Rolle gespielt haben; diese Männer haben nicht als Exkönige, sondern als Könige gewirkt. Man kann auch keinen Mann zum Exkönig machen, der nicht vorher König gewesen ist.

Für Georges Sorel ist der Mythos eine Taktik, eine Vorstellung über den Weg, der zum angestrebten Ziele führen soll.¹⁾ Zur Beurteilung einer Verfahrensweise ist jedoch allein die Beantwortung der Frage von Belang, ob sie als geeignetes Mittel zur Verwirklichung des erwünschten Zwecks erscheint. Erweist die vernunftgemässe Überprüfung sie als unbrauchbar, dann ist sie als unzweckmässig zu verwerfen; sie kann dadurch, dass man sie zum Mythos erhebt, nicht zweckmässiger werden. Sorel meint: "Quand on se place sur ce terrain des mythes, on est à l'abri de toute réfutation."²⁾ Doch die Frage lautet nicht, ob man im Streit der Doktrinäre eine logisch unangreifbare Stellung bezogen hat, sondern ob man mit einem an dieser Doktrin orientierten Handeln Erfolg erzielen kann. Selbst wenn man, mit Sorel, die Aufgabe des Mythos

1) "Les hommes qui participent aux grands mouvements sociaux se représentent leur action prochaine sous formes d'images de batailles assurant le triomphe de leur cause. Je propose de nommer mythes ces constructions." Vgl. Sorel, Réflexions sur la violence, Troisième édition, Paris 1912, S.32.

2) ebendort, S. 49.

darin erblickt, die Menschen zu einem Kampf zur Zerstörung dessen, was besteht, zu rüsten,¹⁾ kann man um die Frage nicht herumkommen: verbürgt der Mythos die Erreichung dieses Ziels? Davon, dass es mit der Vermittlung^{nicht} von Bestehendem nicht das Bewenden haben kann, und dass man an seiner Stelle auch noch aufbauen muss, wollen wir gar nicht reden.

Wenn es sich herausgestellt hat, dass der Sozialismus als Gesellschaftsverfassung nicht das leisten kann, was man durch ihn erreichen will, und dass der Generalstreik kein geeignetes Mittel zur Herbeiführung des Sozialismus ist, kann man den Sachverhalt nicht dadurch ändern, dass man Sozialismus und Generalstreik als Mythen erklärt. Die Menschen, die Sozialismus und Generalstreik wollen, haben bestimmte Ziele im Auge und sind davon überzeugt, dass Sozialismus und Generalstreik ~~sie~~ zu diesen Zielen hinführen. Nicht als Mythen, als für richtig angesehene Doktrinen haben Sozialismus und Generalstreik Anhänger gefunden.

Manche Freidenker sagen: Das Christentum ist eine abstruse Lehre, ein Mythos; doch es ist nützlich, wenn die Massen daran glauben. Der Nutzen, den sie erwarten, ist je-

1) "Nos mythes actuels conduisent les hommes à se préparer à un combat pour détruire ce qui existe.", ebendort, S. 46.

doch daran geknüpft, dass das Volk an das Christentum als an eine Wahrheit glaubt; er kann nicht erreicht werden, wenn die Leute das Christentum als Mythos ansehen wollten.

Es hat eine üble Spielart des Rationalismus gegeben, die alle Religion auf Priestertrug zurückführen wollte. Die Religionsstifter hätten bewusst Märchen, die sie selbst belächelten, als Wahrheit gepredigt, sie hätten ein "Opium für das Volk" erfunden, um es einzuhüllen und den herrschenden Cliques, zu denen auch sie und die Priester zählten, Gelegenheit zu geben, ungestört böse Praktiken zu üben. Die Anhänger der modernen Mythenlehre teilen diese Auffassung von der Entstehung und von der sozialen Funktion der Religion.

Wer eine politische Doktrin verwirft, folgt dem alten Sprachgebrauch, wenn er sie als Mythos bezeichnet.¹⁾ Will er sich jedoch der Doktrin, die er für falsch hält, bedienen, um seine eigenen Ziele zu erreichen, dann wird er es vermeiden, sie öffentlich Mythos zu nennen und damit herabzusetzen. Denn er kann sich der Doktrin nur darum bedienen, weil sie von den Massen als wahr angesehen wird. Wir wissen

1) Vgl. Perroux, Les mythes hitleriens, Lyon 1935; Rougier, Les mystiques politiques contemporaines, Paris 1935; Rougier, Les mystiques économiques, Paris 1938; Mankiewicz, Le Nationalsocialisme allemand, Paris 1937.

nicht, wie es in der Seele der Fürsten ausgesehen hat, die sich im 16. Jahrhundert der Reformation angeschlossen haben. Wenn sie nicht religiöse Überzeugung, sondern das Verlangen nach dem Kirchengut zu diesem Schritt getrieben hat, dann haben sie den Glauben der anderen, der ohne ihr Zutun gegeben war, für eigensüchtige Zwecke missbraucht. Sie hätten ihr Interesse geschädigt, wenn sie die neue Lehre als Mythos bezeichnet hätten. Lenin war zynisch genug, zu erklären: Revolutionen werden mit dem Schlagwort des Tages gemacht. Doch er hat die Revolution eben dadurch gemacht, dass er sich selbst in der Öffentlichkeit - wider besseres Wissen - zu diesem Schlagwort, das Macht über die Geister hatte, bekannte. Man kann es manchem Führer zutrauen, dass er von der Unhaltbarkeit der Doktrinen seiner Partei überzeugt ist. Doch die Doktrinen wirken nur darum parteibildend, weil sie von Menschen als richtig angesehen werden.

Sozialismus und Interventionismus, Etatismus und Nationalismus sind in den Augen ihrer Anhänger nicht Mythen, sondern Doktrinen, die den Weg zum Heil weisen. Auf der felsenfesten Überzeugung der Massen, dass sie ihre Lage durch die Befolgung der Rezepte, die aus diesen Doktrinen abgeleitet werden, verbessern können, beruht ihre Macht. In den Gedankengängen, von denen sie ausgehen und durch diese zu ihren Schlussfolgerungen gelangen, sind grobe Denkfehler zu entdecken. Wer diese Fehler erkennt, verwirft die Doktrin, die

er als falsch erkannt hat, und darf sie dann Mythos nennen. Doch solange es nicht gelingt, die öffentliche Meinung über diese Irrtümer aufzuklären, werden diese Irrlehren Macht über die Geister haben und die Politiker werden sie zur Richtschnur ihres Handelns nehmen. Die Menschen haben immer geirrt und irren auch heute. Das ist sehr bedauerlich. Doch sie irren nicht, weil sie irren wollen; der Handelnde will sein Ziel erreichen und weiss, dass Irrtum in der Wahl der Mittel ihn daran hindern muss. Die Menschen wollen nicht Mythen zum Leitstern ihres Handelns machen, sondern Wahrheiten, d. h. Doktrinen, die ihnen Aufschluss über die Mittel geben, durch die sie ihre Zwecke verwirklichen können.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Untersuchung, die Irrtümer der Lehren aufzuweisen, aus denen die Wirtschaftspolitik zur Ablehnung des Liberalismus und zur Empfehlung des Sozialismus oder des Interventionismus gelangt. Das kann nur in Werken geschehen, die das Ganze der Wissenschaft vom menschlichen Handeln und ihre logischen und erkenntnistheoretischen Voraussetzungen umfassen. Denn die Auseinandersetzung beschränkt sich nicht auf das Gebiet einer Einzelwissenschaft. Sie ist, seit der Marxismus und dann die Rassenlehre die Allgemeingültigkeit menschlicher Erkenntnis und die Einheit der Struktur des logischen Denkens in Frage gestellt haben, längst

über diesen Boden hinausgewachsen. Die Aufgabe dieser Schrift ist enger. Sie hat die Tatsache, dass der Liberalismus, d.i. die Politik, die die Marktwirtschaft (Sonder Eigentum an den Produktionsmitteln) will, heute allgemein abgelehnt wird und dass unsere Welt interventionistisch und sozialistisch ist, als gegeben hinzunehmen. Sie hat nur zu zeigen, wie und warum es in einer so beschaffenen Welt notwendig zum Etatismus und damit zum Nationalismus kommen muss und welche Probleme dieser Nationalismus aufwirft. Sie hat zu zeigen, dass in dieser Welt der deutsche Nationalsozialismus nicht etwa ein Ausbruch unbegreiflichen Wahnsinns oder ein Gewährenlassen verbrecherischer Triebe ist, sondern ein ~~kühlen~~ kühnen, wenn auch irrigen Gedankengängen entspringender Versuch, die ökonomische Lage einer volkreichen Sprachgemeinschaft zu verbessern. Sie hat schliesslich die Ergebnisse, zu denen die nationalsozialistische Politik führen kann oder muss, zu erörtern.

Der Nationalismus im Allgemeinen und der deutsche Nationalsozialismus im Besonderen sind nicht Mythen und stützen sich nicht auf Mythen. Sie sind Doktrinen, die in der von interventionistischen und sozialistischen Lehren beherrschten Welt entstanden sind und aus dem Tatbestand der Herrschaft dieser Lehren, die sie nicht in Frage stellen, zu Folgerungen

für die Politik gelangen. Sie wurzeln auf dem Boden der beiden Spielarten des Etatismus und müssen so betrachtet werden.

Wenn man aber die Variationen über die Themen:
"^{Wir}~~Ihr~~ sind das Salz der Erde" und "Am deutschen Wesen wird die Welt genesen", die der Nationalismus eines jeden Volkes in seiner Art hervorbringt, als Mythen bezeichnen will, dann hat man von den Mythen in diesem Sinne des Wortes das gleiche zu sagen, was über den Chauvinismus zu sagen ist. Das ist Musik zur Erbauung und zum Ergötzen der Volksgenossen, Zeitvertreib für Stunden, die nicht der Politik gewidmet werden. Politik ist Handeln, Streben nach Erreichung von Zielen, das mit dem Schwelgen in Selbstverherrlichung nichts zu tun hat.

5. Die Eigenart des deutschen Nationalismus.

Die Erweckung.

I. Der deutsche Nationalismus unterschied sich nicht vom Nationalismus anderer Völker, bis die deutschen Nationalisten in den Jahre, die auf die Kaiserproklamation von Versailles folgten, zu dem Glauben gelangten, dass ihr Volk das stärkste in Europa ist und daher mit Erfolg die Vorherrschaft in Europa und gar auf der ganzen Erdkugel anstreben könnte.

Das deutsche Volk, sagten sie, ist das zahlreichste in Europa, wenn man von den Russen absieht. Schon das Reich selbst zählt in den Grenzen, die ihm die Bismarck'sche Reichsgründung gegeben hat, mehr Einwohner als, von Russland abgesehen, jeder andere europäische Staat. Ausserhalb des kleindeutschen Reiches wohnen aber noch viele Millionen Deutsche in geschlossener Ansiedlung, die alle nach dem Nationalitätsprinzip von Rechtswegen dem grossdeutschen Reich angehören sollten. Man ist berechtigt, bei dieser Feststellung von Russland abzusehen, weil das Reich der Zaren kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist. Scheidet man aus der Gesamtzahl der Bewohner Russlands die Polen, Finnländer, Esthen, Letten, Litauer, Weissrussen, die kaukasischen Stämme, die Georgier und die sibirischen Mongolen

und vor allem auch die Ukrainer, die Kleinrussen, aus, dann bleiben nur die Grossrussen übrig, deren Zahl hinter der der Deutschen zurückbleibt. Dabei ist zu beachten, dass die deutsche Bevölkerung sich sehr schnell vermehrt, vor allem beträchtlich schneller als die des "Erbfeindes" Frankreich.

Das deutsche Volk genießt ferner den Vorzug, das Zentrum Europas zu bewohnen. Dieser Umstand gewährt ihm im Kriege den grossen strategischen Vorteil der inneren Linie.

Das deutsche Volk ist jung, unverbraucht und kräftig, wogegen die Westvölker dekadent sind. Die Deutschen sind gesund an Körper und Seele, sind von höchster Sittlichkeit und von ernster Lebensauffassung erfüllt. Die Franzosen aber sind moralisch minderwertig, die Engländer verehren nur das Geld und den Profit, die Italiener sind durch und durch verderbt. Die Deutschen sind das arbeitsamste und tüchtigste Volk, wie ihre industriellen Erfolge beweisen.

Das deutsche Volk übertrifft an militärischen Tugenden alle übrigen Völker. Dass die Franzosen den deutschen Truppen nicht standhalten können, haben die Schlachten von Rossbach, Leipzig, Waterloo, St Privat und Sedan gezeigt. Die Engländer haben im Landkriege nie etwas zu leisten vermocht; dass sie die Meere zu beherrschen vermögen, ist nur darauf zurückzuführen, dass die Deutschen, in politischer Zerrissen-

heit lebend, die Ausgestaltung ihrer Seemacht bisher vernachlässigt haben. Dass die deutschen Seeleute die besten der Welt sind, zeigen die Taten der alten Hanse. Die Italiener haben seit dem Untergange des römischen Reiches im Kriege immer versagt. Die militärische Unzulänglichkeit der Russen ist im Krimkrieg und im türkischen Krieg 1877/78 deutlich zu Tage getreten.

Dem deutschen Volk sollte daher die Herrschaft auf Erden gehören. Gott, das Schicksal, die Geschichte haben es so bestimmt, indem sie ihm diese Kraft verliehen haben. Doch unglückseligerweise hat dieser Riese bisher nicht erkannt, was sein Recht ist und was seine Pflicht von ihm verlangt. Statt sich seiner Sendung und seines Berufes zur Weltherrschaft bewusst zu werden und danach zu handeln, hat das deutsche Volk eine Politik der Selbstzerfleischung betrieben. Deutsche kämpften gegen Deutsche. Das Christentum, besonders das der römischen Kirche, hat seine urgermanischen Kampfinstinkte geschwächt. Die Reformation hat das Volk in zwei feindliche Lager zerrissen. Die Kaiser aus dem Hause Habsburg haben die Kräfte des Reiches in den Dienst ihrer dynastischen Pläne gestellt. Die Rheinbundsfürsten haben dem Erbfeind Hilfe geleistet. Die Niederländer und die Schweizer sind vom Reich abgefallen. Doch nun wird es anders werden. Denn Gott hat

seinem Volke die Retter gesendet, die Hohenzollern. Sie haben den preussischen Geist, d.h. den Geist des echten Deutschtums, zu Ehren gebracht. Sie haben das Volk vom Joche Habsburgs und des Ultramontanismus befreit, sie werden auf dem einmal betretenen Wege fortschreiten und nicht ruhen, ehe sie das deutsche imperium mundi aufgerichtet haben werden. Pflicht jedes Deutschen ist es, sie dabei im wohlverstandenen eigenen Interesse nach Kräften zu unterstützen. Alle Doktrinen, mit denen die Feinde die Seele des deutschen Volkes vergiften wollen, um es zu schwächen und von der Erfüllung seiner grossen Aufgaben abzulenken, müssen erbarmungslos ausgerottet werden. Kampf bis aufs Messer muss den Verrätern angesagt werden, die den deutschen Michel hindern wollen, seine guten Waffen zu gebrauchen.

Es gilt zunächst, alle abgesprengten Volksteile zum Reiche zurückzuführen. Die Habsburgische Monarchie muss zerschlagen werden und jene ihrer Länder, die dem alten Reiche und dann bis 1866 dem Deutschen Bunde angehört hatten, ^{müssen} annektiert werden. Holland und die Schweiz müssen wieder deutsch werden, ebenso der von Vlamen bewohnte Teil Belgiens, dann die russischen Ostseeprovinzen, deren Oberschichte deutsch ist. Das Landheer muss so verstärkt werden, dass es alle diese Aufgaben lösen kann. Eine Flotte ist zu bauen, die den Engländern die Seeherrschaft entreissen kann. Dann sind den Eng-

ländern und Franzosen die besten Kolonien abzunehmen; Niederländisch Indien und der Kongostaat fallen mit den Mutterländern ohnehin an Deutschland. In Südamerika muss das Reich weite Gebiete erwerben, in denen dutzende Millionen Deutscher angesiedelt werden können.¹⁾

1) Um zu zeigen, dass diese Forderung, die doch ohne einen siegreichen Krieg gegen die Vereinigten Staaten nicht zu verwirklichen war, auch von gemässigten Politikern vertreten wurde, die offiziell nicht der Alldeutschen Bewegung angehörten und von radikalen Alldeutschen wegen ihrer Lauheit in nationalen Belangen mitunter getadelt wurden, seien einige Sätze Gustav v. Schmoller's zitiert. Schmoller war das anerkannte Haupt der deutschen Kathedersozialistischen Schule, seit 1882 Inhaber der ersten staatswissenschaftlichen Lehrkanzel der Berliner Universität, Berater der Reichsregierung in allen wirtschaftspolitischen Fragen und wurde von seinen deutschen Zeitgenossen und von den amtlichen Kreisen für den grössten deutschen Nationalökonom und für einen grossen Wirtschaftshistoriker gehalten. Die zitierten Sätze finden sich in dem 1900 in Stuttgart veröffentlichten Werke: "Handels- und Machtpolitik, Reden und Aufsätze im Auftrage der Freien Vereinigung für Flottenvorträge herausgegeben von Gustav Schmoller, Max Sering, Adolph Wagner, ord. Professoren der Staatswissenschaften an der Universität Berlin", im I. Bd., S. 35 f. Sie lauten: "Ich darf nicht mehr darauf eingehen, Ihnen im einzelnen die handels- und kolonialpolitischen Aufgaben zu schildern, bei denen wir der Flotte bedürfen. Nur das eine und andere erwähne ich noch kurz. Wir müssen um jeden Preis wünschen, dass in Südbrasilien ein deutsches Land von 20-30 Millionen Deutschen im folgenden Jahrhundert entstehe; einerlei ob es ein Teil Brasiliens bleibt, ob es ein selbständiges Staatsgebilde wird, ob es mit unserem Reich in nähere Beziehung kommt; ohne eine durch Kriegsschiffe stets gesicherte Verbindung, ohne die Möglichkeit eines nachdrücklichen Auftretens von Deutschland dort ist diese Entwicklung bedroht." Noch deutlicher wird Schmoller's Kollege, Adolph Wagner, der an Ansehen und Einfluss Schmoller kaum nachstand. Er spricht von den Kriegen, zu denen das Bestreben, den deutschen Bevölkerungsüberschuss unterzubringen, führen könnte, von dem bevorstehenden "Kampf um den Raum" und fügt hinzu: "Leere Prätionen wie die amerikanische Monroedoktrin... sind kein unbedingtes Hindernis". (Vgl. Wagner, Agrar- und Industriestaat, 2. Auflage, Jena 1902, S.83). Man könnte hunderte ähnlicher Stellen zitieren.

Eine besondere Aufgabe war in diesem Programm der deutschen Diaspora zugewiesen. Die Auswanderer, die in allen Weltteilen in grosser Zahl in jeder bedeutenderen Stadt anzutreffen waren, sollten in den Ländern, die für die Angliederung an das Reich in Aussicht genommen wurden, sich als Vorhut des militärischen Einmarsches betätigen. In den übrigen Ländern aber sollten sie trachten, politischen Einfluss zu gewinnen, um den Staat zu einer deutschfreundlichen Haltung zu bestimmen. Vor allem rechnete man dabei mit den Deutsch-Amerikanern.

Der Erfolg, den diese Ideen erzielten, war überwältigend. Die Universitätsjugend nahm sie mit Begeisterung auf; bald wurden sie an allen Hochschulen und an allen höheren Lehranstalten vorgetragen. Zur Zeit des Todes von Bismarck gab es im Reiche keinen Gebildeten, der sich ihrem Einflusse hätte entziehen können. Manche waren wohl der Meinung, dass die Alldeutschen mit einzelnen ihrer Forderungen zu weit gehen, dass sie die Schwierigkeiten der Verwirklichung ihrer Pläne unterschätzen, dass sie die Entwicklung überstürzen wollen und dass sie eine Politik empfehlen, für die es noch zu früh sei. Doch im Grundsätzlichen waren alle mit den extremen Nationalisten einig. Die Vorsichtigeren hielten es für zweckmässig, beruhigend auf die stürmisch vorwärts drängende Jugend

PP 180 182

die ihm die Roon'schen Reformen 1866 und 1870 gegeben hatten, wieder eingebüsst. Im ersten Weltkrieg hat die Unterschätzung der militärischen Widerstandskraft der Franzosen, die dem Schlieffen'schen Plan zugrundelag, zum Verlust der ersten Marneschlacht geführt. Die Kämpfe von Verdun haben gezeigt, dass die deutsche Armee nicht die Kraft hatte, Frankreich niederzuwerfen.

Beim Ausbruch des zweiten Weltkriegs traten Frankreich und England mit unzulänglichen Mitteln den nationalsozialistischen Deutschland entgegen, das seit sechs Jahren nichts anderes mehr getan hatte, als diesen Krieg vorzubereiten. In unbegreiflicher Verblendung hatte England der Wiederaufrüstung des Deutschen Reiches untätig zugesehen. Im Herbst 1939 war Englands Landmacht weit schwächer als fünfundzwanzig Jahre vorher beim Ausbruch des ersten Weltkriegs. Die Royal Air Force kam zahlenmässig gegenüber der deutschen Luftflotte kaum in Betracht. Selbst die Flotte war so vernachlässigt worden, dass die deutschen Schiffe, die an Stärke und Zahl hinter der kaiserlichen Flotte von 1914 weit zurückstehen, ihr erfolgreich die Spitze zu halten vermochten. Nichts war vorbereitet worden, um die deutschen Unterseeboote unschädlich zu machen. Auch nach Ausbruch des Krieges hat man die Rüstung nur mit halber Kraft betrieben. Die englische öffentliche Meinung sah die Entsendung einer Landstreitkraft nach dem Kontinent nur als eine nebensächliche Sache an.

Man war überzeugt, dass die Franzosen zusammen mit der Royal Air Force mit den Nationalsozialisten fertig werden könne. Man baute darauf, dass in Deutschland eine Revolution ausbrechen würde, und man hatte viele andere Illusionen.

Noch ärger lagen die Dinge in Frankreich. Die französische Armee war zwar der deutschen an Zahl und an Qualität der Bewaffnung nicht gewachsen. Doch sie hatte die Maginot-Linie, hinter der sie den Ansturm der Feinde abzuwehren hoffte. Aber die meisten französischen Generale wollten gar nicht siegen. ~~xxxxxx~~ Die französischen Führer waren im Herzen Gegner der Republik, der Demokratie und der Ideen von 1789; sie waren klerikal, monarchistisch und schwärmten für die Diktatur nach dem Vorbild des Nationalsozialismus und des Fascismus. Sie beklagten es, dass Clemenceau, der Mann der 1918 den Krieg zu siegreichem Abschluss gebracht hatte, Demokrat und Atheist gewesen war. Sie wollten lieber den Krieg verlieren als noch einmal unter der Führung republikanischer Minister siegen. Nur so ist es zu erklären, dass sie den Ausbau der Maginot-Linie längs der belgischen Grenze unterlassen haben und dass sie nach den ersten Niederlagen gleich zur Kapitulation bereit waren. Militärisch war die Lage Frankreichs im Juni 1940 nicht schlimmer als in den ersten Septembertagen 1914 und unvergleichlich günstiger als im September 1870. Damals hat in Frankreich niemand daran gedacht, die deutsche Herrschaft zu akzeptieren.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, dass Frankreich im Juni 1940 von seinen Führern verraten wurde, so haben ihn die Ereignisse, die auf den Waffenstillstand folgten, zur Genüge erbracht. Die Regierung des greisen "arschalls Petain hat die Stirne gehabt, ihr System als "nationale Revolution" zu preisen. Sie hat die Devise der französischen Republik "Liberté, Égalité, Fraternité" durch die sinnlosen Schlagworte: "Famille, Patrie, Travail" ersetzt. Sie hat sich beeilt, die parlamentarische Verfassung durch die Diktatur zu ersetzen. Sie hat die Einrichtungen des Nationalsozialismus getreulich nachgebildet. Sie machte kein Hehl daraus, dass sie Frankreich auf den Stand von 1788 zurückführen wolle. Sie sprach sogar davon, die administrative Einteilung des Landes in Départements aufzuheben und die vor 1789 bestandenen Provinzen wiederherzustellen.

Hitler hat Frankreich nicht durch Waffengewalt erobert; es ist ihm von Pétain und Laval ausgeliefert worden. Doch die Kapitulation Frankreichs hat den Krieg nicht beendet. Das britische Empire kämpfte weiter, und mit jedem neuen Tag ^{wurde} ~~wird~~ die Hilfe, die die Vereinigten Staaten England gewähren, wirksamer und ~~bedrohlicher~~ bedrohlicher.

Auch die kleineren europäischen Staaten hat Hitler nicht durch die Überlegenheit seiner Armee erobert. Dänemark hat überhaupt nicht gekämpft, in Norwegen haben Offiziere die Festungen freiwillig übergeben. Holland hat nach vier Tagen die

Waffen gestreckt, der König der Belgier hat das Beispiel
nach kurzer Zeit befolgt,.

~~Der Krieg aber geht weiter.~~

einzuwirken und die allzuradikalen Heissporne mitunter zu desavouieren; doch sie fanden, dass es für Deutschland keinen anderen Weg gebe als den, den das nationalistische Programm zeigte.

Ablehnung fand der Nationalismus nur von den Kreisen, die man im Ausland unter dem Einfluss der marxistischen Legende für die Drahtzieher der alldutschen Bewegung anzusehen pflegte, bei der Hochfinanz und bei der Exportindustrie. Diese kannten das Ausland besser, sie wussten, dass Frankreich und England nicht dekadent sind, und dass die Eroberung der Welt auf Schwierigkeiten stossen werde. Sie wünschten nicht, dass ihre Geschäftstätigkeit durch einen Krieg gestört werde. Sie hielten sehr wenig von der Förderung des Absatzes durch Panzerkreuzer und fürchteten die staatsfinanziellen Rückwirkungen gesteigerter Rüstungen. Doch der Widerstand dieser "plutokratischen" Schichten konnte von der neuen Bewegung leicht überwunden werden. Alle wichtigeren Staatsämter waren nach und nach in die Hände von Männern gelangt, die offen oder versteckt mit dem Nationalismus sympathisierten. Im etatistischen Staatswesen sind ^{die} Unternehmer den Organen des Staates wehrlos ausgeliefert. Die Beamten entscheiden nach Ermessen in tausend Fragen, von denen Sein oder Nichtsein jeder einzelnen Unternehmung abhängt. Sie haben es in der Hand, jeden

Unternehmer, der anders denkt, als sie selbst denken, zu ruinieren. So mussten die liberal gesinnten Plutokraten schweigen. In den industriellen Verbänden gaben die an den Universitäten von den kathedersozialistischen Professoren herangebildeten Syndici den Ton an; sie überboten einander an Nationalismus, um ihre Interventionstätigkeit vor den Behörden erfolgreich zu gestalten und durch diese Erfolge zu Gunsten der Verbandsmitglieder ihr eigenes Fortkommen zu fördern.

Nicht gefährlicher war die Antipathie, mit der der Hof, die Junker und die Offizierskreise auf die Bewegung blickten. Die Hohenzollern und die preussischen Junker hatten Preussen die Vormachtstellung in Deutschland und Deutschland einen angesehenen Platz im Konzert der Grossmächte erringen wollen. Das hatten sie erreicht, und mehr strebten sie nicht an. Sie wollten die hierarchische Gliederung im deutschen Volke, die Privilegien der Fürsten und des Adels erhalten wissen; das schien ihnen wichtiger als die Verfolgung von Weltmachtsplänen. Sie zeigten wenig Begeisterung für Flottenbau und für koloniale Erwerbungen. Nur widerwillig hatte sich Bismarck dazu verstanden, Kolonialpolitik zu treiben. Doch Hof und Adel hatten den geistigen Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung längst

verloren. Sie zogen Vorteil aus der etatistischen Mentalität, die den Todfeind ihrer Privilegien, den Liberalismus, entmachtet hatte. Sie hatten aber selbst zu dieser Überwindung des liberalen Denkens nichts beigetragen; sie waren einfach Nutzniesser des Wandels. Die nationalistischen Ideen erschienen ihnen höchst bedenklich. Es konnte ihnen nicht entgehen, dass der radikale Nationalismus, der für das alte Preussen, für die konservative Partei als den Gegner des Liberalismus, für das Heer und für die Flotte, für die Offiziere und für den Adel warme Worte der Anerkennung fand, einen Zug aufwies, der ihnen missfiel und den sie demokratisch nannten. Die Nationalisten wollten nur einen Adel in der Welt gelten lassen, den der deutschen Volkszugehörigkeit; innerhalb dieses Adels machten sie keinen Unterschied zwischen Leuten mit und solchen ohne Partikel. Adel und Hofkreise mussten es auch als Anmassung empfinden, dass Plebeier sich herausnahmen, mit Ungestüm auf die Aussenpolitik und auf die Wehrpolitik, die sie als ihre besondere Domäne betrachteten, Einfluss zu gewinnen. Sie nahmen die Unterstützung, die der Nationalismus ihrer Innenpolitik gewährte, hin, doch sie sahen schon in dem Umstand allein, dass die Alldeutschen respektlos in Dinge, die doch das Volk nichts angingen, dreinreden wollten, eine Auflehnung; ihrer Meinung nach hatte

das Volk nicht einmal das Recht, ihnen, den geborenen Führern, Beifall zu spenden.

Doch alle diese Bedenken blieben auf die ältere Generation beschränkt, auf die Männer, die vor der Reichsgründung das Mannesalter erreicht hatten. Wilhelm II war schon erfüllt vom neuen Nationalismus. Die Jugend des Adels konnte sich der Macht der neuen Ideen nicht entziehen. Die Schule lehrte sie Nationalismus, als Nationalisten traten sie in das öffentliche Leben. Man musste in amtlicher Stellung diplomatische Zurückhaltung üben. So geschah es, dass die Reichsregierung mitunter die Alldeutschen recht ungnädig behandelte und die ihr doch in der Sache sehr genehmen Vorschläge der nationalistischen Gruppen mit scharfen Worten zurückwies. Doch da man in Bezug auf die Ziele eines Sinnes war, kam es dann doch immer wieder zu einer Verständigung.

Schliesslich gab es auch noch katholische Gegner des extremen Nationalismus. Die antikatholische Tendenz der Bewegung war nicht zu verkennen. Katholische Hochadelige und Prälaten wurden besorgt. Doch die politische Partei des Katholizismus, das Zentrum, war nicht gewillt und geistig nicht gerüstet, um einer grossen Bewegung entgegenzutreten. Die Zentrums politik bestand darin, jede volkstümliche Bewegung für ihre eigenen Zwecke, Erhaltung des Einflusses der katholischen Kirche, zu benützen. Der einzige Grundsatz des Zentrum war

das Bekenntnis zum Katholizismus; im Übrigen war es ohne Grundsätze und Überzeugungen reine Opportunistenpartei. Es machte alles mit, was bei den nächsten Wahlen Erfolg versprach. Es hat je nach Bedarf mit den Nationalliberalen, mit den Konservativen und mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet. Es hat im Bunde mit den Sozialdemokraten sich als Staatspartei der Weimarer-Republik betätigt, doch es war 1933 bereit, im Dritten Reich mit den Nationalsozialisten zusammen zu gehen. Es waren die Nationalsozialisten, die diese Koalition vereitelt haben; das Zentrum war höchlichst überrascht und schwer enttäuscht, dass sein Anbot abgelehnt wurde.

Das Zentrum hatte eine bedeutende Gewerkschaftsbewegung geschaffen und nannte sich mit Stolz eine Arbeiterpartei. Als solche hielt das Zentrum es für eine seiner Aufgaben, die Exportinteressen zu vertreten. Die herrschenden wirtschaftspolitischen Ideen meinten, dass der Export durch die Methoden des Militarismus und der Kanonenbootpolitik gefördert werde. Gerade weil man in jedem Import einen Nachteil und in jedem Export einen Vorteil sah, konnte man sich nicht vorstellen, dass die Einfuhrstaaten zur stärkeren Abnahme deutscher Ware auf andere Weise bewegt werden könnten als durch das "imponierende Zeigen der deutschen Kriegsflagge". Wenn von nationalökonomischen Kathedern verkündet wurde,

dass wer gegen den Flottenbau auftrate, die Arbeitslosigkeit fördere, konnte das Zentrum, das sich eine Partei des arbeitenden Volkes nannte, die nationalistischen Heissporne nicht heftig bekämpfen. Dazu traten noch andere Erwägungen. Jene Gebiete, deren Annexion die Aleldeutschen zunächst forderten, waren vorwiegend katholisch. Ihre Eingliederung musste die katholische Partei im Reiche verstärken. Konnte das Zentrum ein Programm, das ihm gewaltigen Machtzuwuchs zu versprechen schien, als ganz unsinnig ansehen ?

Nur der Liberalismus hätte das nationalistische Programm bekämpfen können und müssen. Doch der Liberalismus hatte in Deutschland den Boden verloren. Die, die sich noch liberal nannten, waren Interventionisten und damit Etatisten; sie fanden vom Standpunkte ihres Interventionismus und Eatismus im nationalistischen Programm einen gesunden Kern.

Der deutsche Nationalismus und der Nationalismus anderer Völker.

II. Man kann die Eigenart des deutschen Nationalismus nicht verstehen, wenn man nicht beachtet, dass er sich nur dadurch von dem Nationalismus anderer Völker unterscheidet, dass er der Nationalismus eines Volkes ist, das glaubt, dass es stark genug sei, um die Weltherrschaft oder zumindest die Vormachtstellung in Europa zu erlangen.

Die Eigenart des deutschen Nationalismus hat nichts zu tun mit vermeintlichen Gewaltinstinkten der teutonischen Rasse. Sie entstammt nicht der Rasse und nicht dem Blut ; sie ist nicht Rückkehr der Enkel zum Wikingergeist der Vorfahren. Die Deutschen sind nicht die Nachkommen der Wikingen; die Ahnen der Deutschen von heute waren meist Slaven und Angehörige nichtgermanischer Alpenvölker. Die Schweden und die Norweger, die echtere Nachkommen der nordländischen Freibeuter sind, befolgen eine andere Politik und betätigen ihren Nationalismus in anderer Weise. Wenn aber die Schweden in Deutschland wohnen würden und so zahlreich wären wie die Deutschen heute sind, würde sie im Zeitalter der nationalistischen Mentalität kein anderer Geist erfüllen als der, der den deutschen Nationalismus von heute kennzeichnet. Wenn dagegen die Deutschen in Schweden wohnen würden und nicht zahlreicher wären als die heutigen Schweden, dann würde ihr Nationalismus sich nicht von dem heutigen schwedischen unterscheiden.

Jeder Nationalismus ist Eatismus und als solcher Gewaltanwendung. Wenn die Amerikaner und Australier die Einfuhr ausländischer Waren und die Einwanderung hindern oder erschweren, oder wenn die Mexikaner Ölfelder enteignen oder wenn andere Staaten ihre und ihrer Bürger Gläubiger entrechten,

ist auch das Gewaltpolitik. Dass die Polizisten und Soldaten dieser Nationen von ihren Waffen, die diese Massnahmen sichern, nicht Gebrauch machen müssen, ist nur darauf zurückzuführen, dass niemand den unter den gegebenen Verhältnissen aussichtslosen Versuch macht, der Gewaltdrohung Widerstand entgegenzusetzen. Das kann einmal anders werden; denn werden Amerika und Australien entweder kämpfen oder schon der Drohung weichen. Dass auch der deutsche und russische Nationalismus Teile ihres Annexionsprogramms ohne Waffengebrauch durchführen konnten, hat die Geschichte der letzten Jahre gezeigt. Deutschland hat Österreich und Böhmen und Mähren ebenso unblutig erobert wie Russland Esthland und Lettland.

Man verkennt die Sachlage, wenn man zwischen friedlichem und aggressivem Nationalismus unterscheiden will. Jeder Nationalismus ist in dem Sinne aggressiv, dass er durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung Fremden Schaden zufügt, um den Eigenen vermeintliche oder echte Vorteile zu schaffen. Jede interventionistische Massnahme besteht darin, dass der Gewaltapparat des Staates in den Dienst bestimmter Sonderinteressen gestellt wird. Die Gewaltandrohung allein hindert den Verbraucher, auf dem billigeren Weltmarkt einzukaufen, und zwingt ihn, sich mit teurerer Inlandsware zu begnügen. Man

ist um die moralische und volkswirtschaftliche Rechtfertigung solcher Massnahmen nie verlegen; man erklärt sie in der Regel auch als wohltätig für die offenhandig Benachteiligten. Doch auch der deutsche Nationalsozialismus kennt solche Bemäntelung. Es liege, meint er, im Interesse aller Völker, der deutschen Edelrasse die ihr gebührende Vormachtstellung einzuräumen; erst unter dem Schutze der deutschen Macht werden sich die unterworfenen Völker zu höherem Wohlstand und zu höherer Kultur entwickeln können. Hitler hat von solchen Argumenten Gebrauch gemacht, um die Errichtung des Protektorats über die Tschechen als Massnahme zum Wohle der Tschechen darzustellen. Schon im Worte "Protektorat" liegt übrigens der Hinweis auf einen den Beschützten gewährten Vorteil.

Die Hervorhebung dieses Sachverhalts soll nicht etwa den deutschen Nationalismus rechtfertigen. Es ist nicht die Aufgabe einer wissenschaftlichen Untersuchung, zu verurteilen oder zu billigen; sie hat allein zu erklären, zu begreifen und zu verstehen. Was nottut, ist zu erkennen, dass der deutsche Nationalismus nichts anderes will, als jeder andere Nationalismus und als jeder andere Interventionismus: durch Ausnützung einer durch Gewalt gegebenen Position einer Gruppe von Menschen vermeintlichen oder echten Nutzen auf

Kosten anderer Menschen zu verschaffen. Man kann es verstehen, wie in einer nationalistischen Welt Deutsche zu diesem Programm für ihren Nationalismus kommen konnten. Das Programm mag irrig sein, das vorgeschlagene Verfahren mag dem deutschen Volke nicht Nutzen, sondern argen Schaden bringen. Der Liberalismus ist jedenfalls der Auffassung, dass man das deutsche Volk durch nichts ärger zu schädigen vermag als durch diesen Nationalismus. Doch die Gedankengänge des Liberalismus werden von den Etatisten, von den Interventionisten sowohl als auch von den Sozialisten, abgelehnt. Hat man sich einmal auf den Standpunkt des Etatismus gestellt, dann kann man das Programm des Nationalismus - auch das des deutschen Nationalismus - nicht aus dem Grunde allein verwerfen, weil es auf Gewaltandrohung und Gewaltanwendung beruht. Auch Zölle, Wanderungsverbote, Devisenzwangswirtschaft und Zensur~~er~~massnahmen sind Gewaltandrohung und Gewaltanwendung.

Man darf nicht etwa einwenden, ohne Gewaltandrohung und Gewaltanwendung könne kein Gesellschaftssystem auskommen und auch der liberale Staat brauche Gewalt, um das Sondereigentum aufrechtzuerhalten. Staat ist eben immer Gewalt und nichts als Gewalt, und ohne Staat ist gesellschaftliche Kooperation von Menschen unmöglich. Doch der liberale Staat setzt der Gewalt eine feste Grenze, die sie nicht überschreiten darf.

Der Wohlfahrtsstaat kennt keine Grenze der Gewaltanwendung; für ihn ist Gewaltanwendung das grosse Mittel, das einzige Mittel der Politik. Das Wichtigste aber ist: der liberale Staat kann durch Krieg und Eroberung nichts gewinnen und die Lage seiner Bürger - auch nicht vorübergehend und nicht dem Scheine nach - verbessern. In der liberalen Welt sind Kriege daher nutzlos und lohnen nicht den Aufwand an Gut und Blut, den sie erfordern; in dieser Welt kann es daher zu dauernder Befriedigung kommen. In der etatistischen Welt ist es eben anders.

Es ist daher Atavismus, wenn die Pazifisten den deutschen Nationalismus mit dem Argument bekämpfen, Kriege brächten nichts ein. Das war einmal richtig, als die Welt noch liberal war und soweit sie liberal war. Heute winkt dem Eroberer wieder reiche Beute. Wenn man nichts dagegen einzuwenden weiss, dass die Landwirte eines Landes die Verbraucher zwingen, das Brot teurer zu bezahlen, kann man auch nichts dagegen einwenden, dass ein Staat A einen andern dazu zwingt, seine Zollpolitik nach den Bedürfnissen der Bürger von A zu gestalten.

Dass der deutsche Nationalismus wie jeder andere Nationalismus vom Standpunkte liberaler Denkungsart als unzweckmässig, d.h. als ungeeignetes Mittel zur Erreichung der Zwecke,

die die deutschen Nationalisten durch ihn erreichen wollen, erscheint, ist nicht zu bezweifeln. Doch in einer Welt, die den Liberalismus verwirft, genügt dies nicht, um denen, die sich einmal grundsätzlich auf den Standpunkt des Etatismus gestellt haben, die Unzweckmässigkeit ihres besonderen nationalistischen Programms zu zeigen. Wer dieses besondere Programm prüfen will, muss es, unbeschadet seiner grundsätzlichen Ablehnung aller etatistischer Massnahmen, in der Weise besorgen, dass er sich auf den Boden der etatistischen Denkungsart stellt. Wenn in einer Welt, in der allgemein die Notwendigkeit anerkannt wird, dem Jupiter Tempel zu erbauen, ein Plan zur Erbauung eines Jupiter-Tempels vorgelegt wird, der bautechnisch verfehlt ist, darf auch der, der es für zwecklos hält, diesem Idol Kultstätten zu errichten, die beiden Dinge nicht vermengen: die Nichtigkeit des Jupiterkults und die bautechnischen Mängel des Bauplans. Es kann sein, dass er keinen Erfolg hat mit seinen Bemühungen, die Widersinnigkeit solcher Tempelerrichtung zu beweisen, dass aber seine Kritik des Bauplanes anerkannt wird.

Ganz wirkungslos müssen die Versuche bleiben, den deutschen und verwandte Nationalismen (etwa den italienischen oder den japanischen Nationalismus) durch die Unterscheidung von Angriff und Verteidigung zu kritisieren, zu

verurteilen und zu bekämpfen. Auch das ist Übertragung von Gedankengängen aus der Sphäre der liberalen Welt in die der statistischen Welt.

Jedes Sondereigentum wurde ursprünglich durch Aneignung von herrenlosem Gut begründet. Jeder Eigentumstitel führt zurück auf Voreigentümer, die das Eigentum durch solche Okkupation oder durch gewaltsame Beraubung von Eigentümern, die selbst wieder entweder durch Aneignung herrenlosen Gutes oder durch Gewalt Eigentümer geworden waren. Die Befriedigung der Welt konnte nur in der Weise erfolgen, dass erworbenes Eigentum anerkannt und gegen künftige gewaltsame Wegnahme gesichert und damit als rechtmässig erklärt wurde. Hätte man es anders machen und zuerst das Eigentum nach irgendeiner Norm, der die tatsächlichen Verhältnisse nicht entsprachen, gerecht verteilen wollen, dann wäre man nicht zum ewigen Frieden sondern zum ewigen Krieg gelangt. Doch das Eigentum in der Marktwirtschaft wird von jenem fernen rechtsgeschichtlichen Ursprung nicht betroffen. In der Marktwirtschaft muss jeder Eigentümer sein Eigentum immer wieder durch Bewährung im Dienste der Verbraucher neu erwerben. Wer besitzt, besitzt, weil er es versteht, die Produktionsmittel so zu verwenden, dass die dringendsten Bedürfnisse der Verbraucher in der reichlichsten Weise befriedigt werden. Das Eigentum wird durch die

Verbraucher gewissermassen täglich neu verteilt. Indem in der Marktwirtschaft das erworbene Eigentum gegen gewaltsame oder listige Angriffe geschützt wird, wird dafür Sorge getragen, dass die besten Wirte Eigentümer werden, nämlich die, die es am zweckmässigsten in den Dienst der Verbraucher zu stellen wissen.

Wenn aber die politische Herrschaft der Staaten und Völker über die Staatsgebiete als erworbenes Recht angesehen und geschützt wird, wird ein durch Gewalt entstandener Zustand dauernd erhalten. Weil die Väter der heutigen weissen Australier sich einst die Küstenstücke ^{rechnen} Australiens angeeignet haben, sollen für alle kommenden Zeiten anderer Väter Kinder von dem ganzen Weltteil ferngehalten werden. In einer liberalen Welt, in der Güter und Menschen freizügig sind und Fremde und Einheimische unter gleichen Bedingungen überall wohnen, arbeiten und Eigentum erwerben dürfen, ist der politische Besitzstand bedeutungslos und es besteht für niemand ein Interesse daran, ihn gewaltsam zu ändern. In einer so beschaffenen Welt hat es einen Sinn, bei Kriegen Angreifer und Verteidiger zu unterscheiden. Doch in der etatistischen Welt ist es anders. Wenn in dieser Welt der Gewalt derer, die ihren Anspruch auf politische Herrschaft nur auf die frühere Okkupation oder auf gewaltsame Eroberung begründen können, die

Gewalt derer entgegentritt, die erst erobern wollen, dann stossen zwei Gewaltapparate zusammen, von denen keiner gewillt ist, eine andere Entscheidung anzuerkennen als die der besseren Waffen. Wenn man in solchen Fällen Angreifer und Verteidiger unterscheiden will, müsste man den für den Angreifer erklären, der dem Zuge der Arbeiter von den Stätten mindergünstiger natürlicher Produktionsbedingungen nach denen günstiger natürlicher Produktionsbedingungen oder der Freizügigkeit der Güter Hindernisse in den Weg gelegt haben *hat*.

In einer liberalen Welt bedarf es keiner besonderen Vorkehrungen zur Sicherung des Friedens zwischen den Staaten. In einer etatistischen Welt von souveränen Einzelstaaten, die eine Einmischung in ihre Innenpolitik als Verletzung ihrer Souveränität ansehen und daher nicht dulden, wird jeder Versuch, den Krieg durch Unterscheidung von Angriff und Verteidigung als gerecht oder ungerecht zu qualifizieren, wirkungslos bleiben.¹⁾ Wer stark genug ist, wird auf den Gebrauch der Gewalt nicht verzichten, um Schädigungen, die ihm die Innenpolitik anderer Staaten zufügt, zu beheben. Ohne materielle Bestimmungen über die Anwendung der Gewalt im Innern der Staaten wird man nie zu einer Friedensordnung gelangen, die auch Völker und Staaten anerkennen, die stark genug sind, um selbst das abzustellen, was sie als Unrecht

1) Vgl. Wilhelm G. Hertz, Das Problem des völkerrechtlichen Angriffs, Leiden 1935.

empfinden. Der Völkerbund ist daran gescheitert, dass er jede Einwirkung auf die Innenpolitik der Staaten ausschloss. Nur in einer liberalen Welt hätte ein Völkerbund von der Art, wie ihn die Versailler Verträge geschaffen haben, den Frieden sichern können. In einer liberalen Welt wird aber der Frieden auch ohne Völkerbund nicht gestört werden.

Immanente Kritik
des deutschen
Nationalismus.

III. Wer den deutschen Nationalismus sinnvoll prüfen will, kann es daher nur in der Weise tun, dass er die Frage aufwirft, ob sein Programm durchführbar ist. Kann der Plan des deutschen Nationalismus durchgeführt werden? Sind die Voraussetzungen, auf denen er beruht, wirklich gegeben?

Die deutschen Nationalisten haben immer behauptet,
~~Es ist einfach nicht wahr,~~ dass die deutsche Wehrmacht der jedes einzelnen europäischen Staates überlegen ist und daher in jedem Krieg gegen einen einzelnen Gegner siegen müsste. In Bezug auf Frankreich wurde diese These durch den Hinweis auf die Schlachten der Befreiungskriege und des Krieges 1870/71 gestützt. Doch die Befreiungskriege waren Koalitionskriege; in ihrem letzten Stadium standen alle christlichen europäischen Staaten vereint gegen Napoleon. Auch wenn man den Anteil, den die preussischen und die anderen deutschen Kontingente an dem Kampfe genommen haben, noch so sehr über-

schätzt, darf man von der Rolle, die England, Russland und Spanien gespielt haben, nicht absehen. Nie haben sich die französischen Heere besser geschlagen als in den Kämpfen von 1814 und in den Gefechten, die Waterloo vorausgingen. Napoleon ist nicht am Widerstand der Deutschen gescheitert, sondern an dem Englands, Spaniens und Russlands; dann erst konnten Österreich und Preussen in den Krieg eintreten. Hätte Napoleon es nur mit den Armeen Österreichs und Preussens zu tun gehabt, wäre er im Endkampfe Sieger geblieben.

Im deutsch-französischen Kriege von 1870/71 warf Deutschland vom ersten Tag an die ganze Kraft seines Staates und Volkes in den Kampf, wogegen Frankreich nur mit halber Kraft antrat. Hätte der französische Staat schon im Frieden ähnlich umfassende Kriegsvorbereitungen getroffen ^{als} wie Preussen, dann wäre die französische Armee zahlenmässig der deutschen nicht nachgestanden. So aber marschierten im August 1870 rund 500 000 Deutsche gegen nicht viel mehr als 300 000 Franzosen auf; auf drei deutsche Geschütze kamen noch nicht zwei französische. Aus dem Ausgang des Krieges liess sich nur die eine Lehre ziehen, dass man schon im Frieden die Rüstungen so betreiben müsse, als könnte der Krieg jeden Augenblick ausbrechen. Alle europäischen Staaten haben diese Lehre beherzigt. Damit aber hat Deutschland die Überlegenheit,

die ihm die Roon'schen Reformen 1866 und 1870 gegeben hatten, wieder eingebüsst. Die Unterschätzung der militärischen Widerstandsfähigkeit der Franzosen, die dem Schlieffen'schen Plan zugrundelag, hat zum Verlust der Marne-schlachten und zur Niederlage im Weltkrieg geführt. Die Erfahrungen der Kämpfe vor Verdun stützen nicht die Annahme, dass Deutschland imstande wäre, Frankreich niederzuwerfen. In einem isolierten Krieg zwischen diesen beiden Mächten dürften sich die Kräfte ungefähr die Wage halten.

Die Verachtung, mit der der deutsche Nationalismus die Wehrfähigkeit Englands zu behandeln pflegte und noch pflegt, ist durchaus unberechtigt. England hat vor dem Weltkrieg seine Landmacht vernachlässigt, weil es die Flotte zur Verteidigung seines Bodens für ausreichend erachtete. Wenn auch Hitler mit dröhnender Stimme verkündet, dass es heute keine Inseln mehr gibt, wird damit die Tatsache, dass Deutschland England nicht niederwerfen kann, nicht aus der Welt geschafft.

Dass die Vereinigten Staaten und Japan von Deutschland nichts zu fürchten haben, kann nicht bezweifelt werden. Doch das kann ausser Betracht bleiben. Der deutsche Nationalismus würde auch dann zum Ziele gelangen können, wenn er die Interessensphären dieser beiden Mächte meidet und sich mit der Hegemonie in Europa, im Mittelmeerbecken und in den anliegenden Teilen Afrikas und Vorderasiens begnügt.

Die entscheidende Frage ist überhaupt gar nicht die, ob Deutschland stark genug ist, einen Staat nach dem andern in Zweikämpfen, denen die übrigen Staaten neutral zusehen, zu zerschmettern, sondern die, ob es Aussicht hat, den Zusammenschluss und die Bildung von Abwehrkoalitionen zu verhindern. In der Geschichte des Abendlandes ist seit dem Untergange des römischen Reichs jeder Versuch, die Hegemonie eines Staates aufzurichten, an Koalitionen der Bedrohten schliesslich zu Schanden geworden. Dennoch haben die deutschen Nationalisten in unbegreiflicher Verblendung angenommen, dass es ihnen gelingen werde, einmal Frankreich allein zu erledigen und sich dann gegen England zu wenden. Sie waren dabei naiv genug, ihre Absichten öffentlich darzulegen, und waren erstaunt und entrüstet zugleich, als sie bemerken mussten, dass die auserkorenen Opfer sich anders verhielten, als sie gehofft hatten. Sie beschuldigten die Gegner, Einkreisungspolitik zu treiben, als ob die Koalition für den Angriff und nicht zur Abwehr eines geplanten Angriffs geschlossen worden wäre. Ihr Hass richtete sich vornehmlich gegen England, das ihrer Meinung nach die Pflicht hatte, ruhig abzuwarten, bis es selbst an die Reihe kommt und Frankreich nicht zur Hilfe eilen durfte.

Die Leichtfertigkeit, mit der die Alldeutschen in

dieser Hinsicht verfahren, entsprang irriger Beurteilung der Ereignisse, die der Reichsgründung vorausgegangen waren. Dass Preussen 1866 allein mit Österreich und 1870/71 allein mit Frankreich zu kämpfen hatte, sei ^{meinten sie,} dem Genius Bismarcks zu verdanken. Es komme demnach nur darauf an, wieder einen solchen Mann an die Spitze der Diplomatie zu stellen. Doch es war nicht das Verdienst Bismarcks, dass Österreich keine Bundesgenossen fand. Österreich galt in der Kulturwelt als der Hort der Reaktion und des intransigenten Katholizismus, als der Unterdrücker Italiens und Ungarns und als der Feind der liberalen Westmächte. Diesem Staate, der von Bischöfen und von Jüngern Metternichs regiert wurde und kurz vor Ausbruch des Krieges die Verfassung sistiert hatte, wollten weder England noch Frankreich Hilfe leisten. Es gab in der Umgebung Napoleons Stimmen, die die Unterstützung Österreichs empfahlen; doch die öffentliche Meinung sympathisierte eher mit Preussen. Der Sieg Preussens wurde in Paris geradezu begrüßt; erst als es zu spät war, erkannte man die Gefahren, die er Frankreich brachte, und erhob den Ruf: Revanche pour Sadova. Englands öffentliche Meinung hat 1870/71 die Methoden der deutschen Kriegführung als barbarisch empfunden; doch die Einigung Deutschlands unter Preussens Führung wurde als die beste Lösung der deutschen Frage angesehen und gebilligt.

Das liberale Prestige Preussens, von dem schon gesprochen wurde, nicht Bismarcks Talent hat die internationale Lage geschaffen, in der Preussen nacheinander seine Gegner isoliert besiegen konnte. Bismarck hat das verstanden und hat nach 1870 Masshalten zum ersten Grundsatz seiner Aussenpolitik gemacht. Nicht weil Wilhelm I, Bismarck und Moltke zu alt geworden waren, hat Deutschland nach 1871 keine weiteren Eroberungskriege mehr geführt, sondern weil Bismarck wusste, dass er es nicht mehr mit einem Staate allein, sondern mit einer grossen Koalition zu tun haben werde. Auch so liess ihn, nach seinem eigenen Geständnis, das cauchemar des coalitions nicht ruhig schlafen.

Die Koalition war 1914 und 1939 zur Stelle. Die Nationalsozialisten haben sich in diesem Punkte ebenso verrechnet wie die Alideutschen.

Die Moral
des deutschen
Nationalismus.

IV. Auf die Lehren des deutschen Nationalismus haben die Schriften der deutschen Philosophen grossen Einfluss genommen. Richtung und Art dieser Einwirkung werden jedoch gewöhnlich falsch beurteilt.

Kants Theorien im Allgemeinen und seine Lehre vom kategorischen Imperativ im Besonderen haben mit dem, was man als preussischen Geist zu bezeichnen pflegt, nichts zu tun.

Der kategorische Imperativ ist nicht der philosophische Ausdruck der preussischen Militärdisziplin. Es war nicht ein Verdienst der preussischen Könige, dass in einer fernen Provinzstadt ein Mann vom Range Kants eine Lehrkanzel gefunden hat. Friedrich II hat sich um Kant nie gekümmert, und Friedrich Wilhelm II kam mit ihm nur in Berührung, als er Kant mit Massregelung bedrohte, wenn er es fürderhin wieder wagen sollte, über Religion zu schreiben. Kant hat sich schweigend gefügt. Es ist verkehrt, den Mann, der "die Präliminarartikel zum ewigen Frieden unter Staaten" schrieb, als einen Vorläufer der Alldeutschen zu erklären, deren Ideal es ist, "für immer im Kriegszustand zu verbleiben",¹⁾ und die sagen: "Krieg ist die ewige Form höhern menschlichen Daseins".²⁾

Wenn man im Interesse für die wissenschaftlich-liebevolle Befassung mit Sitte, Brauch und Lebensform des eigenen Volkes (und fremder Völker) nationalistische Tendenzen erblicken will, dann war Herder Nationalist. Wenn man in Phantasien über die Sendung des eigenen Volkes (und fremder Völker) und über die Absichten, die der Weltgeist durch sie realisieren

1) So neben vielen anderen Th. Fritsch im "Hammer", 1914, S. 541 (zitiert nach Friedrich Hertz, Nationalgeist und Politik, Zürich 1937, I. Bd., S. 467).

2) Vgl. Spengler, Preussentum und Sozialismus, München 1925, S. 54.

will, Nationalismus sieht, dann war Hegel Nationalist. Doch der politische Nationalismus, mit dem wir es hier allein zu tun haben, hat weder mit der Hinneigung zum Studium der nationalen Sprache und Geschichte und zur Volkskunde noch mit der aus solchen Studien nicht selten bewirkten Überschätzung des eigenen Volkes etwas zu tun. Der Eatismus ist nicht einfach Vergottung des Staates und der Gewalt; er ist eine Lehre, die empfiehlt, der Staatsgewalt bestimmte Aufgaben zuzuweisen, die ihr andere Doktrinen nicht zuweisen. Der Nationalismus besteht nicht in der Liebe zur Kultur des eigenen Volkes, nicht in chauvinistischer Überschätzung seines Wertes und nicht in mystischer Verklärung des Kollektivbegriffs Nation. Nationalismus ist eine politische Doktrin, die die Nation durch ihren Staat bestimmte Gewaltmassnahmen vollziehen lassen will. Von dieser politischen Doktrin kann man in den Werken der deutschen idealistischen Philosophie nichts entdecken. Dem Deutschtum, von dem Fichte in den "Reden an die deutsche Nation" spricht, wird nicht empfohlen, mit gepanzerter Faust und mit erbarmungsloser Härte die anderen Völker auszurotten oder zu unterjochen. Auch auf Fichte durfte der Alldeutsche Verband sich nicht berufen.

Die Rolle, die die deutsche Philosophie in der Entwicklung, die zum spezifischen deutschen Nationalismus führte,

gespielt hat, war zweifach. Kant, Fichte, Schelling, Hegel, Schleiermacher, Lotze, Fries, Schopenhauer und alle, die ihnen folgten, haben das gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftliche Gedankengut von Hume, Adam Smith, Ricardo und Bentham nie wirklich kennengelernt, es nie der Mühe wert gefunden, sich mit Gesellschaftslehre und Nationalökonomie zu befassen, und haben geglaubt, dass es eine eines Denkers unwürdige Beschäftigung wäre, den gemeinen Verrichtungen des Erwerbslebens Aufmerksamkeit zu schenken. In Hegels Rechtsphilosophie findet sich zwar eine der klassischen Nationalökonomie entlehnte Darstellung des Marktgetriebes; doch Hegel hat die Tragweite dieser Lehre nicht erfasst. Er hat sie in keiner ~~lei~~ Verbindung mit seinen ⁿ übrigen Lehren gebracht und hat nicht bemerkt, wie schlecht sie sich in sein System einfügt. Dass er sie überhaupt beachtet hat, ist wohl darauf zurückzuführen, dass sie ihm Gelegenheit zur Anwendung der Dialektik bot.¹⁾ Diese Verachtung der Soziologie und Nationalökonomie der Klassiker hat nicht nur den Systemen der idealistischen Philosophie Abbruch getan und ihnen jede Bedeu-

1) Etwa so: "In der Abhängigkeit und Gegenseitigkeit der Arbeit und der Befriedigung der Bedürfnisse schlägt die subjektive Selbstsucht in den Beitrag zur Befriedigung der Bedürfnisse aller anderen um, - in die Vermittlung des Besonderen durch das Allgemeine als dialektische Bewegung." Vgl. Hegel, a.a.O., S. 163.

tung für die Wissenschaften vom menschlichen Handeln genommen. Sie hat auch im deutschen gebildeten Publikum jene Luft von Lebensfremdheit und Wirtschaftsfeindschaft geschaffen, in der Interventionismus und Sozialismus leicht Prose-lyten werben konnten. Es sei dahingestellt, ob man Fichtes Geschlossenen Handelsstaat als sozialistische Schrift bezeichnen darf; er ist wohl mit mehr Recht als eine Nachbildung der Staatsromane von Platon, Thomas Morus und Campanella anzusehen. Doch die Junghegelianer und die Neukantianer führten ihre Unvertrautheit mit der Nationalökonomie und ihre Abneigung gegen den banausischen Erwerbgeist dem Sozialismus zu.

Verhängnisvoller noch waren die Wirkungen der intuitionistischen Ethik. Mit Ausnahme Feuerbachs haben alle deutschen Philosophen den ^{Eu} ~~End~~ämonismus schroff abgelehnt. Auch da war es wieder die Unkenntnis der englischen und schottischen Denker, die den Ausschlag gegeben hat. Der Utilitarismus konnte als eine Lehre der schmutzigen Selbstsucht angesehen werden, weil man sich gar nicht die Mühe geben wollte, ihn zu studieren. Nie haben die grossen deutschen Philosophen, ungeachtet des Scharfsinns und der Gründlichkeit, mit der sie zu Werke gingen, die Gesellschaftslehre des Utilitarismus begriffen, nie haben sie den Sinn der Interessenharmo-

nie und des "vorläufigen Opfers" erfasst. Das Sittengesetz erschien ihnen als eine Forderung, deren Befolgung dem Einzelnen Verzicht zu Gunsten fremder Interessen auferlegt. Die Einsicht blieb ihnen fremd, dass jeder Einzelne durch gesellschaftsbejahendes Verhalten seinen eigenen Interessen besser dient als durch gesellschaftszerstörendes Verhalten, weil Erhaltung und Ausgestaltung der gesellschaftlichen Kooperation für jeden Einzelnen Bedingung seiner eigenen Wohlfahrt ist. Ihre Ethik war heteronom; der Gott der Kirche oder die göttliche Stimme des Gewissens in unserer Brust erheben die moralische Forderung, der der Einzelne folgen soll, obwohl der Gehorsam ihm Schaden bringt.

Diese Lehre musste mit der fortschreitenden Ausbreitung des Unglaubens zum Amoralismus führen. Da man die religiösen Satzungen nun als Menschenwerk ansah, musste man die Frage aufwerfen, wem sie dienen sollten. Der Gedanke, dass sie dem Interesse aller Menschen dienlich sein könnten, konnte in dem Volke, dem seine grossen Denker den Utilitarismus verächtlich gemacht hatten, nicht aufkommen. Der Marxismus will das Sittengesetz als Verhüllung der Interessen der ausbeutenden Klassen entlarven. Für Nietzsche ist die herrschende Moral umgekehrt das Ergebnis eines von den Schwachen und Unedlen den Starken und Edlen listig aufgeschwatzten Sys-

tems. Die Schwachen hätten in ihrem Ressentiment die echten Werte entwertet und durch Normen ersetzt, die die Starken an der Ausnützung ihrer Überlegenheit hinderten. Dieses Sittengesetz, in dem die Sklaven und Unterdrückten ihre Werte den Herren aufgedrängt haben, muss durch eine neue Umwertung aller Werte gestürzt und durch robustere Ideale ersetzt werden. Die moralischⁿfreie Sittlichkeit der Zukunft wird den Starken nicht mehr verbieten, von ihrer Stärke rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Wenn der Amoralismus des deutschen Nationalismus seine Lehren in dem kurzen Satze zusammenfasst: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt", wird man vom Standpunkte utilitaristischer Auffassung der Ethik ihm durchaus zustimmen. Doch die entscheidende Frage lautet: Was nützt dem deutschen Volke ?

Nicht darin irren die deutschen Nationalisten, dass sie die Moral unter dem Gesichtspunkte der Zweckmässigkeit und der Nützlichkeit betrachten, sondern darin, dass sie nicht begriffen haben, dass die gesellschaftliche Kooperation allen Menschen nützt, dass die Bindung des Handelns an Moralvorschriften der Erhaltung und weiteren Ausgestaltung der Gesellschaft dient und dass es daher im Interesse aller einzelnen Menschen und Menschengruppen liegt, an dieser Bindung festzu-

halten. In den Augen der deutschen Nationalisten sind die Moralgebote nichts als eine listige Erfindung der Juden und einer besonders gefährlichen jüdischen Sekte, des Christentums, und ihr alleiniger Zweck ist die Fesselung der Starken, der arischen Edelrasse, zu Gunsten der Schwachen, der minderwertigen Unterrassen. Diese Fesseln zu sprengen und damit die deutsche Freiheit wiederherzustellen, erachten sie als ihre Aufgabe. Nie haben sie die Frage aufgeworfen, ob denn die Beseitigung dieser Bindungen nicht den Deutschen selbst zum Unheil gereichen könnte. Sie sind fest durchdrungen von der Überzeugung, dass sie, einmal frei von moralischen Bindungen, durch Taten, die jene Schwachen in ihrem Ressentiment Verbrechen nennen, die anderen Völker unterjochen werden. Sie zweifeln nicht an dem endlichen Sieg ihrer Sache. So argumentieren sie im Hinblick auf den gegenwärtigen Krieg: "Siegen wir, dann ist dieser Krieg der letzte gewesen und unsere Hegemonie ist für alle Zeiten gesichert. Denn wir werden als Sieger die Franzosen und Engländer ausrotten, so dass eine Wiederaufnahme des Kampfes nicht zu befürchten ist. Siegen aber dieses mal noch unsere Feinde, dann werden sie, die sich an die Gebote der Moral gebunden erachten, uns einen milden Frieden auferlegen, vielleicht ein neues Versailles, vielleicht auch noch Schlimmeres, doch jedenfalls einen Frieden,

der uns nach einigen Jahren erlaubt, den Kampf von Neuem zu beginnen. So werden wir immer wieder kämpfen, bis wir unser Ziel, die Ausrottung der Feinde endlich doch erreichen." Auf den Gedanken, dass die anderen Völker diese Taktik durchschauen könnten und als Sieger zur Ausrottung der besiegten Deutschen schreiten könnten, kommen die Nationalsozialisten nicht. Denn jene anderen Völker sind doch dekadent, d.h. sie befolgen die Gebote der Sklavenmoral; sie werden daher die Besiegten schonen.

Doch nehmen wir an, es werde den Deutschen einmal gelingen, den Sieg zu erringen und das, was sie den Deutschen Frieden nennen, der Welt aufzuerlegen. Wird ein deutscher Staat, wird ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken der Deutschen auf Grund der Moral des Starken möglich sein? Der Grundsatz: Recht ist, was dem Starken nützt, wird in diesem Staate jede Gruppe, die sich stark genug fühlt, dazu treiben, durch Gewaltanwendung nach der Herrschaft zu streben, um den Rest des Volkes zu unterjochen. Denn darüber, was dem deutschen Volk nützt, entscheidet doch wieder nur die stärkere Gewalt. Die Anerkennung dessen, was die deutschen Nationalisten Moral nennen, muss zu unaufhörlichen Kämpfen im Innern führen, vielleicht nicht zum Kriege aller gegen alle, doch jedenfalls zum Kriege aller Gruppen gegen alle Gruppen. Die

Moral der Nationalisten hat es gebilligt, dass Hitler den Widerstand, den seine Bestrebungen innerhalb des deutschen Volkes gefunden haben, durch seine Privattruppen, die Sturmabteilungen, gewaltsam niederwerfen liess; die Legitimierung seiner Herrschaft beruht auf den in den Saal- und Strassenkämpfen erfochtenen Siegen. Wer stark genug ist, wird auch in Hinkunft durch dieselben Mittel zum Erfolg zu gelangen suchen. Das nationalistische Moralprinzip führt zum ewigen Bürgerkrieg.

Der Starke, sagt der deutsche Nationalist, hat nicht nur das Recht, sich der offenen Gewalt zu bedienen. Wo es nottut, darf er auch List gebrauchen. Nicht nur Mord und Todschlag, auch Lüge, Verläumdung und Betrug sind ihm gestattet. Im Dienste des edlen Zwecks, den er anstrebt, ist jedes Mittel heilig. Doch wer soll entscheiden, welcher Zweck edel und gut ist ?

Der deutsche Nationalist antwortet darauf ganz naiv und ehrlich: gut und edel ist das, was ich und meine Gesinnungsgenossen dafür halten, was das gesunde Volksempfinden als gut und edel ansieht. Doch welches Volksempfinden ist gesund und welches ist ungesund ? Darüber, meint der Nationalist, kann es unter echten Deutschen keinen Zwiespalt geben. Doch wer ist ein echter Deutscher ? Welches Denken ist deutsch

und welches undeutsch ? Wessen Gedanken sind deutscher, die von Lessing, Goethe und Schiller oder die von Hitler und Goebbels ? War Kant, der den ewigen Frieden wollte, deutsch oder sind Spengler, Rosenberg und Hitler, die im Pazifismus die schimpflichste und verwerflichste Gesinnung erblickten, deutsch ? Dass es auch unter Menschen, denen die Nationalsozialisten die Zugehörigkeit zum deutschen Volke nicht abzusprechen vermögen, Meinungsverschiedenheit gibt, ist nicht zu bestreiten. Die Nationalisten sagen: diese Deutschen haben bedauerlicherweise undeutsche Ideen. Doch wenn nicht alle Deutschen immer deutsch denken und gesinnt sind, wer ist dann berufen zu entscheiden, welche Gedanken, die von Deutschen gedacht wurden, deutsch sind und welche undeutsch ? Man sieht, dass auf diesem Weg eine befriedigende Antwort nicht gefunden werden kann, es sei denn die, dass als gut, edel, gesund und deutsch das zu gelten habe, was die dafür halten, die durch Todschatz und List im Bürgerkriege gesiegt haben.

Wie alle Statisten verkennen die Nationalisten die Bedeutung und den Sinn der Bindungen, die Moral und Recht der Betätigung der Regierung auferlegen. Die Obrigkeit soll ungehemmt ihre auf die Wohlfahrt des Ganzen gerichteten Bestrebungen durchführen können. Der Rechtsstaat, in dem der Buchstabe des Gesetzes beachtet werden muss, soll durch den Wohl-

fahrtsstaat ersetzt werden, in dem die Regierung frei schalten darf. In diesem Sinne geschah es, dass man überall seit Jahrzehnten die Sphäre, in der die Obrigkeit nach ihrem Ermessen vorgehen darf, erweitert und die subjektiven Rechte der Bürger und ihren Schutz durch unabhängige, in ihrer Rechtsprechung an die Gesetze gebundene Gerichte eingeschränkt hat. Die deutschen Nationalisten wenden auch in diesem Punkte die Grundsätze des Etatismus folgerichtig an, wenn sie die Norm nulla poena sine lege beseitigen und die Rechte, die dem Angeklagten im Verfahren zur Verteidigung zukommen, einschränken wollen. Das Gericht soll "nach gesundem Volksempfinden" urteilen und strafen. Doch wieder muss gefragt werden, was dieses gesunde Volksempfinden anderes sei als die subjektive Auffassung derer, die die Sieger in Bürgerkriege zum Richteramt berufen haben.

Als die radikalen Marxisten im Winter 1918/1919 kurze Zeit in Bayern an der Macht waren, schufen sie Volksgerichte, um Rachejustiz an ihren Gegnern zu üben. Doch diese Gegner warfen bald die Münchener Rätediktatur nieder und behielten die Volksgerichte bei. Nun dienten die Volksgerichte der Verfolgung derer, die sie einst geschaffen hatten; die Freunde Eisners fielen in die Grube, die sie selbst gegraben hatten. Auch die Nationalsozialisten werden vielleicht einmal ähnli-

che Erfahrungen machen, wenn andere über sie nach "gesundem Volksempfinden" richten sollten.

Nation und Individuum.

V. Man konnte die Morallehren des Nationalismus aller Völker nicht ärger verkennen als durch die Behauptung, dass sie vom Einzelnen einen dauernden Verzicht auf eigenes Wohlergehen zu Gunsten der Grösse, des Ruhmes und der Ehre der Nation fordern. Wohl rufen die Führer bei chauvinistischen Feiern und Festen dem Einzelnen zu: Du musst Dein Glück opfern, ja Du musst, wenn es von Dir verlangt wird, selbst in den Tod gehen, damit Dein Volk gross, reich und geachtet werde. Doch sie setzen dabei als selbstverständlich voraus, dass Glück und Gedeihen der Einzelnen durch die Grösse, die Macht und das Prestige der Nation bedingt ist. Der Einzelne kann seine eigenen Belange nur dadurch fördern, dass er mithilft, sein Volk gross und mächtig zu machen. Das Opfer, das von ihm verlangt wird, ist ein provisorisches Opfer; handle, heisst es, so und nicht anders, auf dass Du und Deine Kinder und Kindeskinde glücklich werden. Wer sagt: "Kanonen sind wichtiger als Butter", will sagen: Verzichtet jetzt auf Butter, damit wir die Kanonen beschaffen, mit deren Hilfe es uns gelingen wird, für spätere Zeit weit reichere Versorgung mit Butter und vielen

wären. Der Handelsneid der Engländer, die Revanchelust der Franzosen und die Missgunst der übrigen Völker lauerten, meinte man, nur darauf, über das Reich herzufallen und es zu vernichten. Man wies bald auf die slavische, bald auf die gelbe Gefahr hin. Die Hoffnung, Deutschland könne friedlich in den Tag hineinleben, sei trügerisch; die Liberalen, die von dem Beginn eines Zeitalters des ungestörten Friedens fasseln und damit den deutschen Wehrwillen schwächen, leisten, *sagte man,* bewusst oder unbewusst, den Feinden Vorschub. Das deutsche Volk habe nur die Wahl, unterzugehen oder in harten Kämpfen den Vernichtungswillen der Feinde zu brechen und die Vormacht Europas und der ganzen Erde zu werden.

Dass der einzelne Bürger sein eigenes Wohl nur dadurch fördern könne, wenn er sich der Staatsführung ganz unterordnet und sich in die Armee als gehorsamer Soldat einreihet, und dass diese Loyalität gegenüber dem eigenen Volke zugleich Pflicht eines jeden Einzelnen sei, sind Auffassungen, die jeder Nationalismus teilt. Das was den deutschen Nationalismus kennzeichnet ist auch nicht das, dass er diese Verpflichtung nicht nur den Deutschen im Reiche auferlegt, sondern allen Volksdeutschen, allen, die er zum deutschen Volke rechnet. Der Nationalismus der Italiener, der Serbo-Croaten, der Rumänen, der Polen, der Bulgaren und der Griechen verhielt sich ebenso. Das besondere des deutschen Na-

tionalismus lag darin, dass er diese unbedingte Loyalität für einen Kampf um das Weltimperium forderte.

Dem Einzelnen wird dabei das Recht abgesprochen, das von den Führern aufgestellte Programm oder auch nur einzelne Teile dieses Programms in Frage zu ziehen. Was deutsch ist und was dem deutschen Volke nützt, wissen allein die Führer; der Einzelne ist zu beschränkt, um das zu erfassen. Indem die Führer ihre Partei national, vaterländisch und deutsch nennen, wollen sie zeigen, dass alle anderen Parteien volksfeindlich, unpatriotisch und undeutsch sind. Es wird nicht gestattet daran zu zweifeln, dass wer für Freihandel, Frieden, Beschränkung der Rüstungen und Schonung des Empfindens der fremdnationalen Minderheiten im Reich und der fremden Völker ausserhalb des Reichs eintritt, nur den Gegnern des deutschen Volkes auf Kosten des deutschen Volkes helfen will.

Treten Deutsche mit der Behauptung auf, dass das nationalistische Programm die Interessen des deutschen Volkes verkenne und dass seine Durchführung das deutsche Volk schädigen müsste, so wird mit ihnen nicht diskutiert. Es wird ganz einfach festgestellt, dass die Kritiker undeutsch denken. Damit ist alles erledigt. Der Liberalismus wird als englisch-jüdische Doktrin entlarvt. Engländer und Juden mögen ihre guten Gründe haben, Freihandel zu fordern; ein Deutscher, der

sich zum Freihandel bekennt, habe kein nationales Empfinden. Es sei ein Wahn, zu glauben, es könnte so etwas wie eine internationale Wissenschaft geben. Jedem Volk sei eine besondere Art zu denken eigen, und Wissenschaft könne nicht standpunktlos, gewissermassen im luftleeren Raume betrieben werden. Die logische Struktur des Denkens sei bei jedem Volke verschieden. Wissenschaft, insbesondere Wissenschaft vom menschlichen Handeln, müsse artgemäss sein, d.h. der besonderen nationalen Denkstruktur entsprechen. Es sei ein besonderes Verhängnis des deutschen Volkes gewesen, dass es dem *Ju-*
~~Es~~glauben, man könne wissenschaftliche Theorien vom Auslande übernehmen, anheimgefallen ist. Die deutsche Wissenschaft sei überfremdet, sie habe die Lehren des englischen Liberalismus und des jüdischen Freihandels übernommen und damit ihren deutschen Charakter aufgegeben. Es tue not, sie durch deutsches Denken und deutsche Wissenschaft zu ersetzen.

Doch was ist deutsch ? Und was nützt dem deutschen Volke ? Immer wieder muss die Erörterung zu diesem Punkte zurückkehren.

Der Polylogismus.

VI. Man wird den Nationalismus im Allgemeinen und den deutschen Nationalismus im Besonderen nie verstehen, wenn man nicht auf seine Herkunft aus der grossen geistigen Strömung des 19. Jahrhunderts, aus dem Polylogismus achtet.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts haben die Menschen immer für unzweifelhaft erachtet, dass die logische Struktur des menschlichen Denkens allen Menschen gemein sei. Es gibt Menschen, die weiter und schärfer zu denken vermögen als andere; es gibt Menschen, deren Verstand längeren Schlussketten nicht zu folgen vermag. Doch so weit ein Mensch denkt, befolgt er dieselben Denkverfahren, die alle anderen im Denken befolgen. Es gibt Menschen, die nur bis drei zählen können; doch sie zählen bis drei nicht anders als Gauss und Laplace bis drei zählten. Kein Geschichtsschreiber und kein Reisender hat uns je Kunde gegeben von Menschen, für die etwa A und Nicht-A identisch wären oder die zwischen Bejahung und Verneinung nicht unterscheiden würden. Es kommt vor, dass Menschen im Denken Verstösse gegen die allgemeinmenschlichen Gesetze der Logik machen. Doch wer ihren Gedankengang nachprüft, vermag den oder die Schnitzer aufzuzeigen. Weil alle Menschen diesen Sachverhalt als fraglos gegeben ansehen, lassen sie sich mit anderen Menschen in Diskussionen ein, suchen

sie zu beweisen und zu widerlegen. Alle zwischenmenschlichen Beziehungen haben diesen Sachverhalt zur Voraussetzung; gesellschaftliche Kooperation von Menschen wäre in einer anders beschaffenen Welt, die unser Denken überhaupt nicht fassen könnte, unmöglich. Belehrung und Unterricht, Gespräch und schriftliche Mitteilung wären sinnlos.

Dieser feste Glauben an die Einheit und Unveränderlichkeit der logischen Struktur des Denkens wurde um die Mitte des 19. Jahrhunderts angegriffen. Der Marxismus lehrte, dass das Denken durch die Klassenlage des Denkers bedingt sei. Was er hervorbringen könne, habe daher nur bedingten Charakter; es sei nicht etwa Wahrheit, sondern Ideologie, d. h. - im Sinne der marxistischen Verwendung dieses Ausdrucks - Verhüllung der Sonderinteressen der Klasse, der der Denker angehört. Unter solchen Umständen ist Diskussion zwischen Menschen, die verschiedenen Klassen angehören, nutzlos und vergeblich. Man hat Ideologien nicht zu widerlegen, sondern ihren Klassencharakter, d.h. die Klassenangehörigkeit ihres Urhebers, zu enthüllen. Damit hat der Marxismus sich der Aufgabe entledigt, die Lehren der Nationalökonomie zu widerlegen. Es genügt ihm, diese Nationalökonomie, aus der die Zweckmässigkeit des wirtschaftlichen Liberalismus auf der einen Seite und die Sinn- und Zweckwidrigkeit des Interventio-

nismus und die Undurchführbarkeit des Sozialismus auf der andern Seite durch logisch unanfechtbare Schlussketten abgeleitet werden muss, einfach als "bürgerliche" Wissenschaft, als Klassenlehre der Bourgeoisie, zu entlarven.

Die Spielart des Polylogismus, mit der wir uns hier allein zu befassen haben, spricht den verschiedenen Völkern und Rassen besondere Denkstrukturen zu. Es gibt arisches Denken und unarisches Denken; es gibt deutsches Denken, englisches, französisches und besonders auch jüdisches Denken. Eine Verständigung zwischen Angehörigen verschiedener Rassen und Völker kann nicht erzielt werden, weil eben die logische Struktur des Denkens verschieden ist. Der Rassen- und Volkscharakter, der dem ^{Rassen} ~~Volke~~ jedes Einzelnen eine besondere, nur den Angehörigen dieser ethnischen Gruppe eigene Art aufprägt, weist auch dem Denken den Weg. Allgemeinmenschliche Wissenschaft kann es daher nicht geben. Wer glaubt, für alle Menschen gültige Lehren vorzutragen, irrt; was er vorbringt, ist, ob er sich nun dessen bewusst ist oder nicht, rassen- und volksgebundene Doktrin. Der britischen und der jüdischen Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftslehre muss das deutsche Volk seine artgemässe Wissenschaft entgegenstellen. Es wäre sinnlos, den Versuch zu machen, sich mit dieser fremdnationalen Wissenschaft auseinanderzusetzen. Man hat zu ver-

stehen, dass Briten und Juden als Söhne ihres Volkes und ihrer Rasse eben anders denken müssen als Deutsche. Was sie denken, ist für Deutsche belanglos. Der Deutsche hat seine eigene deutsche Wissenschaft auszubauen und braucht dem Fremden dabei nur insoweit Beachtung schenken, als ihn seine Betrachtung in der besseren Erkenntnis seiner eigenen Art fördern kann.

Um zu einer Beurteilung dieser Lehre zu gelangen, muss man auf zwei Punkte achten.

Die nationalistisch-rassistische Spielart des Polylogismus unterlässt es ebenso wie alle anderen Spielarten dieser Lehre, zu zeigen, worin die Verschiedenheit der logischen Struktur des Denkens der verschiedenen Völker und Rassen liegt. Es genügt nicht einfach zu behaupten, die Wertlehre von Menger, Walras und Jevons oder die Ricardo'sche Lehre von den Wirkungen der Handelsbeschränkungen (oder die Einstein'sche Relativitätstheorie oder die Cantor'sche Mengenlehre) wären undeutsch und damit den Fall für erledigt anzusehen. Man müsste auf die so gebrandmarkten Lehren eingehen, müsste ihren Gedankengang Schritt für Schritt verfolgen und genau aufzeigen, an welcher Stelle eine Schlussfolgerung gezogen wird, die vom Standpunkte der arischen oder deutschen Logik als Fehlschluss anzusehen ist. Und man müsste

weiter zeigen, wie in diesem Punkte ein Arier oder Deutscher zu schliessen hätte. Das aber ist bisher unterlassen worden und wird aus leicht begreiflichen Gründen auch in Hinkunft unterbleiben.

Dann aber ist zu bemerken, dass die Tatsache nicht zu bestreiten ist, dass es auch unter Ariern und unter Deutschen Meinungsverschiedenheit in vielen Dingen gibt und dass viele Arier und Deutsche die Theorien und Doktrinen, die von Nichtariern oder von Nichtdeutschen erdacht wurden, als richtig anerkennen. Lessing und Goethe, denen noch niemand die Zugehörigkeit zum deutschen Volke abgesprochen hat, bekannten sich zu den Lehren Spinozas, Schiller dachte liberal, Kant war Pazifist, und es ist trotz eifrigster Stammbaumforschung nicht gelungen, unter den Vorfahren Carl Menger's einen Bekenner der jüdischen Religion zu entdecken.¹⁾ Jeden Tag ergeben sich zwischen Leuten, die einander nicht die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum absprechen wollen, Meinungsverschiedenheiten; jede Seite wirft dabei der andern vor, dass sie undeutsch denke und demgemäss handle. So z.B. waren alle deutschen Nationalisten immer der Meinung, dass im Interesse

1) Ich will nur bemerken, dass es mir nicht entgangen ist, dass es Professoren gegeben hat, die Lessing als "Semiten" bezeichnet und bei Schiller "keltischen Blutzusatz" entdeckt haben.

des deutschen Volkstums alles daran gesetzt werden müsse, die deutschen Siedlungen in Südtirol, in den ehemaligen baltischen Provinzen Russlands und in den Karpathenländern zu erhalten. Wenn jemand anderes behauptet oder gar empfohlen hätte, wäre er als Verräter bezeichnet worden. Wenn ein Staatsmann, etwa Stresemann, den Versuch gemacht hätte, diese Deutschen zur Abwanderung zu zwingen, hätte ihn wohl das Schicksal Rathenau's ereilt, und alle Nationalisten hätten die Tat bejubelt und als gerechte Strafe für undeutsches Denken und Handeln angesehen. Heute ist es so, dass die Entdeutschung dieser Länder Ziel der deutschen Politik ist und dass die betroffenen deutschen Männer und Frauen, die anderer Auffassung sind, ob ihres undeutschen Denkens heftig getadelt, ja grausam verfolgt werden. Was aber ist deutsches Denken, wenn nicht jeder Deutsche notwendigerweise kraft seiner Volkzugehörigkeit deutsch denken muss und wenn zwischen Deutschen Meinungsverschiedenheit möglich ist ?

Das, was von den deutschen Nationalisten als spezifisch deutsches Denken in nationalökonomischen Dingen angesprochen wird, ist keineswegs verschieden von gleichlaufenden Erscheinungen bei anderen Völkern. Die Lehren der deutschen historischen Schule der Staatswissenschaften, die heute von nationalsozialistischen Universitätslehrern als deutsche

Volkswirtschaftslehre bezeichnet wird, unterscheiden sich im Verfahren und in den Ergebnissen keineswegs von den Lehren der amerikanischen Institutionalisten und von denen der englischen und französischen historischen Schule. Diese Schule, die als spezifisch deutsch bezeichnet wird, ist ganz auf den Ideen des Genfers Sismondi und der französischen Sozialisten aufgebaut; von ihren älteren Vertretern haben Brentano und Held nichts anderes getan, als englische Ansichten den Deutschen vermitteln. Nicht vergessen darf auch der Anteil werden, den Männer jüdischer Herkunft an der Ausgestaltung ihrer Lehren genommen haben; es genügt auf den Einfluss von Marx und Lassalle und auf die Namen Gustav Kohn und Georg Adler hinzuweisen. Andererseits haben auch Männer, die selbst die Nationalsozialisten als Deutsche ansehen, entscheidend am Ausbau der "englisch-jüdischen" Lehre mitgewirkt; man denke etwa an Gossen und Wieser. Es ist ganz unsinnig, den Gegensatz zwischen der nationalökonomischen Theorie und den empiristischen Versuchen der Historiker und Statistiker als nationalen Gegensatz zu kennzeichnen.

Es ist dem Nationalismus nicht gelungen, die liberale Lehre von der Harmonie der richtig verstandenen Interessen aller Völker und von den Wirkungen der Handelsbeschränkungen zu erschüttern; es ist ihm nicht gelungen, dem System der

modernen subjektivistischen Katallaktik, das er ohne Erfolg anzugreifen versuchte, irgendwelche Gedanken entgegensetzen, die der Kritik standhalten können. Dieses Versagen wird nur schlecht dadurch beschönigt, dass man sich darauf beruft, man treibe eben deutsche Wissenschaft, und jede Andersdenkenden als undeutsch erklärt.

Indem der Nationalismus an die Stelle der Unterscheidung von wahr und unwahr, von richtig und unrichtig, von folgerichtig und widersprechend die Unterscheidung von deutsch und undeutsch setzt, setzt er an die Stelle der Vernunft die Gewalt. Denn was als national und als deutsch gelten soll, kann weder durch diskursives Denken gefunden werden noch in Erörterungen, die mit logischen Mitteln unter Menschen friedlich geführt werden, den Mitmenschen plausibel gemacht werden. Wenn der Liberale erklärt: dem deutschen Volk nützt, was durch vernünftige Auseinandersetzung zwischen vernünftigen Menschen als dem deutschen Volke nutzbringend erkannt wurde, sagt der Nationalist: als dem deutschen Volke nützlich hat zu gelten, was eine Gruppe, die sich der Herrschaft über das deutsche Volk durch Gewalt bemächtigt hat und die übrigen Deutschen zum schweigenden Gehorsam zwingt, als Gesetz verkündet. Das berühmte Prinzip Stahl's, des Theoretikers der preussischen Konservativen, "nicht Majorität, Autorität",¹⁾ sollte richtig

1) Dass sich die Nationalsozialisten nicht ausdrücklich auf Stahl berufen, hat seinen Grund nur darin, dass Stahl Jude war.

lauten: "nicht friedliche Erörterung des Für und Wider, sondern gewaltsame Unterdrückung des Willens der unbewaffneten Menge durch eine bewaffnete Prätorianerschar". Wilhelm II pflegte zu sagen: "Wo die Garde auftritt, da gibt es keine Demokratie".¹⁾ Wenn nicht die Mehrheit entscheiden soll, dann kann eben nur die Gewalt entscheiden, die die Mehrheit überwältigt hat. Im parlamentarischen System regiert die Mehrheit, da wird vorher verhandelt, diskutiert und parlamentiert und schliesslich durch Abstimmung Beschluss gefasst; im autoritären System regiert der Diktator, der sich auf die Gewalt stützt. Wer die Parlamentsregierung stürzen will, muss seinen Mitbürger durch Reden und Schreiben die Überzeugung beizubringen suchen, dass er die Geschäfte besser zu besorgen versteht. Wer den Diktator stürzen will, muss eine Truppe sammeln und organisieren, mit der er die Garde der Tyrannen überwältigen kann.

Der Polylogismus führt unentrinnbar zur Herrschaft der Gewalt.

1) Vgl. Ziekursch, a.a.O., III.Bd., S. 406.

Die Rolle der
Gewalt im
Nationalismus.

VII. Nicht das Bekenntnis zur Gewalt, sondern die besonderen Ziele, die er durch Gewaltanwendung erreichen will, unterscheiden den deutschen Nationalismus von dem anderer Völker.

Polen, Magyaren, Rumänen und andere Ostvölker sind zahlenmässig zu schwach, um ihrem Nationalismus so weite Ziele zu setzen wie die Deutschen. Doch kein Nationalist will eine andere Lösung für das Problem der Einordnung seines Nationalstaats in die Staatengesellschaft gelten lassen als die durch Gewalt. Kein Nationalist will auch nur auf einen Fussbreit Landes, den er für sein Volk in Anspruch zu nehmen sich für berechtigt hält, verzichten, um friedliche Absteckung der Grenzen seines Staates zu ermöglichen. Fragt man einen Magyaren, Rumänen oder Polen wie er sich denn die Durchsetzung seines Programmes denke, dann antwortet er mit dem Hinweis auf die Grösse und unübertreffliche Tapferkeit der magyarischen, rumänischen oder polnischen Armee und auf die Hilfe von Bundesgenossen, die die Diplomatie werben wird. Diese Politik führt dazu, dass jeder Nationalstaat mit allen seinen Nachbarn in Todfeindschaft lebt. Den Rumänen sind die Magyaren, Russen und Bulgaren Todfeinde, den Polen die Deutschen, Litauer, Russen, Tschechen und Slovaken, den Magyaren die Tschechen, Slovaken, Russen, Rumänen, Serben, Croaten und Slovenen.

Wenn die Magyaren im Augenblick ihre Ansprüche auf das Burgenland nicht öffentlich zum Ausdruck bringen, so bedeutet das nicht etwa, dass sie auf diese Revindication verzichten wollen. Es wäre nur heute zu gefährlich, das Deutsche Reich herauszufordern. Sobald der österreichische Staat wiederhergestellt sein wird, werden auch diese Ansprüche wieder geltend gemacht werden. Es ist für ein vom Nationalismus besessenes Volk ganz undenkbar, mit den Nachbarvölkern im Frieden zu leben.

Der deutsche Nationalismus glaubt seine Ansprüche auf die hohen Kulturleistungen des deutschen Volkes stützen zu dürfen. Er sieht nicht, wie grotesk es ist, sich auf Kant und Schiller, auf Herder und auf Goethe, auf Mozart und auf Beethoven zu berufen, wenn man Länder erobern will. Doch auch die Rumänen und die Magyaren, die Bulgaren und die Slovaken weisen stolz auf ihre Kultur hin, wenn sie ihre Ansprüche rechtfertigen wollen, und sind felsenfest davon überzeugt, dass nur Übelwollen und Missgunst bestreiten könnten, dass ihre Kultur unvergleichlich höher stehe als die ihrer respektiven Nachbarn.

So haben wir es erlebt, dass die Polen ihrem Staat Millionen Ukrainer und Weissrussen einverleibt haben, dass sie den Litauern Wilna abgenommen haben und dass sie bei der

ersten Gelegenheit, die sich bot, über die Tschechen herfallen, um ihnen ein Stück Land zu entreissen. So haben Masaryk und Benesch ihrem Staat nicht nur viele Millionen Sudetendeutsche, alle Slovaken und viele hunderttausend Magyaren eingegliedert; sie haben auch noch Stücke von Niederösterreich mitgenommen. Heute werden manche Polen und Tschechen bereit sein, unter vier Augen zuzugeben, dass dies Verblendung war. Doch wenn eine Änderung der politischen Lage den Tschechen und Polen wieder Gelegenheit geben sollte, ihrem Nationalismus freien Lauf zu lassen, werden sie nicht anders vorgehen als damals, und kein Tscheche oder Pole wird es wagen, seine Stimme gegen solche Überspannung des Nationalismus zu erheben.

Wenn der deutsche Nationalismus sich in Bezug auf Südtirol, die baltischen Länder und die Karpathendeutschen anders benommen hat, so erklärt sich auch das durch die besonderen Bedingungen, unter denen er steht, und durch die Pläne, die er verfolgt. Wenn man auf dem Sprunge ist, ganz Frankreich zu ^{annektieren,} ~~erobern,~~ kann man ruhig auf die baltischen Küstengebiete, auf sarmatische Dörfer und auf die Dolomiten verzichten.

Deutscher Nationalismus
und
Nationalsozialismus.

VIII. Alle Ideen des deutschen Nationalismus sind lange vor 1914 erdacht worden. Nicht ein einziger Gedanke fehlte.

Nichts ist ihm später hinzuzufügen gewesen, und nichts ist ihm später hinzugefügt worden. In den Schriften und Reden von Hitler, Goering, Goebbels, Rosenberg, Feder, Spann, Spengler, Sombart und aller übrigen Nationalsozialisten ist nicht eine Spur von Neuem zu entdecken. Alles hatten schon *Langbehn,* Lagarde, Treitschke, Schmoller, Rohrbach, Hasse, Class, Naumann, Bernhardi und viele andere weit besser, klarer und vollständiger dargelegt. Der Nationalsozialismus stand schon vor dem Weltkrieg fertig da. Er ist nicht etwa, wie man irrigerweise anzunehmen pflegt, ein Produkt des Krieges und des Vertrages von Versailles. Er hat das deutsche Volk in den Weltkrieg geführt und hat im Kriege seine Politik bestimmt.

Die überwiegende Mehrzahl der Deutschen im Reiche und ausserhalb des Reiches hing schon vor dem Kriege diesen Ideen an. Die Männer, die Ämter bekleideten, legten sich in ihren öffentlichen Äusserungen eine gewisse Zurückhaltung auf; doch sie dachten nicht anders als die Alldeutschen und bekannten sich im vertrauten Kreis zu deren Ideen. Diese Ideen waren der Leitstern der Aussenpolitik und der Rüstungspolitik.

Die Mässigung, die die offiziellen Kreise zur Schau

trugen, entsprang taktischen Erwägungen. Man durfte England nicht herausfordern, ehe die deutsche Flotte stark genug war, es mit der englischen aufzunehmen. Dass die englischen Staatsmänner mit wachsendem Unbehagen den Fortschritt des deutschen Flottenbaus verfolgten, war bekannt. Die deutsche Seerüstung konnte doch kein anderes Ziel haben als das, England anzugreifen. Die amtliche Erklärung des Flottenbaus, dass man den deutschen Handel schützen müsse, täuschte die Engländer nicht. Niemand bedrohte im Frieden die deutsche Seefahrt. Seit die Seeräuber von den Meeren verschwunden waren, bedurften Handelsschiffe nicht mehr des Geleites von Kreuzern. Tirpitz baute ^{übrigens} nicht nur Kreuzer, er baute auch Linienschiffe, deren Aktionsradius nur eine Verwendung gegen England zuliess.

Man muss sich eigentlich darüber wundern, dass das Ausland nicht stärker beunruhigt wurde, als es der Fall war. Allerdings lesen Engländer und Franzosen weder deutsche Bücher noch deutsche Zeitungen. Die englischen Staatsmänner und Politiker, die einige deutsche Luxushotels besucht hatten und einige Deutsche persönlich kannten, glaubten Deutschland zu kennen. Wenn ein Engländer gar einmal in der Messe eines Potsdamer Garderegiments gespeist oder auf einem Berliner Hofball getanzt hatte, umgab ihn der Nimbus besonderer Ver-

trautheit mit Land und Leuten. Doch schliesslich musste genauere Kunde vom Wandel der deutschen Mentalität nach England dringen. Aber die Engländer hielten die Pläne der deutschen Nationalisten für so verrückt, dass sie sie nicht ernst nahmen.

In einem Punkte nur wichen die Anschauungen eines Teil der Vorkriegsnationalisten von denen der heutigen Nationalsozialisten ab. Die Fürsten und der Adel, die Offiziere und die nichtadeligen Familien, denen der Zutritt zur Offizierslaufbahn offen stand, dachten nicht daran, auf ihre Privilegien zu verzichten. Auch sie wollten das Gross- und Alldeutschland der Zukunft sozialistisch. Doch sie wollten es gerade darum sozialistisch, weil der Kapitalismus ihre bevorzugte Stellung untergrub. Es sollte in Hinkunft nicht mehr vorkommen, dass Plebejer durch erfolgreiche Geschäftemacherei zu Vermögen und Ansehen gelangen und dem Prestige der Offiziere und der Beamten Abbruch tun. Sie wollten einen Staatssozialismus, der dem Adel die bevorzugte Stellung in der Einkommenszuteilung und in der Ämterbesetzung einräumt, die ihm gebühe. Auch die grosse Masse des deutschen Volkes träumte nicht davon, dass die Standesunterschiede beseitigt werden könnten; sie beugte sich in Ehrfurcht vor Fürsten und Junkern. Doch sie glaubten schüchtern bemerken zu dürfen, dass

auch dem tüchtigen Mann aus dem Volke die Erlangung der Leutnantscharge nicht ganz verwehrt werden sollte und dass unbärtige Leutnants es sich abgewöhnen sollten, die Mannschaft als Parias zu behandeln. Solche Gedanken ^{gallen} ~~klangen~~ im Reiche der Hohenzollern aufrührerisch. Erst die Niederlage im Weltkrieg hat den Fürsten, dem Adel und den nichtadeligen Notablen die Vorzugsstellung genommen.

6. Die deutsche Sozialdemokratie.

Die Legende.

I. Die Erkenntnis der Herkunft, des Werdens, des Wesens und der gegenwärtigen Wirksamkeit des Nationalsozialismus wird durch die Legende, die sich um die sozialdemokratische Partei Deutschlands gebildet hat, getrübt und erschwert.

Die Legende erzählt: Das deutsche Bürgertum hat die Freiheit an das militärische Imperium verraten; es hat sich unter den Schutz Bismarcks und Wilhelm II geflüchtet, um seine Stellung als ausbeutende Klasse gegen die berechtigten Ansprüche der Proletarier durch das preussische Militär verteidigen zu lassen. Doch die Fahne der Demokratie und der Humanität, die das Bürgertum feig und schimpflich fortgeworfen hatte, wurde von den Arbeitern aufgehoben. Die sozialdemokratische Partei sprang in die Bresche und focht mutig und mannhaft gegen den preussischen Militarismus. Der Kaiser und seine Offiziere wollten den alten Feudalstaat erhalten. Die Bankiers und die Schwerindustriellen, die als Heereslieferanten an der Verstärkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande interessiert waren, liessen durch feile Skribenten die nationalistischen Schlagworte im Volk verbreiten und versuchten den Anschein zu erwecken, als ob grosse Teile des deutschen Volkes nationalistisch gesinnt wären. Doch das Volk liess sich durch diese Tarnung kapitalistischer Profitinteressen nicht blenden. Dank der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie durchschaute es das Treiben.

Millionen wählten rot und entsendeten in den Reichstag Abgeordnete, die mutig gegen den Moloch des Militarismus kämpften. Der Kaiser und seine Generäle rüsteten zum Eroberungskrieg. Doch sie hatten die Rechnung ohne das Volk gemacht. Da standen fest und unerschütterlich die 110 sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder¹⁾ und hinter ihnen die Millionen deutscher Arbeiter, die in den freien Gewerkschaften organisiert waren und der Partei offiziell angehörten, und daneben noch die zahlreichen "Mitläufer", die, ohne der Partei offen anzugehören, bei den Wahlen für sie stimmten. Sie ^{waren} alle dem Nationalismus feind, sie gehörten der (zweiten) sozialistischen Internationale an und waren fest entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu verhindern. Auf diese durch und durch demokratisch und pazifistisch gesinnten Männer durfte man vertrauen. Sie, die Werktätigen, waren der entscheidende Faktor, nicht die ausbeutenden Kapitalisten und nicht die säbelrasselnden Junker. Die Namen ihrer Führer waren überall bekannt. Wenn sie im Reichstag oder auf den internationalen Sozialistenkongressen das Wort ergriffen, lauschte die Welt. Ihre Bücher wurden in alle Sprachen übersetzt und von allen Völkern gelesen. Die Menschheit ^{ging} ~~schritt~~ unter dem Vorantritt der deutschen Sozialisten einer schöneren Zukunft entgegen.

1) Nach dem Wahlergebnis von 1912. Es waren die letzten Wahlen vor dem Kriege.

Legenden haben ein zähes Dasein. Sie blenden die Geister und verschliessen sie der Kritik und der Erfahrung. Schon vor dem Kriege haben Robert Michels¹⁾ und Charles Andler²⁾ vergebens versucht, ein wahrheitsgemässes Bild des deutschen Sozialismus zu entwerfen. Auch die Vorgänge der Kriegszeit haben die Legende nicht zerstört. Die alte Legende wurde nur durch eine neue sinngemäss fortgesetzt und ergänzt.

Diese Fortsetzung der Legende lautet: Bei Kriegsausbruch waren die grossen Führer Bebel und Liebknecht leider nicht mehr am Leben. Ihre Nachfolger, die meist Intellektuelle und andere nicht aus der Proletarierklasse hervorgegangene Berufspolitiker waren, haben Verrat an den Grundsätzen der Partei verübt. Doch die Arbeiter, die als Proletarier natürlich sozialistisch, demokratisch und international denken, haben diese Verräter fallen lassen und neue Führer, den jungen Liebknecht und Rosa Luxemburg, an ihre Stelle gesetzt. Die Arbeiter, nicht die alten Führer, haben 1918 Revolution gemacht und den Kaiser verjagt. Doch die Kapitalisten und die Junker haben das Spiel nicht aufgegeben und fanden dabei Unterstützung bei den alten Führern der Partei,

- 1) Die einschlägigen Schriften sind bibliographisch verzeichnet in Studi in Memoria di Roberto Michels (Vol. XLIX degli Annali della Facoltà di Giurisprudenza della R. Università di Perugia, Padova 1937).
- 2) Vgl. besonders Andler, Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine, Dossier d'une Polémique avec Jean Jaurès (1912-1913), Paris 1918.

bei Ebert, Scheidemann und Noske. Liebknecht und Luxemburg wurden ermordet! 14 Jahre lang fochten die Arbeiter einen Verzweiflungskampf für die Erhaltung der Demokratie und der Freiheit. Doch, von ihren Führern immer wieder verraten, mussten sie schliesslich unterliegen. Die Kapitalisten hatten einen besonders teuflischen Plan ausgeheckt, der ihnen endlich den Sieg brachte. Ihre Prätorianerbanden haben die Macht erobert, und nun sitzt Adolf Hitler als Beauftragter des Grosskapitals in der Reichskanzlei. Doch die Massen wollen von ihm nichts wissen. Sie fügen sich nur widerwillig dem Terror, der sie vergewaltigt hat, und harren des Tages, da die einzig wahre Arbeiterpartei, die kommunistische, ihnen Befreiung bringen wird.

Jedes Wort dieser Legenden entstellt die Wahrheit.

Marxismus und Arbeiterbewegung.

II. Karl Marx wurde Sozialist zu einer Zeit, da er die Nationalökonomie nicht kannte und weil er sie nicht kannte. Als er dann nach dem unglücklichen Ausgang der Revolution der Jahre 1848/9 Deutschland verlassen musste, liess er sich in London nieder. Dort, im Lesesaal des British Museum, entdeckte er nicht, wie er meinte, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft, doch die Werke der englischen Nationalökonomien und die englischen amtlichen Veröffentlichungen.

Vor seiner Übersiedlung nach England hatte Marx ganz naiv ein interventionistisches Programm vertreten. Im Kommunistischen Manifest werden zehn Programmpunkte entwickelt, von

denen gesagt wird, dass sie "für die fortgeschrittensten Länder.... ziemlich allgemein in Anwendung kommen können". Sie werden als "despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse" bezeichnet, als "Massregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung des ganzen Produktionsprozesses unvermeidlich sind".¹⁾ Acht von diesen zehn Forderungen sind von den Nationalsozialisten im Deutschen Reiche mit einem Radikalismus ~~restlos~~ verwirklicht worden, der Marx entzückt hätte. Die beiden anderen (Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben, Abschaffung des Erbrechts) haben die Nationalsozialisten noch nicht durchgeführt; ihre Steuergesetzgebung, ihre Politik zur Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihre Mietzinspolitik kommen aber täglich dem von Marx gesetzten Ziele näher. Marx hat mithin damals den Sozialismus durch Sozialreformen Schritt für Schritt verwirklichen wollen, hat also das Verfahren empfohlen, das er selbst und seine Anhänger später sozialreformerischen Betrug genannt haben.

1) Vgl. Kommunistisches Manifest, Ende des II. Abschnittes.- In der vom 24. Juni 1872 datierten Vorrede zu einer Neuausgabe des Manifests erklärten Marx und Engels, dass von ihnen unter den geänderten Umständen "durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende des Abschnittes II vorgeschlagenen revolutionären Massregeln gelegt" werde.

In London lernte Marx in den fünfziger Jahren gründlich um. Die britischen Nationalökonom^{en} belehrten ihn darüber, dass die Eingriffe in das ~~Macht~~^{Ma}ch^{ts}getriebe zweckwidrig sind. Die Empfehlung solcher Massnahmen erschien Marx fortan als "kleinbürgerliche" Unvernunft, die der Unvertrautheit mit den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung entstammt. Das klassenbewusste Proletariat habe seine Hoffnungen nicht an solche Reformen zu knüpfen. Es habe nicht, wie die Kleinbürger, der Entwicklung des Kapitalismus Hindernisse in den Weg zu legen; es müsse im Gegenteil jeden Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise begrüßen. Denn der Kapitalismus kann erst dann durch den Sozialismus überwunden werden, wenn er seine volle Reife, die höchste Stufe seiner Entwicklung erreicht hat. "Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an deren Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind"¹⁾. Es gibt daher nur einen Weg, der zum Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft führt, nämlich die fortschreitende Ausgestaltung des Kapitalismus selbst. Die Sozialisierung durch Expropriation der Kapitalisten "vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst". Dann schlägt "die Stunde des

1) Vgl. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, herausgegeben von Kautsky, Stuttgart 1897, S. XII.

kapitalistischen Privateigentums".¹⁾ Der Sozialismus kommt und "schliesst ... die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab."²⁾

Im Lichte solcher Ansichten erscheinen nicht nur die Bestrebungen der Sozialreformer, die den Kapitalismus ~~hemmen,~~^{hemmen!} regulieren und reglementieren wollen, sondern auch die Bemühungen der Arbeiter selbst, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss und durch Arbeitskämpfe die Löhne zu heben und damit ihre Lebenshaltung im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verbessern, als schlechthin unsinnig. Die Politik der Gewerkschaften kann ^f bestenfalls den Erfolg haben, "die gelegentlichen Möglichkeiten zeitweiliger Verbesserungen bestens auszunutzen." Sie kann aber "die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion", die "dahin geht, den durchschnittlichen Normallohn.... zu senken, das heisst den Wert der Arbeit mehr oder weniger auf seine Minimumgrenze zu drücken, nicht aufheben. Die Gewerkschaften sollen das begreifen und ihre Politik ändern. "An Stelle des konservativen Mottos: Ein gerechter Tageslohn für einen gerechten Arbeitstag, sollten sie das revolutionäre Schlagwort auf ihre Fahne schreiben: Abschaffung des Lohnsystems".³⁾

1) Vgl. Marx, Das Kapital, I.Bd., 7. Auflage, Hamburg 1914, S.728

2) Vgl. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, a.a.Ø., S.XII.

3) Vgl. Marx, Lohn, Preis und Profit, Übersetzt von Bernstein, 3. Auflage, Frankfurt 1910, S. 45 f.

Mit diesen Ideen konnte Marx auf einige Dutzend Hegelianer Eindruck machen; ~~Die~~ Sie waren bereit zu glauben, dass die kapitalistische Produktion "mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation" als "Negation der Negation" erzeugt,¹⁾ und zu warten bis "mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage" der "ganze ungeheuere Überbau sich langsamer oder rascher umgewälzt haben wird".²⁾ Eine politische Bewegung zur Eroberung der Macht, wie Marx sie organisieren wollte, konnte man damit nicht aufbauen. Arbeiter konnte man für diese Ideen nicht gewinnen, und an die politische Arbeiterbewegung, die schon da war und nicht erst geschaffen werden musste, konnte man mit ihnen nicht Anschluss finden. Diese Arbeiterbewegung war eine Gewerkschaftsbewegung. Ganz und gar durchdrungen von den Ideen, die Marx kleinbürgerlich nannte, strebten die organisierten Arbeiter nach höheren Löhnen und nach Verkürzung des Arbeitstages, und forderten gesetzlicher Arbeiterschutz durch den Staat und Preistaxen für die Artikel ihres täglichen Bedarfs und für Mieten. Nicht die marxistischen Theorien fanden bei ihnen Anklang, sondern die Lehren der Interventionisten und Sozialreformer. Sie waren nicht geneigt, auf ihre Pläne zu verzichten, um ruhig auf den fernen Tag zu warten, an dem der Kapitalismus in Sozialismus "umschlagen" wird. Diese Arbeiter liessen es sich gern gefallen, dass die

1) Vgl. Marx, Das Kapital, a.a.O., S. 729

2) Vgl. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S.XI.

^mMarxistischen Agitatoren ihnen zuriefen, dass der Weltgeist sie zu hohen Dingen berufen habe, dass sie voll seien von edlen Tugenden, dass sie die morsche kapitalistische Gesellschaft ablösen werden und dass die Zukunft ihnen gehöre. ~~Doch~~ Sie lebten der Gegenwart und wollten möglichst reiche Abschlagszahlung auf das künftige Erbe.

Die Marxisten hatten die Wahl zwischen starrem Festhalten an den Lehren des Meisters/oder der Anpassung an den Willen derer, die ihnen Ehrenstellen, Macht, Einfluss und vor allem auch Brot geben konnten. Sie konnten der Versuchung nicht widerstehen und unterwarfen sich. Sie fuhren fort, im engen Kreise die marxistische Dialektik zu pflegen; der Marxismus hatte ohnehin esoterischen Charakter. Doch draussen redeten und schrieben sie anders. Sie stellten sich an die Spitze der Arbeiterbewegung, der Lohnerhöhungen und Staatsintervention durch Arbeiterschutzgesetze wichtiger waren als alle Erörterungen über "das Rätsel der Durchschnittsprofitrate". Sie kümmerten sich um Konsumvereine und Arbeiterwohnungen, um Zollsätze und Steuertarife. Sie taten alles, was der Marxismus als Unsinn erklärte, und sie unterliessen kein sacrificium intellectus, das ihnen ^m~~zu~~ kommenden Wahlkämpfen Nutzen versprach.

Die deutsche sozialdemokratische Partei hat dieses Doppelspiel in System gebracht und zur höchsten Vollkommenheit ausgebildet. Da gab es auf der einen Seite den Kreis der

Marxkenner, die die Aufgabe hatten, sowohl über die Reinheit der orthodoxen Lehre zu wachen, als auch immer wieder die Rechtfertigung für die mit dieser Lehre unvereinbare Politik der Partei zu finden. Nach dem Tode von Marx war Engels der authentische Ausleger der Schriften von Marx; nach dessen Tode ging das Amt auf Kautsky über. Wer nur einen Finger breit vom rechten Wege abweichen wollte, wurde erbarmungslos aus der Partei ausgeschlossen; das bedeutete für alle, die nicht über eigenes Vermögen verfügten, zugleich den Verlust der Erwerbsquelle. Auf der andern Seite stand der gewaltige, täglich anschwellende Apparat der Parteibürokratie, der die praktische Politik besorgte. Dieser Politik diente die marxistische Phraseologie nur zum Aufputz der Reden und Artikel; sie war Interventionismus und Reformismus und kümmerte sich nicht um die materialistische Geschichtsauffassung und um die Werttheorie. Ihr erster Grundsatz was das zu tun, was bei den Massen populär macht. Sie war bewusste Demagogie, denn die Führer hatten ein schlechtes Gewissen, wenn sie immer wieder die marxistische Doktrin an die gewerkschaftliche Praxis verrieten. Doch sie war erfolgreich; das gab den Ausschlag. Die Mitgliederzahlen der Partei, der Gewerkschaften und der Konsumvereine wuchsen ebenso wie die sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen. Die Partei wurde zu einem gewaltigen Körper mit hohen Einnahmen, sie beschäftigte und bezahlte Tausende von Angestellten, sie verfügte über Zeitungen, Druckereien, Verlagsanstalten, Kassen,

Heime, Versammlungshäuser, genossenschaftliche Produktions-
einrichtungen. Sie hatte eine eigene Hochschule zur Heran-
bildung eines Beamten- und Führernachwuchses. Sie war der
wichtigste Faktor im politischen Leben des Reichs und führte
in der sozialistischen Internationale.

Man verkennt die deutsche sozialdemokratische Bewegung
(und die nach ihrem Vorbild organisierten Bewegungen anderer
Völker) vollkommen, wenn man diesen Dualismus, der Unverträg-
liches zusammenschweissen wollte, nicht genügend beachtet. Das
kleine Häuflein der marxistischen Zeloten war von einem Geist
erfüllt, der dem Rest der Partei, der grossen Masse der gewerk-
schaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und
den Führern und Beamten dieser Arbeitervereine durchaus fremd,
ja eher unheimlich und widerwärtig war. Die Wähler, die den
sozialdemokratischen Bewerbern ihre Stimme gaben, konnten die
endlosen Diskussionen über die Probleme der Dialektik, des
historischen Materialismus und der Wertlehre und diese Theorien
über die Konzentration des Kapitals und über den Zusammenbruch
des Kapitalismus, über den Imperialismus und über den Zusam-
menhang von Marxismus und Kritizismus nicht begreifen. Lohn-
bewegungen, Konsumvereine, Arbeiterschutzgesetzgebung, Sozial-
versicherung, das war ihr Betätigungsfeld. Sie liessen sich die
Theoretiker gefallen, weil sie sahen, dass sie auf die "bürger-
liche" Welt, auf die Staatsmänner, Unternehmer und Professoren
tiefen Eindruck machten, ^{Sie hörten} (dass die "bürgerlichen" Gelehrten sich

in grossen Werken mit ihnen auseinandersetzen und dass die geistigen Führer aller "bürgerlichen" Parteien sie zu widerlegen suchten. Doch sie gingen ihren Weg, ohne sich um den Streit der Doktoren zu kümmern.

Man hat sehr viel über den Unterschied geschrieben, der zwischen der deutschen und der englischen Arbeiterbewegung bestand. Man hat aber dabei übersehen, dass der Marxismus für die deutsche Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit nur Aufputz war und dass die marxistischen Diskussionen nicht von den Arbeitern geführt wurden, sondern von einer kleinen Gruppe von Literaten.

Der Widerspruch zwischen dem marxistischen Gedankensystem und dem Streben der in der Partei organisierten Arbeiter kam erst in dem Augenblick zur Geltung, in dem die Gestaltung der politischen Verhältnisse die Partei vor neue Aufgaben stellte. Das Kompromiss, das das Parteiprogramm zwischen Marxismus und Arbeiteretatismus erzielt hatte, versagte, als der Gegensatz zwischen der Doktrin und dem politischen Willen der Arbeiter auf Gebieten zutage trat, die bisher keine praktische Bedeutung gehabt hatten. Der Kriegsausbruch stellte den Internationalismus der Partei auf die Probe, die Ereignisse der Nachkriegszeit ihr Bekenntnis zur Demokratie und ihr Sozialisierungsprogramm.

Die Arbeiter
und der Staat.

III. Um die Stellung, die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Kaiserreich eingenommen hat, zu erkennen, muss man sich zunächst klar werden über das Wesen der Gewerkschaften und ihrer Kampfmethoden. Die gewerkschaftsfreundliche Befangenheit der öffentlichen Meinung hat diese Erkenntnis ausserordentlich erschwert. Man hat die Probleme immer unter dem Gesichtswinkel der Vereinsfreiheit betrachtet. Doch es handelt sich garnicht darum, ob die Arbeiter das Recht haben, Vereine zu bilden; kein kapitalistischer Staat hat ihnen dieses Recht bestritten. Es handelt sich ebensowenig um die Frage, ob die Gesetze den Arbeitern das Recht zuerkennen, Verträge nach Belieben zu brechen. Denn wenn der Arbeiter auch dem Buchstaben des Gesetzes nach zur Erfüllung des Vertrags oder zur Leistung von Schadenersatz verpflichtet ist, kann der Unternehmer aus praktischen Gründen nicht damit rechnen, seine Ansprüche wirksam durchzusetzen.

Das einzige Verfahren, dessen sich die Gewerkschaften zur Erreichung ihrer Ziele - Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter - bedienen können und bedienen, ist die Arbeitseinstellung.¹⁾ Alle ihre Lohnverhandlungen werden unter dem Drucke der Drohung mit dem Streik geführt. Die "arbeitsfriedlichen" Gewerkschaften, die den Streik grundsätzlich verschmähen, sind machtlos und können nie etwas erreichen; die Arbeiter wollen daher von diesen "gelben" Vereinen nichts wissen. Wenn die Lohnverhandlungen nicht unter dem Drucke der Streikdrohung stehen, kann

1) Die Frage, ob die Gewerkschaften der Gesamtheit der Arbeiter nützen können oder nicht, kann hier unberücksichtigt bleiben.

die kollektive Verhandlung der Gewerkschaft nicht mehr für die Arbeiter erzielen als die Verhandlungen, die von den einzelnen Arbeitern geführt werden. Ein Streik aber kann nur dann wirksam werden und die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zwingen, wenn sein Erfolg nicht durch die Weiterarbeit derer, die ihn nicht mitmachen wollen, und durch die Einstellung von Ersatzleuten aus den Reihen der Arbeitslosen und der Arbeiter, die schlechter entlohnte Arbeit verrichten, vereitelt wird. Wenn diese Arbeitswilligen nicht zur Enthaltung von der Arbeit gezwungen werden, mislingt der Streik. Das Wesen des Streiks ist mithin Gewaltanwendung und Gewaltandrohung. Die Gewaltakte, die angedroht oder auch ausgeführt werden, bestehen in der Beschädigung des Körpers und des Eigentums der Arbeitswilligen und des Körpers und des Eigentums der Unternehmer, die Arbeitswillige beschäftigen wollen, und ihrer Mithelfer unter den Angestellten. Im Laufe des 19. Jahrhunderts haben die Arbeiter der ganzen Welt dieses Recht, den Streikbruch durch Gewalt zu hintertreiben, erlangt. Die öffentliche Meinung nahm für die Arbeiter gegen die Unternehmer Partei, sie billigte den Streik, verdamnte den Streikbruch als schimpflichen Verrat an Kollektivinteressen, lächelte schadenfroh, wenn Arbeitswillige und unfügsame Unternehmer von den Streikenden "zurechtgewiesen" wurden, und empörte sich jedesmal, wenn die Behörden ihres Amtes walten wollten. Ein Einschreiten der Sicherheitsorgane zum Schutze der durch die Streikenden verletzten Rechte der Angegriffenen wurde unmöglich. Es bildete sich ein Gewohnheitsrecht aus, demzufolge

den Streikenden ein gewisses Mass von Gewaltanwendung gestattet wurde.

Dieser Rückzug der Staatsgewalt war in den angelsächsischen Ländern, in denen die Neigung vorherrscht, die Aktion der Polizei möglichst zu beschränken, weniger auffällig als im grosspreussischen Deutschland, in dem die Polizei allmächtig war und überall ihre Hand im Spiele hatte. Wehe dem, der im Reiche der Hohenzollern sich den geringsten Verstoss gegen eine der zahllosen Polizeiverordnungen zu Schulden kommen liess! Die Polizei griff brutal durch und führte den Übeltäter der verdienten Strafe zu, die die Gerichte mit drakonischer Strenge bemassen. Nur zwei Arten von Gesetzesverletzung wurden geduldet. In einigen kleineren Universitätsstädten drückten die Behörden ein Auge zu, wenn die Mitglieder feudaler Studentencorps spätnachts in angetrunkenem Zustand in den Strassen randalierten, ruhige Bürger belästigten und andern Unfug trieben. Von ungleich grösserer Bedeutung als dieses infantile Treiben halbwüchsiger Burschen waren die Ausschreitungen, die Streiks zu begleiten pflegten. Auch da wich die Staatsgewalt vor den Gewalttätern zurück. Den Streikenden wurde ein Spielraum gewährt, in dem ihre Gewalttaten geduldet wurden.

Es liegt im Wesen jeden Gewaltgebrauchs, dass er die Tendenz hat, über die Grenzen, innerhalb derer er als zulässig

angesehen wird, hinauszustreben. Auch die beste Disziplin kann nicht verhindern, dass Polizisten schärfer ~~zugreifen~~^{zugreifen}, als es der Fall erfordert, und dass Gefangenenhauspersonal die Gefangenen misshandelt. Nur am grünen Tische kann man sich der Täuschung hingeben, dass es möglich wäre, kämpfende Soldaten an die strikte Befolgung des Kriegsbrauchs zu binden. Auch wenn das Ausmass der Gewaltanwendung, die man den Gewerkschaften gewohnheitsrechtlich zubilligte, klarer und schärfer bestimmt worden wäre, hätte man Überschreitungen nicht vermeiden können. Weil es darüber immerfort zu Konflikten zwischen den Sicherheitsorganen und den Streikenden kommen musste, weil die Behörden immer wieder - mitunter auch mit der Waffe - eingreifen mussten, entstand der Eindruck, dass die Staatsgewalt den Unternehmern zur Hilfe komme. Man achtete darob weniger auf den Umstand, dass die Unternehmer und die Arbeitswilligen der Gewalt der Streikenden, innerhalb gewisser Grenzen schutzlos ausgeliefert wurden. Man sprach ganz harmlos von Streikpostenstehen; die Aufgabe dieser Posten, erklärte man, bestehe darin "etwa zureisende Kollegen über den Streik zu unterrichten"¹⁾ Als ob diese Kollegen ganz zufällig des Weges kämen und nicht gerade mit der Absicht, an Stelle der Streikenden zu arbeiten. Und was geschah, wenn die so Unterrichteten nicht gewillt waren, den Streik mitzumachen? Was sollten "regelmässige Patrouillen, die dafür sorgen, dass die Streikleitung

1) So äussert sich selbst Adolf Weber (a.a.O., S.285), den^m man in gewerkschaftlichen Kreisen Voreingenommenheit gegen die Arbeitervereine vorgeworfen hat.

über alle Einzelheiten des Kampfes genau orientiert ist".¹⁾
Von Patrouillen spricht man doch nur im Zusammenhang mit Bereitstellung eines Gewaltapparates zur Gewaltanwendung.

Es ist von höchster Wichtigkeit für den Gang der deutschen Geschichte gewesen, dass die preussisch-deutsche Regierung seit der Konfliktszeit, also seit dem Beginn der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, der Gewaltaktion der Gewerkschaften einen gewissen Spielraum zugestanden hat. Damit erst wurden erfolgreiche Streiks möglich. Die geltenden Strafgesetze, deren Anwendung den Arbeitswilligen vollen Schutz gewährt hätte, wurden nicht angewendet. Mehrmals, zuletzt 1899, brachte die Reichsregierung, dem Drängen der Unternehmerverbände folgend, im Reichstage Vorlagen ein, die Sonderbestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen vorsahen. Es war nichts als Augenauswischerei. Denn die Schutzlosigkeit der Arbeitswilligen beruhte nicht auf dem Fehlen gesetzlicher Vorschriften, sondern auf der geflissentlichen Nichtbeachtung der geltenden Strafgesetze durch Polizei und Gendarmerie. Die Gesetze und Gesetzesänderungen spielten dabei ebensowenig eine Rolle wie die Rechtsprechung der Gerichte. Da die Polizei nicht eingriff, blieben die Gesetze unwirksam, und die Gerichte bekamen gar nicht Gelegenheit, zu erkennen. Nur wenn die von der Polizei gezogene Grenze überschritten wurde, und die Polizei einschritt, konnte es zur Anklageerhebung kommen.

1) Ebendort.

Die Regierung bestand auch nicht darauf, dass der Reichstag jene Vorlagen verabschiedete; hätte sie auf die Gesetzwerdung Gewicht gelegt, wäre sie ganz anders vorgegangen.

Der charakteristische Zug der Geschichte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist der Generalangriff der Staatsgewalt und der von ihr zu selbständigem Einschreiten innerhalb bestimmter Grenzen ermächtigten Arbeiterschaft gegen die Stellung, die die Eigentumsordnung dem Unternehmer in der ^{rk}Masch~~in~~wirtschaft ^{zu} ~~an~~weist. Es handelt sich ^{also} ~~hier~~ hier nicht darum, ob dieser Kampf, den Staat und Arbeiterverbände bundesgenossenschaftlich vereint gegen die Unternehmer führten, berechtigt war oder nicht. Wir haben allein die Tatsache festzustellen. Das, was man als Sozialpolitik bezeichnete und als Stolz des modernen Staates ansah, war Interventionismus gegen die Unternehmer und zu Gunsten der Arbeiter. Es war der Ausfluss der sozialistischen und kathedersozialistischen Ideen und wurde von der öffentlichen Meinung durchaus gebilligt. Es war Vorgehen im Sinne des Programms, das das Kommunistische Manifest aufgestellt hatte. Sidney Webb war im Recht, wenn er im Hinblick auf diese Politik sagte, die ökonomische Geschichte dieses Jahrhunderts sei eine fast ununterbrochene Aufzählung der Fortschritte des Sozialismus.¹⁾

Den Arbeitern schien es, als ob alles viel zu langsam ginge. Sie betrachteten jeden Erfolg nur als Anregung, weitere

1) Vgl. Sydney Webb, Die historische Entwicklung (Englische Sozialreformen; eine Sammlung von Fabian Essays, herausgegeben von Grundwald, Leipzig, 1897) S. 44

Ansprüche zu erheben und durchzusetzen. Sie fanden, dass die Regierung mehr tun könnte. Doch sie waren sich, bei aller Opposition, vollkommen klar darüber, dass der Staat mit ihnen gegen die Unternehmer stand. Arbeiterschutzgesetzgebung, Fabrikinspektoren, Gewerbeberichte, obligatorische Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, das war der Staat, ihr Staat. Sie wählten rot, weil ihnen das alles noch ungenügend erschien und weil sie noch mehr forderten. Doch sie waren loyale Bürger dieses Staates. Sie dachten nicht an Revolution und an Barrikaden. Die revolutionären Phrasen der sozialdemokratischen Agitatoren fanden ihren Beifall, weil die Revolution, um die es sich handelte, doch die soziale Revolution, die gegen die Unternehmer sein sollte. Diese Revolution, die sie sich als eine grosse Lohnbewegung mit Streiks, die von der Polizei in keiner Weise mehr belästigt werden, vorstellten, wollten sie mitmachen. Doch Auflehnung gegen den Staat, ihren Bundesgenossen, kam nicht in Frage.

Diese Loyalität war so fest, dass sie auch die Belastungsprobe durch das Sozialistengesetz überstanden hat. Das Sozialistengesetz ist ein Glied in der langen Reihe der Misgriffe, die Bismarck in der Innenpolitik begangen hat. Bismarck war ganz wie Metternich überzeugt, dass man Ideen durch die Polizei mit Erfolg bekämpfen könne. Alles, was dem preussischen Staat nicht passte, wollte er durch Gewalt

ausrotten; das Ergebnis entsprach nicht dem, was er erhofft hatte. Die Sozialdemokratie ging aus der Zeit der Ausnahms-gesetze ebenso gekräftigt hervor, wie das Zentrum und die katho-lische Kirche aus dem Kulturkampf. In den zwölf Jahren der Gef^zung des Sozialistengesetzes wuchs die Zahl der sozialdemokra-tischen Stimmen sehr beträchtlich. Das Sozialistengesetz richtete sich gegen die Sozialdemokraten, die sich politisch betätigten; den Massen, die sozialdemokratisch wählten, konnte es nichts anhaben. Gerade in den Jahren des Sozialistengesetzes machte die staatliche Sozialpolitik die grössten Fortschritte; die Regierung, die die Sozialdemokraten geächtet hatte, wollte ihnen durch weitgehende Fürsorge für die Arbeiter den Wind aus den Segeln nehmen. Der Arbeiter sah, dass der Staat immer mehr sein Staat wurde, immer mehr mit ihm in den Kampf gegen die Unternehmer eintrat. Er hatte keine Ursache, diesem Staat zu grollen, weil er den Parteiführern Unannehmlichkeiten bereitete.¹⁾ Er bekam seine aus der Schweiz eingeschmuggelten Zeitschriften und Broschüren pünktlich zugestellt und las ungestört die Berichte über die Reichstagsreden seiner Abgeordneten. Er war ein friedlicher Revolutionär und ein rasonnierender Monarchist. Marx und Bismarck, beide irrten, als sie glaubten, dass er nach Fürstenblut dürste.

1) Man sprach damals von Verfolgungen. Doch verglichen mit dem, was Bolschewiken und Nationalsozialisten ihren Gegnern antun, waren es höchstens Unannehmlichkeiten.

Die loyale Haltung der Arbeiterschaft machte die Armee zu einem zuverlässigen Werkzeug in der Hand der Befehlshaber. Der Liberalismus hatte die Verwendbarkeit der Armee für den Bürgerkrieg und für Eroberungskriege gefährdet; Sozialismus und Interventionismus machten sie wieder für jeden Zweck verwendbar. Die für die staatliche Sozialpolitik massgebenden Männer und die kathedersozialistischen Professoren wussten das sehr wohl; sie empfahlen die beschleunigte Fortführung der Reformen gerade im Hinblick auf diese politischen Wirkungen. Dass die sozialdemokratischen Soldaten das verlässlichste Soldatenmaterial abgeben, was einhellige Überzeugung aller Offiziere. Die Offiziere missbilligten daher die scharfen Reden, die Wilhelm II gegen die Sozialdemokraten ^{hielt} führte, ebenso, wie sie schon Bismarck's Sozialistengesetz (und auch schon den Kulturkampf) missbilligt hatten. Die scharfe Sprache, die die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag führten, empörte sie, doch sie wussten, dass der sozialdemokratische Soldat der loyalste und tüchtigste Mann war. Sie selbst hassten die reichen Unternehmer noch mehr, als die Sozialisten es taten. Wenn die Sozialdemokraten ihre Umzüge veranstalteten, sahen die Offiziere - in Zivilkleidung - zu und schmunzelten: „die Kerle haben das Marschieren in Reih und Glied bei uns gelernt; sie werden im Ernstfall stramm unter unserem Befehl marschieren.“ Sie haben sich in dieser Erwartung nicht getäuscht.

Am 3. August 1914 empfing der Reichskanzler Bethmann-Hollweg die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen. Der Kanzler, berichtet Scheidemann, "drückte jedem von uns die Hand; ich hatte das Gefühl, dass er mir die Hand auffällig fest und lang drückte, und als er dann sagte: Guten Morgen, Herr Scheidemann, da war es mir, als hätte er mir zu verstehen geben wollen: Du, jetzt ist unser herkömmlicher Krakeel vorläufig hoffentlich vorüber".¹⁾ Das war die Auffassung, die der volkstümliche Führer der deutschen Sozialdemokratie von dem jahrzehntelangen Streit hatte; nicht welthistorischer Kampf der klassenbewussten Proletarier gegen imperialistische Völkerverletzung, wie die Festredner auf den Parteitag sich auszudrücken pflegten, sondern einfach Krakeel, der durch einen kräftigen Händedruck weggeblasen wird.

Die Legende vom Reserveoffizier.

IV. Soweit es im Deutschen Reich der Kaiserzeit noch Widerstand gegen die nationalistische und militaristische Politik gab, fand man ihn bei den gebildeten Bürgern und bei den Intellektuellen.

Die Unternehmer durften ihre Abneigung gegen das System im interventionistischen Staat nicht offen eingestehen. Sie durften nur im vertrauten Kreise sagen, wie wenig ihnen der neue Kurs behagte. Sie missbilligten die sozialpolitischen

1) Vgl. Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S.9

Massnahmen der Regierung, die Rüstungen, die die Steuerlasten vermehrten, und vor allem die aggressiven Methoden der Aussenpolitik, die den Export erschwerten. Die Heereslieferanten begrüßten natürlich die Steigerung der Ausgaben für Heer und Marine. Doch sie waren nur eine kleine, wenn auch sehr laute Gruppe.

Mit den Angehörigen der freien Berufe litten die Unternehmer und ihre leitenden Angestellten im geselligen Leben unter den Anmassungen der Offiziere. Die bevorzugte Stellung, die dem Offizier in der Gesellschaft zu Teil wurde, führte zu täglichen Reibungen, die die Zivilisten, die immer den kürzeren ziehen mussten, verbitterten. Doch sie mussten schweigen, wenn sie ihre Laufbahn und ihr Einkommen nicht gefährden wollten. Alles, was sie tun konnten, war, den "Simplicissimus" und ähnliche Organe zu fördern, die Offiziere, Junker, Beamte und vor allem den Kaiser aufs Korn nahmen.

Den Arbeitern war das alles gleichgültig. Sie kamen gesellschaftlich mit Offizieren nicht in Berührung. Im aktiven Militärdienst hatten sie die Genugtuung zu sehen, dass die Söhne der besitzenden Klassen von den Offizieren nicht besser behandelt wurden als sie selbst. Wenn der Leutnant oder der Unteroffizier den Einjährigen vor versammelter Mannschaft zurief, dass sie nichts besseres seien als anderer Eltern Kinder und dass ~~sie~~ auf ihre Schulbildung und auf ihren Reichtum im Heere keine Rücksicht genommen werde, tat das dem Ressentiment der

Soldaten aus Arbeiterkreisen wohl. Niemandem konnte es entgehen, dass die Offiziere und Unteroffiziere, die das Wort "Sozialdemokrat" mitunter harmlos als Schimpfwort gebrauchten, über Unternehmer, Kapitalisten und Geschäftsgewinne Reden führten, die man sonst nur in sozialdemokratischen Versammlungen zu ~~H~~ören bekam.

Die Legende hat auch diese Tatbestände entstellt. Sie hat z.B. behauptet, dass die Bürgersöhne ihre politische Überzeugung für das Linsengericht der Reserveoffiziersepauletten verkauft hätten. Wer gesellschaftlich vollgenommen werden wollte, musste trachten, Reserveoffizier zu werden. Doch die Institution war für das Bürgertum eine ständige Quelle von Verdriesslichkeiten. Die Reserveoffiziere wurden, wenn sie nicht von Adel waren, von den aktiven Offizieren scheel angesehen. Die ehemaligen Einjährig-Freiwilligen, die nicht zu Offizieren befördert wurden, trugen ihr Leben lang einen Makel. Der Sohn eines Warenhausbesitzers, der nicht Offizier werden konnte, weil er sich in den Verkaufsräumen sehen liess und mitunter selbst Kunden bediente, empfand das als schwere Zurücksetzung. Der Innenarchitekt, der als Reserveleutnant von seinem Regimentskommandeur streng verwarnt wurde, weil er einmal beim Aufhängen von Bildern in der Wohnung eines Kunden selbst zugegriffen hatte, knirschte mit den Zähnen. Doch die Aussenstehenden wussten von diesen Dingen nichts. Was sie bemerken konnten, war nur das Benehmen, mit dem der Reserveoffizier seine Minderwertigkeitskomplexe verdeckte.

Nicht das Verhalten des Bürgertums, sondern das der Arbeiter hat den Geist der Freiheit in Deutschland getötet. Die Bürger hatten mit dem Aufkommen der sozialpolitischen Ideen jeden politischen Einfluss verloren.

Der Internatio-
nalismus der
Sozialdemokratie.

V. Die Legende meint, die Arbeitermassen hätten von der nationalistischen Politik der Alldeutschen und der Reichsregierung nichts wissen wollen. Sie wären gegen den Krieg gewesen. Doch die Führer hätten sie verraten.

Man konnte den Sachverhalt nicht schlimmer entstellen.

Marx war nicht etwa Pazifist. Er war Revolutionär. Er verdammt die Kriege, die die Kaiser und die Könige führten. Doch er ersehnte den grossen Bürgerkrieg, in dem die Proletarier aller Länder vereint gegen die Ausbeuter aller Länder kämpfen sollten. In der Weise aller, die Pläne zur Eroberung der Welt entwerfen, war er überzeugt, dass dies der letzte Krieg sein werde. Denn haben die Proletarier einmal gesiegt und ihre Herrschaft aufgerichtet, dann wird niemand es wagen dürfen, sie ihnen entreissen zu wollen. In diesem grossen Krieg wollte Engels den Oberbefehl führen; durch eifrige taktische und strategische Studien suchte er sich für sein Amt vorzubereiten.

Der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864) lag dieser Gedanke des gemeinsamen Kampfes der Proletarier aller Länder gegen die Ausbeuter aller Länder zugrunde. Sie war kaum mehr als eine Tafelrunde der Freunde und auch der Nebenbuhler von Marx; sie entfaltete ~~nie~~ eine Wirksamkeit und verschwand so unbemerkt, wie sie entstanden war.¹⁾

Die zweite Internationale wurde (1889) in Paris auf einem der vielen Kongresse gestiftet, die sich anlässlich von Weltausstellungen zu versammeln pflegen. Der Gedanke an die grosse Weltrevolution der bewaffneten Proletarier hatte seit 1864 viel von seiner Anziehungskraft eingebüsst. Um der neuen Organisation einen Sinn zu geben, musste man ihr andere Aufgaben zuweisen als die, den Zusammenklang der militärischen Operationen der Proletarierheere zu sichern. Das war nicht leicht. Die sozialistischen Parteien hatte angefangen, im

1) Der Internationalismus der ersten Internationale versagte im Kriege von 1870 wie der der zweiten 1914. Liebknecht und Bebel bekämpften die Kriegspolitik im Norddeutschen Parlament; das waren, wie Hervé bemerkt, "des gestes individuels, qui n'eurent aucune portée, aucun retentissement. Les deux nations allemande et française*~~tout~~ entières sur les champs de bataille. Les Internationaux de Paris étaient les plus enragés partisans de la guerre à outrance..... La guerre franco-allemande avait été la faillite morale de l'Internationale." Vgl. Hervé, L'Internationalisme, Paris 1910, S. 129 ff.

* étaient

politischen Leben ihrer Länder eine grosse Rolle zu spielen, sie waren mit tausend Problemen des Interventionismus befasst und waren nicht gewillt, ihre Taktik der Überwachung durch ausländische Politiker zu unterstellen. Es gab viele Probleme, in denen der Gegensatz der Interessen zwischen den Arbeitern verschiedener Länder scharf zutage trat. Man konnte diese Fragen wie z.B. die Wanderungsbeschränkungen - nicht ganz umgehen; ihre Behandlung auf den Kongressen führte zu stürmischem Aneinanderprall der Nationalismen, der durch diplomatische Kunst der gelehrten Marxphilologen nur ungenügend verhüllt wurde. So blieb für die Betätigung der Kongresse und des Büros der zweiten Internationale nur ein Gebiet offen: das der Bekundung von Friedensliebe.

Auch in der Erörterung des Kriegsproblems musste es sich deutlich zeigen, wie unhaltbar die marxistische Lehre war. Friedrich Engels hatte nach dem Pariser Kongress erklärt, die Proletarier hätten die Pflicht alles aufzubieten, um es zu keinem Kriegsausbruch kommen zu lassen, solange bis in den entscheidenden Grossmächten das Proletariat gesiegt hat.¹⁾ Demgemäss beschäftigte sich die Internationale mit den Mitteln, die den Arbeitern für diesen Zweck zur Verfügung ständen; Massenstreik, Massendienstverweigerung, Sabotage der Eisenbahnen

1) Vgl. Kautsky, Sozialisten und Krieg, Prag 1937, S.300

und dgl. Doch man konnte dabei die grundsätzliche Frage nicht umgehen, ob es denn den Arbeitern nützen könne, die militärische Widerstandskraft ihres Vaterlandes zu untergraben. Der Arbeiter hat kein Vaterland, sagt der Marxist; er hat nur Ketten zu verlieren. Schön. Doch kann es dem deutschen Arbeiter gleich sein, ob er die deutschen Ketten mit russischen vertauscht? Soll der französische Arbeiter die Republik unter die Herrschaft des preussischen Scheinkonstitutionalismus fallen lassen? Diese Republik, antwortet der deutsche Marxist, ist nur Pluto- und Pseudodemokratie; es ist nicht der Proletarier Sache, für sie zu kämpfen. Doch den Franzosen überzeugt das nicht; er hält an seiner unausrottbaren Voreingenommenheit gegen die Hohenzollern fest. Konnte man es ihm übelnehmen, dass er an solche „bürgerlichen“ Vorurteilen hing, wenn Bebel nicht müde wurde zu erklären, dass die deutschen Sozialdemokraten unter allen Umständen Deutschland gegen Russland verteidigen müssten? Hatte doch Bebel gesagt, im Kriege gegen Russland sei er „als alter Knabe noch bereit, die Flinte auf den Buckel zu nehmen“.¹⁾ Und Engels selbst hatte 1892 in einem für den Almanach der französischen Arbeiterpartei bestimmten Aufsatz erklärt: „Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reussen stellen,

1) Ebendort S. 307

so würden die deutschen Sozialdemokraten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie".¹⁾ Was Engels da von Frankreich verlangte, deckte sich ganz mit dem naiven Ansinnen der deutschen Nationalisten. Auch diese sahen es als Pflicht der Franzosen an, sich diplomatisch zu isolieren, um entweder neutral zuzusehen, wie Deutschland im Verein mit den anderen Dreibundmächten Russland bekriegt, oder um ~~sie~~ in einem Krieg mit den^{en} Dreibundmächten ohne Bundesgenossen dazustehen.

Die Wirklichkeitsfremdheit und Unaufrichtigkeit der Verhandlungen der zweiten Internationale wird für alle Zeiten das Erstaunen der Historiker erwecken. Noch erstaunlicher aber ist, dass die Welt diese Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte und überzeugt war, dass den Reden und Beschlüssen grosse Wichtigkeit zukomme. Nur die prosozialistische und promarxistische Befangenheit der öffentlichen Meinung kann dieses Phänomen erklären. Wer die Verhandlungen nicht durch diese Brille betrachtete, hätte erkennen müssen, dass alles nur leere Wortemacherei war. Den auf den Tagungen der zweiten Internationale gehaltenen Reden kam nicht mehr Bedeutung zu als den Trinksprüchen, die die Monarchen bei ihren Besuchen austauschten. Auch der Zar pflegte bei solchen Anlässen von der traditionellen Freundschaft und Waffenbruderschaft zu sprechen, die ihn mit seinem erlauchten Gast oder Gastgeber verbinde, und zu betonen, dass ihm nichts mehr am Herzen liege als die Aufrechterhaltung des Friedens.

1) Ebendort. S.352

Auf den Tagungen der zweiten Internationale überwog der deutsche Einfluss. Die deutsche Sozialdemokratische Partei war unter allen sozialistischen Parteien die bestorganisierte und die an Mitgliedern stärkste. So boten die internationalen Kongresse ein getreues Abbild der deutschen Verhältnisse. Die Delegierten waren Marxisten und spickten ihre Reden mit Marx-Zitaten. Doch die Mitglieder der Parteien, die sie zum Kongress entsendet hatten, waren Gewerkschaftler, denen der Internationalismus ebenso fremd war wie die hegelsche Dialektik, die materialistische Geschichtsauffassung und die ~~Marxistische~~ Wertlehre. Sie waren Nutzniesser des nationalen Interventionismus. Die deutschen Arbeiter waren nicht nur gegen Russland voreingenommen, sondern nicht weniger auch gegen Frankreich und England. Sie glaubten geradeso wie alle anderen Deutschen, dass Deutschland Anspruch auf einen Teil der von England und Frankreich besessenen Kolonien erheben dürfe. Sie billigten die deutsche Marokkopolitik; das einzige, was sie daran auszusetzen hatten, war ihre Erfolglosigkeit.¹⁾ Sie kritisierten die Armee und die Flotte, weil sie manche Massnahmen der Regierung für zweckwidrig erachteten; ihre Besorgnis galt der Schlagfertigkeit der Wehrmacht, in der sie das Werkzeug der Aussenpolitik sahen. Denn sie waren durchdrungen von der Überzeugung, dass England und Frankreich dem deutschen Volke den wirtschaftlichen Aufschwung missgönnen und Übles im Schilde führen.

1) Vgl. Andler, a.a.O., S. 107

Man hat viel zu wenig auf diese Mentalität der deutschen Arbeiter geachtet und andererseits viel zu viel Bedeutung den Schriften jener Sozialisten beigemessen, die wie Schippel, Hildebrand und andere dafür eintraten, dass die Sozialdemokratie sich offen ^znur nationalistischen Politik bekenne. Die passive Unterstützung, die die Partei dem Nationalismus gewährte, war wirksam genug; offenes Eintreten hätte einer Partei, die der Opposition angehörte, nicht geziemt.

Die Regierung wusste, dass sie auf die sozialdemokratischen Arbeiter im Ernstfall zählen konnte. Zu den Führern hatte sie weniger Vertrauen. Doch sie kannte sehr genau die Kluft, die die Führer von den Massen trennte. Sie wusste, dass die sozialdemokratischen Soldaten mit Begeisterung dem Mobilmachungsbefehl folgen und dass sie scharfe Massnahmen gegen renitente Führer billigen würden. Daher plante man, bei Kriegsausbruch die Parteiführer zu verhaften; später kam man davon ab. Doch der Parteivorstand war nicht einmal über die Absichten der deutschen Regierung richtig unterrichtet und wusste nicht, dass er nichts zu befürchten hatte. So flüchteten der Vorsitzende, Ebert, und der Hauptkassierer, Braun, am 3. August 1914 nach der Schweiz.¹⁾

Es ist lächerlich davon zu sprechen, dass die Abgeordneten die Massen verraten hätten, als sie den Kriegskrediten zustimmten. Die Massen billigten den Krieg, und die Abgeordneten und die Redakteure der Parteiblätter mussten ihnen folgen. Überdies hatten viele dieser Führer schon lange ihre Übereinstimmung

1) Vgl. Ziekursch, a.a.O., III.Bd., S.385

mit dem Nationalismus der Wähler kundgetan.

Erst als die versprochenen Siege ausblieben, als Millionen deutscher Soldaten in nutzlosem Ansturm gegen die feindlichen Linien ihr Leben lassen mussten, als Hunger und Krankheit im Hinterlande wüteten, wurden die Massen des Krieges müde. Dann erst wurden sie empfänglich für die Agitation der Radikalen, die nicht etwa den Frieden anstrebten, sondern den Völkerkrieg durch den Klassenkrieg ablösen wollten.

8. Der Aufstieg des Nationalsozialismus

Die Weimarer
Verfassung.

I. *Seit* der deutsche Liberalismus dem vereinten

Ansturm der marxistischen und der kathedersozialistischen Ideen erlegen war, hörte man in Deutschland nicht mehr viel von Demokratie. Das Wort Demokratie kannte man in weiteren Kreisen nur noch in der Wortverbindung Sozialdemokratie.

Nun hatte der grosse Krieg mit einer fürchterlichen Niederlage geendet. Das Prestige der Hohenzollern, des Adels, der Offiziere und der Beamten war vernichtet, der Obrigkeitsstaat war zusammengebrochen. Es schien als ob das parlamentarische System des Westens sich doch besser bewährt hätte als der deutsche Scheinkonstitutionalismus. Von Amerika her schallte die Stimme Wilsons, der das Kriegsziel verkündete: to make the world safe for democracy. Das deutsche Volk horchte auf. Sollte vielleicht in der Demokratie die Rettung liegen? Nie war die öffentliche Meinung Deutschlands für den Gedanken der Demokratie empfänglicher gewesen als in den letzten Wochen des Krieges. Unter Demokratie verstand man die Herrschaft eines aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlaments und Freiheit der Presse, des Wortes und des Gewissens. Diese demokratischen Forderungen vertrat, wie man wusste, die Sozialdemokratie. Man erwartete, dass sie sich bestreben werde, ihr Programm zu verwirklichen.

Doch aus dem Lager der Marxisten kam eine Antwort, die niemand, der ausserhalb des engen Kreises jener stand,

die sich berufsmässig mit der marxistischen und syndikalistischen Literatur befassen mussten, erwartet hätte. Wir, klassenbewussten, vom Marxismus erleuchteten Proletarier, hiess es, haben mit euren bürgerlichen Begriffen von Freiheit, Parlamentarismus und Demokratie nichts zu tun. Wir wollen nicht Demokratie, sondern die Diktatur^{ut}~~en~~ des Proletariats, d.h. unsere Diktatur^{ut}~~en~~, und wollen niemand an den Regierungsgeschäften teilnehmen lassen, der nicht Proletarier und Marxist ist. Ihr seid überrascht, ihr sagt, ihr hättet die demokratischen Punkte unseres Programms immer ernst genommen. Das ist eure Schuld. Hättet ihr die Schriften von Marx gründlicher studiert, dann wäret ihr besser unterrichtet gewesen.

In den Revolutionstagen hatte sich in Berlin eine provisorische Regierung gebildet, die Volksbeauftragten. Die Hälfte der Mitglieder dieser Regierung war den Mehrheitssozialisten, die andere Hälfte den unabhängigen Sozialisten entnommen. Die radikalste der drei marxistischen Gruppen, die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführt wurde, trat nicht in die Regierung ein, da sie mit den Mehrheitssozialisten, die in ihren Augen "Sozialverräter" waren, nicht zusammenwirken wollte. Diese Radikalen, die man als Spartakus-Gruppe oder als Kommunisten bezeichnete, forderten die Diktatur des Proletariats; ihr Schlagwort lautete: "Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten; sie wollten von parlamentarischen Einrichtungen, die auch nicht zu ihrer Partei gehörenden Staatsangehörigen die Teilnahme am politischen Leben ermöglicht hätten,

nichts wissen. Sie wollten Deutschland ganz nach dem Vorbild Sowjetrusslands organisieren und damit die unentrinnbare Weltrevolution, die demnächst auch nach England und Frankreich hinüberschlagen musste, ein Stück weitertreiben. Die Unabhängigen billigten dieses Programm, doch sie waren in der Bekundung ihrer Meinung weniger temperamentvoll. Diese Mässigung brachte sie in stärkste Abhängigkeit von den Kommunisten, die durch ihr lautes Auftreten den Ton angaben. Die Mehrheitssozialisten hatten keine eigenen Ansichten oder Auffassungen. Ihre Unschlüssigkeit war nicht etwa "Verrat". Anhänger der Mehrheitssozialisten waren jene Schichten der Arbeiterschaft, die die demokratischen Schlagworte des sozialdemokratischen Parteiprogramms ernst genommen hatten und nicht verstehen konnten, dass man nun auf einmal der russischen Idee der Diktatur den Vorzug geben sollte vor dem demokratischen Prinzip der westlichen Völker.

Die Kommunisten wollten die Entscheidung durch die Waffen herbeiführen; sie rechneten dabei auf Unterstützung durch Russland, doch sie fühlten sich stark genug, auch allein zu siegen. Denn sie glaubten, dass die weitaus überwiegende Menge der Nation hinter ihnen stehe. Irgend welche besondere Vorkehrungen für den Kampf zu treffen, erschien ihnen unnötig. Solange die Gegner sich ruhig verhielten, brauchte man nicht loszuschlagen. Wenn sich die Gegner aber rühren sollten, dann werde es leicht sein, sie niederzumetzeln. Die Ereignisse

schiene ihnen zunächst rechtzugeben. Um Weihnachten kam es zu Differenzen zwischen der Regierung und einem ganz den Kommunisten ergebenen Truppenteil, der Volksmarine-division. Die Matrosen gingen zum Angriff gegen die Regierung vor, diese rief in ihrer Not einen in der Umgebung Berlins liegenden Teil der alten Armee, eine von einem adeligen General befehligte Formation der Gardekavallerie, zur Hilfe. Es kam zum Kampf, doch dann zog die Regierung die Gardetruppen zurück. Es war der typische Revolutionssieg; die Truppen hatten einen taktischen Erfolg erzielt, doch die Regierung musste dennoch zurückweichen, weil die das Bewusstsein der Schwäche erfüllte. Die Unabhängigen erlangten die Überzeugung, dass das Vordringen des Bolschewismus nicht mehr aufzuhalten sei. Um nicht die Popularität zu verscherzen, zogen sie ihre Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten zurück. Die Regierung war nun ganz in den Händen der Mehrheitssozialisten. Es war ein böser Streich, den die Unabhängigen damit ihren alten Parteigenossen spielten. Denn nun trugen die Führer der Mehrheitssozialisten allein die Verantwortung für die Regierung, sie mussten den Massen der Revolutionäre, die sich anschickten, gleich nach den Weihnachtsfeiertagen zum letzten Schlage auszuholen, als Vertreter der Reaktion erscheinen. Es konnte kein Zweifel darüber obwalten, dass der nächste Schritt der Linken in der Besetzung der Regierungsgebäude und in der Verhaftung und wohl auch Tötung der

Regierungsmitglieder bestehen werde. Vergebens bemühte sich der Oberbefehlshaber Noske eine aus Mehrheitssozialisten gebildete Truppe aufzustellen. Die Sozialisten, die bereit waren zu kämpfen, gingen lieber zu den Kommunisten. In dieser höchsten Gefahr kam den um ihr Leben besorgten Führern der Mehrheitssozialisten unerwartet Hilfe.

Die sozialistische Legende stellt die Ereignisse so dar: Während die allzu vertrauensseligen Arbeitermassen nur an die Aufrichtung des Sozialismus dachten und hoffen durften, dass eine ausschliesslich aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Regierung sie darin nicht stören werde, schmiedeten Ebert und Noske, wohl um den Kapitalismus noch in letzter Stunde zu retten, ein heimtückisches Komplott mit den Offizieren der alten Armee. Dank diesem Verrat vermochten die Reste der alten Armee und die aus ihren versprengten Abteilungen gebildeten Freikorps über das Volk herzufallen und seine Führer meuchlings zu morden. Damit begann eine Politik, die schliesslich zum Untergange der Weimarer Republik führen musste.

Diese Darstellung fehlt vor allem darin, dass sie nichts von der gewaltigen Umwälzung weiss, die in den letzten Wochen des Jahres 1918 im politischen Denken des deutschen Volkes vorsichgegangen war. Im Oktober schien es, als sei die ganze Nation darin einig, dass nun auch in Deutschland demokratisch regiert werden müsse. Doch auf einmal zeigte es sich, dass die Sozialdemokraten nicht Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats anstrebten. Also war das alles nur Lug und Trug gewesen,

was diese Leute seit fünfzig Jahren verkündet hatten. All das Gerede hatte nur den Zweck, an Stelle der Hohenzollern Rosa Luxemburg zum Herrscher zu machen. Wie Schuppen fiel es von den Augen der Intellektuellen! Wie hatten sie sich doch nur von dem Schlagworte Demokratie täuschen lassen können! Demokratie, das war doch offenbar nur eine zur Irreführung der Törichten erfundene Bezeichnung; in Wahrheit handle es sich, wie die Konservativen immer schon behauptet hatten, um die Aufrichtung der Gewaltherrschaft des Pöbels und um die Diktatur von Demagogen. In wenigen Wochen verlor der demokratische Gedanke bei den Gebildeten Deutschlands den Boden; die demokratische Anwandlung, die auf den militärischen Zusammenbruch gefolgt war, war überwunden. Die nationalistischen Parteien konnten wieder ihre zersprengten Scharen sammeln. Sie hatten noch eben an der Zukunft verzweifeln müssen; nun wussten sie, wie sie es anstellen müssten, um wieder hochzukommen. Das Schlagwort vom Dolchstoß hatte ihr erschüttertes Selbstvertrauen aufgerichtet; jetzt sahen sie auch schon klar, welches ihre Taktik für die nächste Zeit sein musste. Sie mussten vor allem die Diktatur des Proletariats bekämpfen, sie mussten verhindern, dass der Bolschewismus in Deutschland alle, die sich ihm entgegenstellen, ausrotte, wie er es in Russland getan hat.

Die ehemalige konservative Partei hatte mit einigen verwandten Gruppen eine Parteiorganisation vorgenommen, und sich unter dem Namen Deutschnationale Volkspartei neu konstituiert.

In der ersten Kundgebung. ~~In der ersten Kundgebung~~, mit der sie am 24. November 1918 an die Öffentlichkeit trat, forderte sie "Rückkehr von der Diktatur einer einzigen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform", ferner Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Wissenschaft und gleiches Wahlrecht. Zum zweiten Male in der deutschen Geschichte trat eine Partei, die die Aufrichtung ihrer Diktatur plante, aus taktischen Gründen mit einem liberaldemokratischen Programm vor die Öffentlichkeit. Die marxistische Taktik hatte Schule gemacht; die Deutschnationalen hatten Lenin und Bucharin mit Nutzen gelesen. Sie hatten den Operationsplan für die Machtergreifung festgelegt. Es galt zunächst Parlamentarismus und Demokratie zu stützen, um sie dann später einmal stürzen zu können. Man durfte dabei keine Bundesgenossenschaft verschmähen. Man durfte, wenn es sich als nützlich herausstellen sollte, mit dem Zentrum kooperieren, aber auch mit den unpopulär gewordenen alten Führern der Sozialdemokratie, die zitternd in der Wilhelmsstrasse sassen.

Wenn man den Bolschewismus fernhalten und Parlamentarismus und Freiheit für die nächste Zeit retten wollte, musste man vor allem dem Ansturm der bewaffneten Spartakisten und Unabhängigen Widerstand entgegensetzen. Die noch verfügbaren Teile der alten Armee waren militärisch stark genug, um unter entschlossenen Führern gegen die Kommunisten mit Erfolg ein-

zuschreiten. Doch diese Führer waren unter den Generälen nicht zu finden. Hindenburg, der Oberbefehlshaber, war ein hilfloser Greis, dessen Rolle im Kriege nur darin bestanden hatte, dass er ~~seinen Generalstabschef~~ Ludendorff frei gewähren liess. Nun, da Ludendorff fort war, war er unbrauchbar. Die anderen Generäle blickten auf den Generalfeldmarschall; Initiative durfte man von ihnen nicht erwarten. Doch der Zusammenbruch der Disziplin war schon so weit fortgeschritten, dass dieses Versagen der Generalität die Handlungsfähigkeit der Armee nicht mehr lähmen konnte. Jüngere Offiziere, mitunter selbst 20jährige Leutnants, sprangen in die Bresche. Einige von ihnen bildeten aus Soldaten, die es mit der Rückkehr zur bürgerlichen Arbeit nicht eilig hatten und mehr Neigung für das Waffenhandwerk verspürten, Freikorps, mit denen sie auf eigene Rechnung Bürgerkrieg führen wollten. Andere wieder drängten sich an ihre Vorgesetzten heran, schoben eigenmächtig die Generalstabsoffiziere, die nicht mittun wollten zur Seite, und zwangen die Kommandeure in mitunter recht respektloser Weise zum Eingreifen in den Bürgerkrieg.

Die Volksbeauftragten hatten schon jede Hoffnung auf Rettung aufgegeben, als plötzlich unerwartete Hilfe erschien. Truppen rückten in Berlin ein und warfen den Aufstand der Spartakisten blutig nieder. Die Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurden gefangengenommen und niedergemacht. Damit war der Kampf nicht beendet. Er ging in der Provinz noch viele Monate weiter, er flackerte auch in Berlin wieder auf, Doch der Sieg, den die Truppen und Freikorps in Berlin im Januar

errungen hatten, ermöglichte die Abhaltung der Wahlen, den Zusammentritt der Nationalversammlung und das Zustandekommen der Weimarer Verfassung. Wilhelm II hatte gesagt: "Wo die Garde hintritt, gibt es keine Demokratie." Die Weimarer Demokratie war von besonderer Art. Die Gardekavallerie hatte für sie gekämpft und sie erkämpft. Die Weimarer Verfassung konnte nur darum beraten und beschlossen werden, weil die nationalistisch gesinnten Gegner der Demokratie sie der Diktatur des Proletariats vorgezogen haben. Das deutsche Volk empfing die Demokratie als Geschenk aus der Hand der Totfeinde der Demokratie, die nur auf die Gelegenheit warteten, dieses Geschenk wieder zurückzunehmen.

Diesen Tatbestand suchten die Mehrheitssozialisten und ihre Trabanten, die ~~deutsche~~ Demokratische Partei, durch eine besondere Legende zu verschleiern. In den ersten Wochen nach dem November-Umsturz sei im Schosse der marxistischen Gruppen eine Auseinandersetzung über die zweckmässigste Staatsform geführt worden; die Erörterung sei mitunter recht stürmisch verlaufen, weil radikale Elemente sie stören wollten. Doch endlich wären die deutschen Arbeiter nach reiflicher Erwägung doch zu der Einsicht gelangt, dass das Festhalten an der Demokratie die vernünftigste Lösung darstelle. Dieser hochherzige Verzicht auf die Diktatur sei freiwillig erfolgt und sei ein neuerlicher Beweis für die politische Reife der Arbeiterschaft.

Durch solche Märchen konnte man das Prestige der Demokratie nicht wiederherstellen. Der demokratische Gedanke war ~~für lange~~ kompromittiert. Die "Rechte" und die "Linke" schmähten ihn gleichermassen. Nur die Mehrheitssozialisten, ein Teil des Zentrums und die Demokratische Partei nahmen die Weimarer Verfassung ernst. Die Nationalisten und die Kommunisten erblickten in ihr bloss eine vorläufige Ordnung, die sehr bald wieder verschwinden wird. Beide bereiteten den Putsch gegen die Verfassung vor; beide haben mehr als einmal ohne Erfolg losgeschlagen. Doch die Nationalisten wurden immer stärker, die Kommunisten immer schwächer. Es ist hier nicht von den Wahlergebnissen und von der Zahl der Mandate die Rede. Die Nationalisten konnten sich frei bewegen und ihre Politik den deutschen Verhältnissen anpassen. Die Kommunisten aber waren ganz an Befehlen gebunden, die ihnen aus Moskau zukamen. Sie verödeten geistig, weil kein charakturvoller Mann diese Abhängigkeit auf die Dauer ertragen wollte. Der Kommunismus konnte noch lange in Deutschland eine politische Rolle spielen; Aussicht zu siegen hatte er seit den Januartagen 1919 nicht mehr. Vielleicht hat das nationalsozialistische Regime sie ihm wiedergegeben.

Das deutsche Volk hätte sich ~~möglicherweise~~ 1918 für die demokratische Republik entschieden, wenn es die Wahl gehabt hätte. Doch wie die Dinge lagen, hatte es nur zwischen der Diktatur des Proletariats und der der Nationalisten zu wählen. Zwischen den Rechtsradikalen und den Linksradi- kalen stand keine

Partei, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihr politisches Korrelat, demokratische Verfassung, zu bejahen bereit gewesen wäre. Weder die Sozialdemokraten und die ganz in ihrem Banne stehenden Demokraten noch das Zentrum waren nach ihrer Vergangenheit und nach ihrer Ideologie befähigt, die "bürgerliche Republik" mit der "plutokratischen ^{Demokratie} Republik" nach französischem Vorbild zu verwirklichen. Die Hohenzollern verloren den Thron, weil sie das englische Parlamentssystem ablehnten; die Republik von Weimar stürzte, weil sie das französische Verfassungssystem verworfen hat. Die Sozialdemokraten der Weimarer Republik hatten kein anderes Programm mehr als das der "Mässigung"; sie wollten gemässigte Nationalisten und zugleich gemässigte Marxisten, marxistische Nationalisten und nationalistische Marxisten sein. Die Zentrumsparthei wollte katholisch gefärbten Nationalismus mit katholisch gefärbtem Sozialismus vereinigen. Solchem Eklektizismus fehlt die Werbekraft; er kann die Jugend nicht gewinnen, er zieht den kürzeren in jeder Auseinandersetzung mit Gegnern.

Das deutsche Volk war nationalistisch und sozialistisch. Einer Partei, die den Nationalismus mit dem Sozialismus verbinden wollte, musste unter solchen Umständen endlich der Sieg zufallen.

Die unterbliebene
Sozialisierung.

II. Der Vorwurf des Sozialverrats, der gegen die Mehrheitssozialisten erhoben wurde, wird besonders mit dem Hinweis darauf begründet, dass sie die Durchführung der Sozialisierung verhindert hätten. Auch in dieser Hinsicht entstellt die Legende den geschichtlichen Tatbestand.

Die Sozialdemokratische Partei hatte an die Spitze ihres Programmes die Forderung nach Vergesellschaftung aller Produktionsmittel gestellt. Das war klar und deutlich, wenn man darunter die ~~verzwangs~~^{xwangs}weise Enteignung - sei es mit, sei es ohne Entschädigung - aller Produktionsmittel und ihre Überführung in die Verfügungsgewalt des Staates verstehen wollte. Doch gerade das, erklärten die sozialdemokratischen Führer mit Nachdruck, sei darunter nicht zu verstehen. Verstaatlichung und Vergesellschaftung seien ganz verschiedene Dinge, die nur böswillige Gegner gleichsetzen können. Die Verstaatlichungen und Verstädtlichungen, die der preussisch-deutsche Staat und seine Stadtverwaltungen betrieben, hätten mit Sozialismus nichts zu tun und seien auch nicht als Schritte auf dem Wege, der zum Sozialismus führt, zu betrachten. Die ungünstigen Erfahrungen, die man mit diesen Verstaatlichungen und Verstädtlichungen gemacht hat, berühren daher, wie sie nicht müde wurden zu wiederholen, nicht im geringsten die Forderung nach Sozialisierung. Doch was man unter Vergesellschaftung zu verstehen hätte, wurde nicht gesagt. Einige wenige

unzulängliche Versuche zur Unterscheidung der Begriffe Vergesellschaftung und Verstaatlichung wurden zwar unternommen, doch im Übrigen wich man diesem heiklen Thema lieber aus.¹⁾

Dann kam der Krieg und mit ihm der Kriegssozialismus. Ein Industriezweig nach dem andern wurde der Leitung von Zentralen unterstellt, in denen der Regierungsvertreter die faktische Leitung hatte. Schliesslich wurde das System im Hindenburg-Programm zu vollständiger, alle Wirtschaftsführung erfassenden Plan- und Zwangswirtschaft ausgebaut. Die restlose Durchführung des Hindenburg-Programms hätte Deutschland zu einem sozialistischen Gemeinwesen gemacht; doch das Programm war noch nicht ganz durchgeführt, als der Zusammenbruch kam.

Die Kriegszwangswirtschaft war im Volke ausserordentlich unbeliebt. Man hat sie ungerecht beurteilt. Es war nicht allein ihre Schuld, dass Deutschland Not litt. Die Blockade, die Abwesenheit von Millionen Arbeitern, die im Felde standen, und der Umstand, dass ein grosser Teil der Produktion auf die Erzeugung von Kriegsmaterial eingestellt werden musste, hat die Lebenshaltung stärker beeinflusst als die Unwirtschaftlichkeit der sozialistischen Produktionsmethode. Die Sozialdemokratie hätte sich damit begnügen können, diesen Sachverhalt hervorzuheben. Doch gewohnt, keine Gelegenheit, die demagogisch missbraucht werden konnte, unbenützt zu lassen, griff sie das System der Zwangswirtschaft an. Das sei, meinte sie, Kapitalismus schlimmster Sorte; gerade diese Kriegswirtschaft

¹⁾Vgl. über diese Verwirrung Mises, Die Gemeinwirtschaft, a. a. O., S. 212 ff.

sagte sie, hätte gezeigt, wie dringlich es wäre, den Kapitalismus durch Sozialismus zu ersetzen.

Der Zusammenbruch des alten Staates und seiner Bürokratie lockerte das System der Zwangswirtschaft. Das dringendste Gebot der Stunde war der Wiederaufbau des deutschen Exportgewerbes, um wieder mehr Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Ausland hereinzubekommen. Energische Unternehmer setzten sich über die Vorschriften hinweg und brachten ihre Betriebe wieder in Gang. Man nannte sie Schieber, doch man riss sich um die Waren, die sie auf den Markt brachten. Die Sozialdemokraten und Kommunisten aller Richtungen sahen der fortschreitenden Zersetzung der Zwangswirtschaft untätig zu. Diese Zwangswirtschaft hatte doch, ihrer Auffassung nach, mit Sozialismus nichts zu tun. Mit diesem kapitalistischen Unfug müsse ausgeräumt werden. Denn jetzt soll die wahre Sozialisierung beginnen.

Was aber ist Sozialisierung ? Es ist, sagten die Marxisten, weder Verstaatlichung nach Art der Staatsbahnen, Staatsbergwerke u. dgl., es ist auch nicht Zwangswirtschaft nach Art der Kriegswirtschaft. Doch was ist es dann ? Marxisten, Kommunisten und Sozialisten aller Richtungen mussten eingestehen, dass sie es nicht wüssten. Mehr als fünfzig Jahre lang hatten sie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als das Endziel ihres politischen Strebens erklärt, nun hatten sie gesiegt, nun sollten sie sozialisieren und da stellte sich heraus, dass niemand wusste, was unter Vergesellschaftung gemeint sei. In

solcher Verlegenheit wendet sich der Weise an die Professoren um Rat und Hilfe. Man bildete eine Sozialisierungskommission. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder entnahm man der Sozialdemokratie, doch nicht von ihnen erwartete man die Lösung des Rätsels, sondern von den Professoren, die man in die Kommission entsandte; die meisten dieser Professoren hatten der Partei nicht angehört, sie waren Vertreter eben jenes Kathedersozialismus, der die Verstaatlichungsbewegung geistig getragen hatte. *Die* Verhandlungen der Sozialisierungskommission schleppten sich Jahre lang hin; ihre Protokolle, in vielen Bänden gedruckt, werden noch später Enkel in jenen Teilen der Bibliotheken finden, die die Bibliothekare Bücherfriedhöfe zu nennen pflegen. Doch die Frage, was Sozialisierung anderes bedeuten könnte als Verstaatlichung oder Zwangswirtschaft, blieb unbeantwortet.

Wenn man in Deutschland den Sozialismus verwirklichen wollte, dann gab es dafür nur die Methoden, die die kaiserliche Regierung gebraucht hatte. Man konnte entweder Betriebe verstaatlichen oder die Zwangswirtschaft nach der Art des Hindenburgprogramms durchführen. Die sozialdemokratische Partei hatte sich durch ihre Demagogie beide Wege versperrt. Ihre Herrschaft hat Deutschland nicht nur nicht dem Sozialismus nähergebracht, sondern die wichtigsten der von der kaiserlichen Regierung ergriffenen Sozialisierungsmassnahmen wieder beseitigt. Erst Hitler hat nach der Machtergreifung die Sozialisierungspolitik wieder aufgenommen und die Rückkehr zur Zwangswirtschaft vollzogen.

Die deutschen Arbeiter, sowohl die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, als auch die Kommunisten, haben sich um die Sozialisierung nicht gekümmert. Sie sahen, wie Kautsky bemerkt hat, in der Revolution vor allem eine Lohnbewegung. Höhere Löhne und Arbeitslosenunterstützung erschienen ihnen wichtiger als Sozialisierung.

Nicht Verrat der Führer hat dieses Ergebnis gezeitigt, sondern das Verhalten, das die sozialdemokratische Partei seit jeher an den Tag gelegt hatte. Sie vertrat ein Programm, das zur Staatsallmacht, zum totalen Staat führen musste, sprach dabei aber immerfort davon, dass sie den Staat zum Absterben bringen werde; sie forderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel, bekämpfte jedoch Verstaatlichung und Zwangswirtschaft; sie lehrte die Vergeblichkeit aller gewerkschaftlichen Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, machte dabei aber die Förderung der Gewerkschaften zum Mittelpunkt ihrer Politik. Diese Widersprüche haben ihren Untergang verschuldet, nicht Intrigen des Grosskapitals und nicht Versagen der Führer.

Die Wehrverbände. III. In den Januarkämpfen 1919 tritt zum erstenmale wieder eine Figur auf, die seit Jahrhunderten aus der deutschen Geschichte verschwunden war, nämlich der Parteigänger, der auf eigene Verantwortung Krieg führt. Entschlossene Männer sammeln eine Anzahl von

Leuten, sorgen für ihre Bewaffnung und Verpflegung, suchen selbst die dafür benötigten Geldmittel zu beschaffen, organisieren die Truppe nach eigenem Gutdünken und führen sie selbständig im Dienste der Sache, die sie für gut halten. Sie kämpfen an den Grenzen gegen den äussern Feind und in der Heimat gegen die, die sie als innern Feind ansehen.

Die Duldung solcher Zustände muss zu völliger Auflösung der staatlichen Ordnung, zu Anarchie und zum ewigen Bürgerkrieg führen. Die Reichswehrleitung suchte dem dadurch zuvorzukommen, dass sie diese Freikorps unter ihren Schutz nahm. Da es den Führern der einzelnen Verbände immer schwerer fiel, die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, nahmen sie die gebotene Hilfe an; sie gerieten dadurch in Abhängigkeit und mussten sich bequemen, die Weisungen des Reichswehrministeriums zu befolgen. Der Bestand dieser "schwarzen Reichswehr" war mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, die die deutsche Truppenzahl begrenzen, unvereinbar. Es gab daher Reibungen mit der interalliierten Offizierskommission. Als die Reichsregierung, dem Drängen der Entente nachgebend, eines dieser der Reichswehr eingegliederten Korps, die Marinebrigade Ehrhardt, auflösen wollte, beschleunigte sie den Ausbruch des Kapp-Putsches.

Krieg und Bürgerkrieg hatten die Gewaltideologie so volkstümlich gemacht, dass man sich politische Betätigung nur noch im Verbände militärischer Trupps vorstellen konnte. Die Rechte und die Linke verfügte über Parteitruppen. Nationalisten und Kommunisten führten einen Guerillakrieg gegen die Regierung ~~und~~

und bekämpften einander gegenseitig. Die Reichsregierung war zu schwach, um dagegen einzuschreiten. Da im Reichstag keine einzelne Partei die absolute Mehrheit hatte, mussten Koalitionsregierungen gebildet werden. Jede Partei schützte ihre militanten Verbände gegen energisches Vorgehen der legalen Gewalt. Der innere Frieden beruhte nur darauf, dass die Kräfteverhältnisse der einzelnen Gruppen ungefähr gleich waren. Keinem der vielen Ministerien, die einander ablösten, wurde von den Parteien so viel Vertrauen geschenkt, dass man ihm die Auflösung und dauernde Unterdrückung aller Parteitruppen übertragen wollte. Die Nationalisten forderten scharfes Vorgehen gegen die kommunistischen Organisationen. Doch die Sozialdemokraten wollten das nicht dulden; sie zählten auf die Hilfe der Kommunisten, obwohl deren Verhalten im Kapp-Putsch diese Zuversicht nicht rechtfertigte. Andererseits wollten die Nationalisten nicht abrüsten, ehe nicht die Kommunisten abgerüstet hätten.

Das Schwergewicht der Verwaltung lag auch in der Weimarer Republik wie im Bismarck'schen Reiche nicht bei der Reichsregierung, sondern bei der Regierung der Einzelstaaten. Preussen war der grösste, volkreichste und wohlhabendste Bundesstaat, war der Kern des Reichs, war eigentlich das Reich; dass die preussische Regierung konservativ gewesen war, hatte den Konservativen im zweiten Reich die Hegemonie gesichert; dass die preussische Regierung in der Weimarer Republik sozialdemokratisch war, gab den Sozialdemokraten die Hegemonie in

der Republik; als die Herrschaft der Sozialdemokratie in Preussen durch den Papen'schen Staatsstreich vom 20. Juli 1932 ein Ende fand, war der Kampf um das Reich entschieden.

Die bayerische Regierung duldete und förderte die nationalistischen Kampfverbände. Da das Reich nicht eingreifen konnte, entschloss sich die preussische Regierung zu einer verhängnisvollen Tat. Am 22. Februar 1924 wurde in Magdeburg das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Das war keine private Organisation wie die anderen militanten Verbände. Einer der höchsten Funktionäre des preussischen Staates, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, übernahm als Vorsitzender die Leitung. Die neue Truppe sollte überparteilich und unparteilich alle Männer vereinen, die sich zur Republik bekannten. Tatsächlich aber war die überwiegende Mehrheit der Mitglieder sozialdemokratisch; sie wurden den lokalen sozialdemokratischen Kampfgruppen entnommen. Mitglieder aus den Kreisen des Zentrums und der Demokraten waren, hiess es, willkommen. Doch die Demokraten waren ohnehin nur ein Anhängsel der Sozialdemokratie, und die Zahl der Zentrumsleute im Banner blieb sehr klein. Das Banner Schwarz-Rot-Gold war eine sozialdemokratische Kampftruppe, der die preussische Regierung offiziell jede Förderung angedeihen liess.

Immerhin bestand noch Aussicht, dass der Frieden gewahrt und das parlamentarische Regime erhalten bleibe. Am Ende des ersten Jahres seines Bestandes rühmte sich das Reichsbanner drei Millionen Mitglieder zu zählen und damit alle rechtsstehenden Wehrverbände an Stärke überholt zu haben.¹⁾ Doch es

1) Vgl. Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen

kam nicht auf die Zahl der Mitglieder an.

Die Wehrverbände waren Milizen. Ihre Mitglieder standen im Berufsleben. Wochentags arbeiteten sie. An Sonn- und Feiertagen legten sie die Uniform an und veranstalteten mit Musik, Fahnen und Standarten ihre Umzüge, manchmal auch eine Felddienstübung. Sie hatten Weib und Kind und ihr Auskommen. Sie waren bereit, im Notfalle einen Abwehrkampf zu führen. Angriffsgeist lag ihnen fern. Sie wollten den Frieden im Lande erhalten, nicht ihn stören.

Die Sturmabteilungen der nationalsozialistischen Partei, die Hitler aufstellte, bestanden dagegen vorwiegend oder auch ganz aus Leuten, die keinen bürgerlichen Beruf hatten. Sie wurden unter den jungen Arbeitslosen rekrutiert. Die Sturmabteilungen waren den anderen Verbänden so überlegen, wie es einst die stehenden Heere der Fürsten gegenüber den Bürgergarden gewesen waren. Sie standen täglich und überall ihrem Führer zur Verfügung, sie waren erfüllt von Angriffsgeist, sie waren einsatzbereit. Das Auftreten dieser Sturmabteilungen störte das Gleichgewicht der Parteien. Sie waren keine Schutztruppe, sie waren eine Garde, mit der der Führer die Herrschaft erkämpfen wollte. Dass es schliesslich doch nicht zum Kampfe gekommen ist, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass die Gegner, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in Erkenntnis ihrer militärischen Schwäche den Kampf nicht aufgenommen haben. Sie waren nicht die einzigen, die kampflos die Waffen streckten. Die kommunistischen Trupps handelten nicht anders, und innerhalb der nationalistischen

Parteien kapitulierte der Stahlhelm.

Die Sturmabteilungen erkämpften ihrem Führer die Herrschaft. Ihr Einsatz hat bewirkt, dass Hitler und nicht einer der anderen nationalistischen Bewerber die Diktatur erlangte. Die grosse Mehrheit des deutschen Volkes war schon lange durch und durch von den Ideen des Nationalsozialismus erfüllt; sie war es schon vor dem Kriege gewesen und der Prestigeverlust, den der Nationalismus durch die Niederlage im Weltkrieg erlitten hatte, war durch die Dolchstosslegende wieder behoben worden. Es handelte sich bei dem Siege Hitlers nicht um einen Sieg des Nationalismus über die nichtnationalistischen Parteien. Der Triumph des Nationalismus war schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik gesichert; die Anhänger des Zentrums und der Sozialdemokratie waren für die nationalistischen Ideen nicht weniger empfänglich als die der nationalistischen Parteien, und die Kommunisten dankten einen guten Teil ihrer politischen Erfolge dem Umstande, dass viele im Kommunismus das wirksamste Mittel zur Befreiung Deutschlands von den Bindungen des Versailler Vertrags und von den Fesseln des westlichen Kapitalismus zu erblicken meinten. Die Bedeutung des Umbruches von 1933 lag nicht etwa im Übergange von einer Politik des Friedens zu einer Politik des Nationalismus, sondern in der straffen Zusammenfassung aller nationalistischen Kräfte, die, in viele Parteien zersplittert, einander befehdet hatten. Dass nach 1933 Millionen, die früher der Sozialdemokratie,

dem Zentrum und dem Kommunismus Gefolgschaft geleistet hatten, zum Nationalsozialismus übergangen, war nicht, wie man oft gesagt hat, Feigheit und Charakterlosigkeit. Es war ein Durchbruch des nationalistischen Geistes, der auch in den ~~militaristischen~~ ^{nichtnationalistischen} Parteien lebendig war. Das Schlagwort "Volksgemeinschaft" zündete, weil der Nationalismus so stark eingewurzelt war, dass nur einige wenige Männer den Mut fanden, ihm offen entgegenzutreten, und dass der Nationalsozialismus alle diese Gegner mit dem Worte "Judenknechte" leicht zu besiegen vermochte.

[Es gibt in Deutschland auch eine Opposition. Doch die Gegner der herrschenden Gruppen sind nicht etwa Gegner des Nationalsozialismus. Sie wollen die Macht im Reiche erlangen; doch sie würden, einmal zur Herrschaft gelangt, nicht anders regieren als die, die heute das Heft in Händen haben; sie würden auch den aussenpolitischen Kurs nicht ändern. Kein Regierungswechsel könnte einen Systemwechsel bringen, solange der Nationalismus Macht über die Geister behält. Erst wenn die Deutschen alles, was sie heute verneinen, bejahen und alles, was sie heute bejahen, verneinen werden, wird eine deutsche Regierung möglich sein, die auf Krieg, Militarismus und Hegemoniepläne verzichtet. Das deutsche Volk wird erst dann bereit sein, sich friedlich in die Staatengesellschaft einzuordnen, wenn der einzelne Deutsche gelernt haben wird, dass es auch andere Mittel zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten gibt als Mordwaffen.] Bonn Aktuell

Der Vertrag von
Versailles.

IV. Der Vertrag von Versailles und die ihn
ergänzenden Verträge von St-Germain,

Trianon und Sèvres werden ewig denkwürdig bleiben als Beispiele politischen Misserfolgs. Man wollte der Welt dauernden Frieden geben; das Ergebnis war eine Kette von Kriegen, die schliesslich in einen neuen Krieg in Westeuropa mündeten. Man wollte die Unverletzlichkeit der kleinen Staaten sichern; das Ergebnis: Osterreich, Tschechoslovakei, Albanien, Abessinien. Man wollte die Demokratie festigen; das Ergebnis war: **Fascismus** und Nationalsozialismus.

Die grossen Fehler, die in Versailles begangen wurden, fallen freilich nicht den Staatsmännern zur Last, die dort verhandelt haben, sondern der öffentlichen Meinung, deren Vollstrecker sie waren. Doch auch das, was auf die Rechnung der Unzulänglichkeit der Unterhändler zu setzen ist, ist arg genug. Ihre Unkenntnis von geographischen, historischen und statistischen Tatsachen, über die sie jedes Nachschlagewerk hätte aufklären können, war himmelschreiend. Um ihre juristische und volkswirtschaftlichen Ideen war es traurig bestellt. Kleinlichkeit bekundete sich in dem Benehmen, das sie gegenüber den Delegierten der besiegten Völker zur Schau trugen. Sie haben in den diplomatischen Verkehr einen Ton gebracht, den man in Europa nicht mehr gewohnt war.

Man hat die ärgsten Entgleisungen von Versailles durch den Hinweis auf Verbitterung entschuldigen wollen, die die

deutsche Kriegführung erzeugt hätte. Kein Rechtfertigungsversuch konnte unglücklicher sein. Die Staatsmänner hatten im Dienste ihrer Staaten die Aufgabe, die Grundlagen für einen guten, d.h. einen dauerhaften Frieden zu legen; sie hatten nicht das Recht, ihren persönlichen Gefühlen zu folgen. Sie haben das nicht geleistet, was ihre Auftraggeber von ihnen verlangt und was sie sich selbst zum Ziele gesetzt haben.

Es ist zwecklos, noch ein weiteres Wort zur Kritik der Verträge von 1919 zu sagen. Uns beschäftigt hier nur die Frage, ob der Friedensvertrag für die Entstehung und für den Erfolg der nationasozialistischen Bewegung verantwortlich gemacht werden darf. Man hat das Werk von Versailles mit dem des Wiener Kongresses verglichen; dieser Vergleich musste sehr zum Vorteil der Verträge von 1815 ausfallen. Sie haben den Frieden Europas für lange Jahre gesichert; das Staatensystem, das sie geschaffen haben, konnte in mancher Hinsicht ein Jahrhundert dauern. Sie haben die besiegten Franzosen geschont und haben damit, wie man meint, das Aufkommen eines Revanche-Gedankens verhindert. Im Lichte der jüngsten Erfahrungen erscheinen Metternich, Gentz und Talleyrand als Meister, Wilson, Clemenceau und Lloyd George als Stümper. Doch diese Auffassung verkennt die entscheidenden Punkte.

Frankreich war im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts allen anderen kontinentalen Völkern und Staaten an Volkszahl, Reichtum, Kulturstand und militärischer Leistungsfähigkeit weit überlegen. Wenn es damals in Frankreich Nationalismus

gegeben hätte, hätte er sich die Erringung der Hegemonie in Europa zum Ziele setzen können. Doch die Franzosen der Revolutionsepoche waren eben keine Nationalisten. Sie waren Chauvinisten; sie hielten sich selbst, vielleicht mit etwas mehr Berechtigung als andere Völker, für die Blüte der Menschheit. Sie waren stolz auf die Freiheit, die sie erkämpft hatten; sie hielten es für ihre Pflicht, den anderen Völker zu helfen, ebenfalls die Freiheit zu erringen. Sie waren Patrioten, doch sie kannten keinen Nationalismus. Sie wollten nicht erobern. Napoleon war es, der sie auf die Bahn der Eroberungen führte. Die Nation liess es anfangs geschehen; sie wurde jedoch in dem Masse unwilliger, in dem sie zu erkennen begann, dass sie für die Grösse des Hauses Bonaparte bluten musste. Nach Waterloo empfand das Volk eine Erleichterung; nun brauchte man nicht länger für das Leben der jungen Leute zittern. Kein Franzose beklagte den Verlust des Rheinlands, Hollands oder Italiens. Kein Franzose war betrübt, weil Joseph nicht länger König von Spanien und Jérôme nicht länger König von Westphalen sein durften. Austerlitz und Jena wurden allmählich zu schönen Erinnerungen, das Selbstgefühl des Bürgers erbaute sich an den Schriften und Gedichten, die den Imperator und seine Siege verherrlichten, doch niemand plante Europa zu unterjochen. Die Erfahrungen des Sommers 1848 lenkten die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Neffen des Kaisers; von ihm erhoffte man, dass er die neue Revolution ebenso zum Abschluss bringen werde,

wie Napoleon I die erste Revolution beendet hatte. Zweifellos verdankte Louis Napoleon, der in Frankreich niemand kannte und von niemand gekannt wurde, der das Land nur durch die Fenster des Gefängnisses gesehen hatte und die französische Sprache mit fremdländischen Akzent sprach, seinen Aufstieg dem Glanze, der von den Siegen seines Oheims ausstrahlte. Doch die Franzosen wendeten sich ihm nicht etwa darum zu, weil sie neue Eroberungen wollten. Sebastopol und Solferino haben die Volkstümlichkeit des zweiten Kaiserreichs nicht erhöht, eher gemindert. Victor Hugo, der Herold des napoleonischen Nachruhms, hat den kleinen Napoleon unerbittlich und unversöhnlich bekämpft. Das Werk des Wiener Kongresses konnte Dauer haben, weil im liberalen Europa der Krieg als ultima ratio, und nicht als das normale Mittel der Politik angesehen wurde. Das Werk von Versailles hätte dem etatischen und nationalistischen Europa auch dann nicht Frieden bringen können, wenn es so gut gemacht worden wäre als es nur irgendwie möglich war.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass der Erfolg der nationalsozialistischen Agitation (~~und der Sieg Hitlers~~) etwas mit den Mängeln des Versailler Vertrags zu tun habe. Auch wenn man dem Reiche den Gebietsumfang von 1914 belassen hätte und wenn man ihm weder Reparationen noch Abrüstung auferlegt hätte, wäre das Wiederaufleben der nationalistischen Hegemoniepläne nicht zu verhindern gewesen. Denn das, was diese Pläne hat entstehen und volkstümlich werden lassen, ist allein

der Gedanke: wir sind stark genug, um die anderen niederzuwerfen. Würden die Deutschen nicht von diesem Gedanken besessen sein, dann hätte sie auch der ungünstigste Vertrag nicht zum Nationalsozialismus und zu seiner aussenpolitischen Haltung bringen können. Sie hätten sich ^{vielleicht} bemüht, auf diplomatischem Wege oder durch Allianzen in einem Revanchekrieg das Verlorene wiederzugewinnen, doch sie hätten nie Hegemoniepläne verfolgen können. Es ist übrigens kaum vorstellbar, dass die Sieger es 1919 vermocht hätten, Elsass-Lothringen und die polnischen Landesteile, die Preussen von den bei den Teilungen Polens erhaltenen Gebieten noch verblieben waren, dem Reiche zu belassen. Der Verlust dieser 60.000 Km² lieferte Hitler die vorzüglichsten Argumente für die Agitation gegen Versailles. Da sind uns, schmetterte er in seinen Reden, Gebiete genommen worden, die uns mit Brot und mit Erz versorgt haben; wir hungern, weil man uns beraubt hat. Die Abtretung Westpreussens schuf das unglückselige Korridorproblem oder, richtiger gesagt, liess es wieder entstehen. Was hätten, rief Hitler, die Engländer dazu gesagt, wenn man durch ihr Land einen Korridor gezogen hätte! Dass der historische Ursprung des Problems damit entstellt wurde, hat in Deutschland nie jemand zu bemerken gewagt. Jeder Deutsche, der darauf hingewiesen hätte, dass der "Korridor" dadurch entstanden war, dass die Ordensritter ein Stück Land mitten im slawischen Gebiet erobert haben, wäre

gelyncht worden; auch die Tatsachen, dass diese Gebiete von Polen bewohnt wurden, dass sie polnische Abgeordnete in den deutschen Reichstag entsendet hatten und dass sie erst nach der Auflösung des Deutschen Bundes, dem sie ebensowenig angehört hatten, wie dem alten, 1806 aufgelösten Reich, ohne Befragen der Bevölkerung, in den Norddeutschen Bund eingliedert worden waren, durfte₂ nie erwähnt werden.

Doch nicht der Friedensvertrag, sondern die Dolchstoss-Legende bildete den Kernpunkt der Hitler'schen Agitation. Wir sind das stärkste Volk in Europa, wir sind unbesiegbar und können, wenn wir wollen, alle anderen Europäer zu Paaren treiben, wir haben im Weltkriege gesiegt, doch die Novemberebrecher haben uns um die Frucht des Sieges gebracht, das war es, was er immer wieder vortrug. Vom Friedensvertrag sprach er nur, um die Niedertracht der Novemberebrecher besser aufzuzeigen. [Wir sind stark genug um diesen Vertrag zu zerreißen, doch diese volksfremde Regierung will unser Unglück; statt den Vertrag als Fetzen Papier zu behandeln, sucht sie ihn zu erfüllen. Hitler kämpfte nicht gegen den Vertrag von Versailles, sondern gegen die Deutschen, von denen er behauptete, dass sie der einseitigen Zerreißung dieses Vertrages im Wege stehen. Denn dass zur Aufhebung des Vertrages der blosse Wille des deutschen Volkes genüge, hatte er seinen Anhängern schon durch die Dolchstosslegende klar bewiesen.]

13. Juni 1941

Die wirtschaftliche
Not.

V. Man verkennt das Wesen des Nationalsozialismus, wenn man seine Entstehung aus der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reichs erklären will.

Die Inflation war das Ergebnis der praktischen Anwendung der etatistischen Geldlehre. Alle Männer, die zwischen 1914 und 1923 irgend einen Einfluss auf die deutsche Währungs- und Kreditpolitik auszuüben vermochten, und alle Journalisten und Publizisten, die zu diesen Problemen in der Presse das Wort ergreifen durften, waren von der Überzeugung durchdrungen, dass die Vermehrung der Notenmenge die Gestaltung der Preise der Waren, des Goldes und des ausländischen Geldes nicht berühre. Die Teuerung wurde als Folge der Blockade, das Steigen der Valutakurse als Folge der ungünstigen Zahlungsbilanz angesehen. Die Inflation war weder ein Elementarereignis noch eine Wirkung des Vertrages von Versailles. Sie war der Ausfluss jener etatistischen Ideen, die auch den Nationalismus erzeugt hatten. Alle politischen Parteien waren für sie verantwortlich, denn sie alle teilten die Auffassung, dass nicht der Notendruck, sondern die ungünstige Zahlungsbilanz die Währung verschlechtert.

Die Inflation hat das Vermögen des Mittelstandes der Rentner vernichtet. Die Verarmten strömten Hitler zu. Doch sie handelten so nicht weil sie litten, sondern weil sie vom

Nationalsozialismus Verbesserung ihrer Lage erhofften. ^{A.A.} Dass jemand an Verdauungsstörungen leidet, erklärt noch nicht, warum er das von einem Quacksalber ~~machtsehrend~~ empfohlene Arcanum verwendet. Er braucht das Geheimmittel, weil er von ihm Abhilfe erwartet. Würde er anders denken, dann würde er einen Gesundheitsbeter aufsuchen oder ärztlichen Rat in Anspruch nehmen. Dass im Deutschen Reich vieles faul war, ist noch keine Erklärung dafür, warum man gerade im Nationalsozialismus die richtige Politik erblickte. Auch die anderen Parteien, z.B. die Sozialdemokraten und die Kommunisten, haben ihr Programm als rettend empfohlen. ~~J.M.H.~~

Die Wirtschaftskrise hätte zu einem Niedergleiten der Löhne führen müssen. Doch die Gewerkschaften suchten mit Erfolg das Sinken der Löhne zu verhindern. So musste die Arbeitslosigkeit gewaltig anwachsen. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten waren überzeugt, dass die Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen ihre Reihen stärken werde. Doch sie hat den Nationalsozialisten mehr Anhänger zugeführt als ihnen.

Die Wirtschaftskrise war nicht auf Deutschland beschränkt. In den anderen Ländern, die von ihr betroffen wurden, hat sie nicht eine Partei gestärkt, die von Rüstungen und vom Krieg das Heil erwartete.

Der national-
sozialistische
Umbruch.

VI. Man verkleinert die Bedeutung des national-
sozialistischen Umbruchs keineswegs, wenn man

darauf hinweist, dass er in nichts anderem besteht als in der folgerichtigen und restlosen Verwirklichung der Ideen, die schon vor 1914 die deutsche Politik beherrscht haben. Grosse Umwälzungen vollziehen sich nicht von einem Tag auf den andern. Sie sind nicht das Ergebnis des Handelns einzelner Männer, sondern der Erfolg eines Wandels der die Geister erfüllenden Doktrinen, der nur langsam reifen kann. Der Nationalsozialismus ist die Verwirklichung der Utopie, die dem radikalen Flügel des deutschen Kathedersozialismus vorgeschwebt hat. Mehrere Generationen deutscher Philosophen, Volkswirte, Geschichtsschreiber und Gesellschaftskritiker haben an der Gestaltung dieses Gesellschaftsplans gearbeitet. Rodbertus und Lassalle, Treitschke und Schmoller, Adolf Wagner und Walther Rathenau würden in dem fertigen Bau ihre Bausteine erkennen. Doch die wichtigsten Gedanken kamen von den englischen und französischen Sozialisten und Reformern. Die Sozialisten aller Länder und aller Richtungen wollen das freilich nicht zugeben. Doch sie können nicht bestreiten, dass im dritten Reich die Wirtschaft planmässig vom Staate gelenkt wird, dass dort nicht der Erwerbstrieb, sondern die Erfüllung von staatlich aufgetragenen Pflichten den Einzelnen zur Arbeit treibt, dass die Einkommensgestaltung vom Staate geregelt wird, und dass den technokratischen Gedanken volle Berücksichtigung zu Teil wird.

Was sie an dem System allein tadeln können ist das, dass nicht sie selbst im Reichswirtschaftsministerium entscheiden, sondern andere. Sie würden sich selbst widersprechen, wollten sie den Nationalsozialisten vorwerfen, dass sie vor allem an Krieg denken. Darf ein Sozialist es den deutschen Nationalsozialisten verübeln, dass sie die Ungleichheit in der Verteilung der Erdoberfläche an die verschiedenen Völker beseitigen wollen ?

Die Nationalökonomie hat in unwiderlegbarer Weise gezeigt, dass das sozialistische System nicht das leisten kann, was man von ihm erwartet, und dass nur die Marktwirtschaft die grösstmögliche Wohlfahrt aller Menschen bringen könne. Doch wer, wie die Mehrzahl unserer Zeitgenossen, nichtsdestoweniger für Sozialismus schwärmt, darf den deutschen sozialistischen Versuch nicht verdammen.

Es ist verkehrt, dem Nationalsozialismus Nihilismus vorzuwerfen. Wenn man unter Nihilismus die Zerstörung der menschlichen Gesellschaft verstehen will, dann erscheint der Vorwurf in den Augen der Nationalökonomien sinnvoll; doch dann trifft er in gleichem Mass jeden Sozialismus. Planwirtschaftler, Sozialisten und Kommunisten dürfen den Nationalsozialismus nicht nihilistisch nennen. Es ist leicht zu verstehen, warum die verschiedenen sozialistischen Gruppen einander heftig und unversöhnlich bekämpfen. Das Leben in einem sozialistisch organisierten Gemeinwesen ist für alle, die bei der Regierung nicht beliebt sind, unerträglich. Doch wer das dem Sozialismus

zum Vorwurf machen will, darf eben nicht Sozialist sein. Wer als Sozialist einen Sozialismus, der von andern durchgeführt wird, opponiert, muss wissen, dass seine Kritik nur technische Einzelheiten und Nebensächliches betrifft; er unterlasse die Berufung auf Weltanschauung und letzte Grundsätze.

Gerade wer sozialistische Wirtschaft, mag er sie nun Planwirtschaft oder wie immer nennen, als die bestmögliche Wirtschaftsverfassung ansieht, ihr Kommen ersehnt und sich bemüht, es zu beschleunigen, darf nicht bestreiten, dass das, was die Nationalsozialisten in Deutschland durchgeführt haben, den Sozialismus so weit verwirklicht, als das überhaupt in einem mit ~~national~~^{nicht}sozialistischen Ländern in Verkehr stehendem Staat möglich ist.

Auf einen nicht ganz nebensächlichen, jedenfalls aber besonders charakteristischen Punkt sollte man dabei achten. Als der Nationalsozialismus noch um die Macht zu kämpfen hatte, nahm er alle Forderungen der Mittelstandspolitiker in sein Programm auf: Schutz des Kleinhandels gegen die Warenhäuser, Bevorzugung des Kleingewerbes gegenüber der Grossindustrie. Zur Macht gelangt, hat er diese "Kleinbürgerlichen", mit seinem Sozialismus unverträglichen Programmpunkte fallen lassen. Kleinbetriebe, deren Bestand als "volkswirtschaftlich nicht berechtigt" angesehen wird, werden zur Betriebseinstellung gezwungen und ihre Inhaber als Arbeiter oder Angestellte anderen Unternehmungen zugewiesen. Die Warenhäuser wurden nicht liquidiert, sie wurden auch nicht kommunalisiert und zu

billigen Preisen an kleine Gewerbstreibende vermietet, wie es im Punkt 16 des unabänderlichen Parteiprogramms versprochen worden war. Sie wurden einfach in den staatlich gelenkten Verteilungsapparat eingegliedert.

[Manche glauben, dass der deutsche Nationalsozialismus, auch wenn seine Führer nicht gewechselt werden, sich in der Richtung des Bolschewismus entwickeln werde. Andere wieder hoffen oder fürchten, dass ein Zusammenbruch der heute im Dritten Reich herrschenden Partei zu einem Umschlagen der deutschen Wirtschaftsordnung in den Bolschewismus führen werde. Seit der politischen Annäherung zwischen Deutschland und Russland und ihrer militärischen Kooperation in Polen, haben beide Auffassungen viele neue Anhänger gefunden. Es ist müßig, sich in Vermutungen über die künftigen Ereignisse in Deutschland zu ergehen. Wichtiger ist die Beantwortung der Frage, worin das deutsche Wirtschaftssystem geändert werden müsste, wenn man es dem der Bolschewisten anpassen wollte.

Überall dort, wo Beamte, Offiziere, Soldaten, mittelbare Staatsbeamte, ferner Angestellte und Arbeiter öffentlicher Unternehmungen des Reiches, der noch vorhandenen Einzelstaaten, der Kommunen und der Kommunalverbände höherer Ordnung arbeiten und verwalten, wäre überhaupt nichts zu verändern. In dem Sektor, den man noch als privatwirtschaftlich zu bezeichnen pflegt, obwohl er schon längst dem Wesen nach verstaatlicht ist, wären die Unternehmer durch Beamte zu ersetzen. Das würde bei den grossen Aktiengesellschaften und Konzernen, in deren

Verwaltung ohnehin nur noch der Regierungsvertreter zu befehlen hat, keine Änderung bedeuten. In den mittleren und kleineren Betrieben würde es die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung beträchtlich herabsetzen. Denn die Unternehmer haben heute noch das Empfinden, dass sie mit ihrem eigenen Vermögen wirtschaften. Sie haben noch nicht erfasst, dass sie enteignet wurden; sie glauben, dass die Massnahmen, die ihre Verfügungsberechtigung beschränken, würden einmal wieder aufgehoben werden; man werde ihnen die Betriebe zurückgeben und dann werde es ihnen zugute kommen, dass sie sie in der Zwischenzeit pfleglich verwaltet haben. Diese Unternehmer sind daher mehr als bloss am Ertrag beteiligte Direktoren; sie sind auch an der Erhaltung der Substanz interessiert.

Im Übrigen würde die Bolschewisierung nur eine Neuordnung der den einzelnen im Produktions- und Verteilungsprozess tätigen Personen zugewiesenen Einkommen bringen. Eine Anzahl grosser Luxushaushalte des Hochadels und der Schwerindustrie würde verschwinden. Was dadurch erspart werden könnte, wird bei weitem nicht ausreichen, um den durch die Herabsetzung der Wirtschaftlichkeit der Mittel- und Kleinbetriebe entstehenden Ausfall zu decken.

Man kann unter Bolschewismus auch noch anderes verstehen, nämlich die Ausrottung, Einkerkierung oder Landesverweisung aller "Bourgeois". Sollte das in Deutschland geschehen, dann wird der deutsche Wirtschaftsapparat versagen, so wie er auch versagt hätte,

wenn man die Bolschewisierung durch Verstaatlichung, von der soeben die Rede war, ohne jede Vorbereitung, die die nationalsozialistische Zwangswirtschaft darstellt, hätte im Werk sehen wollen.

] *Bowen H.A.*

Der Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus.

- I. Die volkstuemliche Auffassung des Gegensatzes.
- II. Gglichkeit und Demokratie
- III. Die Wiederherstellung der Gedankenfreiheit.
- IV. Der Diktatur-Komplex
- V. Die Ablehnung des Resantiment

Anmerkung des Verfassers: Ein Kapitel, das eventuell zwischen dem 8 und dem neunten Kapitel als vorletztes Kapitel eingeschaltet werden konnte.

DER KAMPF ZWISCHEN DEMOKRATIE UND TOTALITARISMUS

I. Die volkstümliche Auffassung des Gegensatzes.

Die "Progressiven der angelsächsischen Länder sehen den Kampf zwischen Demokratie und Diktatur durch die Brille einer Geschichtsmetaphysik, die ihnen ^{die} Wirklichkeit ganz verzerrt zeigt. Sie sind ^{dermassen} in ihren Vorurteilen befangen, dass sie sich hartnäckig weigern, die unbestreitbare Tatsache anzuerkennen, dass das bolschewistische Russland heute mit dem nationalsozialistischen Deutschland und mit dem faschistischen Italien im Bunde gegen ~~die~~ Demokratien der angelsächsischen Länder operiert. Stalin und Hitler werden nicht immer Verbündete bleiben. Früher oder später wird es zwischen ihnen Kampf über die Verteilung der Beute geben, wenn es England nicht gelingen sollte, ihnen das Beutemachen abzugewöhnen. Doch wenn Nationalsozialisten und Bolschewiken einander befehdet werden, dann wird das kein "ideologischer" Kampf sein, sondern ein Kampf zwischen Militärmächten um Land und Herrschaft, wie ihn die Geschichte tausendmal gesehen hat; Stalin und Hitler werden nicht kämpfen, weil sie Verschiedenes wollen, sondern weil sie dasselbe wollen, nämlich Hegemonie. Dieser Bund, meinen sie, sei unnatürlich und daher gar nicht "wirklich." Stalin sei durch das Verhalten Englands, das - unter dem Einfluss seiner kapitalistischen Oberschicht - den Kampf gegen Hitler nur zum Scheine führe, gezwungen worden, sich mit der "Achse" zu verbünden. Er werde diese Beziehungen wieder lösen, sobald

England und die Vereinigten Staaten die plutokratische Scheindemokratie ~~russischen Typs~~ durch die allein echte Volksdemokratie russischen Typs ersetzt haben werden. Dann wird überall in der Welt die Volksfront der Kapitalsfront gegenüber stehen. Dann werden die grossen ideologischen Gegensätze den richtigen Ausdruck gefunden haben; es wird zum grossen Entscheidungskampf zwischen dem werktätigen Volk und den ausbeuterischen Schmarotzern kommen, zu jener letzten Weltrevolution, die das irdische Paradies für alle Zeiten schaffen wird.

Echte Demokratie sei nämlich nur im sozialistischen Staate möglich. Die Verfassung des britischen Reiches und der vereinigten Staaten sei gar nicht demokratisch. Die Kapitalisten dieser Länder, die die Diktatur des Kapitals ausüben, benutzen das Schlagwort Demokratie lediglich zur Täuschung der Massen. Demokratie bedeute Gleichheit aller Menschen, und von solcher Gleichheit könne in einem Staateswesen, in dem Unterschiede im Vermögen und im Einkommen der Einzelnen bestehen, keine Rede sein. Echte Demokratie gebe es daher heute nur in Russland. Ausserhalb Russlands bestehe nur eine wirklich demokratische Partei: die der dritten Internationale angegliederten Kommunisten. Wer mit den Sowjets und mit den Kommunisten geht, sei Demokrat; alle anderen seien "Fascisten", d.h. Volksfeinde, Ausbeuter oder Knechte der Ausbeuter.

Die Erfolge, die Hitler und Mussolini im Kampfe gegen

die parlamentarischen Plutokratien des europäischen Westens erzielt haben, seien eben darauf zurückzuführen, dass diese Länder nur pseudodemokratisch seien. Ihre Kapitalisten ständen mehr oder weniger offen mit ihren Sympathien auf der Seite des Fascismus und lähmen durch ihre Intriguen die Schlagkraft der zum rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte bereiteten Volksmassen. Wer Nationalsozialismus und Fascismus ernstlich befehden will, müsse daher zunächst gegen die Kapitalisten, gegen den inneren Feind, vorgehen. Vernichtung des Kapitalismus im eigenen Lande sei die Vorbedingung für den Sieg über den äusseren Feind. Dieser innere Kampf ist die Hauptaufgabe, er sei der eigentliche Kampf. Sind einmal erst die Unternehmer und Kapitalisten niedergeworfen, dann werde die Vernichtung der Armeen, Flotten und Luftstreitkräfte der Deutschen, Italiener und Japaner verhältnismässig leicht fallen.

II. Gleichheit und Demokratie.

Der Kern dieser Auffassung liegt darin, dass sie das Wesen der Demokratie in der Gleichheit der Vermögen und der Einkommen erblickt. Diese Gleichheit habe die französische Revolution versprochen, als sie ihr Programm in den drei Worten "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" zusammenfasste. Doch weder die französische Revolution von 1789 noch die späteren, "bürgerlichen" Revolutionen

hatten die wahre Gleichheit geschaffen. Sie hatten das Postulat der "Gleichheit" zur "Gleichheit vor dem Gesetze" umgedeutet. Erst die "proletarische" Revolution, die den Sozialismus schaffen wird, werde die wahre Gleichheit, die ökonomische Gleichheit bringen.

Die Forderung nach gleicher Verteilung der Einkommen ist uralt, und sie wurde stets mit der Behauptung begründet, dass alle Menschen von Natur aus gleich seien und dass alle Ungleichheit gesellschaftlichen Ursprungs, somit sowohl naturwidrig als auch ungerecht sei. Diese Begründung des ~~Gesetz~~ Gleichheitspostulats ist durchaus falsch. Die Natur hat die Menschen nicht gleich geschaffen. Die einzelnen Menschen sind schon bei ihrer Geburt sehr verschieden, ihre angeborenen Anlagen sind sehr ungleich und diese Ungleichheit wird im Laufe des Lebens beträchtlich verschärft. Die körperliche und die geistige Ausstattung der Einzelnen sind verschieden, sie sehen die gleichen Dinge verschieden und sie reagieren auf die gleichen äusseren Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse verschieden. Ihr Charakter und ihre Leistungsfähigkeit sind durchaus verschieden. Selbst zwischen Geschwistern bestehen in jeder Hinsicht gewaltige Unterschiede. Wenn die Naturrechtslehre die Forderung nach gleicher Behandlung aller Einzelnen auf dem Satze von der vermeintlichen Gleichheit aller Menschen stützte, hatte sie eine unhaltbare Begründung gewählt.

Der Liberalismus fordert gleiche Behandlung der Einzelnen durch die Gesetze aus zwei verschiedenen Gründen.

Der eine Grund ist ökonomischer Natur. Freie Arbeit ist ergiebiger als unfreie Arbeit. Nur der freie Arbeiter, der die Früchte seiner eignen Betätigung im Lohne genießt, spannt seine Kräfte so an, als er nur kann.

Der zweite Grund ist politisch. Gleichheit vor dem Gesetze wird aus demselben Grund gefordert, aus dem Demokratie gefordert wird. Demokratie ist die Verfassungsform, die es ermöglicht, auf friedlichem Wege die Männer der Regierung und das Regierungssystem zu wechseln, wenn die Mehrheit einen solchen Wechsel verlangt. Demokratie ist somit eine Einrichtung zur Aufrechthaltung des Friedens innerhalb des staatlichen Verbandes. Diese Befriedung könnte in einem Staatswesen, in dem die Einzelnen durch die Gesetze verschieden behandelt werden, nicht erzielt werden. Wenn das Gesetz zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten unterscheidet, wenn das Gesetz Standesunterschiede schafft, dann werden die Entrechteten sich zum Kampfe gegen die Bevorrechteten zusammenschließen. Die Rechte und die Pflichten der Staatsbürger sollen gleich sein, weil diese Gleichheit für den inneren Frieden unentbehrlich ist.

Wenn die französischen Revolutionäre 1789 von Gleichheit sprachen, dann hatten sie die Beseitigung der Standesvorrechte des Adels im Auge. Sie forderten, dass auch der

Nichtadelige das Recht erhalten soll, Offiziersstellen und Beamtenposten zu ~~erhalten~~ erlangen und dass die Gerichte für Bürger und Bauern nicht andere Normen anwenden sollen als für den Adel. Es soll, forderten sie, in Hinkunft nicht mehr vorkommen können, dass ein adeliger Tunichtgut einen Voltaire ungestraft mishandeln lassen darf. Die Steuern sollen Adel, Bürger und Bauern in gleicher Weise belasten.

Wenn man die Ungleichheit in der Höhe der Einkommen abschaffen will, dann muss man das kapitalistische System durch das sozialistische ersetzen. Einkommensgleichheit konnte nur im Sozialismus verwirklicht werden. Wir wollen einmal für den Augenblick von der Undurchführbarkeit des Sozialismus, von der schon die Rede war, ABSEHEN. Doch wir müssen zwei Feststellungen machen: Erstens: dass die Einkommensgleichheit wohl im Sozialismus denkbar ist, dass sie aber durchaus nicht zum Wesen des Sozialismus gehört. Zweitens: dass alle bisher unternommenen Versuche, Sozialismus durchzuführen, sehr bald von dem Bestreben, jedem Einzelnen das gleiche Einkommen zuzuteilen, Abstand genommen haben.

Wir haben es hier mit dem Verhältnis von Einkommensgleichheit und Demokratie zu tun und brauchen uns daher mit einem anderen Einwand der Anhänger des kapitalistischen Systems, nicht länger zu befassen. Dieser Einwand geht dahin, dass im sozialistischen Gemeinwesen wohl Gleichheit der Einkommen bestehen könnte, dass aber jeder Einzelne dabei

schlechter fahren würde als in der kapitalistischen Ordnung, weil die sozialistische ~~Ordnung~~ Produktion weit weniger ergiebig ist als die kapitalistische.

Nicht das ist für uns entscheidend, sondern die Frage, ob Sozialismus, ohne den diese Gleichheit der Einkommen nicht denkbar ist, mit Demokratie überhaupt verträglich ist.

Vergessen wir nicht, dass das, was man bisher immer Demokratie zu benennen pflegte, nur in Gesellschaften verwirklicht wurde, in denen Sondereigentum an den Produktionsmitteln bestanden hat. Wenn Geschichte uns überhaupt etwas lehren kann, dann lehrt sie, dass Kultur und Demokratie sich bisher nur in Gesellschaften entfalten konnten, die am Sondereigentum festgehalten haben. In diesem Sinne muss, wer Kultur und Demokratie für einen Segen hält, das Sondereigentum als "heilig" ansehen.

Es wurde schon gezeigt, dass es weder im interventionistischen noch im sozialistischen Gemeinwesen Demokratie und Freiheit geben kann. Wer das bestreiten will, der muss den Ausdrücken "Demokratie" und "Freiheit" eine Bedeutung beilegen, die von der Bedeutung, die ihnen von allen Menschen in der Vergangenheit und in der Gegenwart beigelegt wurden, durchaus verschieden ist.

Es ist wahr, dass die Massen heute stürmisch Beseitigung des Sondereigentums fordern. Doch die Massen stehen im Banne der sozialistischen Dialektik, die ihnen den

8

Glauben beigebracht hat, dass sie im kapitalistischen System ausgebeutet werden, dass der Sozialismus ihnen unermesslichen Zuwachs an Reichtum bringen wird und dass Demokratie und Freiheit im sozialistischen Gemeinwesen voll gewährleistet sein werden. Die Massen wissen nicht, dass Sozialismus nicht Wohlstand für Alle, sondern Elend für Alle bedeutet. Sie ahnen nicht, dass sie zwischen Sozialismus auf der einen Seite und Freiheit und Demokratie AUF DER ANDERN Seite zu wählen haben, weil die beiden unverträglich sind.

Solange die Massen in dieser Unwissenheit erhalten werden, ist der Kampf gegen die vereinigten Kräfte des Kommunismus aussichtslos. Die Demokratien leisten gar keinen ernstlichen Widerstand. Sie haben bis zum Ausbruch des neuen Krieges jeden Versuch, die Verteidigung der Zivilisation vorzubereiten, heimtückisch sabotiert. Sie haben sich die längste Zeit hinter dem leeren Wort "Neutralität" verschanzt. Sobald die totalitären Staaten zum offenen Angriff übergingen, haben die "Demokraten" sich beeilt, die Waffen zu strecken. Die sozialdemokratischen Regierungen der skandinavischen Staaten haben Finnland im Stich gelassen, nachdem sie kurz vorher noch grossmäulig die Solidarität der vier nordischen Demokratien verkündet hatten. Holland hat nach vier Tagen kapituliert, Belgien einige Tage später. Dann kam Frankreich an die Reihe. Tausend Jahre französische Geschichte wurden in einer Stunde ausgelöscht. Der ganze europäische Kontinent wurde dem Bunde von Hakenkreuz, Sowjetstern und

Rutenbündel untertan.

Europa ist nicht von auswärtigen Feinden besiegt worden. Nicht Hitler hat Frankreich unterworfen; Georges Sorel und Charles Maurras, die katholische Aktion, die Gewerkschaften, die Kommunisten und die Magoullards haben es ihm ausgeliefert. Petain und Laval haben nur ausgeführt, was das französische Volk unter dem Einfluss der nationalistischen, klerikalen und kommunistischen Ideen ausgeführt sehen wollte. Blicken wir auf die Geschichte der letzten hundert Jahre zurück, dann erkennen wir, dass alles, was gekommen ist, das notwendige und folgerichtige Ergebnis der Politik war, die ihr Ziel im vereinten Ansturm gegen den Kapitalismus und gegen die "bürgerliche" Kultur erblickt hat. Wenn Hitler zurückgeschlagen und seine Trabanten verjagt waren, würde Frankreich doch nicht frei werden. An Stelle von Petain und Laval würden andere Diktatoren treten, das System würde bleiben. Es ist unwesentlich, ob die "Linken" oder die "Rechten" am Ruder sind. Das, worauf es ankommt, ist die Herstellung von Zuständen, in denen die Menschen menschlich sein können.

III. Die Wiederherstellung der Gedankenfreiheit.

Der Kampf zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird nicht auf den Schlachtfeldern entschieden. ~~Es~~

Weil die Massen für die sozialistischen und interventionistischen Ideen gewonnen wurden, konnte der Totalitarismus seinen unvergleichlichen Siegeszug antreten. Die öffentliche Meinung muss umgestimmt werden. Es gilt die Massen zu überzeugen.

Es ist heute ein allgemein anerkanntes und kaum von einigen Dutzend Leuten bestrittenes Dogma, dass der Kampf gegen den Kapitalismus die vornehmste und wichtigste Aufgabe des Staates ist. Dass im Sozialismus das Heil liege, dass er das Wohl aller fördern werde und dass der Kapitalismus ein System schändlicher Ausbeutung der Vielen durch eine verbrecherische Minderheit darstelle, wird als selbstverständlich angenommen. Im Interventionismus erblickt man ein Mittel, zumindest die argsten Missstände des Kapitalismus abzustellen. Wer dieser Meinung nicht beipflichtet, wird von der öffentlichen Meinung als Soldschreiber des Kapitals - Marx pflegte zu sagen: "Sykophant des Kapitals - angesehen.

In dieser Auffassung befangen, hat man alle Lehranstalten den erbitterten Bekämpfern des Sondereigentums ausgeliefert. Im Deutschen Reich wurde seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts daran gearbeitet den Universitätsunterricht der Nationalökonomie zu beseitigen und die Lehrkanzeln der "wirtschaftlichen Staatswissenschaften" mit Männern zu besetzen, die vom Katheder herab Hetzreden gegen "das Kapital" hielten und Propaganda für Interventionismus und Sozialismus machten. Aus den Seminaren dieser Profes-

(*) Vergl. die Darstellung dieser Zustände bei Pohle, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre, Leipzig

soren gingen die Manner hervor, die im nationalsozialistischen Deutschland die Beamtenposten bekleiden. In Frankreich stand die wichtigste höhere Lehranstalt, die école normale in Paris, viele Jahrzehnte hindurch unter sozialistischer Leitung. Das mittelbare Ergebnis dieser Erziehung war, dass die französischen Volksschullehrer eine Gewerkschaft bildeten, die fanatisch sozialistisch war und totalen Pazifismus - also mit anderen Worten: kampflose Waffenstreckung vor Hitler - forderte. Im kaiserlichen Russland konnte niemand, der liberaler Gesinnung verdächtig war, öffentlich seiner Meinung Ausdruck geben. Der Liberalismus wurde von den Universitäten ferngehalten und die Mehrzahl der Lehrkanzeln der Wirtschaftslehre wurde mit "loyalen" Marxisten besetzt, d.h. mit Marxisten, die nur das Kapital, nicht aber auch den Zaren befehdeten. Diese Professoren haben die russische Intelligenz dem Marxismus gewonnen und damit dem Bolschewismus den Weg gebahnt. In seinem Hass gegen den Liberalismus hat der Zarismus selbst geholfen, Russland für den Sozialismus zu erobern.

Die alten Griechen und Römer dachten, dass die Gottheit die Dichter inspiriert. Der Dichter galt ihnen als Seher, Prophet und Verkünder des Gottesworts. Wenn sie sich zur Stützung dieser Behauptung auf die Verse eines Dichters berufen konnten, so galt ihnen das als autoritärer Beweis. Dieser Glaube ist über die Humanisten auf uns gekommen und erweitert worden. Nicht ~~um~~ nur dem Dichter und dem Schrift-

steller, auch dem Naturforscher und selbst dem Kinoschauspieler wird heute unfehlbares Urteil über alle Dinge zugetraut. Andächtig lauscht das Publikum, wenn diese Berühmtheiten ihr von keiner Sachkenntnis getrübt^hes Urteil über die Auseinandersetzung von Kapitalismus und Sozialismus zum Besten geben. Doch der Umstand, dass der Mathematiker Bertrand Russell, der Theaterschriftsteller Bernard Shaw, der Romanschriftsteller H. S. Wells, der "Political Science" essayist Harold Laski rückhaltslos für den Sozialismus eintraten, beweist nur, dass diese Männer unter dem Einfluss der die Mehrzahl ihrer Zeitgenossen beherrschenden Vorurteile stehen. Das Urteil, das ein Mathematiker, ein Bakteriologe oder ein Künstler über Probleme der wirtschaftlichen Kooperation abgibt, hat keine andere Bedeutung als das Urteil, das ein Blinder über Malerei fällt.

Das Getriebe der verschiedenen denkbaren Systeme gesellschaftlicher Kooperation kann man nur erfassen, wenn man die schwierigsten Aufgaben, die dem nationalökonomischen Denken gesetzt sind, zu meistern weiss. Die Anforderungen, die hier an das menschliche Denkvermögen gestellt werden, sind weit grösser als die, die die irgend eine andere Wissenschaft zu lösen gibt. Der Weg zur Erkenntnis führt hier über einen dornigen Pfad. Wer nicht bereit ist, harte Gedankenarbeit zu leisten, wer nicht gewillt ist, ^{sich} mit dem höchsten Aufwand von Kraft und Entsagung in die Probleme zu versenken, wird nie zu Klarheit und Reinheit des Urteils gelangen.

Da bietet der Marxismus dem Denkfaulen einen angenehmen Ausweg. Der Marxismus löst alle Schwierigkeiten durch die Verkündigung eines Dogmas. Dass das Sondereigentum ein Übel und der Sozialismus das Heil ist, steht für den Marxisten ausser Frage. Und - welche frohe Botschaft - dieses Heil muss kommen. Denn über das Schicksal der Menschen wacht eine höhere Gewalt, die die Menschheit dem Heil entgegenführt. Die Dialektik des historischen Prozesses - welche ein prachtvolles neues Wort für die göttliche Vorsehung - wird durch die Negation der Negation den Sozialismus verwirklichen. Der Kampf zwischen dem bösen Prinzip und dem guten Prinzip, der das Wesen aller bisherigen Geschichte ausgemacht hat wird mit dem - unmittelbar bevorstehenden - Sieg des guten Prinzips enden, das tausendjährige Reich des Guten wird anbrechen, ein Füllhorn von ungeahntem Reichtum wird sich über die Menschen ergiessen, in ungestörtem Glück und ewigem Frieden werden sie ihre Tage im Paradies des verheissenen Landes verbringen.

Diesem schönen Ammenmärchen gab Marx die Bezeichnung "wissenschaftlicher Sozialismus." Mit unsagbarer Verachtung blickte er auf seine sozialistischen Vorgänger. Denn diese "Utopisten" hatten den Versuch gemacht, ihren Mitmenschen durch logische Schlüsse zu beweisen, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung besser und zweckmassiger sei als die kapitalistische. In diesen Versuchen hatten sie klag-

lich Schiffbruch gelitten. Die bösen "nationalökonomien - die Vertreter der dismal science, wie Carlyle sie nannte, - hatten gezeigt, dass das sozialistische Gemeinwesen nicht das leisten konnte, was seine Befürworter von ihm erwarteten, dass der Sozialismus zu Chaos, allgemeinem Elend, endlosen Kämpfen zwischen den Menschen und zur Vernichtung aller Kultur führen muss. Kein Sozialist war je imstande, diese Gedankengänge zu widerlegen. Doch Marx wusste einen bequemen Ausweg. Er erhob die Lehre von der Vortrefflichkeit des Sozialismus zu einem Dogma, das niemand in Zweifel ziehen darf. Wer den Sozialismus nur mit den Mitteln der menschlichen Vernunft zu prüfen sucht, wer das Dogma, der Sozialismus ^{ist} das absolut Gute, nicht unbedenklich hinnehmen will, ist eben ein "Sykophant des Kapitals", ein Verfechter eigenmächtiger Klasseninteressen der Ausbeuter.

Die geschichtliche Bedeutung von Karl Marx liegt darin, dass er die vernunftmässige Auseinandersetzung über die nationalökonomischen Probleme der verschiedenen denkbaren Gesellschaftsordnungen durch die Verkündung eines Dogmas für viele Jahrzehnte unterbunden hat. Für die Marxisten steht es fest, dass Sozialismus - Planwirtschaft - das schlechthin Gute und dass der Kapitalismus das schlechthin Böse ist. Man braucht sich nicht weiter zu bemühen, die schwierigen nationalökonomischen Probleme zu studieren. Denn die Geschichte führt unentrinnbar zum Sozialismus und der Weltgeist kann doch nichts Böses mit uns vorhaben.

Entwicklung - auch ein Name für eine neue Gottheit - ist notwendig. Höhere Entwicklung. Fortschritt ist selbstverständlich Fortschritt zum Sozialismus.

Der Marxismus ist nicht eine wissenschaftliche Theorie, sondern der Versuch, einem Tabu eine rationale Rechtfertigung zu geben. Alles, was er lehrt, dient nur diesem einen Zwecke.

Es gibt heut nur eine grosse Aufgabe in der Welt: den Bann dieses Köhlerglaubens zu brechen, das marxistische Grunddogma zu entthronen und dem menschlichen Denken wieder das Recht zu erobern, über diese Dinge zu denken und reden zu dürfen.

Descartes hat de omnibus dubitandum als Grundsatz der modernen Wissenschaft verkündet. Von diesem Grundsatz darf man weder zu Gunsten des Sozialismus noch zu Gunsten des Staates eine Ausnahme machen.

IV. Der Diktaturkomplex.

Der Mensch wird als unsoziales und antisoziales Wesen geboren. Rücksichtslose Selbstsucht ist seine Natur. Erst die Erfahrungen, die er im Leben macht, und die Lehren, die er von den Eltern, Geschwistern, Spielgenossen und später von allen anderen Mitmenschen empfängt, zwingen

ihn, die Vorteile der Eingliederung in die gesellschaftliche Kooperation zu erkennen und sein Verhalten dieser Erkenntnis gemäss einzurichten. Der Wilde wird zum Kulturmenschen und Bürger und lernt, dass sein Wille nicht allein entscheidet, dass er sich anderen fügen und anpassen muss, dass auch anderer Menschen Wollen und Handeln ein Faktor ist, mit dem er zu rechnen hat .

Der Neurotiker kann sich nie mit diesem Tatbestand abfinden. Da er es aber nicht vermag, das Wollen und Wirken der Mitmenschen auszuschalten und seinen eigenen Willen rücksichtslos durchzusetzen, flüchtet er in den Traum. Er träumt von der Diktatur, von der Kraft die Mitmenschen zu unterjochen und zu beherrschen, die ihm, dem Schwachen fehlt. Das Land seiner Traume ist das Land, in dem nur das geschieht, was ihm richtig scheint und was er ersehnt; es ist das Reich seines Willens, in dem er allein befiehlt. In diesem Paradies ist alles vernünftig eingerichtet, denn vernünftig ist doch nur das, was ihm dem Träumer, als vernünftig gilt.

In der heimlichen Traumwelt weist der Neurotiker sich selbst die Rolle des Diktators zu. Da ist er Caesar, Darlingis-Khan, Napoleon. Wenn er zu Mitmenschen von seinen Phantasien spricht, muss er bescheidener ~~wirden~~ werden. Dann begnügt er sich damit, eine Diktatur auszumalen, die ein anderer handhabt. Doch dieser Diktator ist nur sein, des Neurotikers Handlanger; er soll genau das durchführen, was

ihm, dem Neurotiker, als richtig erscheint. Wer auf diese Beschränkung verzichten wollte und sich selbst zum Diktator vorschlagen würde, könnte von seinen Mitmenschen als Geisteskranker angesehen werden und demgemäss behandelt werden. Das klinische Bild des Grossenwahns ist der Psychiatrie schon lange vertraut.

Noch nie ist jemand für eine Diktatur eingetreten, die anderes ausführen würde, als ihm dem Diktaturfreund, als richtig erscheint. Wer Diktatur empfiehlt, empfiehlt immer die schrankenlose Herrschaft seines eigenen Willens, mag diese Herrschaft auch nur durch die Hand eines Mittelsmannes ausgeübt werden.

Untersuchen wir z. B. das heute besonders beliebte Schlagwort "Planwirtschaft." Alles, was Menschen tun, müssen sie zuerst wollen, d. h. planen. Jede Wirtschaft ist daher in diesem Sinne Planwirtschaft. Doch wer mit Marx die "ANarchie der Produktion" verwirft und durch Planung ersetzen will, lässt den Willen, die Pläne der anderen, nicht gelten. Ein Wille allein soll wollen dürfen, ein Plan allein soll durchgeführt werden, nämlich der Plan, der des Neuroikers Beifall findet, - der vernünftige Plan, der einzige Plan. Jeder Widerstand soll gebrochen werden, niemand soll den armen Neurotiker hindern, die ganze Welt nach seinem Geschmack einzurichten. Jedes Mittel ist erlaubt, wenn es gilt die Vernunft des ~~des~~ Tagträumers auf den ^{h)}Thron zu setzen.

Man muss diese psychischen Wurzeln des Alleinherrschafts-
 komplexes ins Auge fassen, wenn man den ungeheuren Erfolg
 verstehen will, den die aberwitzigen Ausführungen geistes-
 kranker Vorkämpfer des Sozialismus erzielt haben. In den
 Schriften von Auguste Comte und Charles Fourier tritt die
 Psychose offen zutage. Bei George Sorel ist sie kaum
 verhüllt. Dennoch haben diese Männer auf "Mitgenossen und
 auf die Nachwelt den nachhaltigsten Eindruck geübt, haben
 Schule gemacht und andächtige Jünger gefunden.

Man darf auch Irren nicht das Reden und Schreiben
 verbieten. Doch man muss ^{auch} jene, die ihre Wahnideen kritisie-
 ren, zu Worte kommen lassen.

V. DIE ABLEHNUNG DES RESENTIMENT.

Es handelt sich nicht darum, irgend eine geistige
 Richtung zu unterdrücken oder irgend jemand das Reden und
 Schreiben zu verbieten. Im Gegenteil: es handelt sich
 darum, die Freiheit der Diskussion über gesellschaftliche
 Probleme wiederherzustellen. Man muss mit den Dogmen
 und Vorurteilen aufräumen, die heute jeder unbefangenen
 Behandlung gesellschaftswissenschaftlicher, nationalökono-
 mischer und politischer Dinge im Wege stehen.

Mit der Reform ist nicht beim Staate, nicht bei der

Regierung und nicht im öffentlichen Leben zu beginnen. Jeder Einzelne hat bei sich selbst den Anfang zu machen und muss sich selbst von dem Joch der Dogmatik befreien, die ihn am freien Gebrauche seines Denkvermögens hindert. Jeder Einzelne muss trachten, sich der Schlagworte und Formeln zu entledigen, die er heute als unerschütterliche Wahrheiten ansieht. Jeder Einzelne muss sich selbst durch harte Arbeit wieder das Recht erkämpfen, an allem zweifeln zu dürfen, und keine Autorität gelten zu lassen als die des logischen Denkens.

Um zu dieser Freiheit zu gelangen, muss man die gefühlsmässigen Hemmungen überwinden, die das Denken zu trüben pflegen. Man muss das Ressentiment und die Hybris zur Seite schieben.

Der Markt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist Demokratie der Verbraucher. Die Käufer sind souverän, ihr Kaufen und ihr Nichtkaufen leitet die Produktionsmittel in die Hände derer, die sie so zu verwenden wissen, dass sie die Wünsche und Begehrungen der Verbraucher so gut es geht und so billig es geht, befriedigen. Dass die einen reicher und die anderen ärmer werden, ist das Ergebnis des Verhaltens der Verbraucher. Nicht der hartherzige Konsument richtet den weniger leistungsfähigen Unternehmer zu grunde, sondern der Käufer, der dort kauft, wo er besser und billiger bedient wird. Der Konsument allein herrscht in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Unternehmer und

die Kapitalisten sind seine Diener, die auf nichts anderes bedacht sind als darauf, die Wünsche des Verbrauchers zu erraten und nach Massgabe der verfügbaren Mittel zu befriedigen. Unternehmer und Kapitalisten gehen aus einem täglich wiederholten Wahlverfahren hervor, sie können jeden Tag ihren Reichtum und ihre bevorzugte Stellung verlieren, wenn die Konsumenten ihnen die Kundschaft entziehen. Es ist töricht, wenn der Verbraucher den Männern, die er reich gemacht hat, indem er ihre Dienste in Anspruch nimmt, den Reichtum neidet. Der Verbraucher schädigt sich selbst, wenn er Massnahmen gegen "big business" fordert. Wer dem Warenhausbesitzer den Reichtum neidet, der möge lieber dort kaufen, wo er für mehr Geld schlechtere Ware erhält.

Alle unsere Zeitgenossen wollen mehr geniessen, mehr verbrauchen, mehr verzehren und besser leben. Doch sie neiden denen, die in der Befriedigung dieser ihrer Wünsche am eifrigsten waren, den Erfolg. Es kränkt die Eigenliebe und das Selbstgefühl des Spiessers, dass er - wenn auch widerwillig - zugeben muss, dass andere tüchtiger sind in der Besorgung aller jener materiellen Güter, die das äussere Leben reich machen. Er empfindet es schmerzlich, dass er im Wettbewerb des Marktes nur eine bescheidene Stelle zu erringen vermochte. Um diese Unlust zu beheben, legt er sich eine besondere Entschuldigung zurecht. Er sei gar nicht untüchtiger als der erfolgreiche reich gewordene Unternehmer; er sei nur anständiger und ehrlicher. Jene erfolggekrönten

Männer sind eben skrupellos. Sie haben verbrecherische Praktiken angewendet, die er selbst, der ehrlich bleiben wollte, verschmäht hat. Ich bin, denkt unser Pharisaer, ebenso klug und tüchtig wie die Reichgewordenen. Doch ich bin, Gott sei es gedankt, moralisch besser als sie. Sie sind böse, und es wäre die Aufgabe der Obrigkeit, sie für ihre Untaten zu strafen und ihren unrechtmässig erworbenen Reichtum zu nehmen.

Wenn eine Regierung gegen die reichen Bürger vorgeht, ist sie des Beifalls der Menge gewiss. Das haben die Demagogen und Tyrannen des Altertums ebenso gewusst wie die Satrapen, Khalifen und Kadis des Orients und die Diktatoren von heute. Wenn eine Regierung es nicht versteht, die Massen reich zu machen, so trifft sie es, die Reichen arm zu machen. Wenn der abendlandische Freund der Sowjets sich genötigt sieht zuzugeben, dass die Massen in Russland unter der Herrschaft Lenins und Stalins ein elendes Leben führten, pflegte er einen letzten Trumpf auszuspielen: diese darbenden und hungernden Russen seien doch glücklicher als die Arbeiter des Westens, weil sie die Genugtuung hatten, dass die ehemaligen russischen "Bourgeois" noch schlechter daran waren als sie. Die Franzosen haben es vorgezogen, einen Krieg zu verlieren um nicht zuzugeben, dass die Unternehmer der Kriegsindustrie Profite erzielen.

Das Wesen des Ressentiment liegt eben darin, dass man

den Gefühlen des Neides, der Rache und der Schadenfreude fröhnt, obwohl man dadurch sich selbst schädigt. Nicht minderr verderblich als das Ressentiment wirkt die Hybris, die den Einzelnen hindert, den Mitmenschen das Recht zum Mitsprechen zuzugestehen. Die Unduldsamkeit, die nur den eigenen Willen gelten lassen will und daher nach dem Diktator ruft, um durchzuführen, was der eigene Wille verlangt, ist wie das Ressentiment nicht ein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche und des Unvermögens. Der Einzelne muss erkennen, dass wer in der Gesellschaft leben will, weil er die Vorteile der gesellschaftlichen Kooperation geniessen will, sich auch den Bedingungen, die die gesellschaftliche Verbundenheit stellt, anzupassen hat. Dass die Mitmenschen nicht willenlos sind wie Stock und Stein, dass sie sich nicht bloss als Objekte unseres Handelns verhalten, dass sie einen eigenen Willen haben und denken und handeln wie wir selbst, das ist nicht etwa ein böses Accidens, das man am besten auslöscht, sondern gerade die Voraussetzung der gesellschaftlichen Kooperation und aller Vorteile, die sie uns bringt. Der Diktaturtraum ist nicht harmloses Spiel der Phantasie, er wird, sobald es das Handeln zu beeinflussen beginnt, zum Sprengstoff, der die Gesellschaft zerstört.

Die Menschen können nur dann menschlich leben und Kultur aufbauen, wenn sie sich im Denken und Handeln den Bedingungen der gesellschaftlichen Kooperation anpassen.

Die Menschen, die nach dem Diktator riefen, damit er die Tüchtigeren und Erfolgreicheren erniedrige, den Willen der Mitmenschen ausschalte und die Welt so regiere, wie sie es ersehnten, waren reif für das Reich Stalins und Hitlers.

0327

Ch 2.
Kunftige
Frieden

DER KUNFTIGE FRIEDENDer neue Krieg

I. Nun ist der Krieg wieder da, und die Nationalsozialisten fuhren ihn als totalen Krieg.

Die Engländer haben noch immer nicht begriffen, was der totale Krieg eigentlich ist. Sie sind noch immer in den Vorstellungen befangen, die sich die Kulturvolker in den Jahrhunderten des Heereskriegs gebildet haben. Sie wollen es einfach nicht glauben, dass Hitler den Krieg anders auffasst, als die Volkerrechtslehrer, die Diplomaten und die Herren vom Genfer Roten Kreuz.

Der totale Krieg ist ein Krieg der Volker, kein Krieg der Soldaten. Er ist so, wie die Kriege waren, die Volker in fernen Urzeiten gefuhrt haben. Das Ziel der Kampfhandlungen ist nicht die Vernichtung der feindlichen Armee, sondern die Ausrottung des feindlichen Volkes. Die Nationalsozialisten gehen bewusst darauf aus, die feindlichen Volker fur immer aus der Geschichte verschwinden zu lassen. Ihre Schriftsteller haben diesen Krieg seit Jahrzehnten gepredigt. Die Statthalter Hitlers in Polen und in der Tschechoslowakei arbeiten planmassig auf die Ausrottung der Polen und der Tschechen hin. Sie wurden schon heute in Frankreich ebenso gegen die Franzosen vorgehen, wenn Hitler's diplomatische Gehilfen es nicht fur zweckmassiger halten wurden, diese

Abrechnung vorläufig noch aufzuschieben. Hitler hat unzweideutig die Vernichtung Frankreichs als sein Kriegsziel bezeichnet. Das den Franzosen und den ubrigen besiegten Volkern abzunehmende Landmuss so geraumig sein, dass es Platz fur 250 Millionen Deutsche bieten soll. (*) Bedenkt man, dass auf dem Boden Frankreichs heute 40 Millionen Menschen leben, so ergibt sich klar, dass dieses Programm die Annexion von ganz Frankreich und die Ausrottung oder Austreibung aller Franzosen bedeutet.

Die deutschen Flieger belegen in England oft Wohnstätten als militärische Objekte mit Bomben. Sie wollen Zivilisten - auch Frauen und Kinder - toten, nicht nur Soldaten. In dem Nachkriegseuropa, wie es Hitler plant, ist nur für Deutsche und für Sklaven der Deutschen Platz. Der totale Krieg wird nicht durch einen Friedensvertrag beendet, sondern - wie der dritte punische Krieg - durch Vernichtung der Besiegten. Der totale Krieg wird gekämpft, um den totalen Sieg zu erzielen.

Es kann freilich geschehen, dass die Nationalsozialisten ihr Ziel in diesem Krieg noch nicht erreichen. Dann wird es zu einem Friedensvertrag kommen, der in Wahrheit nur ein Waffenstillstandsvertrag sein wird. Keine noch so feierlich eingegangene Verpflichtung wird die Nationalsozialisten davon abhalten, für diesen dritten Krieg zu rusten und im Augenblick, den sie für günstig halten, loszuschlagen. Es ist

(*) Hitler, Mein Kampf, 42. Auflage, München 1933, S. 767

ein Hauptpunkt im Moralkodex der Nationalsozialisten, dass kein Vertrag als bindend angesehen werden darf, der dem Interesse des deutschen Volkes entgegen steht. Immer haben sie verkundet, Recht sei allein das, was dem deutschen Volke nutze. Und sie sind der festen Überzeugung, dass das Interesse des deutschen Volkes die Aufrichtung der deutschen Weltherrschaft fordert.

Die Engländer kennen die Mentalität der Nationalsozialisten ~~gar~~ viel zu wenig. Sie geben sich der Illusion hin, dass die Masse des deutschen Volkes die Ideen der Nazi nicht teilt und das Joch Hitler's nur unwillig erträgt. In den Augen der Engländer sind die Deutschen noch immer das Volk Kant's, Schiller's und Goethe's, das Volk der Dichter und Denker. Sie wissen nichts von dem Wandel, der sich im deutschen Volke unter dem Einfluss der nationalistischen Schriftsteller vollzogen hat. Sie ahnen nicht, dass das Ideal der Deutschen von heute die Gothen und Vandalen, ja selbst die Hunnen und Mongolen sind, und dass sie alles, was man bisher als Zivilisation und Kultur bezeichnet hat, als jüdisch-pazifische Verseuchung ablehnen.

Es war einfach toricht, ~~wenn~~ als die englischen Flieger in Deutschland Flugblätter abwarfen, die die deutschen Arbeiter zum Abfall von Hitler aufforderten. Die deutschen Arbeiter sind, mögen auch die Marxisten das Gegenteil behaupten, die begeistertsten Träger des National~~sozial~~sozialismus

und sie werden sich von Hitler nur abwenden, wenn die Engländer die deutsche Wehrmacht niedergezwungen haben werden. In den Augen des deutschen Volkes hat die englische Propaganda den Beweis dafür erbracht, dass England zu schwach sei, um im Kriege zu siegen und dass es daher seine einzige Hoffnung auf die Stiftung von Uneinigkeit im deutschen Volke setzen müsse.

Noch schlimmer verkennen die Engländer die deutsche Mentalität von heute, wenn sie laut verkünden, dass sie als Sieger im Friedensschluss dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen. Der Gedanke, der diesen Erklärungen der englischen Staatsmänner und Journalisten zugrundeliegt, ist der, dass viele Deutsche Hitler nur darum unterstützen, weil sie die Folgen einer Niederlage fürchten. Wenn man diese Sorge von ihnen nimmt, werden sie sich, so meint man in England, gegen die Kriegspolitik der herrschenden Kreise wenden. Das ist ein schwerer Irrtum. Alle deutschen "Arier" sind von Hitler's Weltherrschaftsplanen fasziniert. Die wenigen, die anders dachten, sind längst "erledigt", d. h. umgebracht worden. Es gibt aber unter diesen Nationalsozialisten eine kleine Gruppe von Besonnenen, die die Zuversicht der übrigen, schon in diesem Kriege ~~den~~ den entscheidenden totalen Sieg zu erringen, nicht teilen und die Gefahr einer deutschen Niederlage in Erwägung ziehen. Man darf annehmen, dass sich gerade unter den militärischen und diplomatischen Führern manche Vertreter dieser Auffassung befinden. Wer so denkt,

wurde es wohl für richtig halten, wenn Deutschland jetzt, auf einem Höhepunkt der Erfolge, Frieden schliesst und die Endabrechnung auf spätere Zeit verschiebt. Die versöhnlichen Erklärungen der Engländer zerstreuen jedoch die Befürchtungen dieser Gemässigten. Wenn Deutschland selbst im Falle einer Niederlage von den Feinden nichts Arges zu gewartigen hat, dann erscheint ihnen die Fortsetzung des Kampfes risikolos.

Man muss die Dinge sehen, wie sie wirklich sind, nicht wie man sie wünscht. Wenn der Krieg nicht so beendet wird, dass das deutsche Volk nie wieder zu einem neuen Krieg zur Erlangung der Weltherrschaft schreiten kann, dann wird es früher oder später zu einem neuen Krieg kommen. Solange das deutsche Volk das zahlreichste in Europa ist und die den Vorteil der "inneren Linie" bietenden Gebiete Zentraleuropas beherrscht, wird es immer wieder den Versuch machen, die Weltherrschaft oder zumindest die Hegemonie in Europa durch Krieg zu erlangen. Der Nationalsozialismus wird nur dann aus der deutschen Mentalität getilgt werden, wenn sich an diesen beiden Bedingungen seiner Existenz etwas ändern sollte. Eine blosser Niederlage in diesem Krieg und ein neuer Friedensvertrag, der diese Bedingungen bestehen lässt, wird den Nationalsozialismus nur für kurze Zeit in den Hintergrund drängen. Nach einigen Jahren wird er dann umso furchterlicher wieder zu neuem Leben erwachsen.

II. Der Siegfrieden

Wenn Hitler so siegen sollte, wie er es hofft, dann wird

er die "neue Ordnung" schaffen, d. h. die deutsche Weltherrschaft aufrichten. Die ^Desiegten werden ausgerottet oder versklavt werden.

Was aber wird eintreten, wenn der totale Sieg nicht den Nationalsozialisten, sondern ihren Gegnern zufällt ?

Die eine Möglichkeit wäre, dass die Sieger einen Siegfrieden machen, d.h. mit dem deutschen Volke so verfahren, wie Hitler mit Frankreich verfahren will, wenn er siegt. Kein Engländer hält es heute für denkbar, dass sein Volk jemals einer solchen Barbarei fähig sein könnte, und in Frankreich schrecken selbst die, die keinen andern Ausweg zu sehen glauben, vor der Brutalität solcher Tat zurück. Doch der Krieg ist Barbarei und Brutalität und macht alle, die ihn führen, schliesslich zu brutalen Barbaren. Niemand kann heute wissen, wie ein langer Krieg die Geistigkeit der Europäer wandeln mag. Wenn der Krieg beendet sein wird, werden die Sieger entschlossen sein, von keiner Massnahme zurückzuschrecken, die sie als unerlässlich ansehen, um der Wiederkehr des Kampfes vorzubeugen. Hitler selbst hat ihnen durch seine Zwangsumsiedlungen einen Weg gezeigt; sie könnten in Grönland oder in der Sahara "Reservate für die überlebenden Deutschen finden.

Doch es wäre ein Wahn zu glauben, dass die Ausrottung des deutschen Volkes und die Zwangsumsiedlung des etwa überlebenden Restes nach ungesunden tropischen oder arktischen Gegenden Europa den dauernden Frieden und Schutz gegen die Aufrichtung der Hegemonie eines Volkes bringen könnte. Der deutsche Nationalismus unterscheidet sich von den Nationalismen anderer Völker nur dadurch, dass er mit dem Umstand rechnet,

dass die Deutschen die volkreichste Nation Europas sind und ein Land bewohnen, das strategisch günstige Bedingungen für die Erlangung der Herrschaft über den europäischen Kontinent bietet. Wenn die Deutschen aus Europa verschwinden oder zu einem kleinen Volke werden, dann werden, wenn die nationalistische Mentalität beibehalten wird, andere Völker für eigene Rechnung die Pläne aufnehmen, die sie bisher nur darum nicht fassen konnten, weil Deutschland ihnen im Wege stand. Wenn der Nationalismus bleibt, werden die Kriege nicht aufhören. Italien, Frankreich und Russland werden sich entweder stark genug glauben, um die Hegemonie über ganz Europa anzustreben, oder sie werden sich mit der Hegemonie über Teile Europas und der angrenzenden Gebiete von Asien und Afrika begnügen. Die Ausschaltung Deutschlands wird eine neue Lage für den Kampf der Völker schaffen, keineswegs Frieden. Das deutsche Volk hat den Nationalismus nicht erzeugt, es hat ihn nur in einer seinen besonderen Verhältnissen gemässen Weise geformt. Keine Erfahrung, die seit dem Aufkommen des modernen Nationalismus gemacht wurde, berechtigt zur Erwartung, dass ein Volk auf einen vermeintlichen Vorteil, den es durch Gewaltgebrauch erreichen zu können glaubt, freiwillig verzichten wird.

Man hat oft darauf hingewiesen, dass jede Nation, die nach Überwältigung der anderen und nach Hegemonie gestrebt hat, schliesslich durch eine Koalition der Gegner besiegt wurde.

Doch kein Herrscher, der sich stark genug fühlte, hat darum von seinem Vorhaben abgesehen. Der deutsche Nationalismus von heute zeigt neuerlich, wie gering die Überzeugungskraft der geschichtlichen Erfahrung ist. Auch wenn durch eine totale Niederlage Deutschlands den älteren Beispielen ein neues angereicht werden sollte, werden neue Hegemoniepläne nicht entmutigt werden.

Der Verständigungs-
frieden.

III. Es kommt nur dann zum Kriege, wenn zwischen den Parteien eine friedliche Auseinandersetzung über die Streitpunkte nicht erzielt wurde. Doch auch die friedliche Beilegung eines Konflikts erfolgt unter dem Drucke der Gewaltandrohung. Der Schwächere gibt nach, weil er es im Bewusstsein seiner Schwäche auf das Gottesurteil der Waffen nicht ankommen lassen will. Im Verkehr zwischen den Staaten entscheidet immer nur die Gewalt.

Die Juristen meinen freilich, dass es auch ein zwischenstaatliches Recht gebe, das die Staaten im Verkehr untereinander zu bestimmtem Verhalten verpflichte. Doch wenn man nicht zu metyphysischen Begriffsdichtungen die Zuflucht nehmen will, kann man der Erkenntnis nicht ausweichen, dass die Staaten sich einer Beschränkung im Gewaltgebrauche nur soweit unterwerfen, als sie die Gewaltanwendung nicht für zweckmässig erachten. Wenn "Ehre", "Würde" oder "Lebensfragen" auf dem Spiele stehen, entscheidet der sacro egoismo. Alle Verträge,

die zwischen Staaten geschlossen werden, beachten die, die stark genug sind, sie zu brechen, nur solange, als sie es im eigenen Interesse für nützlich erachten. Im Staatenverkehr besteht Anarchie und sie wird solange bestehen, bis entweder der Weltstaat aufgerichtet wird oder alle Staaten das Kriegsführen als ihrem eigenen Interesse schädlich ansehen werden. Der Weltstaat könnte ein Bundesstaat sein, der rechtswidriges Verhalten einzelner Mitgliedstaaten durch Bundesexekution in der Weise unterdrückt, in der die einzelnen Staaten rechtswidriges Verhalten einzelner Bürger gewaltsam unterdrücken. Die andere Alternative wäre in einer Gesellschaft liberaler Staaten verwirklicht. ^{Solange} ~~Wenn~~ aber nichtliberale Einzelstaaten nebeneinander bestehen, wird im Verkehr zwischen den Staaten die Gewalt entscheiden.

Wenn die Staaten oder Staatengruppen, die einander im Kriege gegenüberstehen, gleich stark sind, so dass es weder Sieger noch Besiegte gibt, wird der Krieg durch einen Verständigungsfrieden abgeschlossen, der den Zustand, der vor Kriegsausbruch bestanden hat, unverändert lässt. Der Konflikt, der zum Kriege geführt hat, wird nicht ausgetragen. Wenn er nicht durch den Zeitablauf von selbst verschwindet, führt er zu neuem Krieg, sobald ein Teil glaubt, nun siegen zu können. Friedensschlüsse dieser Art beenden daher in der Regel nicht die Konflikte; sie vertagen nur ihre Austragung auf einen

gelegeneren Zeitpunkt. Wenn man sie Verständigungsfrieden nennt, erweckt man in doppelter Hinsicht falsche Vorstellungen. Sie sind nicht eigentlich Friedensschlüsse, sondern nur Waffenstillstandsvereinbarungen. Sie sind auch nicht das Ergebnis einer eigentlichen Verständigung; sie sind das Produkt einer Gleichgewichtslage der beiderseitigen Gewalten. Jeder Frieden ist ein Gewaltfrieden. Auch in den Frieden, den man Verständigungsfrieden nennt, willigen die Parteien nur ein, weil sie die Gewalt des Gegners nicht zu überwinden vermögen.

Die deutschen Nationalisten haben den Vertrag von Versailles beharrlich als das "Diktat" von Versailles bezeichnet. Dieses Schlagwort hat viel Verwirrung gestiftet. Alle Friedensverträge, auch die, die Preussen oder das Reich seit 1864 geschlossen haben, waren Diktate. Nur unter dem Drucke der Gewalt haben Dänemark auf Schleswig-Holstein, Österreich auf seine Stellung im Deutschen Bunde, Frankreich auf Elsass-Lothringen verzichtet. Auch die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk und Bukarest waren Diktate. Die Rechtswirksamkeit zivilrechtlicher Verträge, die zwischen Privatpersonen abgeschlossen wurden, kann von der Partei angefochten werden, die durch Zwang zum Abschluss veranlasst wurde. Darin liegt eben das Wesen des Privatrechts und des marktwirtschaftlichen Verkehrs. Im Verkehr zwischen Staat und Bürger ist der Einwand des Zwanges unzulässig; nur ein Geisteskranker könnte auf den Gedanken kommen, entrichtete Steuerbeträge unter Berufung darauf zurückzufordern, dass er sie nur gezwungen gezahlt hätte.

Es ist sinnlos die privatrechtliche Kategorie des Zwanges auf Vereinbarungen zwischen Staaten anzuwenden. Doch das Schlagwort übte in der Propaganda seine Wirkung. Es gibt heute in England Politiker, die glauben, der in Versailles begangene Fehler liege darin, dass man Deutschlands Wünsche nicht berücksichtigt habe. Man müsse Deutschland im neuen Kriege wieder besiegen, dann aber im Friedensschluss ihm alles das gewähren, worauf es vernünftigerweise Anspruch erheben dürfe. Nun steht wohl fest, dass die Verhandlungsformen, deren sich die Vertreter der Entente 1919 bedient haben, einen ^{Bruch}~~Bruch~~ uralten Herkommens darstellen. Dieses Vorgehen ist unentschuldigbar und wird dauernd das Andenken der Sieger schänden. Doch wer glaubt, dass es möglich gewesen wäre, die freiwillige Zustimmung der deutschen Unterhändler zur Herausgabe von Elsass-Lothringen oder von Posen zu erzielen, ist von kindlicher Einfalt. Wenn die beiderseitigen Unterhändler die Forderungen, die sie als "vernünftig" ansahen, bekanntgegeben hätten, wäre eine wesentliche Verschiedenheit der Auffassungen über das, was als vernünftig zu gelten habe, zum Vorschein gekommen. Wer sollte dann entscheiden? Wer soll in künftigen Verhandlungen entscheiden? Es ist das Wesen eines Friedensvertrags, dass er von der Gewalt des Sieges diktiert wird. Gerade darum, weil zwischen den Parteien keine Übereinstimmung über die Vernünftigkeit ihrer wechselseitigen Forderungen zu erzielen war, kam es doch zum Krieg. Weil eine der Parteien der Gewalt der anderen nicht länger Widerstand

entgegenzusetzen kann und daher ihre Forderungen widerwillig befriedigen muss, kommt es zu Friedensverhandlungen.

Der dauernde
Frieden.

IV. Die einzige Sehnsucht, die die Völker des demokratischen Europa heute erfüllt, ist die nach dauerndem Frieden. Wenn schon dieser neue Krieg nicht vermieden werden konnte, so wünschen sie alle, Kriegsführende und Neutrale, dass dieser Krieg der letzte bleibe. Kein Friedensschluss wird sie befriedigen können, der nicht die Aussicht auf ungestörten Frieden eröffnet. Dauernden Frieden kann es aber nur geben, wenn das deutsche Volk nach dem Kriege die Überzeugung gewinnt, dass ihm Friedensbewahrung besser fromme als Krieg führen.

Die in England ~~und in Frankreich~~ regierenden Kreise scheinen zu glauben, dass der Sturz des nationalsozialistischen Regimes die Erreichung dieses Kriegsziels verbürgt. Sie erklären daher, dass sie nicht Frieden schliessen wollen, solange die Nationalsozialisten Deutschland regieren. Sie wollen offenbar den Friedensvertrag nur mit einem Deutschland abschliessen, in dem andere Männer und andere Parteien regieren. Auch im letzten Abschnitt des früheren Krieges haben die Westmächte erklärt, dass sie mit Wilhelm II und mit den Hohenzollern, den Junkern und der Offizierskaste nicht verhandeln wollen, sondern allein mit dem deutschen Volke. Durch dieses Verhalten haben sie den Ausbruch der Revolution beschleunigt. Sie haben dann den Frieden mit der parlamentarischen Regierung des neu auf demokratischer Grundlage organisierten Deutschland abgeschlossen.

Doch das deutsche Volk hat diesen Frieden, dem doch die Mehrheit der von ihm frei gewählten Abgeordneten zugestimmt hat, nicht anerkannt und die Partei, die den Friedensvertrag zerreißen wollte, ans Ruder gelangen lassen. Diese Erfahrungen sollten zu denken geben. Könnte sich das gleiche nicht wiederholen? Wird nicht wieder eine neue und noch radikalere Nationalistenpartei auftreten, die den Hegemonieplan wieder aufnimmt?

Man hat mitunter behauptet, es wäre ein Fehler der Alliierten gewesen, Verhandlungen mit dem kaiserlichen Deutschland abzulehnen, und ein noch schwererer Fehler der Sozialdemokraten und des Zentrums, die Verantwortung für das Reich zu übernehmen, ehe der Frieden geschlossen war. Wilhelm II, Ludendorff und Tirpitz hätten den Friedensvertrag unterzeichnen müssen. Dann wäre es unmöglich gewesen, dem deutschen Volke einzureden, dass das kaiserliche Deutschland im Kriege nicht geschlagen worden sei. Solche Auslassungen verkennen den Sachverhalt. Auch die Unterschrift des Kaisers hätte die Nationalisten nicht davon abgehalten, den Zusammenbruch als ein Werk des Dolchstoßes hinzustellen und den Vertrag als Diktat zu bezeichnen, das das deutsche Volk nicht verpflichten könne. Dass es gelingen könnte, Hitler zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu bringen, der die deutschen Hegemoniepläne nicht erfüllt, ist kaum anzunehmen; doch wenn es wirklich dazu kommen sollte, dann wird das künftige Anwärter auf die Führerschaft nicht

hindern, ihre Propaganda mit einer neuen Fassung der Dolchstosslegende zum Siege zu führen. Solange die nationalistische Denkungsart bleibt und solange das deutsche Volk sich jener beiden Vorzüge - hohe Volkszahl und militärgéographisch günstige Lage - erfreut, die ihm den Kampf um die Vorherrschaft aussichtsvoll erscheinen lassen, wird man seinen Angriffswillen nicht durch einen Vertrag bündigen können.

Diese Erwägungen sind es, die den Plan reifen liessen, Deutschland zu zerstückeln. Man erinnert sich, dass die deutsche Kleinstaaterie in der Zeit des Deutschen Bundes Europa und Deutschland den Frieden gesichert hat. Die Zeit des Deutschen Bundes habe geistig und wirtschaftlich dem Deutschen Volke wohlgetan; hätten alle Fürsten, der ihnen auferlegten Verpflichtung gemäss, in ihren Staaten parlamentarische Einrichtungen geschaffen, dann hätte kein Deutscher Ursache gehabt auf den Sturz des Systems hinzuarbeiten. Der Deutsche Bund habe dem deutschen Volke ausreichenden Schutz gegen jede Art feindlicher Bedrohung geboten, er habe aber andererseits Deutschland nicht eine Organisation gegeben, die Angriffskriege ermöglicht hätte. Diese späten Lobredner des Metternich'schen Deutschland vergessen jedoch, dass die Deutschen der Jahre, die man heute voll Spott und Hohn die Biedermeierzeit nennt, eine Vorstellung von der Grösse ihres Volkes hatten, die von den Ideen der Nationalisten sehr verschieden war. Sie suchten die deutsche Würde dort, wo Schiller sie gesucht hatte. "Deutsches Reich und deutsche Nation",

hatte Schiller in dem Entwurf seines unvollendeten Gedichts "Deutsche Grösse" geschrieben "sind zweierlei Dinge. Die Majestät der Deutschen ruhte nie auf dem Haupt ihrer Führer. Abgesondert von dem politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Wert gegründet, und auch wenn das Imperium unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Grösse, sie wohnt in der Kultur und in dem Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist." Das waren ²⁾ die Ideen, die das geistige Deutschland ¹⁾ damals erfüllten. Inmitten einer zum Liberalismus fortschreitenden Umwelt dachten auch die Deutschen liberal. Sie hätten im Deutschen Bund eine glückliche Lösung des deutschen Verfassungsproblems gesehen, wenn dieser Bund nicht das Reich der Karlsbader Beschlüsse und der Duodez-Tyrannen gewesen wäre. Heute ist das deutsche Volk in einer nationalistischen Umwelt nationalistisch. Es vergottet jene "rohe Gewalt", auf deren Erliegen Schiller seine Hoffnung gesetzt hat, und es ist in diesem Kultus der Gewalt der übrigen Welt gleich. Unter solchen Umständen könnte man durch Auflösung des Deutschen Reichs in mehrere selbständige Staaten den Nationalismus nicht beseitigen. In jedem dieser Teile würde die nationalistische Flamme auflodern, und der Geist würde den Zusammenschluss zu einheitlicher Politik erzwingen, auch wenn die formelle Unabhängigkeit der einzelnen Staaten bis zum Tage des Kriegsausbruchs

1) Vgl. F. Cassin, Freiheit und Form, Studien zur deutschen Geistesgeschichte, Berlin 1916, S. 475 ff.

gewahrt bleiben müsste, um dem Buchstaben des Vertrags zu genügen.

Wenn die Geschichte des heute deutschsprechenden Mitteleuropa anders verlaufen wäre, hätte es wohl auch kommen können, dass ein grosser Teil derer, die heute ihre Bildung in der deutschen Hochsprache empfangen, durch die Schule oder schon durch das Elternhaus in ihre Gemeinschaft eingeführt werden und sich ihrer im Umgange mit allen Volksgenossen bedienen, mit denen sie nicht mundartlich verkehren, einer anderen Sprachgemeinschaft angegliedert worden wären oder eine besondere Hochsprache und Sprachgemeinschaft gebildet hätten. Ein Teil der Niederdeutschen hat die holländische Sprache zu dem gemacht, was sie heute darstellt; ein anderer, zahlreicherer Teil der Niederdeutschen hat sich der hochdeutschen Sprachgemeinschaft angeschlossen. Es hätte auch geschehen können, dass jener Prozess, der das holländische Volk zu einem Volk mit besonderer Schriftsprache gemacht hat, weit stärkere Einbussen der deutschen Sprachgemeinschaft gebracht hätte. Wenn die Gegenreformation nicht jede freie geistige Regung in Bayern und in Österreich unterdrückt hätte, wäre es vielleicht dazu gekommen, dass die Sprache der sächsischen Kanzlei, der Luthers Bibelübersetzung und die protestantischen Schriften des ersten Jahrhunderts der evangelischen Kirche zur Vorherrschaft verholfen haben, in einer aus der bayrischen Mundart hervorgegangenen Schriftsprache ein Nebenbuhler entstanden wäre. Man kann solche Wenn und Aber

noch weiter ^{aus} ~~um~~spinnen, sei es im Hinblick auf das Alemannische, sei es im Hinblick auf die slavischen Mundarten Ostelbiens. Doch Betrachtungen dieser Art können am historisch gegebenen Tatbestand nichts ändern. Das deutsche Volk ist heute das zahlreichste in Europa, und die nationalistische Welt hat mit der Tragweite dieser Grössenlage zu rechnen. Gewiss, es wäre für die Welt besser gewesen, wenn alle Menschen heute nur eine Sprache kennen würden, oder wenn die Sprachgemeinschaften zahlenmässig einander ungefähr gleich wären. Doch das Problem der deutschen Volkszahl ist der nationalistischen Welt von heute gegeben. Sie kann es durch Zerstückelung des deutschen Staates in mehrere Teile nicht beseitigen. Sie würde sich nur selbst täuschen, wenn sie in dieser Aufspaltung des Staates auch eine Zerspaltung der Sprachgemeinschaft, des Volkes, sehen wollte.¹⁾

Wenn die Sieger das deutsche Volk nicht ausrotten wollen, - und es wurde schon angedeutet, dass auch damit in der nationalistischen Welt noch keine Befriedigung zu erreichen wäre - dann müssen sie den Tatsachen in die Augen sehen und dürfen nicht Vogel-Strauss-Politik treiben. Dann werden sie erkennen müssen, dass der Nationalismus, der sich bei anderen Völkern Europas, die geringere Volkszahl haben, anders betätigt, das deutsche Volk immer wieder zum deutschen Nationalismus, d.h. zum Kampf um die Vorherrschaft treiben muss. Durch militärische

1) Das Obengesagte bezieht sich nur auf das kleindeutsche Reich Bismarck's. Das österreichische Problem erfordert eine besondere Darstellung.

Erfolge kann man dagegen nichts ausrichten. Die deutschen Nationalisten werden immer wieder losgehen, solange die Deutschen 80 Millionen sind und die anderen Völker bedeutend weniger. Und wenn man die Deutschen ausrottet, wird ein anderes Volk an ihre Stelle treten. Immer wieder hat es Hitler der Welt gesagt: Mag die Schweiz, mag Dänemark ohne Kolonien und ohne eigene Produktion von überseeischen Rohstoffen auskommen, mögen sie auf beschränktem Raume leben, mögen sie sich "Herausforderungen" von seiten anderer Staaten gefallen lassen; für ein Volk von 80 Millionen sind solche Zustände untragbar. Mussolini spricht nicht anders und würde noch viel deutlicher werden, wenn die Italiener das zahlreichste Volk Europas wären. Nie haben diese "dynamischen" Mächte einen triftigeren Grund für ihre Ansprüche anzuführen gewusst als den der stärkeren Bataillone. Dieser Grund kann durch Verträge, Satzungen und Organisation nicht beseitigt werden.

Der Weg zum Frieden.

V. Alle Pläne und Entwürfe für den künftigen Frieden gehen von der Annahme aus, dass dieser Krieg so beendet werden wird wie alle Kriege, die in den letzten Jahrhunderten von europäischen Staaten geführt wurden. Eines Tages werden die Kriegführenden zur Einsicht gelangen, dass die Fortsetzung der Feindseligkeiten ihnen weniger Vorteil als Schaden bringt, sie werden Verhandlungen anknüpfen und

schliesslich einen neuen Vertrag unterzeichnen. Doch es wird vielleicht ganz anders kommen.

Es ist kaum anzunehmen, dass das deutsche Volk eine Regierung finden wird, die bereit sein wird, einen Frieden zu schliessen, der die nationalistischen Hoffnungen enttäuscht. Die Mitglieder einer Regierung, die es wagen wollte, wird das Schicksal Erzbergers ereilen, und der Vertrag wird zerrissen werden. In England glaubt man, dass die Wiederherstellung der Monarchie eine verhandlungsfähige und verhandlungswillige Autorität schaffen könnte. Das ist eine arge Illusion. Eine Dynastie, die ihren Namen mit dem Verzicht auf nationalistische Forderungen belasten wollte, könnte sich nicht behaupten. Sollten fremde Truppen ganz Deutschland besetzen, so werden sie einer no-cooperation Bewegung gegenüberstehen wie die Japaner in den besetzten Teilen Chinas; (einem Feind, der England ~~oder Frankreich~~ erobern könnte, würde es auch nicht anders ergehen). Man kann eine Scheinregierung einsetzen; eine solche Regierung wird durch ihre Erklärungen und durch ihre Verträge das Volk nicht binden können. Der militärische Sieg kann im totalen Krieg der modernen Volksimperialismen zur Ausrottung der Besiegten führen; er ist jedoch nicht imstande, eine Ordnung zu schaffen, die friedliches Nebeneinanderleben der Sieger und der Besiegten ermöglicht.

Sollten aber die Sieger zu schwach sein, um das ganze Land zu besetzen, oder sollten sie es vorziehen, nach dem

Siege an einer befestigten Demarkationslinie stehen zu bleiben, dann kann es bestenfalls zu Waffenruhe, doch nicht zu Frieden kommen. Ob jenseits dieser Grenze ein Einheitsstaat oder ein Gemenge von kleinen Staaten die Macht ausübt, ist dabei ohne Belang, solange nicht ein radikaler Umschwung des politischen Denkens eingetreten ist.

Doch es ist wenig wahrscheinlich, dass dieser Umschwung sich bald vollziehen könnte. Die Welt ist auf ihn nicht vorbereitet. Die Menschen halten am Etatismus fest; keine Enttäuschung erschüttert ihren Glauben an die Allmacht der Gewalt. Wenn es mit dem Interventionismus nicht weitergeht, dann greifen sie zum Sozialismus. Wenn der Sozialismus einer Spielart versagt, dann wollen sie ihn durch den Sozialismus einer anderen Spielart ersetzen. Die, die Stalin enttäuscht hat, erwarten von ^{den Anhängern} Trotzky, den "wahren" Kommunismus. Was Hitler's Nationalsozialismus schlecht gemacht hat, soll der Nationalsozialismus Strassers oder der Bolschewismus besser machen. Im Westen dagegen die Kommunisten und die Fascisten: im kulturlosen Osten hat man unser Ideal unzulänglich und in barbarischen Formen verwirklichen wollen; wenn wir an die Arbeit gehen werden, wird das Ergebnis ganz anders sein.

Es ist müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, welche Wirkungen der Krieg auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in den Weststaaten haben wird. Der Krieg treibt sie der Diktatur und der Zwangswirtschaft in die Arme. Das kann man

feststellen und mehr kann man darüber noch nicht wissen. Doch eines muss schon heute jedermann klar werden: durch Krieg können die politischen Probleme nicht gelöst werden. Der Sieg wird England und Frankreich vor der Vernichtung durch die deutsche Armee bewahren. Doch das ist alles, was er leisten kann.

Man hat von der "Erbfeindschaft" zwischen Deutschen und Franzosen gesprochen. Der Ausdruck ist modernen Ursprungs und entstellt den geschichtlichen Tatbestand. Es hat viele Kriege zwischen deutschen Fürsten und dem König von Frankreich gegeben. Doch die Völker waren einander nicht feind. Die Erinnerung an die Kriege, die vor dem Wiener Kongress geführt wurden, hätte das Verhältnis der beiden Nationen nicht trüben können. Die Kämpfe zwischen England und Frankreich waren für beide Völker viel gefährlicher und trugen in viel höherem Grade den Charakter von Nationalkriegen; doch sie sind längst vergessen. Das französische Volk hätte selbst den Verlust von Elsass-Lothringen verschmerzt, wenn Deutschland 1914 nicht zum Angriff vorgegangen wäre. Vor dreissig oder vierzig Jahren war von der "Erbfeindschaft" nichts zu spüren, und auch der ^IWeltkrieg hat nicht Hass zwischen den Völkern hinterlassen. Die Deutschen hätten sich mit der Rückgabe von Elsass-Lothringen abfinden können, und nach einer Reihe von Jahren wären die Hassgefühle, die der Weltkrieg erzeugt hat, verschwunden. Geschichtliche Erinnerungen sind nur wach, wenn eine Ideologie sie weckt und wach erhält; sie erscheinen den Lebenden immer nur so, wie ihre eigene

Geschichtsansicht sie zeigt. Gustav Adolf's Siege hat die deutsche protestantische Geschichtsbetrachtung als deutsche Erfolge verklärt, Fehrbellin aber wieder als Befreiung deutschen Bodens von Fremdherrschaft gefeiert. Deutsche und Franzosen werden keineswegs durch nicht mehr gutzumachende Taten der Vergangenheit zur Feindschaft getrieben, sondern durch die Theorien des deutschen Nationalismus von heute. Dieses nationalistische Programm hat das deutsche Volk zum Feind aller europäischen Völker gemacht; wenn die Russen noch seine Freunde sind, ist das nur dem Umstand zuzuschreiben, dass die beiden Nationalismen für die nächste Zukunft eine Abgrenzung der beiderseitigen Herrschaftsgebiete vorgenommen haben.

Das ~~Rassen~~^{um}problem ist in Europa kein spezifisch deutsches Problem. Die meisten europäischen Völker leiden unter der relativen Übervölkerung ihres Staatsgebietes, können daher von sich mit dem gleichen Rechte sagen, dass sie "Volk ohne Raum" seien. Was die Deutschen von den übrigen Europäern heute trennt, ist allein das, dass sie im Vertrauen auf ihre vermeintliche militärische Überlegenheit die Raumfrage durch Eroberung in Europa lösen wollen. Als die deutschen Nationalisten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts mit ihren Kriegsplänen hervortraten, waren die deutsche Auswanderung und die deutsche Fabrikatenausfuhr praktisch noch kaum behindert. Wäre Deutschland damals liberal geworden, dann hätte das dem Liberalismus ein solches Übergewicht verschafft,

in der Welt

dass es nie zu den scharfen Massnahmen gegen Wareneinfuhr und Einwanderung hätte kommen können, die heute den Krieg als die einzige Lösung erscheinen lassen. Nie hat ein Volk sein eigenes Interesse ärger verkannt als das deutsche. Es war Torheit sonder Gleichen, dass die deutschen Volkswirte Liberalismus, Freihandel und Freizügigkeit als listige Erfindung der Engländer zur Schädigung deutscher Belange ansehen wollten. Der Etatismus ist nicht deutscher Herkunft. Doch der Sieg des Etatismus ist durch die deutsche historische Schule der Staatswissenschaften wesentlich gefördert worden. Nichts hat das deutsche Volk schwerer schädigen können als dieser deutsche Nationalismus.

Doch es ist nicht abzusehen, wie das deutsche Volk zu einer anderen Denkungsart gelangen könnte. Es ist ein Wahn, zu hoffen, dass die Erfahrungen, die es mit der nationalistischen Politik gemacht hat, seinen Sinn ändern könnten. Die Erfahrung an sich lehrt nichts, sie wird durch Doktrinen gedeutet, und die Doktrinen, durch die man in Deutschland die Erfahrung deutet, sind die des Nationalismus. Dass man die Schlachten an der Marne und vor Verdun als deutsche Siege ansehen und von der Vernichtung der englischen Seeherrschaft in der Schlacht von Skagerak sprechen konnte, zeigt wie es um die Beweiskraft von Tatsachen bestellt ist. Wie soll man da erwarten können, dass dieselben Leute begreifen, dass die Devisen- und die Rohstoffnot ein Werk der deutschen Politik und nicht eine Tücke der Juden und der

Engländer ist ? Diesem deutschen Nationalismus ist es zuzutrauen, dass er eher das ganze Volk in den Untergang treibt als abzdanken. Er könnte die russischen Bolschewisten ins Land rufen, nicht um den Deutschen zu nützen, sondern um den Westen mit Bolschewismus zu "infizieren".

Der Gedanke, dass es so kommen könnte, schreckt viele Engländer und ~~Franzosen~~^{Amerikaner} und macht ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus schwankend. Das Schlagwort von der Ansteckung ist unsinnig. Ideen, auch böse Ideen sind nicht Seuchen, sie werden nicht durch Ansteckung von Mensch zu Mensch übertragen und die räumliche Entfernung spielt keine Rolle bei ihrer Verbreitung. Die Gedanken, die der Bolschewismus zu verwirklichen sucht, sind nicht russischen Ursprungs, sie kamen vom Westen nach Russland; Lenin, Trotzky und Stalin führten nur aus, was die französischen und englischen Sozialisten und Syndikalisten empfohlen haben. Nicht die russischen Erfahrungen haben die kommunistischen Sympathien im Westen erzeugt. Weil die kommunistischen und sozialistischen Ideen in Frankreich, England und Amerika die Geister erfüllen, sehen sie in den Ergebnissen der russischen Wirtschaftsführung einen Erfolg des Systems. Keinerlei Erfahrung wird sie von ihrem Glauben abzubringen vermögen; jedes Faktum werden sie mit Hilfe ihrer Vorurteile im günstigen Sinne zu erklären wissen. Nicht von aussen kommt die bolschewistische Gefahr nach England und Frankreich; sie ist autochton^W. Der Bolschewismus könnte

in keinem Lande Westeuropas dadurch an ^{Kraft} ~~Bedeutung~~ gewinnen, dass das nationasozialistische System in Deutschland durch das kommunistische Rätewesen abgelöst wird.

Die Menschen müssen einsehen, dass sie die Wahl zwischen zwei Systemen haben: zwischen dem Liberalismus, der die Rolle der Gewalt auf den Nachtwächterdienst beschränkt, und dem Etatismus, der dem Staat als Interventionismus sehr viel mehr oder als Sozialismus gar alles zuweisen will. In diesem Widerstreit der Ideen fällt die Entscheidung über die Zukunft unserer Kultur, nicht auf den Schlachtfeldern und nicht an Konferenztischen. Nicht Unfähigkeit der Diplomaten trägt Schuld am Versagen aller pazifistischen Bemühungen, sondern der Geist, der die Menschen beseelt. Es handelt sich nicht um die Beseitigung der Kriege, sondern um die Behebung der Kriegsursachen. Nur in einer liberalen Welt, in der es nicht lohnt, Kriege zu führen, kann es dauernden Frieden geben. Wer den Liberalismus verwirft, wer das Sondereigentum an den Produktionsmitteln durch Staatsingriffe "korrigieren" oder durch Gemeineigentum ersetzen will, muss wissen, dass er damit der Diktatur und unaufhörlichen Kriegen den Weg bahnt.

Der Wiederaufbau der Kultur und die Aufrichtung einer dauernden Frieden verbürgenden Staatenordnung ist nicht mit der Revision der internationalen Verträge und des Völkerbundpaktes zu beginnen, sondern mit der Revision der wirtschaftspolitischen Doktrinen.